BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 10 Köln, 25. Oktober 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Die Lage"* S. 953
- *Klaus Ehrler, M. A., „Notwendigkeit und Sinn einer deutschen Abrüstungs- u. Neutralitätspolitik"* S. 965
- *Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel, „Die Flut steigt"* S. 972
- *Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz, „Militärpolitische Betrachtungen zum Abrüstungsproblem"* S. 986
- *Prof. Dr. Michael Seidlmayer, „Der Stand der katholischen Diskussion über die Atomkriegsfrage"* S. 993
- *Stephen Swingler, M. P., „Gesucht: eine konstruktive Initiative d. Westens"* S. 1007
- *Altreichskanzler Dr. Josef Wirth, „Die deutsche Neutralitätspolitik der Jahre 1922—1932"* S. 1013
- *Dr. Seiei Shinohara, Tokio, „Der neue japanische Ministerpräsident und seine ‚Curryreis-Politik'"* S. 1021
- *E. S. Sachs, „Die Konferenz von Scarborough oder: Der Aufstand gegen den nuklearen Wahnsinn"* S. 1028
- *Heinz Kraschutzki, „Das Volk der Helden und Feiglinge"* S. 1040
- *Buchbesprechungen* S. 1044
- *Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a.: Aufruf zur Sammlung und gemeinsamen Aktion ...)* S. 1050

Karl Graf von Westphalen

Die Lage

Die außergewöhnlich ereignisreiche Tagung der UN-Vollversammlung in New York im Herbst 1960 kann schon heute in zweifacher Hinsicht als denkwürdig bezeichnet werden. Deutlicher denn je zuvor ist auf ihr die fortschreitende Gewichtsverlagerung innerhalb der Vereinten Nationen geworden, die von Jahr zu Jahr, ja man muß beinahe sagen von Monat zu Monat mehr die weltpolitische Entwicklung beeinflussen wird. Zwischen die beiden großen, mehr oder minder kompakten Machtblöcke, von deren Antagonismus auch das Geschehen in den UN seit 1945 bestimmt war, sind „dritte Mächte" getreten, die sich nunmehr zu einer Art „drittem Block" formieren und deren Wort und Stimme in den Vereinten Nationen immer mehr an Gewicht gewinnen. Zu den längst „arrivierten" Neutralen, wie Indien, Jugoslawien, die Vereinigte Arabische Republik, Indonesien etc., sind zahlreiche junge Staaten vor allem des afrikanischen Kontinents gestoßen. Sie wehren sich aus guten Gründen gegen alle Versuche der Groß-

mächte, sie zu Hilfskräften im Kalten Krieg zu mißbrauchen; und sie sind darüber hinaus bestrebt, gemeinsam auf eine Beendigung dieses Kalten Krieges selbst zu drängen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die weltpolitische Neutralität dieser immer zahlreicher werdenden „dritten Mächte" nicht allein eine negative, sozusagen „abstinenzlerische", sondern eine aktive Neutralität ist. Sie haben ein vitales Interesse daran, daß die weltpolitischen Spannungen zwischen den „Großen" endlich gemildert, durch verbindliche Vereinbarungen über die Abrüstung etc. abgelöst werden, müssen sie doch fürchten, daß der Rüstungswettlauf sehr bald zu einer Weltkatastrophe führt, von der auch sie, die gerade frei gewordenen und um ihre wirtschaftliche, soziale, geistige Emanzipation kämpfenden Völker in Mitleidenschaft gezogen würden. Und selbst wenn es vorläufig zu einer solchen Kriegskatastrophe nicht käme: sie sind es leid, ständig der Gefahr ausgesetzt zu sein, in den Kalten Krieg verstrickt zu werden.

Diese „dritten Mächte" sind schon heute eine bedeutende moralisch-politische Autorität. Ihrer weltpolitischen Grundhaltung entsprechen die Bestrebungen breiter Schichten in Japan und Südkorea, diese Länder von der Hypothek zu befreien, die die Übernahme einer Stützpunktfunktion im Kalten Krieg nun einmal bedeutet.

Die „dritten Mächte" sind keineswegs Mitläufer des Ostblocks. Sie wünschen ihre Unabhängigkeit auch diesem gegenüber zu konsolidieren. Aber sie haben auch nicht das geringste Verständnis für den militärpolitischen Antikommunismus, die Atomwaffen- und Stützpunkt-Politik des Westens. Und in dem Maße, als der Westen diese Politik fortsetzt, veranlaßt er diese Staaten, die Abrüstungs- und Entspannungsvorschläge des Ostblocks zu unterstützen. Auch das wurde in New York deutlich.

Ist die noch keineswegs abgeschlossene Formierung einer weltpolitischen „Dritten Kraft" — die die Spannungen zwischen Ost und West zu mildern versucht — das erste denkwürdige Ereignis der UN-Vollversammlung von 1960, so die Anerkennung der Dringlichkeit, des absoluten Vorranges des Abrüstungsproblems gerade auch durch jene „dritten Mächte" das zweite. Das Problem der Abrüstung steht schon heute, zumindest seit New York, obenan auf der weltpolitischen Tagesordnung — und es wird von ihr nicht eher wieder verschwinden als es wirklich gelöst ist. Dafür werden nicht zuletzt die Neutralen, die aktiv Neutralen sorgen. Und wie immer man in deren Lager einzelne Vorschläge Chrustschows und dessen Auftreten selbst beurteilen mag — die Tatsache, daß der sowjetische Ministerpräsident mit Nachdruck für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung eintritt, sichert ihm in jenem Lager einen nicht zu unterschätzenden Kredit!

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Haltung des indischen Premierministers Nehru. Nehru ist sich offensichtlich darüber im klaren, wohin eine durch Fortsetzung des atomaren Wettrüstens heraufbeschworene weitere Erhöhung der Spannungen zwischen Ost und West führen muß. Er hat nach seiner Rückkehr aus New York in Neu Delhi den Primat des Abrüstungs-Problems hervorgehoben. Gleichzeitg verhehlte Nehru nicht seine Enttäuschung über den Mißerfolg der Initiative von fünf neutralen Ländern, darunter Indien, die in einem Entschließungsantrag Chrustschow und Eisenhower zu einem neuen Treffen aufgefordert hatten. In den von der FAZ vom 12. Oktober veröffentlichten Agenturmeldungen über Nehrus Beurteilung der UN-Vollversammlung heißt es u. a.: „Aus der unmittelbaren Umgebung des indischen Ministerpräsidenten verlautete, daß die Haltung der Westmächte, und vor allem die des britischen Premierministers Macmillan zu dem Entschließungsantrag der fünf neutralen Länder über eine Begegnung zwischen Eisenhower und

Chrustschow für Nehru unverständlich sei. Dies soll auch die Ursache für die jüngste Erklärung Nehrus sein, daß der Westen offensichtlich zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht an einer Entspannung interessiert sei. Sie habe Nehru auch zu der Ansicht kommen lassen, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Führungsgremien der Vereinten Nationen dem wirklichen Kräfteverhältnis der UN nach der Aufnahme zahlreicher afrikanischer und asiatischer Mitglieder nicht mehr gerecht werde. Für die Beurteilung der westlichen Haltung ist auch mitbestimmend, daß Nehru in den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen durchaus eine Ausgangsbasis für neue Ost-West-Gespräche sieht. Vor allem stimmt die sowjetische Forderung nach Abschaffung der ausländischen Militärstützpunkte völlig überein mit Nehrus Ansicht, daß derartige Stützpunkte weitgehend für die internationalen Spannungen verantwortlich seien." Zwar sei Nehru befremdet über die Heftigkeit und gewisse Umgangsformen Chrustschows[1]), es bestehe aber kein Zweifel, daß er „auch vom Westen desillusioniert von New York nach Neu-Delhi zurückgekehrt ist." Es muß schließlich noch einmal wiederholt werden, daß der indische Premierminister die sachliche Berechtigung der Forderung Chrustschows nach einer Umbildung der UN-Spitze — entsprechend der von uns erwähnten Gewichtsverschiebung in den Vereinten Nationen — grundsätzlich durchaus anerkannt hat.

Umdenken oder Katastrophe!

In welchem Maße der Westen durch die Emanzipation der „dritten Mächte" zu einem Umdenken gezwungen wird, ließ die Abstimmung der Vollversammlung über den amerikanischen Antrag erkennen, die Behandlung des Problems der Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die UN um ein weiteres Jahr zu verschieben. Seit 1951 haben die USA immer wieder diesen Antrag gestellt, bisher stets mit Erfolg. Auch diesmal konnten sie einen Abstimmungserfolg erreichen, aber er wurde auch in westlichen Kreisen als ein — letzter — ‚Pyrrhussieg' bezeichnet. Denn es stimmten nur noch 42 Staaten für den amerikanischen Antrag, während die Zahl der Gegenstimmen — von Jahr zu Jahr gestiegen — auf 34 angewachsen ist. Zu den Gegnern einer weiteren Vertagung des China-Problems gehörten u. a. Ceylon, Kuba, Finnland, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Mali, Marokko, Nepal, Nigeria, Senegal, Sudan, Vereinigte Arabische Republik, Jugoslawien. Aber nicht genug damit, daß die Neutralen fast einhellig die Behandlung des China-Problems und damit faktisch die Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen fordern — wie selbstverständlich der gesamte Ostblock, der im übrigen keineswegs in der Lage ist, die UN zu majorisieren! —, diesmal stimmten sogar die Nato-Mitgliedstaaten Norwegen und Dänemark — ferner Schweden und Irland — gegen den amerikanischen Antrag! Das bedeutet, daß der Westen sehr bald dem China-Problem in den UN konfrontiert werden und den Zusammenbruch seiner bisherigen Politik gegenüber Peking in Kauf nehmen müssen wird! Es bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als entweder jetzt, rechtzeitig, seine China-Politik zu revidieren und auch dadurch eine Milderung der weltpolitischen Spannungen zu fördern, oder aber in den Vereinten Nationen

[1]) Es muß hier den Behauptungen zahlreicher deutscher Zeitungen entgegengetreten werden, Chrustschow habe in New York „mit Krieg gedroht". In Wirklichkeit hat Chrustschow sich sehr erregt über die Intransigenz des Westens in der Abrüstungsfrage, durch die er sich seit Frühjahr provoziert fühlt, geäußert und erklärt, wenn der Westen seinerseits keine Abrüstung, sondern eine weitere Erhöhung der Spannungen oder gar einen Krieg wolle, so könne er beides haben, die Sowjetunion fühle sich stark genug, falls man ihr eine solche Politik aufzwinge. In diesem Sinne sind Chrustschows „Drohungen" zu verstehen.

eine katastrophale Niederlage und einen außerordentlichen Prestigeverlust zu erleiden.

Vor einer ähnlichen Alternative steht heute die Bundesrepublik. Für sie ist der Ausgang der New Yorker UN-Tagung von zweifacher Bedeutung. Für ihre politische und moralische Position wird in Zukunft mehr denn je ausschlaggebend sein, ob sie bereit ist, einen eigenen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung zu leisten, oder ob sie ihren bisherigen Kurs fortsetzt. Die Neutralen werden ihr Urteil über die Bundesrepublik von deren Verhalten in den heute entscheidenden Fragen abhängig machen. Das besagt aber: sie sind nicht bereit, einer offen oder versteckt irredentistischen und einer Atomwaffen-Aufrüstungspolitik der Bundesrepublik ihre Unterstützung zu leihen. Und sie haben keinerlei Verständnis für die nationalpolitischen Maximalforderungen der heutigen Bonner Regierung, von deren Erfüllung diese ihre Zustimmung zur friedlichen Koexistenz abhängig machen will. Die Bundesrepublik war in New York nicht vertreten. Gleichwohl hat sie dort, darüber täusche man sich nicht, eine unmittelbare und eine mittelbare Niederlage erlitten. Eine unmittelbare: die Warnungen Gomulkas und Novotnys vor der Aufrüstungspolitik Bonns haben einen großen Teil der Versammlung, und zwar gerade auch die Neutralen, stark beeindruckt. Wie heftig diese Anklagen auch sein mochten, jedermann, der die Vergangenheit kennt und die Gegenwart prüft, mußte zu der Überzeugung kommen, daß es sich dabei nicht einfach um eine unbegründete „Propaganda" handelte. Mit Mißtrauen blicken heute nicht mehr allein die Ostblockstaaten, sondern auch viele der Neutralen auf Bonn, auf das Bonn, das sich mehr denn je an die Nato klammert, das innerhalb dieser Nato immer mehr militärische Macht gewinnt, das sich gegenüber seinen östlichen Nachbarn immer unversöhnlicher gebärdet und jede eigene Initiative in der Abrüstungsfrage vermissen läßt, während es gleichzeitig die eigene Aufrüstung forciert. Dieses Bonn — und mit ihm die von ihm repräsentierte Bundesrepublik — hat aber darüber hinaus eine schwere Niederlage erlitten dadurch, daß von einer überwältigenden Mehrheit der UN-Vollversammlung die Abrüstung, die Entspannung und die friedliche Koexistenz als unerläßlich anerkannt worden sind, alle jene Postulate also, die anzuerkennen die Bundesregierung sich faktisch noch immer weigert.

So läßt sich schon jetzt eine fortschreitende moralische Isolierung der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen erkennen, die verursacht wird allein durch die oft genug kritisierte Intransigenz der Bonner Regierung in den Fragen Abrüstung und Entspannung. Und man muß schon jetzt feststellen, was von größter Tragweite ist: so wenig die Bundesregierung für ihre — mit hemmungsloser Aufrüstung verbundenen und schon darum wenig vertrauenerweckenden, überdies heute einfach anachronistischen — „Wiedervereinigungs"-Postulate und ihre Intransigenz in der Frage der deutschen Ostgrenze im Westen Verständnis findet (nur platonische Zustimmung, keine praktische Unterstützung!), so wenig kann sie heute noch oder gar in Zukunft von der Mehrheit der Vereinten Nationen Verständnis, geschweige denn Unterstützung für die Maximalforderungen erwarten. Mit anderen Worten: es ist heute bereits völlig illusorisch, von den UN die Förderung einer Lösung des Deutschland-Problems im Sinne der heutigen Bonner Politik zu erhoffen. Ganz im Gegenteil, es setzt sich in den Vereinten Nationen immer mehr die Einsicht durch, daß Abrüstung und Entspannung vordringlich und unerläßlich sind, und daß Postulate wie die von Bonn vertretenen Entspannung und Abrüstung verhindern, den Frieden ernstlich gefährden. Auf dem Hintergrund der beharrlichen Weigerung der Bundesregierung, den Realitäten Rechnung zu tragen und endlich einen Ausgleich mit den Ostblockstaaten zu suchen, muß auch auf internationaler Ebene die lebhafte „Selbstbestimmungs"-Agitation

derselben Regierung mehr und mehr in den Verdacht geraten, der Vorbereitung einer gewaltsamen Lösung des Deutschland-Problems (sei es im Alleingang, sei es im Bunde mit gewissen Kreisen der USA, die noch immer mit dem Gedanken an einen antisowjetischen Kreuzzug liebäugeln!), ihrer psychologischen und ideologischen Rechtfertigung zu dienen. Und je deutlicher das zutage tritt, desto schlechter wird im Kreis der Nationen der Ruf der Bundesrepublik, desto schwächer ihre politische und moralische Position.

Wirkt sich somit die Formierung einer weltpolitischen „Dritten Kraft" immer stärker zuungunsten der bisherigen Bonner Konzeption aus, so ermutigt auf der anderen Seite die Aktivität der „dritten Mächte" in den UN diejenigen Kräfte im Osten wie im Westen und insbesondere auch in der Bundesrepublik, die sich für Abrüstung und Entspannung einsetzen und zunächst noch immer in schwere Auseinandersetzung im eigenen Lager verstrickt sind. Der Ausgang des Labour-Kongresses kann ein Markstein sein auf dem Weg dieser Kräfte. Für die Bundesrepublik aber ergibt sich aus den Vorgängen in New York und der neuen weltpolitischen Tendenz, die von ihnen dokumentiert wird: eine von ihr ausgehende Abrüstungs- und Entspannungs-Initiative würde heute nicht mehr ein weltpolitischer Alleingang sein, sondern könnte sich an jenes neue Lager anlehnen, dessen Intentionen sie entsprechen würde. Und darüberhinaus: eine behutsame deutsche Neutralitäts- oder besser N e u t r a l i s i e r u n g s - P o l i t i k führt heute nicht mehr in eine weltpolitische Isolierung, sondern ist denkbar als Teil, als Element einer globalen Entspannungspolitik.

Die Gewichtsverlagerung in den Vereinten Nationen kann also nur jene beunruhigen, die eingeschworen sind auf die Aufrüstung, die Stützpunktfunktion, die Atombewaffnung der Bundesrepublik. Dagegen werden die Möglichkeiten und der politische Spielraum derjenigen Kräfte immer größer, die von der Unsinnigkeit und Gefährlichkeit jener Atomwaffen-Nato-Politik überzeugt sind.

B o n n u n d d e r E r n s t d e r L a g e

Der sowjetische Ministerpräsident hat in New York und, nach seiner Rückkehr von der UN-Tagung, in Moskau nicht nur auf die Notwendigkeit einer schnellen und gründlichen Lösung des Abrüstungs-Problems hingewiesen. Er hat gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß er nicht mehr lange bereit sein werde, das Ausweichen des Westens, vor allem Bonns in der Deutschland- und der Berlin-Frage hinzunehmen. Nach wie vor, ja mehr denn je ist Deutschland einer der gefährlichsten weltpolitischen Brandherde. Die Forcierung der Aufrüstung der Bundeswehr erhöht die akuten Spannungen, die sich ohne die Bereitschaft zum politischen Kompromiß und zu konkreten Abrüstungs-Vereinbarungen nicht beseitigen lassen. Ein Kompromiß bedingt Verhandlungen auf dem Boden der Tatsachen. Offensichtlich wird die Sowjetunion, falls Bonn sich weiterhin weigert, im Interesse des Friedens und der Entspannung auf dem Boden der Tatsachen über Berlin und eine deutsche Abrüstung zu verhandeln, Schritte unternehmen, die einen Kompromiß und eine Anerkennung der Tatsachen erzwingen. Am 20. Oktober sagte Chrustschow in Moskau, es müsse endlich mit beiden deutschen Staaten ein Friedensvertrag geschlossen werden. Es sei gefährlich, es in dieser Frage zu einer Kraftprobe kommen zu lassen. Das Deutschland-Problem solle neben anderen Fragen auf einer Ost-West-Konferenz nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen erörtert werden. Kein logisch denkender Mensch könne vom Volk der DDR erwarten, daß es seine sozialen Errungenschaften aufgebe oder auf sie verzichte. Wörtlich sagte er dann: „Niemand wird aber andererseits annehmen, daß Westdeutschland sein politisches und soziales System aufgeben wird." Das heißt: Chrustschow fordert nicht eine Ausdehnung des heute in der DDR bestehenden

Systems auf die Bundesrepublik, sondern erklärt seine Bereitschaft, auf der Basis des Status quo zu verhandeln[1]).

Premierminister Macmillan ist sich offenbar der Notwendigkeit neuer Verhandlungen über das Deutschland-Problem bewußt; er hat kürzlich ebenfalls in vorsichtiger Form eine neue Gipfelkonferenz über dieses Problem gefordert. Wie aber verhält sich Bonn?

Die Bundesregierung weiß sehr wohl, daß sie ihre Maximalforderungen auf politischem Wege nicht mehr durchsetzen kann. Sie weiß auch, daß sich die Berlin-Frage nur auf dem Wege von Verhandlungen mit der DDR klären lassen wird. Zu solchen Verhandlungen ist sie aber ebensowenig bereit wie zu Vereinbarungen über eine deutsche Abrüstung und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Sie fürchtet vor allem, daß das Fiasko ihrer „Politik der Stärke" der deutschen Öffentlichkeit immer deutlicher bewußt, das Verlangen nach einer konsequenten deutschen Entspannungspolitik immer nachdrücklicher wird. So soll denn der Zusammenbruch der Stärke-Politik verschleiert, eine Diskussion über sie unterbunden werden. Das ist der Grund dafür, daß der Bundeskanzler den indischen Premierminister Nehru bei dessen Blitzbesuch auf dem Flughafen Köln-Wahn, auf dem Rückflug von New York nach Neu-Delhi, so unerhört brüskierte, indem er die Pressekonferenz Nehru's in dem Augenblick abbrach, als Nehru den Journalisten seine Auffassung über das Berlin-Problem mitteilen wollte, eine Auffassung, die den Realitäten offenbar weit mehr entspricht, als es die Politik der Bundesregierung tut: „Nehru hat sich (gegenüber Adenauer. d. V.) dahin geäußert, daß man die Berlin-Frage auf dem Verhandlungsweg bereinigen müsse, was in jedem Falle erhebliche Konzessionen an die Sowjetunion einschließen würde."

Bundeskanzler Dr. Adenauer ist aufs höchste besorgt über Macmillans Forderung nach einer neuen Gipfelkonferenz über Deutschland und Berlin — nachdem man noch vor kurzem in Bonn über Macmillan's angebliche „Bekehrung" zu der Konzeption der Bundesregierung glaubte jubilieren zu können. Die Bundesregierung weiß, daß eine solche Gipfelkonferenz — wenn sie von beiden Seiten mit dem Willen zur Entspannung, also zum Kompromiß geführt wird — das Scheitern der „Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion und der „Politik des Als-ob" gegenüber der DDR offenbar machen wird. Darum lehnt sie faktisch diese Konferenz ab und verlangt „gründliche Vorbereitung" (d. h. ein Verschieben von Verhandlungen und Kompromissen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag). Herr v. Eckardt erklärte kürzlich, es „fröstele sie" bei dem Gedanken an ein neues Gipfeltreffen ... Derselbe Herr v. Eckardt hatte wenige Tage vorher vom „Ernst der Lage" gesprochen und die Bevölkerung der Bundesrepublik auf eine schwere Krise vorbereitet: im kommenden Jahr werde das Berlin-Problem eine „Anspannung aller moralischen Kräfte" erfordern! Abermals war von den unvermeidlichen „Opfern" die Rede.

Das alles zeigt: man weiß in Bonn, daß man am Scheideweg steht. Man weiß um den Ernst der Lage. Man weiß, daß die bisherige Politik in eine Sackgasse geraten, daß ihr keine Zukunft mehr beschieden ist.

Aber welche Konsequenzen zieht man? Ist man bereit, der gescheiterten, offensichtlich für ganz Europa lebensgefährlich gewordenen Politik zugunsten beharrlicher Verhandlungen abzuschwören? Wie ist es gemeint, wenn Herr v. Eckardt und andere vom „Ernst der Lage" sprechen?

---

[1]) Es ist bezeichnend für den Charakter einer so „namhaften" Zeitung wie der Frankfurter Allgemeinen, daß diese in ihrem Bericht über die Rede Chrustschows (am 21. Oktober) die zitierte, außerordentlich wichtige Passage nicht erwähnt hat!

Man kann nach all dem, was in den letzten Wochen geschehen ist, nicht mehr zweifeln an der Entschlossenheit der Bundesregierung, ihre „Politik der Stärke" gerade jetzt zu forcieren. In demselben Augenblick, in dem die Unsinnigkeit und Gefährlichkeit dieser Politik unmißverständlich zutage tritt und in dem überdies die Weltöffentlichkeit von allen Nationen nachdrücklich Bemühungen um Abrüstung und Entspannung fordert — ausgerechnet in diesem Augenblick erleben wir in der Bundesrepublik den Beginn einer neuen Phase der Emanzipation der Aufrüstung von allen politischen Rücksichten. Das Memorandum der Bundeswehr-Generale dokumentiert diese Verabsolutierung und Autonomie der westdeutschen Militär„politik". Seit 1950 hat sich gezeigt, daß der militärische Druck, mit dessen Hilfe man die Sowjetunion politisch in die Knie zwingen zu können glaubte, ein denkbar untaugliches Mittel zur Erreichung politischer Ziele war. Denn dieser Druck hat nur einen immer stärker werdenden politisch-militärischen Gegendruck provoziert. Die fortschreitende Verschärfung der Lage in Mitteleuropa war die Folge dieser bundesdeutschen Aufrüstung. Ungeachtet dieser Entwicklung wird in dem Memorandum nicht weniger behauptet als: die Bundeswehr müsse „mindestens so stark" bewaffnet sein wie die Rote Armee, von der als potentiellem Gegner hier ganz offen die Rede ist. Und weiter, grundsätzlich: der Bolschewismus verstehe nur „die Sprache der Macht"! Gefordert wird also eine hemmungslose westdeutsche Aufrüstung, um in dieser Sprache „mit den Russen zu reden"! Es braucht hier nicht gesagt zu werden, was das bedeutet.

Entsprechend diesen Bestrebungen, unter Verzicht auf jede politische Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft den Ausbau der Bundeswehr voranzutreiben und die Bevölkerung an die „Sprache der Macht" zu gewöhnen, erklärte Dr. Adenauer am 27. September vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU: eine ‚vernünftige Regelung' (!) mit Chrustschow, der in Wirklichkeit hinter den Aktionen (der DDR-Regierung in Berlin) stehe, sei nur zu erreichen, wenn dieser wisse, daß die Gegenseite gewillt sei, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Es sei notwendig, Opfer zu bringen, um dem Westen ein Beispiel zu geben. Der Kanzler lobte dann den Aufbau der Bundeswehr. Dort sei Vorzügliches geleistet worden. Ohne dieses Instrument hätten wir politisch nichts mitzureden. Die Bundeswehr müsse der Bevölkerung mehr als bisher vorgezeigt werden.

Nicht genug damit. Die Hysterie und Hybris gewisser bundesdeutscher Politiker kennt offenbar keine Grenzen mehr. Nach einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. September empfahl der als Scharfmacher bekannte CSU-Abgeordnete Freiherr zu G u t t e n b e r g , einer der maßgeblichen Außenpolitiker der Regierungspartei, als Antwort auf die Maßnahmen der Ostberliner Regierung „die härtesten möglichen Reaktionen, wenn nötig nach der Maxime Dulles' ‚Am Rande des Krieges'". Guttenberg meint, die solidarischen Reaktionen des Westens müßten sich weniger gegen das Regime der Sowjetzone als gegen die Sowjetunion selber richten, und er schlägt unter anderem eine generelle Drosselung oder die ernsthafte Androhung einer Drosselung des West-Ost-Handels vor, ferner die Erhebung von Anklage gegen die Sowjetunion vor einem ‚internationalen Forum' wegen Annexion und Versklavung fremder Gebiete, Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten durch subversive Tätigkeit und Vertragsbruch und ständiger Rechtsbeugung. Das sind, wohlgemerkt, nicht etwa die Phantastereien eines politischen Eremiten, sondern die „Forderungen" eines verantwortlichen Bonner Politikers!

In diesen Zusammenhang gehören auch die Reden des Bundeswirtschaftsministers Prof. E r h a r d , der seine — nicht nur von Dr. Adenauer! — oft genug angezweifelten „staatsmännischen Fähigkeiten" in letzter Zeit offenbar vor allem durch „starke Worte" beweisen zu sollen meint. Ist es schon sträflicher politischer

Unsinn, so hat es doch Methode — so zu deklamieren ist man versucht angesichts des Zwischenfalles, den Erhard am 21. Oktober anläßlich der Eröffnung der „Deutschen Afrikawoche" dadurch provozierte, daß er in seiner Rede über das Verhältnis der Bundesrepublik zu den jungen afrikanischen Völkern in Gegenwart des sowjetischen Botschafters die Sowjetunion heftig angriff und als Super-Kolonialmacht bezeichnete. Diese ungewöhnliche und so überflüssige wie politisch törichte Attacke veranlaßte Botschafter Smirnow zu seiner nicht minder ungewöhnlichen heftigen Reaktion. Und was nahezu alle bundesdeutschen Zeitungen schamhaft verschwiegen, berichtete der Bonner Korrespondent der ‚Times' als Zeuge der Szene: in der Reaktion der anwesenden Afrikaner sei ein Befremden über die ‚Töne des kalten Krieges' und ‚eine gewisse Sympathie für Smirnow' zum Ausdruck gekommen! Nichts beweist eindeutiger als diese Reaktion, daß die afrikanischen Völker nicht das geringste Verständnis für die mit nur allzu offensichtlichen politischen Hintergedanken verbundenen Bemühungen gewisser westlicher Kreise haben, sie „über den Kommunismus aufzuklären". Diese „Aufklärung" bedeutet durchweg den Versuch, die Afrikaner dem „kalten Krieg" dienstbar zu machen, und gegen diese Art von „Hilfe" und „Belehrung" wehren sie sich nachdrücklich[1]). Was aber Herrn Erhard betrifft, so hatte dieser erst vor wenigen Wochen auf dem Düsseldorfer Oberschlesier-Treffen „markig" gesprochen und kurz darauf in Westberlin „trotzig" erklärt, er stehe hier „auf dem Boden der Bundesrepublik", ob es Herrn Ulbricht gefalle oder nicht. So sieht die Bonner „Politik" von heute aus. Man mache sich klar, was es bedeutet, daß in den Händen solcher Leute wie Adenauer und Erhard, ganz zu schweigen von Strauß, Schröder, Dr. Jaeger etc. und von den Generälen der Bundeswehr, die Entscheidung über Krieg und Frieden in Deutschland und in Europa, womöglich über das zukünftige Schicksal der ganzen Menschheit liegt!

In allen Verlautbarungen der Bundesregierung kehrt seit einigen Monaten ein Wort immer wieder, das alarmieren muß: „Ernstfall"! Es ist davon die Rede, die Bundesrepublik müsse sich militärisch, psychologisch, wirtschaftlich „auf den Ernstfall vorbereiten". Dem dient die „psychologische Verteidigung", dem dient der Aufbau eines neuen „Luftschutzes", dem dient das geplante Notstands- und Notdienstgesetz. Mit Selbstverständlichkeit, als handele es sich um einen Regen, auf den man sich durch Kauf und Erprobung eines Regenschirmes vorbereitet, wird vom „Ernstfall" gesprochen. Man hat den Eindruck, als rechne die Bundesregierung selbst fest mit einem solchen „Ernstfall". Der Bevölkerung wird suggeriert, es sei ja alles gar nicht so schlimm; auch im Ernstfall gebe es Rettungsmöglichkeiten, wie sie z. B. der Luftschutz vorbereite.

Was hat dieses Gerede vom „Ernstfall" zu bedeuten? Offensichtlich soll es die Fortsetzung und Forcierung der „Politik der Stärke" rechtfertigen, die dazu geführt hat, daß die politische Position der Bundesrepublik immer schwächer geworden ist. Der Verdacht drängt sich auf, daß gewisse Kreise in Bonn nun, anstatt ihre Politik zu revidieren, den „Gordischen Knoten" mit einem Schwertstreich durchzuhauen gedenken! Im Zusammenhang ihrer Hinweise auf den „Ernstfall" ist auch stets von der „Möglichkeit" eines „begrenzten Krieges" die

---

[1]) Was im übrigen von deutscher Seite zu diesem Vorfall zu sagen ist, hat mit einem in der deutschen Presse selten gewordenen Freimut Conrad Ahlers in der ‚Frankfurter Rundschau' (22./23. 10.) gesagt: „Die Russen scheinen entschlossen zu sein, sich derartige Vorwürfe nicht länger widerspruchslos gefallen zu lassen. Wir Deutsche auf der anderen Seite haben allen Anlaß, mit der Sowjetunion etwas vorsichtiger umzugehen als bisher, und sei es nur, um eine unnötige Gefährdung West-Berlins zu vermeiden. Wir haben aber überhaupt gar keinen Grund, den Ankläger zu spielen; denn vor der Weltgeschichte sind wir es, die auf der Anklagebank in der vordersten Reihe sitzen."

Rede, auf den sich die Bundesrepublik jetzt einrichten müsse. Im Bulletin der Bundesregierung vom 20. Oktober hieß es: „Es gibt eine gewisse Intelligenzschicht (!) im Westen, die findet es zu primitiv, politische Situationen vom Militärischen her zu erschlüsseln. Dabei ist das geschichtliche Geschehen immer elementar (!!!) und wären die Ostzone und Ungarn ohne die sowjetischen Divisionen schon seit Jahren wieder frei, was die Aufstände und das Eingreifen der Roten Armee vor aller Welt bewiesen haben. Diese blutigen Exempel genügen anscheinend noch immer nicht. Man verläßt sich auf das Patt in den apokalyptischen Sphären der H-Bomben. Es gibt auch noch niedrigere Regionen und kleinere Kaliber. Um sie geht es."

Die „gewisse Intelligenzschicht": das sind die verantwortungsbewußten Intellektuellen, die schon einmal die Notwendigkeit des „elementaren geschichtlichen Geschehens" anzuerkennen, den Massenmord zu unterstützen und zu sanktionieren nicht bereit waren und die damals von Joseph G o e b b e l s als „wehrkraftzersetzend" und „dekadent" geschmäht worden sind. Jenes „elementare geschichtliche Geschehen" von 1939 bis 1945, die erste deutsche „Politik der Stärke" *hat zu der Katastrophe von Stalingrad, zum Zusammenbruch des Deutschen Reiches*, zur furchtbaren Dezimierung aller europäischen Völker und zur Teilung Deutschlands geführt. Die „gewisse Intelligenzschicht" weiß heute, wie leicht bei einer Fortsetzung der bisherigen Bonner Militärpolitik — für die z. T. dieselben Generäle verantwortlich sind, die den Krieg Hitlers geführt haben! — Berlin zum „Stalingrad" dieser zweiten „Stärkepolitik" werden kann, an deren Ende, im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen, der Untergang des ganzen deutschen Volkes und vieler anderer Völker stehen würde. Diese Einsicht aber ist heute nicht mehr allein die jener von den in Bonn herrschenden Kreisen ganz im Stile des Joseph Goebbels diffamierten Intelligenz, sondern setzt sich in breiten Schichten der Bevölkerung auch der Bundesrepublik immer mehr durch.

Offenbar rechnet man in Bonn nicht damit, daß die Westmächte die Alles-oder-Nichts-Politik in der Berlin- und Deutschland-Frage effektiv unterstützen werden. *Die Bundesregierung hat das Abkommen über den Interzonenhandel gekündigt* und damit eine der letzten Brücken zwischen beiden Teilen Deutschlands abgebrochen. Von einem „solidarischen" Ost-Embargo der Verbündeten kann indes nicht die Rede sein. Der Argwohn gegenüber der Bundesregierung wächst auch im Westen von Tag zu Tag. So setzen denn gewisse Kreise in Bonn ihre Hoffnungen auf diejenigen Kräfte in den USA, die mehr oder minder offen an einen als „Präventivkrieg" deklarierten Krieg gegen die Sowjetunion denken oder sich auf eine Serie „begrenzter Kriege" gegen den Ostblock einrichten.

In diesem Zusammenhang muß auf die Bedeutung der amerikanischen Pläne zur Umorganisation der Nato hingewiesen werden. Diese Pläne laufen hinaus auf die Ausgestaltung der Nato zur „vierten Atommacht". Das bedeutet: „1. Bisher hatte der Präsident der USA allein das Recht, den Befehl zum Einsatz amerikanischer Atomwaffen zu geben. Im Ernstfall würde der Präsident schwerlich rechtzeitig erreicht werden können (!). Deshalb wird erwogen, die Befehlsbefugnis auf den Oberkommandierenden der Nato in Europa zu delegieren. 2. Es wird überlegt, ob die Nato eine integrierte Streitmacht mit strategischen Atomwaffen erhalten soll. Dabei wird an die Polaris-Rakete gedacht, entweder auf amerikanischen Atom-U-Booten mit internationalen Besatzungen oder auf beweglichen Abschußrampen zu Lande." (Deutsche Zeitung vom 21. Oktober.)

Dazu berichtete am 22. Oktober die Neue Zürcher Zeitung, Strauß werde diese amerikanischen Pläne unterstützen und gleichzeitig für eine Vermehrung der konventionell ausgerüsteten Streitkräfte in der Nato eintreten, unter Hinweis auf die Möglichkeit bzw. Ermöglichung eines „begrenzten Krieges". Ganz ab-

gesehen von der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr wird die Bonner „Ernstfall"-Agitation also auch begleitet von Bestrebungen zugunsten einer weiteren Verstärkung der „konventionell" ausgerüsteten Truppen. Es sei hier der warnende, auf die Konsequenzen dieser neuen schwerwiegenden militärpolitischen Maßnahmen hinweisende Kommentar von Richard Thilenius in der Süddeutschen Zeitung vom 21. Oktober zitiert: „So undeutlich dieser Plan vorerst noch ist, so sehr die Hintergründe der Aufhellung bedürfen — schon jetzt ist klar, daß seine Bedeutung gerade für die Bundesrepublik fundamental sein muß, namentlich wenn man ihn in Zusammenhang mit der gleichzeitig erhobenen amerikanischen Forderung nach stärkerer konventioneller Aufrüstung sieht. Deutschland, bisher nur Teil des Abwehrschildes, würde im Rahmen der Nato nun die Hand mit ans Atomschwert legen können, während es nach den künftigen Truppenstärken und der Qualität der Bewaffnung zwangsläufig zur militärischen Vormacht auf dem westlichen Kontinent würde. Der Konfliktstoff, der sich angesichts einer solchen Entwicklung außen- wie innenpolitisch anhäufen muß, läßt sich heute noch nicht absehen." Freilich sind wir der Auffassung, dieser Konfliktstoff lasse sich sehr wohl heute schon absehen, sofern man nur alle oben von uns erwähnten und zahllose andere entsprechende Erklärungen und Maßnahmen der Bundesregierung in die Betrachtung einbezieht!

Die „Notstands"-Komplizen

So besteht der Beitrag der Bundesregierung zur Lösung des Berlin-Problems, der Deutschland-Frage, der weltweiten Probleme Abrüstung und Entspannung in einer zur militärpolitischen Monomanie gewordenen Aufrüstungs-Besessenheit. Vom „Ernstfall" sprechen heute gerade diejenigen mit zynischer Selbstverständlichkeit, die dabei sind, dank dieser Aufrüstungs-Hypertrophie den Ernstfall zu provozieren!!! Das Wort vom „Ernst der Lage" geht ihnen leicht über die Lippen. Sie selbst haben diesen furchtbaren — es fehlt wenig, und man muß einmal mehr sagen: blutigen! — Ernst der Lage mit-heraufbeschworen. Kein Wort hört man aus Bonn darüber, wie die Bundesregierung verhindern will, daß aus dem „Ernst der Lage" der „Ernstfall" wird! Und nichts, aber auch gar nichts anderes müßte unter den heutigen Umständen das Bemühen einer deutschen Politik sein. Im Gegenteil: das Volk soll sich an den „Ernstfall" schon jetzt gewöhnen. Von wem aber wird die Bundesrepublik heute militärisch bedroht, wenn nicht von den abenteuerlichen Aufrüstungsplänen ihrer Minister und Generale? Was planen diese Minister und Generale? Politisch gescheitert, isoliert, diskreditiert, rüsten sie sich zur Flucht nach vorn! Sie gefährden die äußere Sicherheit der Bundesrepublik! Sie gefährden — und nicht nur durch ihre ‚Notstands'-Vorbereitungen — unsere Freiheit! Sie machen — nachdem sie alle Chancen einer unmittelbaren Wiedervereinigung mutwillig vertan haben in dem Wahne, der Sowjetunion mit den Mitteln des kalten Krieges eine Preisgabe der heutigen DDR abtrotzen zu können! — eine relative Entspannung und Wiederannäherung zwischen den beiden heute auf deutschem Boden existierenden Staaten durch ihr Beharren auf einer Als-ob-Politik unmöglich[1]). Sie haben das Mißtrauen der ost-

[1]) Im Zusammenhang mit der Kündigung des Abkommens über den Interzonenhandel, mit der die Bundesregierung eine der letzten Brücken zwischen den beiden Teilen Deutschlands abbrach, hat sie erklärt, sie wünsche mit der DDR-Regierung über ein neues Abkommen über den Interzonenhandel und, damit verknüpft, über eine Sicherung der Zugangswege nach Berlin zu verhandeln! Das heißt: man behauptet noch immer, Ostberlin sei für Bonn politisch nichtexistent, die Berlin-Frage seine eine Angelegenheit einzig der Großmächte — und schlägt gleichzeitig eine Koppelung der Interzonenhandels-Verein-

europäischen, den Argwohn der westeuropäischen und vieler nichteuropäischer Völker gegen die Bundesrepublik provoziert! Sie sind verantwortlich für den „Ernst der Lage", auf den sie sich Tag für Tag berufen zur Rechtfertigung ihrer immer umfassender werdenden Vorbereitungen auf den „Ernstfall"!

Verantwortlich für die Folgen dieser „Politik der Stärke" und für all das, was uns bei ihrer Fortsetzung erwartet, sind aber nicht mehr die Regierungsparteien und die Bundesregierung allein. Nach Jahren einer sehr widerspruchsvollen Haltung hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am 30. Juni 1960 faktisch die Mitverantwortung für das Debakel von heute und die drohende Katastrophe von morgen übernommen. Die jüngsten Äußerungen ihrer Führer bestätigen all das, was in den letzten Monaten in diesen „Blättern" über die Kapitulation der SPD vor der Adenauer—Strauß'schen Aufrüstungspolitik gesagt worden ist. Die Hauptsorge der Parteiführer ist es heute offenbar, ihre Nato-Treue und Aufrüstungs-Bereitschaft unter Beweis zu stellen, nicht aber, die Bundesrepublik vor den furchtbaren Gefahren zu bewahren, an deren Rand die bisherige Regierungspolitik sie geführt hat. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß die SPD sich ausgerechnet in dem Augenblick „prinzipiell" zur Außen- und Aufrüstungspolitik Dr. Adenauers bekennt, in dem sich die verhängnisvollen Folgen dieser Politik deutlicher denn je offenbaren. Erst kürzlich erklärte Fritz Erler, einer der „Wehrexperten" seiner Partei, die SPD stimme der Einführung von Mehrzweckwaffen in der Bundeswehr zu. Ein anderer Wehrexperte der SPD, Herr Merten, forderte eine verstärkte Bewaffnung der Bundeswehr mit konventionellen Waffen. Bürgermeister Brauer (Hamburg) leistet ebenfalls sein „Nato-Bekenntnis-Soll": er „bekannte sich" zur bedingungslosen Aufrüstung der Bundesrepublik. Der SPD-Pressedienst wehrte sich gegen „verleumderische Unterstellungen" des Regierungs-Bulletins betreffend die Aufrüstungs-Willigkeit der Sozialdemokraten ... Und so fort.

Es zeichnet sich aber, außer dieser Zustimmung der SPD zur Aufrüstungs- und Nato-Politik der Bundesregierung, bereits eine andere, die bisherigen Kapitulationen bestätigende Entwicklung ab. Der Berliner Bürgermeister Willi Brandt propagiert, als Kanzler-Kandidat seiner Partei, schon jetzt landauf, landab für die Zeit nach der Bundestagswahl von 1961 mehr oder minder unverhüllt eine „Große Koalition" (schamhaft „Regierung des deutschen Volkes" genannt ...) von CDU und SPD; eine Koalition nicht etwa auf der Grundlage einer neuen außenpolitischen Konzeption, sondern auf der Basis der heutigen „emanzipierten" Aufrüstungs- und Nato-Politik! Herr Mommer erklärte vor einigen Tagen, für seine Partei sei eine „Große Koalition" mit der CDU durchaus denkbar, allerdings unter Ausschluß Adenauers. Ganz abgesehen davon, wie ernst dieser Einwand überhaupt gemeint ist: die SPD-Spitze hat heute also keine entscheidenden Bedenken mehr gegen die Politik Adenauers, sondern nur noch solche gegen Adenauer qua Person! Sie will nicht die Macht mit dieser Person teilen, wohl aber deren Politik „im Prinzip" fortsetzen. Sie verzichtet ausdrücklich auf jedes außenpolitische Alternativprogramm. Ja, Herr Brandt drängt sich geradezu in die peinliche (seinem maßlosen Selbstgefühl freilich schmeichelnde, in Wirklichkeit aber ihn als ernstzunehmenden Politiker ein für allemal

---

barungen mit Vereinbarungen über Berlin vor. Die Widersprüchlichkeit, der anachronistische Charakter der Bonner Politik in der Berlin- und der Deutschlandfrage können kaum schlagender bewiesen werden. Jene Erklärung der Bundesregierung zeigt aber auch, wie fiktiv ihre Positionen geworden sind. Um so größer ist freilich auch die Gefahr geworden, daß die Scharfmacher in der Bundesregierung einen gewaltsamen Ausweg aus der Sackgasse suchen, anstatt ihre Politik den Tatsachen anzupassen!

korrumpierende) Rolle des „jungen, das Vermächtnis des alten Adenauer erfüllenden politischen Erben"! Erinnert sei hier ferner an das Taktieren Fritz Erlers auf dem Labour-Kongreß, mit der Absicht, Entschließungen gegen die westdeutsche Aufrüstung zu verhindern, und ferner an die erklärte Bereitschaft der SPD, auch weiterhin mit der CDU über ein „Notstandsgesetz" zu verhandeln. „Prinzipiell" hat die „Opposition" dem Notstandsgesetz bereits ebenso zugestimmt wie der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr! Darüber können alle Verklausulierungen — die in erster Linie der Täuschung und Beschwichtigung der innerparteilichen Opposition dienen — nicht hinwegtäuschen.

So tief ist die SPD-Führung gesunken, daß sie sich mit den für den heutigen nationalpolitischen Notstand Verantwortlichen, ausgenommen Adenauer, auf eine Regierungsbank zu setzen gedenkt! Sie versucht das mit dem „Ernst der Lage" zu rechtfertigen — als ob nicht gerade dieser die entschiedenste, konsequenteste Opposition gegen die heutige Konzeption der Bundesregierung notwendig machte. Die SPD-Führung bereitet das offene Bündnis mit denen vor, die sich mit verdächtigem Eifer, unter Verzicht auf jede Abrüstungs- und Entspannungs-Initiative, auf den „Ernstfall" einrichten — anstatt als wirkliche Opposition alles zu tun, um den Ernstfall zu verhindern! Gewiß sitzen wir alle in einem Boot; aber gerade darum kommt es heute darauf an, das Steuer denen aus der Hand zu nehmen, die dabei sind, dies gemeinsame Boot zum Kentern zu bringen. Stattdessen assistiert die SPD diesen fahrlässigen Steuerleuten schon heute, um morgen, ginge es nach ihrem Willen, ihren Kurs mit-zusteuern!

Von all dem Gefährlichen und Beschämenden, das in diesen Monaten in der Bundesrepublik geschieht, ist dies das Gefährlichste wie das Beschämendste. Ein Gutes hat es freilich auch: es weiß heute schon, wenn er es nur wissen will, jedermann, was (d. h. welche Politik) er wählt, wenn er im Herbst 1961 die SPD wählt, die in allen entscheidenden nationalpolitischen Fragen längst nicht mehr „Opposition", sondern ein schlecht maskierter Komplize der auf hemmungslose Machtpolitik eingeschworenen heutigen Bundesregierung ist. Man weiß, was man von Herrn Brandt und Co. zu halten und zu erwarten hat!

Es ist zu hoffen, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik die Lektion „SPD" begriffen hat, ehe es zu spät ist. Die Unerläßlichkeit und die Dringlichkeit der an dieser Stelle in letzter Zeit wiederholt geforderten Bildung einer neuen, einem klaren, vertrauenswürdigen nationalpolitischen Alternativ-Programm verpflichteten politischen Kraft aber werden durch nichts deutlicher gemacht als durch die Koinzidenz der (von ihr selbst immer wieder eifervoll bestätigten!) Kapitulation der SPD vor der Bonner Aufrüstungspolitik und der Forcierung der Aufrüstung (der atomaren wie der konventionellen) durch die Bundesregierung! Schon sehr bald wird die Bundesrepublik, vor allem in der Berlin-Frage, die notwendigerweise das Problem DDR akuter denn je werden läßt, vor schicksalshaften Entscheidungen stehen. Es muß um jeden Preis verhindert werden, daß die heutige Bundesregierung noch vor den Wahlen vom Herbst 1961 die „Flucht nach vorn" antritt oder auch „nur" Freiheit und Demokratie in der Bundesrepublik weiter einschränkt, um die grundsätzliche und freimütige Erörterung der außenpolitischen Lebensfragen zu unterbinden! Darüber hinaus aber muß es im Hinblick auf jene entscheidende Wahl zur Einigung all derer kommen, die sich über die SPD keine Illusionen mehr machen und gewillt sind, das gemeinsame Boot vor dem drohenden Kentern zu bewahren!

Lenken wir diese Betrachtung zurück auf ihren Ausgangspunkt, so erkennen wir, daß die weltpolitische Entwicklung gerade in diesen Monaten den Bestrebungen einer solchen echten Opposition in der Bundesrepublik ent-

gegenkommt. Diese Opposition, die nicht eine „Kapitulation" fordert, sondern verhindern will, daß die Bundesrepublik jemals in die Lage kommt, politisch oder militärisch kapitulieren zu müssen, sie steht heute moralisch und politisch nicht mehr allein. Die weltpolitische Wirklichkeit gibt i h r recht und nicht denen, die durch ihre halsbrecherische Alles-oder-Nichts-Politik mit Atomwaffen Frieden und Freiheit gefährden. So hat denn eine konstruktive und konsequente Opposition heute mehr denn je Grund zu hoffen, daß das Wort, es sei Vernunft stets nur bei wenigen, in diesem Falle, wo es um das Leben und die Freiheit aller Völker geht, nicht wahr sein werde, sondern daß die Vernunft der vielen, der meisten — in Deutschland wie überall in West und Ost und in den neutralen Ländern — die bewaffnete Unvernunft der wenigen endlich bändigen, den „Krieg als Mittel der Politik" ein für allemal aus der Welt schaffen wird!

K l a u s E h r l e r, M. A.

Notwendigkeit und Sinn einer deutschen Abrüstungs- und Neutralitätspolitik

In Kürze werden die Vereinten Nationen die Verdopplung ihrer Mitgliederzahl seit der Gründung der Weltorganisation im Jahre 1945 feiern. Nur noch drei Staaten brauchen die UNO-Mitgliedschaft zu erwerben, um diese stolze Bilanz zu verwirklichen. Dies aber ist nur eine Frage sehr kurzer Zeit, möchte der erstaunte Zeitgenosse angesichts des im letzten Jahre erlebten Wachstumstempos der Vereinten Nationen wünschen und prognostizieren.

Die Bedeutung der Vereinten Nationen ist, wenn man vergleichsweise so sagen darf, mindestens im Quadrat ihrer Mitgliederzahl gewachsen. Nicht wenige Kritiker hatten befürchtet, die Erhöhung der Teilnehmerzahl des politischen Weltgespräches werde zu einer „Verdünnung" oder „Verflüchtigung" seiner Substanz führen und die UNO selbst zu einer gefälligen Dekoration der Unlösbarkeit weltpolitischer Probleme degradieren.

Worauf ist diese erstaunliche und in ihrer Rapidität vielleicht kaum voraussagbare Entwicklung hauptsächlich zurückzuführen? Ist es die Stärke einer oder mehrerer Weltmächte, sind es achtunggebietende Bündnisse oder Pakte, die dieser Entwicklung ihre Dynamik verliehen hätten?

Nichts von alledem: solange die UNO zu sehr unter dem Einfluß der eben genannten Faktoren stand, d. h. in der Zeit ihrer niedrigen Mitgliederzahl, so lange war sie nur zur allerseits zufriedenstellenden Lösung von kleineren Weltproblemen fähig. Der zu ausschließliche Machtspruch und Machtanspruch der „Großen" blockierte im doppelten Wortsinn die Lösung der großen Probleme:

1. „bündelte" er die anstehenden Fragen zu unauflösbaren „Paketen",
2. versperrte er nicht zuletzt dadurch die Zugänge zu gangbaren Lösungswegen.

Von der one-world-Konzeption der Truman'schen Atomhegemonie (Welt„ordnung" durch die konkurrenzlose Stärke e i n e r Macht) bis zum „Paketplan" der

Westmächte 1959 (Versuch, die atlantische Teilwelt-Ordnung auf ganz Deutschland auszudehnen), verhärtete sich die Unmöglichkeit, große Weltprobleme solcherart einseitig und machtmäßig von oben her zu lösen. Die entsprechende Verstärkung der Blockdisziplin des Ostens präzisierte den weltpolitischen Frontverlauf zu einer fast unerbittlichen Endgültigkeit.

So war die UNO in der Periode des weltpolitischen Übergewichtes der Paktblöcke in den Wartestand ihrer weltpolitischen Effektivität versetzt. Dieser Zustand neigt sich seit der Zunahme der neutralen Staaten in der UN-Vollversammlung seinem Ende zu. Jetzt, da die Zahl der paktblockgebundenen Länder nur noch ein Drittel der Vereinten Nationen ausmacht, ist die Weltorganisation nicht mehr nur Urheberin und „Organisatorin" „lokaler" Feuerwehreinsätze in Gebieten und zu Zeiten kleiner oder mittlerer Weltspannungen. Sie ist im besten Begriff, sich zum Forum und schließlich zum Organ aller heterogenen und dennoch gleichberechtigten weltpolitischen Kräfte jeder Tradition, Größe und Struktur umzubilden. Das erklärte Ziel der Gewährleistung weltweiten Friedens und Fortschrittes muß freilich zwangsläufig und allmählich zur Ablösung und Überwindung mancher Traditionen, vor allem der kolonialistischen und imperialistisch-hegemonialen, führen. Die Zweidrittelmehrheit der neutralen Staaten in der UNO ermöglicht eine Demokratisierung der Weltpolitik. Sie kennzeichnet das beginnende Ende der Autokratie und Hegemonie der Großmächte.

Das kann keinesfalls eine übergangslose und radikale Abdankung der Großmächte bedeuten. Vielmehr sollen auch und gerade nach Meinung der Neutralen eben die bisherigen Oligarchen der Weltpolitik ihre bislang angestauten und unbewältigten Konkursmassen selbst liquidieren. Aber nicht allein nach eigenem Gutdünken, sondern im Interesse aller Weltteile, einschließlich der bisher politisch gewichtslosen. Nur diesen Sinn konnte der Antrag der fünf großen Neutralen in der UN-Vollversammlung haben, die höchsten Exponenten der beiden Paktblöcke zum Gespräch aufzufordern. Denn welche Ironie und Abdankung müßte es sonst bedeuten, daß die Hauptanwärter auf die Initiative einer neuen Weltpolitik noch einmal die Hauptträger der alten Weltkonstellation mit der Federführung der Weltgeschäfte beauftragten!

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist in diesem Falle eine Selbstbestimmungspflicht der Großen: sie müssen die ihnen obliegenden Aufgaben selbst lösen, wenn auch im Blick auf die Unteilbarkeit des Weltfriedens und die überregionale Wirksamkeit ihrer Maßnahmen. Selbst wenn man der besonderen Verantwortung der Großmächte für die Lösung einiger Hauptprobleme der Weltpolitik einen „Auftrags"-Charakter unterstellt, bleibt die Unübertragbarkeit dieser ihrer Hauptaufgaben bestehen.

Die UNO wird sich nicht mit Hypotheken der Paktblock-Vorherrschaftsperiode (1948 bis 1960) belasten dürfen, wenn sie den Charakter ihres neuen, weltoffenen Zustandes nicht verlieren will. Daß die Probleme des Kalten Krieges sekundär zu werden beginnen, d. h. nicht mehr primär tonangebend in der Weltpolitik sind, bedeutet nicht, daß sie nicht schleunigst gelöst werden müssen. Denn sonst droht ein Rückschlag in der Bewegung der Weltdinge, der total und tödlich alles zu treffen vermag.

In diesem Punkte schneiden sich die Schicksalslinien der weltweiten exkolonialen Emanzipationsbewegung und des Deutschlandproblems.

Das Engagement der Großmächte an der deutschen Frage mit all seinen schlimmen Konsequenzen an Prestige- und Rüstungsaufwand läßt ihnen zu wenig politische und wirtschaftliche Energie zur Hilfeleistung für die entwicklungsbedürftigen afrikanischen und asiatischen Staaten. Das auf der Tagesordnung der Welt-

politik stehende Problem Nummer eins, die Angleichung der jungen Staaten an den normalen zeitgemäßen Industrie- und Zivilisationsstandard, kann nicht mit dem notwendigen Tempo gelöst werden, so lange das ewig schwärende Problem Nummer zwei, die Deutschlandfrage, in der drohenden Schwebe bleibt.

Auf den Deutschen wie auf den vier Großmächten lastet damit die Verantwortung für all die Leiden und Nöte in den jetzt selbständig gewordenen Ländern, die infolge zu langsamer und ungenügender Entwicklungshilfe noch nicht beendet werden konnten und können.

Wie groß wird erst unsere Schuld, wenn wir der weiteren Steigerung des Rüstungswettlaufs Tür und Tor geöffnet lassen! Unser Dank gilt deshalb den standhaft neutralen Ländern, die in den Jahren des überwiegenden Einflusses der Paktblockstaaten in der UNO allen Verlockungen dieser oder jener Blockbindung widerstanden haben. Sie haben den Weg in eine perspektivenreiche friedliche Zukunft, wenn auch passiv nur, entschieden und ausgleichsbereit offengehalten. Sie konnten die Großmächte nicht zu einer neuen Politik zwingen. Aber sie konnten warten, bis sie Bundesgenossen in Fülle erhielten, die ihrem bewährten Beispiel folgen konnten. Dies ist das weltpolitische Verdienst Nehrus, Sukarnos, Nassers und Titos. Der internationale Neutralismus hat geduldig überwintert, bis seine Stunde kam. Die bange Frage der Blockgroßmächte und ihrer Allianzstaaten: „Wer gewinnt die Neutralen?" war damit im wesentlichen schon entschieden: nur wer selbst neutral ist oder doch wenigstens die Neutralität begünstigt und respektiert.

Die jahrelange Verketzerung der Neutralen sowie jeder Neutralitätspolitik im Gefolge der Dulles'schen Abgrundstaktik war für den Westblock eine Quelle schwerer weltpolitischer Einbußen und Defizite. Besonders die wegen politischer Bedingungen für die Assuandammfinanzierung letztlich von Dulles verursachte Suezkrise war ein unübersehbares Menetekel. So konnte endlich Eisenhower mit der Zustimmung zur Neutralität Afrikas eine längst fällige Konsequenz ziehen. Die Entwicklungshilfe ist damit von der Last paktpolitischer Bedingungen befreit, — aber nur für die neutralen Empfängerländer. Die hilfespendenden Großmächte stehen nach wie vor unter dem Joch ihrer Blockverpflichtungen.

Warum können die Großmächte sich selbst gegenüber nicht die Großzügigkeit, bezüglich neutralitätspolitischer Enthaltsamkeit, an den Tag legen, die sie nun endlich gegenüber den jungen Entwicklungsländern aufbringen? Sie meinen, sie müßten „das Gesicht wahren" — um jeden Preis, anstatt das längst fällige Agreement über den gegenwärtigen territorialen status quo in Europa zu treffen. Im Grunde sind sich die vier Mächte doch mehr oder weniger ausgesprochen darüber einig, daß der jeweilige politische Zustand Europas nicht ohne allseits verhängnisvolle Gewaltanwendung zu verändern ist. Das Beunruhigende ist in erster Linie die Tatsache, daß die Westmächte nicht zur juristisch verbindlichen Anerkennung und Garantie dieses status quo, den sie ja doch schon lange defacto akzeptieren, bereit sind. Sie bewegen sich dabei in einem unseligen Zirkel: einerseits verhalten sie sich in dieser Weise, um die Nato-Bundesgenossenschaft Westdeutschlands nicht zu verlieren, andererseits fürchten sie, zu sehr für ihren Bonner Bundesgenossen und seine erklärten oder latenten Wünsche engagiert zu werden. Der Durchbruch zu einer neutralrealistischen Deutschland-Politik wäre darum auch für sie eine befreiende Tat. Offenbar aber bedeutet für sie eine Neutralität Deutschlands dessen Zugehörigkeit zum Ostblock. So verharren sie lieber im Käfig falscher Alternativen. Sie wagen es nicht, ihrem Paktpartner in Bonn die unbedingt notwendige politische Abrüstung als Voraussetzung aller Zusammenarbeit abzufordern, d. h. die unwiderrufliche Absage

an alle territorialen Revisionswünsche, die im Widerspruch zu den jetzigen Grenzen stehen. Alle waffentechnische Abrüstung bleibt Stückwerk, wenn sie nicht von der entsprechend effektiven politischen Abrüstung eingeleitet oder doch wenigstens begleitet ist. Solange aber private und offizielle Sonntagsredner einer grenzrevisionistischen politisch-psychologischen Aufrüstung das Wort reden, ist diese Voraussetzung eines juristisch fixierten und allein entspannungsfähigen status quo nicht gegeben.

Die Übernahme der internationalen Neutralitätspolitik durch die Westmächte für Deutschland könnte diesen Zirkel der Erstarrung und womöglich auch expansiven Spannung durchbrechen. Sie müßten nur den Mut haben, zu erklären, daß sie anders außerstande wären, ihre Verpflichtungen Deutschland und Westberlin gegenüber zu erfüllen. Sie dürften ferner ihre Unterstützung für die Verketzerung aller neutralitätspolitischen Tendenzen in Deutschland nicht fortsetzen. Schließlich wäre es an uns Deutschen selbst, uns der Rolle der Neutralitätspolitik in unserer Geschichte ohne die üblichen martialischen Wert- und Vorurteile zu entsinnen. Ehe wird nicht ein positives inneres Verhältnis zu den neutralitätspolitischen Zügen und Perioden unserer Geschichte gewonnen haben, werden wir uns schwerlich von den paktpolitischen Fehlschlüssen unserer Gegenwart trennen können. Auf diese Weise würde auch endlich der unfruchtbare und vergebliche Denkansatz unserer bisherigen Außenpolitik überwunden werden können, der sich in dem unrealistischen Wunsch ausspricht, „die Neutralen für uns zu gewinnen".

Dieser Wunsch war und ist immer noch mit der Vorstellung verbunden, einst oder bald werde man die Neutralen von der „Richtigkeit" unseres bundesoffiziellen Standpunktes und seiner Perspektiven überzeugen können, bis sie sich ihn mit mehr oder weniger praktisch-politischer Konsequenz teilweise oder ganz zu eigen machen würden. Aber die Zeit hat — nunmehr allen deutlich sichtbar — gegen dieses Wunschdenken gewirkt und entschieden. Wenn wir uns nicht bald zum Standpunkt und zur Politik der Neutralen bekennen, werden wir an der Alternativlosigkeit der bundespolitischen Fehlentwicklung zerrieben. Wenn die jungen Staaten erst einmal ihre Beziehungen zu anderen Staaten entwickelt und geprüft haben, ist es sehr naheliegend, daß sie dabei besonderen Wert auf außenpolitische Strukturverwandtschaft legen. Eine neutralitätsfeindliche Bundespolitik muß daher auf die Dauer zu einer Isolierung Westdeutschlands von der Welt der Neutralen führen. Eine große Illusion wäre die Annahme, die Neutralen könnten nicht auf die Unterstützung der noch konjunkturstarken Bundeswirtschaft verzichten. Der große weltpolitische Aufschwung der jungen Neutralen hat sich fast ganz ohne diese Hilfe vollzogen und wird sie wohl auch in Zukunft entbehren können. Im Gegenteil muß es gerade im Interesse der westdeutschen Industrie liegen, Investitionen in den Entwicklungsländern „unterzubringen", um den kommenden Strukturwandel des Weltmarktes relativ krisenfrei zu überdauern. Bereits in zwei Jahren wird der Markteinfluß der sogenannten Niedrigpreisländer Südostasiens bei uns infolge des Wegfalls der im GATT noch geltenden Liberalisierungsbeschränkungen so stark sein, daß unsere Manager sich etwas einfallen lassen müssen, um der Entwicklung gewachsen zu sein. Dies aber wird nur auf dem Boden einer neutralen Außenpolitik möglich sein.

Aber nicht nur außerhalb Deutschlands wird Bonns antineutralistische Haltung zu politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Die Schwächung

der existenziellen Sicherheit durch Raketenstationierung im Bundesgebiet wird der Verlagerung wirtschaftlicher Investitionen ins Ausland Vorschub leisten. Warum sonst ist gerade in diesem Jahr so viel westdeutsches Kapital in der neutralen Schweiz angelegt worden? Warum sind gerade viele von denjenigen Personenkreisen an dieser Bewegung beteiligt, die außerhalb ihrer Privatsphäre nicht scharf genug gegen Neutralität und Neutrale polemisieren können? Wir haben also allen Grund, das offizielle Verhältnis zur Neutralitätspolitik bedenklich zu finden und dies auch deutlich genug zum Ausdruck zu bringen. Neutralitätspolitik ist der einzig mögliche und vernünftige Weg für Deutschland, sowohl im nationalen Rahmen des Verhältnisses seiner beiden Staaten als auch im internationalen Rahmen des durch die große exkoloniale Emanzipationswelle umgestalteten politischen Weltbildes.

Eine Interpretation der gegenwärtigen Strukturentwicklung der Weltpolitik führt zum selben Ergebnis: Wenn die nationalistische Emanzipationswelle, die sich allgemein in den letzten Jahren Bahn gebrochen und sich darum auch in einer Lockerung der Blockdisziplin der in sich pluralistischer gewordenen internationalen Pakt- und Wirtschaftssysteme bemerkbar gemacht hat, nicht im Zustand der Negation des überwundenen Vorherigen erstarren und ersticken soll, muß sie von der positiven Entwicklung einer internationalen Neutralitäts- und Abrüstungspolitik aufgefangen, weitergeführt und fruchtbar ausgenutzt werden. Solche Sternstunden bieten sich der gesamten Menschheit nicht oft. Wer aber ein solches „Gebot der Stunde" unbeachtet läßt oder gar sabotiert, lädt den Fluch der Geschichte auf sich. Chrustschow hat sich darum zu einer positiven Einschätzung internationaler und nationaler Neutralitätspolitik veranlaßt gesehen und mit dem Vorschlag seines Planes zur generellen und vollständigen Abrüstung auch die Perspektive der politischen Abrüstung durch Auflösung der militärischen und außenpolitischen Paktsysteme verbunden.

So zeigen sich uns die zu vermeidenden Extreme: waffentechnische Veränderungen — selbst Abrüstungsmaßnahmen — ohne politische Abrüstung lassen die Wurzeln der Spannungsherde unangetastet. Darum ist ein deutscher Friedensschluß so unumgänglich. Umgekehrt sind einzelstaatliche Souveränität und Lockerung der Blockbindungen ohne waffentechnische Abrüstung die Voraussetzung eines in nächster Zukunft sehr leicht möglichen internationalen Atomrüstungs-Chaos. Das Problem der sogenannten n-ten Länder, die nuklear souverän werden, dürfte dann so gut wie unlösbar sein. Der einzige Lebensweg durch diese schmale Scylla-und-Charybdis-Passage ist der Kurs einer konsequenten und einzig realistischen Neutralitätspolitik.

Beispiele für die beiden gefährlichen Gegen-Konstellationen, die es durch eine quasi antisynthetische Neutralitätsposition zu überwinden gilt, sind Westdeutschland und das Frankreich de Gaulles. Bonn würde aus Blockdisziplin eher zu waffentechnischen Abrüstungsmaßnahmen als zur Absage an sein ostpolitisches Europa- und Deutschland-Konzept bereit sein, de Gaulle dagegen ist offenbar außen- und paktpolitischen Demontagen eher geneigt als dem Verzicht auf ein nationalnukleares Frankreich. So sehr sich beide Tendenzen durch ihre enge internationale Assoziierung behindern zu können scheinen, so gefährlich ist doch umso mehr ihre Einheit in der Negation der einzig möglichen Friedens- und Zukunftsperspektive, die auf die Dauer unserer kostbaren und allzu schnell verstreichenden Zeit eben durch ihre unheilige Allianz blockiert und da-

durch für immer unrealisierbar zu werden droht. Beide „Fliegen" können nur mit der einen „Klappe" der Neutralitätspolitik „gefangen" werden, wenn ein drastisches Bild erlaubt sei. Darum ist alle Ungeduld in der Abrüstungs- und Deutschlandfrage am Platze (d. h. in waffentechnischen und politischen Abrüstungsfragen).

Politische und militärtechnische Abrüstungsschritte müssen daher immer aufeinander wohlabgestimmt und gut koordiniert in die Tat umgesetzt werden. Dabei können die Pakte kraft ihrer Disziplinierungsmöglichkeiten gut als Instrumente der Abrüstungspolitik beiderlei Art (politisch und militärisch) engagiert werden, wenn nur ihre schließliche Selbstauflösung als letzte Konsequenz präjudiziert und garantiert ist. Insofern dürfen sich die Paktorganisationen schon jetzt als von der Zweidrittelmehrheit der Neutralen in der UN-Vollversammlung mit der Durchführung der Welt-Abrüstung beauftragt betrachten. In diesem Sinne sind die letztlich untrennbaren Komplexe der Neutralitäts- und Abrüstungspolitik die Erfolgskriterien internationaler, sozusagen weltweiter Demokratie. Ihre positiven Lösungen sind aber auch konstruktiv notwendig zur Aufrechterhaltung und Entwicklung innerstaatlicher Demokratie. Notstandsgesetze sind nur dort vonnöten, wo eine dem widersprechende außen- oder militärpolitische Konzeption gegen wachsende Kritik von innen her abgesichert werden soll.

Immer klarer schält sich so als Grunderkenntnis und Grunderfordernis das Bild einer konsequenten Neutralitäts- und Abrüstungspolitik heraus. Die Neutralen sind nur im Rahmen einer konkreten Abrüstungspolitik „zu gewinnen", so wie auch die Abrüstung nur im Rahmen einer entschiedenen Neutralitätspolitik folgerichtig realisierbar ist. Neutralität ist politische Abrüstung, während waffentechnische Abrüstung das Kriterium echter und unverführbarer Neutralität ist.

So beantwortet sich die Frage: „Wer gewinnt die Neutralen?" mit der Lösung der Frage: „Wer gewinnt die Neutralität?" — diese Frage aber muß sich jeder selbst stellen und beantworten, dem die Zukunft der Menschheit und seines Landes am Herzen liegt.

Die richtige Antwort kann demjenigen nicht zweifelhaft sein, der die Vorrangigkeit existenzpolitischer Gebote vor strukturpolitischen Wünschen erkannt hat. Die Frage der Friedensgewinnung und -erhaltung ist so akut, daß Fragen der Einflußnahme auf Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen anderer Staaten völlig zweitrangig geworden sind.

Der Kurs der Neutralität ist darum existenzpolitisch der hinsichtlich der positiven Entwicklungsmöglichkeiten umfassendste und hinsichtlich der nationalen wie internationalen Unterstützungsaussichten einschließlichste Zukunftskurs. Seine Anziehungskraft ist so groß, daß sogar schon Exponenten des öffentlichen Lebens und Denkens wie Kardinal Döpfner und Professor Jaspers ihm durch ihre Distanzierung vom ostpolitischen Grenzrevisionismus Rechnung trugen. Selbst wenn damit noch nicht automatisch und konsequent der Primat neutralrealer Existenzpolitik anerkannt ist, muß die Rückläufigkeit strukturpolitischer Postulate (wie: „Erst Freiheit, dann Frieden!") konstatiert werden. Folgerichtig muß dies dazu führen, daß so famose Kernsätze wie: „Neutralismus ist Verrat und Selbstmord!" ihrer offensichtlichen Absurdität und Überholtheit wegen vollends in Verruf geraten.

Ein Blick auf wichtige Abschnitte der deutschen Geschichte mag uns lehren, wie schon in den Zeitaltern ohne die existenzpolitische Brisanz unserer Tage die

Einhaltung oder Verschmähung neutralrealer Gebote von schicksalhafter Bedeutung war.

Im sechzehnten Jahrhundert hatte die im ganzen neutrale Haltung der deutschen Reichsstände, der politisch führenden Kraft des römisch-deutschen Reiches, im Kampfe des spanischen Weltreiches gegen Frankreich und England segensreiche Wirkung. Selbst als Inhaber der römisch-deutschen Kaiserkrone konnte der Spanier Karl V. nicht ganz Deutschland gegen Frankreich mobilisieren. Handwerk und Handel, Kunst und Gewerbe erreichten dadurch einen hohen Stand. Erst die innerdeutsche Paktbildung zu Beginn des 17. Jahrhunderts (protestantische Union, katholische Liga) ließ die internationalen Spannungen auf deutschem Boden wirksam Fuß fassen, bis der 30jährige Krieg Deutschland vollends zum internationalen Schlachtfeld verwandelte.

Ähnlich verhängnisvoll war die Parteinahme der deutschen Fürsten gegen die Französische Revolution. Wieder wurde Deutschland internationales Schlachtfeld. Die Inkonsequenz der preußischen Neutralitätspolitik von 1806 führte zur Niederlage von Jena und Auerstedt: obwohl neutral, nahm Preußen aus Napoleons Hand das in Personalunion mit England stehende Hannover zur Annexion an. Damit nahm es Partei gegen England und sich selbst die internationale Rückendeckung, so daß sein Debakel die natürliche Folge und Strafe unneutraler Haltung war. Die Bismarcksche Reichseinigung war weniger ein Erfolg Moltkescher Feldherrnkunst und preußischer Heeresmacht als vielmehr der preußischen Neutralität im Krimkrieg. Ihr Ergebnis war ein entspanntes freundschaftliches Verhältnis Preußens zu den Weltmächten England und Rußland. Auf der Grundlage solch solider internationaler Beziehungen konnte eine konsequente Politik den durch sie bezeichneten Rahmen kleindeutscher Lösungsmöglichkeiten weitgehend ausfüllen. Erst die plötzliche Forcierung der deutschen Kolonial- und Flottenpolitik um 1900 brachte uns wieder nachteilige internationale Rückwirkungen. Die „nibelungentreue" Parteinahme für die Donaumonarchie und gegen Rußland auf dem Balkan ließ Bismarcks Balkanneutralität außer Betracht und trieb Deutschland in den Strudel des ersten Weltkrieges.

Wieviel mehr müssen wir heute neutralitätspolitische Grundsätze achten und beachten! Der Blick auf das politische Weltbild der Gegenwart beweist ebenso wie der Rückblick auf unsere deutsche Geschichte, daß es nur eine Zukunft Deutschlands gibt oder keine: darum laßt uns die Neutralität gewinnen!

Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel

Die Flut steigt

Eine wirtschaftspolitische Betrachtung zur westdeutschen Aufrüstungspolitik

„Der Wahnsinn, Kapital in Waffen zu investieren, die, weil zu gefährlich, unbrauchbar sind, wird täglich deutlicher." Im Zusammenhang einer Äußerung in der ‚New York Times' über die Perspektiven der Abrüstung warnte mit solchem Ernst kürzlich erst Jules Moch, wiederholt Mitglied französischer Regierungen, Chefdelegierter bei der Genfer Abrüstungskonferenz. Der profilierte Pariser Politiker rückte damit bewußt neben die humanitären und moralischen Gründe den wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt auf den ihm gebührenden Platz, nämlich in die erste Reihe der schwerwiegenden Argumente für eine allgemeine Abrüstung, gegen diese apokalyptische Olympiade des Wettrüstens in unseren Tagen.

Diesem Wahnsinn, wie Jules Moch das Rüstungsfieber im gegenwärtigen Stadium seiner stupiden Sinnlosigkeit und weltweiten Gefahr wegen richtig diagnostiziert, muß man mit Fakten und Zahlen in den Arm fallen, die hieb- und stichfest sind. Nirgendwo tut dies so not wie in der Bundesrepublik. Denn in diesem Lande, wo seit zehn Jahren die penetranten Nebelschwaden ressentimentgeladener, restaurativer, nationalistischer und militanter Schlagworte aus Regierungserklärungen, Kommentaren, Leitartikeln und politischen Sonntagsreden aufsteigen, um über die also getrübte Urteilskraft des einzelnen hinweg die gesamte öffentliche Meinung zunächst psychologisch für die Rüstung zu mobilisieren, wo andererseits die Besonnenen, die unbestechlich nüchternen Nonkonformisten bestenfalls als verrannte Idealisten abgetan, wenn nicht gar als osthörige Narren so oder so erledigt werden, um ihre Glaubwürdigkeit zu unterminieren — gerade hier muß sich der Staatsbürger immer wieder an den harten Zahlen und Fakten nicht zuletzt auch aus dem Bereich der westdeutschen Wirtschaft und Finanzen orientieren. So findet er mit Sicherheit auch durch den dicksten Propagandadunst zur Wirklichkeit durch; dann aber erst sieht er auch politisch klar.

Mit der ominösen Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr ist es jüngst — freilich lauter, als es den Initiatoren höheren Ortes nachträglich vielleicht lieb gewesen sein mag — aus den Mauern der Ermekeilkaserne nach draußen gedrungen, daß die Bundeswehr sich allen Ernstes anschickt, mit der Forderung nach atomarer Bewaffnung nun in die nächste, in eine unzweifelhaft hochbrisante Phase der westdeutschen Aufrüstung einzutreten.

An diesem fatalen Markstein unserer rüstungswirtschaftlichen Entwicklung lohnt es sich, zunächst einen Blick zurück zu werfen auf das Zahlenbild, das sich bisher ergibt (so lückenhaft und unvollständig dies bei der notorischen Zurückhaltung aller amtlichen Verlautbarungen im Offenbaren rüstungswirtschaftlicher Daten und Details zwangsläufig auch bleiben muß und daher vielfach nicht mehr als untere Annäherungswerte liefern kann).

Die Rüstungslasten von 1955 bis 1960

Immerhin aus erster Quelle, nämlich aus den veröffentlichten Bundeshaushalten seit 1955, dem Abschlußjahr der Pariser Verträge, bis zum laufenden Rechnungsjahr 1960 stammen folgende Zahlen über die im Einzelplan 14 des jeweiligen Haushalts veranschlagten und bewilligten Ausgaben des Verteidigungsministeriums; diese Zahlenreihe macht unverkennbar den Trend dieses Prozesses sichtbar: die von Jahr zu Jahr unaufhaltsam steigende Flut von Rüstungskosten.

Sie betrugen in Millionen DM

1955	1956	1957	1958	1959	1960
5 208,1	7 312,1	9 000	10 000	10 994,1	10 000

Allein die im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts für den Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums aufgeführten Ausgabenposten belaufen sich also bereits bis 1960 auf insgesamt

52 514,3 Millionen DM.

Das ist jedoch erst ein Teilbetrag der sogenannten „Verteidigungslasten im engeren Sinne", deren erfaßbare Gesamtsumme sich dann ergibt, wenn man aus den Einzelplänen und Kapiteln zugehöriger Sachgebiete die entsprechenden Milliardenbeträge der folgenden Aufstellung hinzurechnet:

Sachgebiet	Millionen DM
Bundesgrenzschutz	1 087,0
Ziviler Bevölkerungsschutz	431,0
Zivile Notstandsplanung	832,4
Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	3 705,6
Wehrbeauftragter des Bundestags	1,2
Personalgutachterausschuß	1,3
Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	127,3
Summe:	6 185,8

Zusammengefaßt ergeben sich demnach aus den ermittelten Summen allein an bisherigen Verteidigungslasten im e n g e r e n Sinne:

	52 514,3
+	6 185,8
insgesamt:	58 700,1

Millionen DM

Aber auch diese monströse Summe ist bei weitem noch nicht alles, was sich auf den Ausgabenseiten des westdeutschen Staatshaushaltes bislang schon hierfür an Milliarden Mark Kosten auftürmt. Es kommen weitere immense Ausgabenposten hinzu, die sich teils aus „Sonderleistungen für Berlin", teils aus einer Reihe von Kriegsfolgelasten (jedoch ohne Lastenausgleich) rekrutieren. In einer kritischen Studie über die Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt faßte der Bund der Steuerzahler diese zusätzlichen Einzelbeträge unter dem Begriff „Verteidigungslasten im weiteren Sinne" gesondert zusammen, wobei sich für die letzten fünf Rechnungsjahre erneut 48 561,4 Millionen DM ergaben.

Verteidigungslasten im engeren Sinne 58 700,1 Millionen DM und Verteidigungslasten im weiteren Sinne 48 561,4 Millionen DM ergeben zusammen 107 261,5 Millionen DM. Das bedeuten für die Zeit von 1955 bis 1960 effektiv erfaßbare Lasten von sage und schreibe über 107 Milliarden Mark!

Das ist eine erschreckende Ziffer. Und doch stellt auch sie nicht mehr als einen Teilwert der ungeheueren Gesamtbelastung dar, die bisher schon dem westdeutschen Steuerzahler durch die Rüstungspolitik aufgebürdet wurde. Denn mit den haushaltsmäßig erfaßbaren und daher meßbaren Aufwendungen ist es keineswegs getan. In den Etats fast aller Bundesministerien wie auch in den Haushalten der Länder und Gemeinden verbergen sich unter ihrer sachlich meist höchst zivilen Firmierung Ausgabenbeträge, die einen anteilmäßig eindeutigen Sachzusammenhang, unmittelbarer oder auch mittelbarer Art, aufweisen. Diese

Kosten entziehen sich ihrer Natur nach zwar einer exakten zahlenmäßigen Ermittlung durch den Rechenstift. Es genügt jedenfalls zu wissen, daß es einschlägige Erfahrungssätze gibt, nach denen diese Kategorie der quasi „indirekten Rüstungskosten" in der Regel mit etwa 50 v. H. des offiziellen Verteidigungsetats zu veranschlagen sind.

Dem flüchtigen Fresko der wenigen bis hierher aufgeführten Zahlen — ohnehin schon Beweis genug für die ungeheuerliche Aufwendigkeit des bis heute aufgebauten Rüstungsapparates — sollen jedoch an dieser Stelle noch einige beachtliche Details aus der bereits an anderer Stelle dieser Ausführungen zitierten Haushaltskritik des Bundes der Steuerzahler eingefügt werden. So gibt das Untersuchungsergebnis dieser Studie u. a. auch eine Vorstellung von der enormen Aufblähung des personellen Verwaltungsaufbaues im Gesamtverteidigungsbereich: Danach nahm die Anzahl der Planstellen im Rechnungsjahr 1960 gegenüber dem Vorjahr um 61,1 % zu. Einer Zahl von 340 000 Soldaten standen zu dieser Zeit wenigstens 135 000 zivile Staatsbedienstete gegenüber. Ins Verhältnis gesetzt heißt dies also, daß der Staat für je 2,5 Soldaten einen Bediensteten unterhält — und bezahlt. Ganz abgesehen von der Kostenfrage verdient dieser Tatbestand außerdem auch — bei aller Relativität — als volkswirtschaftlich recht unproduktiver Beitrag zur vielgerühmten Vollbeschäftigung mindestens am Rande bemerkt zu werden. Wie unbekümmert — ohne Rücksicht auf Kosten und auf Arbeitsmarktkapazität — hier in Planstellenfragen drauflosgewirtschaftet wird, mag folgende Tatsache, der gleichen Quelle entnommen, erhellen: Die Gegenüberstellung von Bewilligungen und Verausgabung von Mitteln für die gesamten Personalausgaben bei dem bewußten Einzelplan 14 ergab für das Rechnungsjahr 1957 an Bewilligungen 1 119,2 Millionen DM, von denen jedoch nur 891,2 Millionen DM verausgabt werden konnten, sodaß am Ende genau 228 Millionen DM als zuviel bewilligt herausprangen. Da sich aber haushaltsrechtlich die automatische Übertragung von Personalausgaben auf das nächstfolgende Rechnungsjahr verbietet, praktizierte man diesen ansehnlichen Spitzenbetrag, der so hoch über sein haushaltsmäßiges Ziel hinausgeschossen war, zur Verminderung der Ausgabenreste weg. Geht man diesen Überbewilligungen bis auf ihre Entstehungsursache nach — wie es in diesem Falle der Kritiker des Bundes der Steuerzahler an einschlägigem Zahlenmaterial besorgt hat —, so zeigt sich an diesem Beispiel, daß infolge weit übersetzter Planstellenanforderungen am Ende des Rechnungsjahres eine entsprechend hohe Anzahl von Stellen — aus was immer für Gründen — unbesetzt geblieben waren. So erweist sich also die überhöhte Veranschlagung an Personalbedarf in jedem Falle als ein doppelt einträgliches Geschäft, nämlich als Bevorratung von Planstellen einerseits und zur Hortung stiller Reserven an Haushaltmitteln außerdem. Daß dieses Verfahren schon haushaltsrechtlich geradezu unzulässig ist, mag hier nur beiläufig festgestellt sein und wäre im Grunde Sache des Bundesrechnungshofes. An dieser Stelle interessiert vielmehr das Symptomatische des Vorganges, als Beweis dafür, mit welcher — sagen wir vorsichtig — Großzügigkeit in Gelddingen verfahren wird, wenn es um Rüstungsbelange geht!

Fragwürdige Wirtschaftsführung

Nicht weniger locker sitzen die Millionen- und Milliardenbeträge gleichermaßen auch in den übrigen Ausgabensektoren des Rüstungshaushaltes. Da wurden auf dem Gebiet der Rüstungskäufe enorme Vorauszahlungen geleistet. Das bedeutet, daß in vielen Fällen für Beschaffungskäufe des Verteidigungsministeriums im In- und Ausland bereits bei Kaufvertragsabschluß hundert Prozent der Kaufsumme bezahlt wurden, auch wenn erst Jahre später die Lieferung erfolgt. Insgesamt über

4 Milliarden DM an solchen Vorauszahlungen bis zum 31. März 1960 rechnete die Haushaltskritik des Bundes der Steuerzahler dem Verteidigungsminister als nachgewiesen vor. Gepflogenheiten dieser Art haben nun weiß Gott nichts mehr mit dem Begriff einer verantwortungsbewußten Wirtschaftsführung zu tun. Diese hundertprozentige Vorauszahlung der Vertragssumme auf eine Ware, die man noch gar nicht hat — sich also alle Risiken dieses Geschäfts allein aufzuladen —, spricht einfach den elementarsten Prinzipien vernünftigen kaufmännischen und finanzwirtschaftlichen Handelns Hohn. So streichen Rüstungslieferanten im In- und Ausland fröhlich billige Betriebsmittel ein, so müssen unsere Haushaltsgelder schließlich gar noch dazu herhalten, den Geschäftspartnern des Verteidigungsministeriums den Bau von Fabriken und Produktionszweigen vorzufinanzieren. Aber nicht nur dies. Die auf diese Weise ins Inland geflossenen Summen haben natürlich nach Kräften dazu beigetragen, der ohnehin schon überhitzten Konjunktur noch mehr einzuheizen. Aber „Besonnenheit, Zurückhaltung und Sparsamkeit im Ausgeben und Investieren", was man neuerdings der der „groben Maßlosigkeit" verdächtigten Masse der privaten Verbraucher regierungsamtlich als antizyklisches Medikament verordnet, das schert die Leute im Verteidigungsministerium offensichtlich wenig!

So ähnlich erklärt sich wohl auch der „Fall Hispano Suiza", bei dem es insbesondere um die Entwicklung und Beschaffung von Schützenpanzerwagen ging. Für die Unterlagen dieses Modells sollen an Vorauszahlungen und Lizenzgebühren insgesamt 205 Millionen DM gezahlt worden sein, für Unterlagen aber, die nahezu wertlos waren. Das heißt: 205 Millionen für Makulatur! Was besagt es schon, daß sich der Rechnungshof nachträglich mit dem Fall befaßt haben soll, was besagt das in einem Staat, in dem die Aufrüstung Trumpf ist! Und erscheint dieser horrende Verlustbetrag nicht wahrhaftig fast als „Lappalie", wenn man erfährt, daß allein das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, das sogenannte „zweite Verteidigungsministerium" (zu dessen Obliegenheiten die Durchführung der technischen Entwicklungsvorhaben, Fertigungsvorbereitungen, zentrale Beschaffung gehört), von 1955 bis 1961 für rund 30 Milliarden DM Rüstungsaufträge vergeben hat und vergibt oder daß als sogenannte „einmalige Ausgaben" — das heißt zur Finanzierung eines einmaligen Ausgabenzwecks, der sich freilich über mehrere Jahre erstrecken kann — in den Rechnungsjahren 1956 bis 1960 zusammen 21,8 Millionen DM aufgebracht wurden?

Und weiter: schlägt man eine andere Ausgabenseite der bis heute absolvierten Wehretats auf, so sind es hier die Bauausgaben, die einmal mehr evident machen, daß die prioritätsbetonte Militärpolitik von vornherein darauf angelegt ist, sich durch überdimensionale Investitionen für Kasernen- und Verwaltungsbauten sowie militärische Liegenschaften aller Art in Raum und Zeit bedenklich dauerhaft — auf Kosten des Volksvermögens — zu etablieren. In den Rechnungsjahren 1956 bis 1960 wurden für verteidigungsministerielle Bauvorhaben 5 152,7 Millionen DM, davon für 1960 allein 134,2 Millionen DM, an bewilligten Mitteln bereit gestellt. Dazu wies dieser letzte Etat 1960 Neubauplanungen des Bundesverteidigungsministeriums — die Kasernenanlage auf der Hardt-Höhe und den Endausbau der Ermekeil-Anlage betreffend — mit dem offiziell einkalkulierten Betrag von 18,2 Millionen DM aus. Tatsächlich wußte die Presse in diesem Zusammenhang schon von einer Kostensumme in Höhe von rund 22 Millionen DM zu berichten, und zwar vom Projekt eines elfstöckigen Hochhauses auf der Hardt-Höhe, dreier sechsstöckiger Bürohäuser mit zweistöckigen Verbindungsbauten sowie den dazu gehörigen Wirtschaftsbauten. Dazu fragte der Bund der Steuerzahler unter anderem: „Wie vertragen sich diese Bauvorhaben im jetzigen Zeitpunkt mit dem Bestreben der Regierung, der Überhitzung der Konjunktur

entgegenzuwirken?" und „Wie vertragen sich diese Maßnahmen mit dem Wunsch des Bundestages nach einem Stop der Regierungsbauten im Raume Bonn?"

So weit, so gut — wenn man es beim Verteidigungsetat nur allein mit dem finanzpolitischen „Schönheitsfehler" einer, sagen wir, allzu überschäumenden Ausgabenfreudigkeit und — wie bei den fulminanten Bauausgaben — nur hier und da zu tun hätte. Aber der Fehler sitzt doch wohl wesentlich tiefer. Und die Fragen, die sich bei jeder sachlich nüchternen und komplexen Erörterung des Themas „bundesdeutsche Rüstungsausgaben" aufdrängen und sich auch am Ende dieser Betrachtung hier stellen, werden dem Problem schließlich doch ein wenig tiefer unter die Haut gehen müssen, um klare Antworten zu finden.

Noch aber sollen hier einige Beispiele aus dem kompliziert verzweigten Zahlenwerk der gesamten Rüstungsausgaben für sich sprechen. Wie schon weiter oben einführend bemerkt wurde, läßt sich der tatsächliche Gesamtbetrag der jährlichen Rüstungskosten der Höhe nach nicht vollständig erfassen. Ein Großteil unstreitbarer Rüstungsausgaben ist dem ersten Blick hinter dem Schleier ziviler Aufgabenbezeichnungen zunächst entzogen und nicht immer ohne Mühe in ihrer haushaltseigenen Verkleidung zu erkennen. Immerhin gibt es einige Zahlen und Anhaltspunkte in den bisherigen Haushaltsplänen des Bundes, die auch die Effektivsumme unserer Aufrüstungslasten in ihrer ganzen märchenhaften Höhe mehr als erahnen lassen.

Zu diesen Musterbeispielen gehört als ein Kostengebiet, das nicht unter den Rüstungskosten — bei Einzelplan 14 — ausgewiesen ist: der besondere Einzelplan 35 für die „Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte"! Für diesen Posten wurden im Rechnungsjahr 1960 allein mehr als eine halbe Milliarde DM aufgebracht. Die entsprechenden „Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten" beliefen sich von 1950 bis 1960 auf insgesamt 50,3 Milliarden DM.

Die Rüstungsfolgekosten (unter anderem: Manöverschäden) werden offiziell mit 720 Millionen DM angegeben. Für die zivile Notstandsplanung wurden von 1958 bis 1960 insgesamt 832 Millionen DM verplant. Dazu berücksichtige man des weiteren die Geheimfonds, über deren Verwendung vor dem Bundestag keine Rechenschaft abgelegt zu werden braucht, die also seiner Kontrolle entzogen sind. Nach Feststellung der ‚Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften' (WISO) in einer Analyse des Bundeshaushalts für 1960 verfügt der Bundeskanzler beispielsweise über zwei dieser Geheimfonds mit einem Gesamtbetrag von 13 Millionen DM. Die zitierte ‚WISO-Korrespondenz' definierte die im Vorstehenden erörterte Ausgabengruppe als „indirekte Rüstungskosten" (übrigens nicht gleich zu setzen mit den weiter vor angeführten „Verteidigungslasten im weiteren Sinne"), die „ohne weiteres aus ihrer Zwecksetzung heraus im vollen Umfang als Kosten für die Liquidation früherer und die Vorbereitung neuer Kriege angesehen werden müssen" und errechnete für die auf diese Weise seit 1956 erwachsenen indirekten Rüstungskosten einen Gesamtbetrag von nicht weniger als 8,175 Milliarden DM. Als weitere verdeckte und damit indirekte Rüstungskosten sieht die gleiche Korrespondenz mit gutem Recht andere Ausgabengruppen an: Die Inanspruchnahme ziviler und privater Einrichtungen durch die Bundeswehr sowie die auf militärische Erfordernisse abgestimmte Weiterentwicklung und der entsprechende Ausbau dieser Einrichtungen. Ferner und ganz besonders der Verkehrshaushalt, von Bundesfinanzminister E t z e l hintergründig als einer der Haushaltsschwerpunkte charakterisiert. Die Auflagen des Aufbauprogramms der Bundesfernstraßen mit ihren Mindestbelastungsvorschriften, Brückenbau- und Umgehungsvorschriften lassen keinen Zweifel offen, daß auch diese Aufwendungen dem Zweck nach als indirekte Rüstungskosten im defi-

nierten Sinne anzusprechen sind. So kommt die ‚WISO-Korrespondenz' rechnerisch zu der konsequenten Feststellung, daß tatsächlich durch diese effektive Erweiterung der Gesamtbetrag des tatsächlichen Rüstungshaushaltes 1960 mindestens „mit insgesamt 13,8 Milliarden DM anzusetzen ist". Auch die haushaltsmäßig bewilligten Mittel und ihre zunehmenden Erhöhungen für die Ausgabenposten „Bundeszuschuß für Westberlin", „Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen" (1960 mit 133 Millionen DM ausgestattet, d. h. mit weiteren 25 Millionen DM mehr als im vorausgegangenen Rechnungsjahr); auch das Budget des Bundeskanzleramtes mit seiner für 1960 bewilligten Erhöhung von 74 auf 88,2 Millionen DM, auch die 14,2 Millionen DM Mehrausgaben „für die politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland", und nicht zuletzt der „Bundesnachrichtendienst", der Organisation, die unter dem Namen G e h l e n besser bekannt ist und der offiziell 43,35 Millionen DM zur Verfügung stehen — alles das gehört praktisch, unter dem Oberbegriff „psychologische Kriegführung", zur gleichen Kategorie der indirekten Rüstungskosten!

Zum Wehretat 1960 — dem letzten in der Etatserie ab 1955, die wir mit ihrer von Jahr zu Jahr drückender werdenden Rüstungslast bis hierher wenigstens im groben ein wenig durchleuchten konnten — hat Minister S t r a u ß Ende 1959 erklärt, dieser Wehretat habe sich mit seinen 10 Milliarden DM nur durch scharfe Kürzungen und Umdispositionen in der Planung halten können. Der Unterton in dieser Erklärung, die nur mühsam — für diesmal — zurückgestaute Forderung nach mehr und immer mehr Milliarden Steuergeldern für die Rüstung war wohl kaum zu überhören. Aber wer immer damals noch den Kopf in den Sand steckte (Franz-Josef Strauß war es bestimmt nicht!), der hat jetzt erneut Gelegenheit, sich mit dem Kapitel von Zahlen und Fakten zu befassen, die auch sein zukünftiges Schicksal als Staatsbürger und Steuerzahler bestimmen sollen. Freilich, er muß sich endlich aller Illusionen über den Charakter der Bonner Wehrpolitik entschlagen!

D e r R e k o r d e t a t f ü r 1 9 6 1

Als die Parlamentarier aus dem diesjährigen Sommerurlaub von den meist fernen sonnigen Feriengestaden braungebrannt und durch nichts zu erschüttern in unsere provisorische Bundeshauptstadt zurückkehrten, stand eine ernste gesetzgeberische Aufgabe oben auf ihrem Plan: Die Beratung des Haushaltsplanes für 1961. Mindestens für einen verantwortungsbewußten Volksvertreter bedurfte es allerdings gut ausgeruhter Nerven, um vor dem Volumen dieses neuen „Rekord-Haushalts", der sich selbst nach dem Eingeständnis des Bundesfinanzministers wiederum „am Rande des Defizits" bewegt, nicht auf den Rücken zu fallen. Monatelang wurde der fertige Gesetzentwurf der Öffentlichkeit vorenthalten. Es half auch nichts, daß die „Welt" sich schon Anfang Juli beklagte: „. . . just in diesem Jahr tut man bis September so, als sei der Haushaltplan ein geheimes Aktenstück, das man sorgsam vor den neugierigen Augen der Bürger schützen müßte", und an anderer Stelle: „Aber es scheint so, als ob es die Abgeordneten des Haushaltsausschusses im Bundestag lieber sähen, wenn die Presse die ruhigere Zeit im Juli und August nicht dazu benutzen kann, den Haushalt zu zerpflücken." Man hatte offenbar plötzlich ganz vergessen, daß man den Bürgern oft gepredigt hatte, sie sollten doch mehr Interesse für den Haushalt aufbringen, denn er sei ja schließlich das „Schicksalsbuch des Volkes". Was also monatelang vor der Öffentlichkeit — die es doch so sehr angeht — wie eine Geheimakte behandelt wurde, der Haushaltsentwurf 1961, ist nun endlich in den ersten Oktobertagen durch Presseberichte mit einigen dürren, aber schicksalsträchtigen Einzelheiten seines Zahlenwerks auch für uns gewöhnliche Sterbliche zugäng-

lich geworden. Soviel wissen wir heute, daß auch der neue Bundeshaushalt für das kommende Jahr wieder angestiegen ist. Diesmal um weitere 3 Milliarden DM auf nunmehr also insgesamt 45 Milliarden DM. Wir wissen jetzt auch, daß der Strom der Rüstungsausgaben für die nächste Rechnungsperiode erneut angeschwollen ist, von 10 auf nunmehr 11,2 Milliarden DM, allein für die Bundeswehr, und allein 28 Prozent der gesamten bewilligten Mittel für sich in Anspruch nimmt. Auf 12,4 Mrd. DM erhöht sich dieser Posten durch die Aufwendungen für die stationierten verbündeten Truppen. Selbst die regierungsfreundliche „Welt" konnte im ersten Augenblick ihr Bedenken angesichts der „ständig steigenden Ausgabenflut" nicht völlig verhehlen, durchaus im klaren darüber, daß „sie manchen erschrecken mag". Und dazu gibt es freilich nur zu gute Gründe. Schon rein formal behauptet sich der Wehretat — hinter dem Posten, den Bundesfinanzminister Etzel mit globaler Handbewegung als „Sozialausgaben im weiteren Sinne" deklarierte — wieder auf dem zweiten Platz in der Rang- und Schwerpunktliste des Bundeshaushaltes. Aber diese amtliche Optik zeigt noch keineswegs die ganze Wahrheit, nämlich die in Wirklichkeit e r s t r a n g i g e, alle anderen Staatsausgaben absolut dominierende Stellung unseres Rüstungsetats. Dazu wird man sich der am Beispiel jener bisherigen Haushaltszahlen weiter oben bereits aufgedeckten Erfahrungstatsache erinnern müssen, daß die offiziell als „Verteidigungsausgaben" im Etat ausgewiesenen Beträge jedenfalls nur einen Bruchteil der gesamten Rüstungskosten darstellt. Der wirklichen Totalsumme wird man auch im vorliegenden Haushaltsfall nur dann nahe kommen können, wenn man die zusätzlichen Milliarden DM hinzuschlägt, die sich erfahrungsgemäß in den tiefen Falten einer Vielzahl ziviler Etatposten als letzten Endes typische Rüstungs- oder Rüstungsfolgekosten verbergen. Wenn man davon ausgeht, daß eine entsprechend angelegte Untersuchung der ‚WISO-Korrespondenz' beispielsweise für 1960 eine exakte Summe von 26,026 Milliarden DM ermittelte, die dem betreffenden Rüstungshaushalt zuzurechnen war, was im Effekt 60 Prozent des Gesamthaushaltes ausmachte, dann wird man gut tun, diese Erkenntnisse auch auf den gegenwärtigen Haushaltsentwurf analog anzuwenden. Dann aber gehören die Rüstungsausgaben ihrem realen Umfang nach in Wahrheit weitaus an die Spitze und sind auch die eigentlich zentrale Ursache des neuen Mammut-Haushaltes.

Dieser Vorsprung des Rüstungsetats, als des überlegenen Favoriten im Haushaltsrennen, wird noch deutlicher und plausibler, wenn man gleichzeitig Etzels „Sozialausgaben im weiteren Sinne", für die nach seinen Ausführungen rund 17,7 Milliarden DM vorgesehen sind, ihres globalen Mantels entkleidet und auf realere Proportionen zurückführt. So schrumpft dieser Betrag schon auf 12 Milliarden DM sogenannter „direkter Sozialausgaben" zusammen, indem man zunächst einmal die oben eingerechneten Kriegsfolgeleistungen richtigerweise ausklammert, da sie eindeutig ein Kostenelement aus der Liquidation des letzten Krieges darstellen und sachlich nicht als zivile Ausgabengruppe gezählt werden können. Auch von diesem verminderten Betrag zweigt schließlich noch der Aufwand für die bundeseigene Sozialbürokratie einen sicher nicht unerheblichen Anteil ab. Immerhin wird auch daraus klar, daß bei näherem Hinsehen die tatsächlichen Sozialausgaben aus der so dekorativen Führungsposition im Bundeshaushalt sang- und klanglos verschwunden sind. Um so einsamer und erschreckender aber erhebt sich über dem Ganzen das gefährliche Massiv des Rüstungsetats und wirft seinen Schatten über diesen Haushalt 1961 mit den bisher höchsten Staatsausgaben der Nachkriegszeit.

Mit der Notwendigkeit der Beschaffung moderner Waffen („Wir können die Bundeswehr nicht mit Holzpanzern fahren lassen!") umschreibt der Ressortmini-

ster die militärpolitischen Forderungen, die wiederum ins Phantastische gestiegene Bewilligungen des Wehretats durchgesetzt haben. In der Tat geht es um die Finanzierung einer weiteren Phase der Wiederbewaffnungspolitik, die immer offensichtlicher die Forcierung des Rüstens auf breitester Front betreibt — bis zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Der Haushaltsansatz für die Beschaffung von Flugzeugen und Flugkörpern (Raketen also) wurde von 405 auf 951 Millionen DM erhöht. Für den gleichen Zweck sollen in den nächsten Jahren weitere 5,285 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt soll sich dieses Projekt nach Pressemeldungen auf 9,1 Milliarden DM belaufen. Für Schiffsneubauten wurden 436 Millionen DM (gegenüber 343 Millionen DM) angesetzt. Weitere 2,12 Milliarden DM sollen im kommenden Jahr hierfür ausgegeben werden. Insgesamt sammelt sich hier ein nur in seinen schrecklichen Umrissen zu erahnendes Waffenarsenal von Kampfflugzeugen, Panzern, Kriegsschiffen und Raketen an, das in die ungezählten Milliarden unproduktiver Werte geht. Und zu gleicher Zeit baut sich im Hintergrund schon — zunächst psychologisch vorbereitet — die Front der Atomwaffen auf. Die Denkschrift der Bundeswehrgenerale mit ihrer Forderung nach Atomwaffenausrüstung und die Vorbereitung der Anschaffung der Polaris-Mittelstreckenrakete, deren Einführung als Atomwaffe in das Bundesheer zur Diskussion steht, gehören zu den ersten Leuchtkugelsignalen an dieser Front. Werden diese Pläne verwirklicht, dann können wir uns — von den politischen Konsequenzen einmal ganz abgesehen — schon rein kostenmäßig über alles bislang Erfahrene hinaus noch auf einiges gefaßt machen. Dem Drang der Rüstungsentwicklung „nach oben" ist natürlich auch der Personal-Etat der Bundeswehr willig gefolgt, mit einer Erhöhung des Ansatzes von 1876 Millionen im laufenden Haushalt auf 2323 Millionen DM im neuen Plan, und dies Hand in Hand mit einem weiteren Ansteigen des Stellenplans von 340 000 auf nunmehr 354 000 Soldaten und Wehrpflichtige.

Daß der Prozeß der Aufrüstung bei diesen Zahlen nicht stehen zu bleiben gedenkt, ist ohnehin kein Geheimnis. Diese Tatsache läßt sich schon an den einzelnen obengenannten Ausgabenbeträgen (beispielsweise für Flugzeugbeschaffungen und Schiffsneubauten) erkennen, die für das kommende Jahr bereits bestimmt sind. Hier und da erfährt man auch aus den Verlautbarungen offizieller Stellen einiges darüber. Nach einem Bulletin-Bericht vom Dezember 1959 sprach anläßlich einer Rede in Frankfurt Verteidigungsminister Strauß bereits von der geplanten Einführung der Raketenbataillone; er sagte ferner, daß das Kraftfahrzeug- wie auch das Textilbeschaffungsprogramm schon bis 1961 und das Marine-Schiffbauprogramm im dritten Marine-Bauprogramm bis in die Jahre 1962 und 1963 festliegen.

Keinem Geringeren — und in diesem Falle auch wohl kaum einem Glaubwürdigeren — als eben diesem Bundesminister für Verteidigung verdanken wir aus der gleichen Frankfurter Rede (zum Thema „Wirtschaft und Rüstung") einige hinreichend eindrucksvolle Zahlenbeispiele. Sie demonstrieren mit überwältigender, erschreckender Anschaulichkeit nicht nur die Größenordnung des kostenfressenden Aufwands jedes Wettrüstens in unserem technologisch hochentwickelten Zeitalter; vielmehr auch das Ausmaß der Verantwortung, mit der sich eine solche Politik auf die Dauer belädt, wenn sie immer märchenhaftere Summen des Volksvermögens in eine unproduktive Rüstungsmaschinerie steckt, die ihrerseits einem ständigen, geradezu rasanten Gebrauchswertverlust unterliegt. (Die hier für eine volkswirtschaftliche Argumentation bis ins Letzte notwendige Unmißverständlichkeit mag die an sich makabre Anwendung des Begriffs „Gebrauchswert" auf Mord- und Zerstörungseinrichtungen entschuldigen.) Also hören wir einige der Beispiele aus der Ministerrede: „... Im Jahre 1939 hat

das modernste Jagdflugzeug der Welt, die Messerschmidt 109, 150 000 Reichsmark gekostet. Rechnen wir um in DM, mit einem Faktor 1 : 2 etwa, dann wären das 300 000 DM. ... Wir haben einen Schlachtflieger Fiat 91 und den Hochleistungsjäger und Hochleistungsjagdbomber, die F 104, den ‚Starfighter' von Lockheed. ... Die Fiat kommt auf etwa 1½ Millionen Mark. ... Die F 104 liegt, je nach Stückzahl, zwischen 4,2 und 6 Millionen DM." Nach diesen Ausführungen des Herrn Strauß kostet also ein heutiges Jagdflugzeug nahezu das Zwanzigfache eines Flugzeugs gleicher Aufgabenstellung im Jahre 1939. In diesem Zusammenhang ist von einem weiteren Flugzeug, dessen „Beschaffung aus USA pro Stück zwischen 10 und 12 Millionen und im Nachbau nicht unter 9 oder 9,5 Millionen liegen wird", die Rede. Den Plan zum Erwerb dieses Typs hat Minister Strauß „fallengelassen". An anderer Stelle erläutert er weiter: „Die Kosten für ein Flugzeug, Beschaffung, Unterhalt bis zur Außerdienststellung, mit Treibstoffverbrauch, Ersatzteile, Verschleißteile, betragen viermal den Beschaffungspreis. Wenn Sie also fünf Millionen Beschaffungskosten annehmen, dann kostet das Flugzeug bis zur Außerdienststellung 20 Millionen DM, ein Flugzeug, das 12 Millionen kostet, 50 Millionen Gesamtkosten." Ein letztes Beispiel: „Wenn Sie die B 70 nehmen, den neuesten amerikanischen Bomber ..., der eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 3000 Stundenkilometern haben soll, mit einer Reichweite von halb um die Erde und Nachttankfähigkeit, dieses Flugzeug, das 40 oder 50 Tonnen wiegt, würde, in purem, massivem Gold gebaut, billiger kommen, als in der Ausstattung, in der es in die Hände der amerikanischen Luftwaffe kommen wird." Diesen Zahlen aus so informierter Quelle ist wohl nichts mehr hinzuzufügen. Man könnte natürlich diese gespenstische Kostprobe aus der Statistik der Aufrüstungskosten mit weiteren Beträgen beliebig anreichern, wie z. B. den folgenden: Die im Bau befindlichen 3000-t-Zerstörer kosten je Stück mindestens 90 Millionen DM. Etwa mit der doppelten Summe, mit 180 Millionen DM, wäre also für den Bau der ins Auge gefaßten 6000-t-Zerstörer zu rechnen. Die 10-Milliarden-DM-Schätzung für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, von der schon 1957 einmal die Rede war, dürfte heute, angesichts des sukzessive angestiegenen Preisniveaus, der Höhe nach schon überholt sein.

Nicht weniger beklemmend als diese phantastischen Ziffern aus dem spezifischen Rüstungsbereich sind auch die volkswirtschaftlichen Perspektiven dieses durch das Aufrüstungsvolumen mindestens mitursächlich hochgepumpten Gesamthaushalts des Bundes. Er ist zwar, wie Bundesfinanzminister Etzel versichert, „am Rande des Defizits" in seinen Einnahmen und Ausgaben wieder mühsam ausbalanciert. Aber zum Beifallklatschen ist das, weiß Gott, kein Anlaß! Auch die Presse gab sich in ihren ersten Äußerungen zu diesem Thema durchweg — meist auf den auch bei der Haushaltsdebatte im Bundestag vorherrschenden Grundton gestimmt — nur gedämpft optimistisch. So leitartikelte die „Welt" lakonisch über das Problem hinweg, es seien „die Bundesfinanzen auch für das Jahr 1961 geordnet".

Aber die konkreten Fragen und Zweifel, die hier zwangsläufig sich erheben, verlangen konkretere Beantwortung. Woher soll, darf man wohl fragen, das viele Geld kommen, um diesen „Katastrophen-Haushalt" zu finanzieren? Aus den Steuern? Eventuell aus Steuererhöhungen oder neuen Steuern? Aus rigorosen Abstrichen an den Staatsausgaben? Und an welchen? Der Rüstungsetat ist ja doch wohl durch ein großes Bonner Tabu gesichert. Die öffentlichen Gelder für den sozialen Wohnungsbau hat Etzel, wie aus seiner Etatrede hervorgeht, vorsorglich schon zusammengestrichen. Vielleicht bei den echten Sozialausgaben, auf die jener jammernde Kommentar der „Welt" offensichtlich gemünzt

war: „Der Tribut, den der neue Haushalt der sozialen Sicherheit zollt, ist geradezu beängstigend"? Oder soll das Geld durch Anleihen aufgebracht werden, am Ende durch neue Verschuldung des Bundes?

Immerhin kommen schon jetzt den Sachverständigen „große Zweifel", z. B. ob es möglich sein wird, den außerordentlichen Haushalt mit den benötigten Anleihen in Höhe von 2,1 Milliarden DM so zu bedienen, wie es dem Finanzminister vorschwebt. Einerseits rechnet man sich da eine Chance aus, daß im Falle einer „Konjunktur-Abschwächung" die Notenbank eine Möglichkeit sähe, die Kreditbremsen entsprechend zu lockern, so daß der Weg zum Kapitalmarkt erleichtert würde. Aber das würde ja andererseits wieder bedeuten, daß die bereits einkalkulierten, verplanten Steuereinnahmen hinter den heutigen optimistischen Schätzungen — die von einem Sozialprodukt-Zuwachs von 6 Prozent ausgehen — automatisch zurückbleiben würden. Und dann würde die Einnahmendecke erst recht zu kurz sein für die Gesamtausgaben!

Gewiß, da prahlt man heute mit dem „Ritt auf der Steuerwelle", unter Berufung auf die Mehreinnahmen des Bundes aus den (wohl nicht ganz absichtslos geringer vorausgeschätzten) Steuern und Abgaben, „die sich wegen der überaus guten Konjunktur wie Sturzbäche in die öffentlichen Kassen ergießen". Aber wer garantiert denn, daß das in aller Zukunft so bleiben wird, daß wir nicht eines Tages eine Konjunktur-„Abschwächung" oder mehr als das erleben werden? Es gibt Anzeichen genug rundum, daß unser Wirtschaftswunder-Baum nicht in den Himmel wächst ...

Trotz des bejubelten (oder teils auch schon mit Besorgnis betrachteten) Wirtschaftsbooms und der gewaltigen Steuereingänge sieht es infolge der noch gewaltigeren Ausgabenwirtschaft unserer Rüstungsära in den öffentlichen Kassen zeitweilig ziemlich windig aus. Der Juliusturm ist leergeschöpft. Reserven sind nicht mehr da. Die Verschuldung der öffentlichen Hand steigt weiter. So mußte das Statistische Bundesamt Mitte dieses Jahres berichten, daß die öffentliche Verschuldung im Rechnungsjahr 1959 wieder stark angestiegen sei. Am 31. März 1960 lagen die Schulden des Bundes, der Länder und der Gemeinden mit insgesamt 55 Milliarden DM um 5 Milliarden DM über dem Pegelstand am gleichen Tage des Vorjahres. (In dieser Summe ist die Verschuldung der Gebietskörperschaften untereinander und beim Lastenausgleichsfond mit einer Erhöhung um fast 2,4 Milliarden DM auf 17,1 Milliarden DM noch nicht einmal enthalten.)

Darum wohl auch griff Vater Staat durch das in der letzten Sitzung vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedete Steueränderungsgesetz 1960 wieder einmal mit bekannter Routine in die Tasche des Steuerzahlers, indem er eine Reihe von Steuervorteilen mit rückwirkender Kraft kürzte — u. a. zum Nachteil des Wohnungsbaues (verminderte Abschreibungsmöglichkeiten) und des Bauvertrag-Sparens. Etzel erwartete sich aus dem Erlös dieser zur „Konjunktur-Abbremsung gedachten" steuerlichen Maßnahmen eine Mehreinnahme von rund 400 Millionen DM. Auch die werden aber gewiß schließlich irgendwie den reißenden Bach der Rüstungsausgaben hinunterfließen.

Angesichts dessen kann es doch nur noch erheiternd wirken, wenn ein angesehenes Blatt wie die „Welt" so gewollt optimistisch am Rande des neuen Bundeshaushaltes über die heutige finanzpolitische Lage philosophiert: „Es hätte nahegelegen, an eine Steuersenkung zu denken. Aber mit Rücksicht auf die heißlaufende Konjunktur ..." und so weiter und so fort. Jedenfalls, das kommt natürlich für uns nicht in Frage. Das kann doch einem Finanzminister Etzel, der sich selbst als „glühender Verteidiger der Stabilität" bezeichnete, so leicht nicht passieren ... Aber was nutzt es schon, wenn ein Herr Etzel daran denkt, die Grundsätze einer konjunkturgerechten Finanzpolitik in einem besondern Ge-

setz zu verankern, um darin „die Verantwortung zur Aufrechterhaltung der Währungsstabilität und des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts herauszustellen"! Was nutzt das schon, wenn und solange die Zunahme der unproduktiven Staatsausgaben — vornehmlich auf dem Rüstungssektor — unsere Währung praktisch unterminiert und damit das volkswirtschaftliche Gleichgewicht permanent über den Haufen wirft!

Cui bono?

An diesem Punkt müßte eine verantwortungsbewußte Finanzpolitik die Hebel ansetzen (besser gesagt: den Hobel!). Aber, wie schon gesagt, dieses Gebiet im Hoheitsbereich des besonderen Bonner Wohlwollens ist dagegen tabu. Ungeachtet der ohnehin bekannten politischen und militärpolitischen Interessentengruppe lohnt es sich aber auch, die Frage nach dem ‚cui bono?' einmal rein wirtschaftlich zu stellen! ‚Wem nutzt es', wer ist finanziell unmittelbarer Nutznießer der Geldströme, die so breit aus den Kassen des Wehretats fließen? Die Angaben des Verteidigungsministers selbst geben hierauf denkbar aufschlußreichste Antwort: Danach ist offiziell bislang zugegeben, daß 60 Prozent aller bewilligten Mittel in die inländische Rüstungsproduktion geflossen sind. 40 Prozent wurden im Ausland ausgegeben. Man ist also von seiten der westdeutschen Industrie (‚Nolens-volens', erklärte man nach draußen, sicher aber profit-fröhlich im Herzen!) wieder einmal ins Rüstungsgeschäft groß eingestiegen. Davon, daß sich Deutschland endlich einmal „aus der Rüstungsproduktion überhaupt heraushalten" sollte, wie vernünftige Stimmen aus böser Erfahrung heraus nach 1949 mit Recht gefordert hatten, wollte Minister Strauß nach seiner oben bereits zitierten Frankfurter Rede im Dezember 1959 schon längst nichts mehr wissen. Das lag praktisch auf der Linie der — mit zunehmendem Erfolg und mit kongenialer Unterstützung des internationalen Finanzkapitals vordringenden — Tendenz zum Abbau von Verboten für die westdeutsche Rüstungsproduktion. Unmittelbar bevor der Rat der WEU das Verbot der Raketenproduktion für Westdeutschland aufhob, im Oktober vorigen Jahres, ließ sich die englische „News Chronicle" über das Thema diesbezüglicher, amerikanisch-bundesdeutscher Industriekontakte folgendes aus Washington berichten: „Die größten Rüstungswerke Amerikas ... stecken Millionen Dollar Kapital sowie enorme technische Erfahrungen in die einst verbotene (westdeutsche, d. Verf.) Industrie ..." Im Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik stellte Kurt Simon in der „Süddeutschen Zeitung" im Dezember 1959 fest: „Kennzeichnend für den Wandel der Auffassungen über das Ausmaß des eigenen Rüstungsbeitrags sind die Vorbereitungen oder der Beginn einer eigenen Produktion von schwerem Gerät, besonders von Flugzeugen, Panzern und Raketen. Damit schaltet sich die deutsche Industrie stärker, als noch vor wenigen Jahren beabsichtigt, in das Rüstungsgeschäft ein... Mit der Herstellung der genannten schweren Waffen wird der Grundsatz aufgegeben, ohne zusätzliche Rüstungsinvestitionen auszukommen. (Diese nüchterne Tatsache brachte Strauß zur gleichen Zeit in der unverfänglicheren Formulierung, er werde ‚von der Schaffung neuer Kapazitäten in der Bundesrepublik dann absehen, wenn in den NATO-Nachbarstaaten oder in befreundeten Staaten freie Kapazitäten ... ausreichend vorhanden sind'. D. Verf.) Dabei stellt sich die Frage, wie man angesichts der Vollbeschäftigung Rüstungsaufträge abwickeln will, ohne die Herstellung ziviler Güter entsprechend einzuschränken oder neue Produktionsanlagen zu bauen?"

Also die „Klare Absage (des Verteidigungsministers) an die Rüstungsautarkie unseligen Angedenkens" ist in der rauhen Praxis doch wohl nicht mehr als

ein frommes Wort geblieben. Es wird in der Bundesrepublik zuerst gerüstet und heftig dafür investiert — die zivilen Güter, die Verbrauchsgüter, haben das Nachsehen. Und der Bundesbürger zahlt wiederum die Zeche.

Die lachenden Dritten sitzen indessen in den Geschäftsführungen, Vorständen und Aufsichtsräten jener Firmen, die mit Heereslieferungen an Kraftfahrzeugen, Flugzeugen, Schiffen, mit Materialaufträgen oder mit der „militärischen Zweckforschung auf dem Gebiet der Kernforschung" (deutlicher wird es, wenn man es Atombombenforschung nennt) jetzt also wieder lukrativ ins Geschäft gekommen sind. Man liest in diesem Zusammenhang in der Tages- und Wirtschaftspresse von Zeit zu Zeit immer wieder und immer neu auftauchende, meist recht klangvolle Namen aus dem Almanach der westdeutschen Großunternehmen, Monopole und Konzerne: Die AEG, Krupp, Thyssen, Siemens, IG-Farben, Mannesmann, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (aus der Gruppe des Haniel-Konzerns), Klöckner-Humboldt-Deutz AG. Rund dreißig Waffenfabriken sollen in der Bundesrepublik wieder bestehen; unter ihnen Rheinmetall GmbH (Röchling-Konzern), aus dem Quandt-Konzern die Mauser-Werke AG. An der Entwicklung und Produktion von Raketen in immer größerem Umfange, zum Teil auch in Zusammenarbeit mit außerdeutschen Unternehmen, sollen beteiligt sein z. B. Firmen wie: Telefunken GmbH, Daimler-Benz AG, Stuttgart, Henschel-Werke GmbH, Kassel, Bayerische Motorenwerke AG, München, Demag AG, Duisburg, Siemens u. a. m. Da werden schon wieder, so steht es wieder in den Zeitungsmeldungen, bei Weser-Flugzeugbau (Krupp!), bei Howaldt in Kiel, bei Blohm & Voss u. a. Flugzeuge, Panzer, Düsenjäger, Kriegsschiffe, U-Boote und vieles andere mehr für den Krieg produziert, auf Lager gelegt und schließlich als hoffnungslos überholt, ohne einen Schuß getan zu haben, in aller Stille irgendwo verschrottet ... Und wenn auch für den Schrotthaufen produziert wird, wenn auch Währung und Volkswirtschaft schließlich mehr und mehr die Balance verlieren: bei den Großen des Rüstungsgeschäftes, besonders bei den alten Hasen in dieser Branche, rollt die harte D-Mark. Das Managerherz lacht. Aber die Mehrheit der Staatsbürger auf der anderen Seite — von denen Kurt P r i t z k o l e i t („Die neuen Herren") sagt, daß sie „am deutschen Wirtschaftswunder eher als zahlende Gäste denn als Wirte teilhaben, ohne die ja bekanntlich die Rechnung nicht gemacht werden kann" —, die haben in dieser Rolle bei allem fragwürdigen Wohlstand bedeutend weniger zu lachen. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung kann ihnen eines Tages das Lachen sogar ganz vergehen.

Und ausgerechnet diesen zahlenden Gästen, nicht etwa dem ausgabenfreudigen Verteidigungsministerium oder den „ihr Brot sauer genug verdienenden" Rüstungsindustriellen machte Etzel in seiner Etatrede klar: „Wir müssen maßhalten mit unseren Wünschen." Mancher wird seinen Augen nicht recht getraut haben, als er in der Presse des Finanzministers Erklärung sogar las, daß die steigenden Mehrausgaben nicht etwa das Ergebnis hemmungsloser Wiederaufrüstung, sondern ganz einfach „als Folge des allgemeinen wachsenden Wohlstandes" zu betrachten sei. Wir, das Volk, haben nach Etzel den „falschen Gebrauch unseres Wohlstandes" in den erhöhten Staatsausgaben auszubaden. Welche Logik! Welcher Zynismus! Aber wer den Schaden hat, ist auf den Spott nicht angewiesen. Auch nicht auf die (mit erhobenem Zeigefinger vorzutragenden) goldenen Worte A d e n a u e r s: „Mir wird eng ums Herz, wenn ich daran denke, was einmal aus dem deutschen Volk werden soll! Es will immer mehr und mehr haben. (Aber wer spricht denn von Waffen?! Anmerkung des Verfassers.) Es gibt kein unzufriedeneres Volk!"

Wer darf denn aber die Menschen darum so abkanzeln, weil sie sich des in den bitter schweren Nachkriegsjahren in meist harter Arbeit erworbenen Wohl-

standes, dieses im Schnitt genommen recht bescheidenen Wohlstandes, auch ein wenig freuen wollen? Oder sollen die Radiotruhen, elektrischen Waschmaschinen, Fernsehgeräte möglichst nur in den Export gehen? Nein, der Normalbürger hat auf den angemessenen Genuß seines Wohlstandes — soweit er vorhanden ist — einen wohlerworbenen Anspruch. Oder gibt es etwas dagegen einzuwenden, daß unsere Zeitgenossen die Sehnsucht nach sozialer Sicherheit für den Lebensabend gestillt sehen möchten? Die Vorstellung vom gesicherten Lebensabend sagt den meisten mehr, als die Idee der Großraumpolitik und eventueller waffenklirrender Ostlandfahrten oder die nebelhaften Schlagworte von „potentiellen" Feinden drinnen und draußen, gegen die „äußere" und „innere Sicherheiten" aufgebaut und finanziert werden müsse. Was es gegen diese soziale Sehnsucht des kleinen Mannes alles einzuwenden gibt, steht unmißverständlich in den „Finanzpolitischen Mitteilungen des Bundesministers für Finanzen" vom 11. September 1959: „Man kann nicht gleichzeitig und so schnell wie möglich Verteidigungsstreitkräfte mit den modernsten Waffen aufstellen und unseren Sozialstaat aufbauen." Das ist nun mal die harte Sprache der rüstungspolitischen Wirklichkeit, gegen die sich diese Zeile im Haushaltskommentar der „Welt" wie ein vergilbter Bibelspruch ausnimmt: „Soziale Sicherheit ist die Forderung, die unserem Jahrhundert das Gepräge gibt."

So entsprechen denn auch beispielsweise die neue Krankenkassenreform oder der Lücke-Plan mit der Erhöhung der Wohnungsmieten schon unverkennbar dem Stil jenes Satzes aus den „Finanzpolitischen Mitteilungen". Der Schöpfer des Gesetzentwurfs für die „Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung", in dem die ‚Selbstbeteiligung' postuliert wurde, und das der Hauptangestelltenausschuß der ÖTV ein „Dokument des sozialen Rückschritts" nennt, Bundesarbeitsminister B l a n k , sagte mit gleicher Zweckbestimmung: „Wo Massen zu relativem Wohlstand kommen, ist Sozialpolitik als Armeleutepolitik fehl am Platze." Wenn nun nach der Blank'schen Reform statt dessen die Politik der feinen Leute praktiziert wird, so kostet das die Masse der Versicherten nach Veranschlagung der „Sozialen Ordnung", herausgegeben von der CDU, immerhin eine zusätzliche Belastung von 1,6 Milliarden DM. Folgerichtig erklärte darum im Januar 1960 der Bundestagsabgeordnete Georg E w a l d (SPD), daß „die westdeutsche Aufrüstung ... durch ihr wachsendes Ausmaß zu einem fortlaufenden Abbau der sozialen Einrichtungen führen muß".

Der Riemen wird bereits zunehmend fühlbar enger geschnallt. Das ist auch auf anderen Lebensgebieten bereits deutlich geworden. Der oben erwähnte Lücke-Plan brachte Mieterhöhungen für 5 Millionen Altbauwohnungen, die sich nach Presseberichten zwischen 15 und 40 Prozent bewegen. Die öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau wurden verringert, obgleich es z. Zt. im Bundesgebiet nach statistischen Veröffentlichungen der Tagespresse noch einen Fehlbedarf von 1,25 Millionen Wohnungen gibt. Dazu erfährt man im einzelnen aus der Presse, daß die für den sozialen Wohnungsbau im kommenden Jahr bewilligten Mittel von 490 auf 420 Millionen vermindert werden, so daß die Ausgabenkürzung für diesen sozialen Zweck den Betrag von 70 Millionen ausmacht. Was soll man dazu sagen, wenn, wie aus einer Notiz der „Welt" vom 10. Oktober hervorgeht, der Bauausschuß des Deutschen Städtetages allein die Kosten der „Slums" in den Städten der Bundesrepublik auf 30 bis 50 Milliarden DM geschätzt hat? Bleibt es vielleicht bei den Slums, einfach weil für so etwas kein Geld da ist? Aber es kräht im Bundesfinanzministerium kein Hahn danach, wenn ein einziges Bauprojekt für die Bundeswehr — wie das oben schon besprochene in Bonn — die runde Summe von 22 Millionen DM kosten soll ...

Überhaupt ist der Wohlstand bei näherem Zusehen eine sehr relative Größe. Wie der große Kuchen des Sozialprodukts verteilt wird, das ist die Frage; also nicht der Kuchen an sich, sondern nur das Stück, was der einzelne davon abbekommt, das allein bestimmt seinen Anteil am allgemeinen Wohlstand. Das ist immerhin dabei zu bedenken, wenn man auf der einen Seite liest, daß der Durchschnittskurs aller Aktien an den bundesdeutschen Börsen im Jahre 1958 von 200 auf 300 Prozent sowie bis Ende 1959 auf 500 Prozent angestiegen war. Damit hatte sich der Gesamtkurswert sämtlicher erfaßten Aktien schon im letzten Jahr von 40 auf 65 Milliarden DM erhöht.

Aber vom Couponabschneiden ernährt sich bekanntlich ja nur der verschwindend geringste Teil der Bevölkerung, denn der frischgebackene ‚Volksaktionär' rechnet doch wohl nicht zu diesen Kreisen. Für die große Masse der übrigen gilt es jedoch, daß die Lebenshaltung weitgehend von den Lebenskosten, das bedeutet, von der Indexbewegung der Preise abhängt. Denn der Mehrheit der Bevölkerung steht durchweg nicht — wie z. B. den wesentlich konjunkturnäheren Aktionärskreisen — ein entsprechend elastisches Finanzpolster zur Verfügung. Für diesen überwiegenden Personenkreis ist demnach der durchschnittliche Preis aller im üblichen Warenkorb der Hausfrau gesammelten Einkäufe ein durchaus lebensbestimmender Faktor. Es ist nun aber kein Geheimnis mehr, daß die Preise längst in Bewegung gekommen sind und einen ständigen, unaufhaltsamen Drang nach oben haben. Die in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute kündigten Pressemeldungen zufolge Mitte August dieses Jahres für die Zukunft neue Preissteigerungen an. Auch der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, P a u l s s e n , sagte in gleichem Sinne eine Teuerungswelle voraus. Er begründete diese Entwicklung damals mit einem unzureichend vorhandenen Güterangebot auf dem Binnenmarkt. Unschwer zu erkennen, daß sich hierin bereits bemerkbar zu machen beginnt, was an Folgen der wachsenden innerdeutschen Rüstungsindustrie, verbunden mit der zwangsläufig entsprechenden Einengung des zivilen Gütermarktes, jetzt und in der Zukunft noch zu erwarten ist. Zum gleichen Folgenkomplex gehört an dieser Stelle auch die von der unproduktiven Waffenproduktion her verursachte Steigerung der Konjunkturhitze mit ihren beklagten Auswirkungen auf Preis und Währung. Notabene ist der Binnenwert der D-Mark unterdessen ja auch nach neueren Pressemeldungen bis auf 87 Pfg. herunter gesunken. Darüber kann auch der noch so harte Außenkurs unserer D-Mark nicht hinwegtrösten.

Man sollte sich also hüten, so schnell immer mit dem billigen Argument von der wildgewordenen „Lohn-Preis-Schraube" bei der Hand zu sein, nur um die steigenden Preise und Lebenshaltungskosten zu entschuldigen und um der breiten Verbraucherschicht „antizyklisches" Benehmen beizubringen. Im wesentlichen an die falsche Adresse richtete darum Bundeswirtschaftsminister E r h a r d schon im vorigen Jahr in der Preisdebatte des Bundestages die Mahnung: „Eine Gefahr droht nicht von den Preisen. Sie droht von der Maßlosigkeit ... besonders der Gewerkschaften mit ihren überhöhten Lohnforderungen." Wenn man staatlicherseits so kategorisch von ‚Maßlosigkeit und notwendigen Opfern' spricht, wie es heute zum offiziellen Ton gehört, so wären diejenigen, die bar aller volkswirtschaftlichen Vernunft diese maßlose Aufrüstung unseres bundesstaatlichen Provisoriums fordern, dies fördern oder daran verdienen, ein weitaus angemesseneres Publikum für eine solche Ansprache.

Man sollte sich schließlich auch volkswirtschaftlich nichts davon versprechen, um jeden Preis nach einem Prügelknaben für die offenbaren Fehlentwicklungen in der Wirtschaft zu suchen, dessen Rolle zur Zeit dem ach so „maßlosen, unzu-

friedenen" Volk übertragen zu sein scheint. Es wird auf die Dauer auch herzlich wenig nutzen, mit reinen steuer-, lohn-, kredit- o. a. finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen am äußeren Rande der Wunde herumzulaborieren. Entschieden besser wäre es, endlich des Übels Kern zu erfassen. Wenn man nicht schleunigst den Mut (beziehungsweise in erster Linie den Willen!) aufbringt zu einer notwendigen Radikalbehandlung, indem man das wuchernde Krebsgeschwür dieser überdimensionalen Aufrüstung als offensichtliches Grundübel aus dem gefährdeten Wirtschaftsorganismus herausoperiert, dann kann man freilich keine Heilung erwarten, sondern nur langsames Siechtum und Schlimmeres. Für jeden, der sehen will, war zuletzt der frisch diskutierte Bundeshaushaltsentwurf für 1961 mit seinen unaufhaltsam weiter wachsenden Ausgabenziffern und mit der Rüstungspolitik als deren bewegender Kraft im Hintergrund ein weithin sichtbares, warnendes Gefahrensignal. Zur Besinnung auf das volkswirtschaftlich Notwendige mit allen, auch den politischen Konsequenzen ist keine Zeit mehr zu verlieren. Die Zahlen und Fakten rundum beweisen es. Die Fluten steigen!

Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz

Militärpolitische Betrachtungen zum Abrüstungsproblem

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde die Notwendigkeit einer Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte bereits in den Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen betont. Die UN-Vollversammlung erklärte am 14. Dezember 1946 in einer Resolution, daß die Festigung des Friedens und der Sicherheit die „schleunigste allgemeine Regelung und Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte erfordert", ferner „das Verbot der Atomwaffen und aller anderen wichtigen Waffen, die gegenwärtig oder in Zukunft zur Massenvernichtung dienen können, und ihre Ausschaltung aus den nationalen Rüstungen".

In der Frage der Abrüstung geht es also darum, zur Erhaltung des Friedens in der Welt und für die Sicherheit der Völker Maßnahmen zu treffen, die im großen gesehen führen sollen

zu einem Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und ihrer Versuchsexplosionen,
zur Vernichtung der bereits lagernden Atombombenvorräte,
zur Aufgabe militärischer Stützpunkte in fremden Ländern,
zur Einschränkung bzw. völligen Auflösung der Streitkräfte und konventionellen Waffen,
sowie neuerdings zur Freihaltung des kosmischen Raumes von Spezialwaffen.

Nachdem sich, außerhalb der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der UNO, besondere Organe der Weltorganisation seit vielen Jahren bereits in 800 Sitzungen mit Fragen der Abrüstung ohne greifbare Erfolge befaßt hatten, beschloß die Genfer Außenministerkonferenz einen Zehnerausschuß, paritätisch aus je fünf Staaten von Ost und West besetzt, nach Genf einzuberufen. Auf der Grundlage des sowjetischen Abrüstungsplanes, den Chrustschow am 18. Septem-

ber 1959 der UNO vorgelegt hatte, sollte man in diesem Gremium möglichst zu einem Übereinkommen gelangen.

Störmanöver

Doch ähnlich wie die Pariser Gipfelkonferenz wurde die Vorbereitung auch dieser Genfer Abrüstungskonferenz von westlicher Seite gestört; die Verhandlungen selbst wurden durch Verschleppungstaktik, Abrücken von eigenen Vorschlägen und Hinauszögern von klaren Entscheidungen beeinträchtigt. Die erste Störung war die Entscheidung des USA-Präsidenten, gegebenenfalls einseitig die Kernwaffenversuche wieder aufnehmen zu wollen. 15 Monate hatte es keine Atomexplosionen gegeben, da kam die zweite Störung. Am 13. Februar explodierte in der Sahara die erste französische Atombombe, nur als Auftakt gedacht, weitere Versuche sollten folgen. Die dritte Störung war die Reise des britischen Verteidigungsministers Watkinson nach den USA zwecks Lieferung modernster Raketenwaffen und die Ankündigung gemeinsamer 24-Stunden-Flüge britischer und amerikanischer Atombomber. Schließlich wurde auf Wunsch der Westmächte zweimal der Beginn dieser Konferenz verschoben.

Westplan

Als es dann endlich am 10. Juni zu den ersten wirklichen Diskussionen kam, legte die Sowjetunion ihren Drei-Etappen-Plan für eine totale kontrollierte Abrüstung vor, während die Vertreter der Westmächte zunächst ohne eigene Vorschläge an den Verhandlungstisch gekommen waren. Erst nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz unterbreitete die amerikanische Regierung dann ebenfalls einen Drei-Stufen-Plan als Antwort auf den sowjetischen Vorschlag. Er sieht in der ersten Phase den Aufbau einer internationalen Abrüstungsorganisation und eine Zusammenstellung umfangreicher Unterlagen über die Rüstung der Staaten vor. Die Truppenbestände der Großmächte sollen zunächst auf 2,5 Mill. Mann reduziert werden. Eine ganze Reihe organisatorischer Maßnahmen zur Überwachung der Militärhaushalte sowie gegenseitige Inspektionen und Kontrollen sollen zur Verhütung von Überraschungsangriffen dienen. In der zweiten Phase sollen die Truppenstärken auf 1,7 Mill. Mann gesenkt werden und in einer dritten, noch gar nicht übersehbaren Phase sollen weitere Abrüstungsmaßnahmen bis zum Verbleib einer internationalen Streitmacht und nationaler Truppenkontingente eingeleitet werden.

Im Vordergrund steht stets eine Kontrolle der Rüstung, an Stelle einer kontrollierten Abrüstung. Vor der UNO wurde dann dieser Plan noch ergänzt durch den Vorschlag, die USA und die Sowjetunion sollten je 30 000 kg spaltbare Stoffe für Kernwaffen unter internationale Kontrolle stellen. Da aber 250 Bomben von 10 Megatonnen ausreichen würden, jeweils die Hälfte der beiden Staaten zu zerstören, und nach Schätzungen 20mal soviel Wasserstoffbomben bereits vorhanden sind, so bedeutet die Überwachung von 30 000 kg Kernwaffenmaterial nichts, um die Kriegsgefahr zu bannen, wenn die Kernwaffenvorräte weiter in den Händen der Atommächte bleiben.

Ostplan

Die Sowjetunion hatte bereits in Genf und später auch vor der UNO in der ersten Etappe ihrer Abrüstungsmaßnahmen einen Vorschlag der französischen Delegation aufgegriffen, nämlich Mittel für die Beförderung von Massenvernichtungswaffen auszuschalten, d. h. strategische und taktische Raketen, unbemannte Flugkörper aller Art, Kriegsflugzeuge als Atombombenträger, sowie alle U-Boote und Überwasserschiffe, die als Kernwaffenträger verwendet werden können. Während seines Staatsbesuches in London hatte nämlich General de Gaulle

(nach „The Times" v. 8. 4. 60) erklärt: „Frankreich wünscht vor allen Dingen die Vernichtung der vorhandenen Atomwaffen, die Verwendung der Einrichtung, in denen sie hergestellt werden, für andere Zwecke, und die Überwachung der Raketen und Flugzeuge, die sie befördern können, sowie der schwimmenden, fliegenden und stationären Basen, von denen diese Todeswaffen aus gestartet werden können."

Gleichzeitig sollten die Auflösung aller militärischen Stützpunkte auf fremden Territorien vorbereitet und die dort stationierten Truppen in den Bereich ihrer nationalen Grenzen zurückgezogen werden. Durch diese beiden Maßnahmen sollte als erstes jeder Seite die Möglichkeit eines Überraschungsangriffes genommen werden, was sich auch äußerst günstig auf die internationale Lage auswirken würde.

Obwohl die Sowjetunion — wie auch der Westen anerkennt — die eindeutige Überlegenheit in den modernsten Beförderungsmitteln von Kernwaffen besitzt, hatte sie vorgeschlagen, die Abrüstung mit dem Verbot und der Vernichtung eben dieser interkontinentalen ballistischen Raketen zu beginnen, natürlich unter entsprechender internationaler Kontrolle. Dieser Vorschlag bot eine reale Möglichkeit, ernsthafte Abrüstungsgespräche zu beginnen, zumal der neue Plan in der Frage der Kontrollen den westlichen Vorstellungen entsprach. Um die Parität zu erhalten und keine Seite durch Abrüstungsmaßnahmen zu benachteiligen, sollte entsprechend die Auflösung der amerikanischen Stützpunkte und Militärbasen an den Grenzen der Sowjetunion — tausende Kilometer vom USA-Mutterland entfernt — erfolgen. Anderenfalls würde durch sie eine Bedrohung der Sowjetunion bleiben, da von diesen Basen aus überfallartige Angriffe erfolgen könnten, ohne daß die Sowjetunion nach Aufgabe ihrer interkontinentalen Raketen zu Gegenschlägen gegen das Territorium der USA in der Lage wäre. Was der einen Großmacht recht ist, sollte der anderen billig sein!

S t ü t z p u n k t e

Damit ist die Frage der Auflösung der Militärstützpunkte in Verbindung mit einem geforderten Kernwaffenverbot zu einem entscheidenden Faktor aller Abrüstungspläne geworden, vor jeder späteren Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen sowie aller übrigen Abrüstungsmaßnahmen.

Als im Jahre 1954 eine Million USA-Soldaten auf Hunderten von Militärstützpunkten standen und die US-Luftwaffe glaubte, mit interkontinentalen Bombern und Atombomben allen anderen Staaten überlegen zu sein, wurde die ‚massierte Vergeltung' zur Doktrin erhoben. Doch inzwischen hat sich das Kräfteverhältnis durch die sowjetischen interkontinentalen Raketen und die atomare Parität grundlegend verändert. Die bisherige amerikanische Konzeption ist dadurch heute zusammengebrochen. Ende Januar 1960 erklärte General P o w e r, der Chef der strategischen US-Luftwaffe, in „U. S. News and World Report": „Die Sowjets könnten mit nur 300 ballistischen Raketen unsere ganze nukleare Schlagkraft in etwa 30 Minuten lahmlegen."

Hinzu kommt nach dem Abschuß der amerikanischen U 2 und RB 47 über sowjetischem Hoheitsgebiet die Warnung der Sowjetregierung, sie werde Gegenschläge gegen die Stützpunkte führen, die von solchen Spionageflugzeugen benutzt werden. Infolgedessen wächst in vielen Völkern die Erkenntnis, wie gefährlich die USA-Stützpunkte auf ihrem Boden für ihre eigene nationale Sicherheit sind. Zahlreiche Politiker europäischer und afro-asiatischer Staaten sind sich über die positive Bedeutung der neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge betreffend die Auflösung der Militärstützpunkte in fremden Ländern im Interesse des Völkerfriedens durchaus im klaren.

Von Bedeutung ist auch, daß vornehmlich die kleinen und wirtschaftlich schwachen Länder unter der Stationierung amerikanischer Truppen zu leiden haben. Gewaltmethoden, fremde Einflüsse, ja eine gewisse Fremdherrschaft im eigenen Hause sind immer wieder der Nährboden für Reibereien, führen zur Abtretung eines Teils der Souveränität und Einräumung ungerechtfertigter wirtschaftlicher Vorteile zugunsten der fremden Truppenmächte. Ein Abzug der auf ausländischem Territorium stationierten Truppen würde die internationale Stellung der Länder, bekonders der schwach entwickelten, stärken, die militärische Bedrohung beseitigen, zur Normalisierung der Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten beitragen und ihre nationale Sicherheit festigen. Vor allem aber würden in einer abgerüsteten Welt bei Streitigkeiten zwischen noch jungen Nationalstaaten bewaffnete Konflikte vermieden und Vorwände für die Einmischung ehemaliger Kolonialmächte in die Angelegenheiten dieser Länder ausgeschaltet.

Risse im Stützpunktkrieg

Die USA haben unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Marokko einwilligen müssen, ihre dortigen großen Stützpunkte bis 1963 zu räumen. Aus Island sind die US-Bodentruppen bereits zurückgenommen. Die Philippinen wollen das Stützpunktabkommen einer Revision unterziehen. Pakistan hat in Washington gegen den Einsatz der Spionageflugzeuge von seinem Territorium protestiert. In Japan, Südkorea und der Türkei sind nach dem Sturz der dortigen diktatorischen Regierungen die USA-Stützpunkte durch neutralistische Strömungen in Frage gestellt. Aus Libyen ist das Hauptquartier des 17. US-Geschwaders nach der Bundesrepublik verlegt. Auch in Westeuropa hat sich die Unzufriedenheit mit der dominierenden Stellung der USA verstärkt. In Norwegen sind Forderungen erhoben, US-Flugzeugen die Benutzung ihrer bisherigen Basen zu verbieten. In Italien macht sich ein starker Druck der öffentlichen Meinung gegen amerikanische Abschußrampen für Raketen mittlerer Reichweite bemerkbar. Im englischen Parlament ist über die amerikanischen Stützpunkte heftig debattiert worden, und die Antiatomkampagne der Bevölkerung hat die Labour Party veranlaßt, einseitig auf Atomwaffen und deren Lagerung in England zu verzichten.

Eigeninteressen vor Abrüstung

Die militärpolitisch neutralen Länder befürworten im allgemeinen die Abrüstung, wenn auch hier und da Bedenken geäußert werden. Vornehmlich wird deshalb eine Abrüstung z. Zt. noch nicht für zweckmäßig gehalten, weil der eine oder andere Staat mit einem Nachbarn einen Konflikt auszufechten hat, wie z. B. die arabischen Länder mit Israel.

Schließlich gibt es in Europa, Asien und Afrika Staaten, die ganz offen gegen die vorgeschlagenen Abrüstungspläne sind, besonders die Länder, welche Militärbündnissen wie Nato, Seato, Anzus und Cento angehören oder zweiseitige Militärabkommen geschlossen haben. Ihr Einspruch beruht teils auf den eingegangenen militärischen Verpflichtungen, teils auf der Befürchtung, ihre jetzige Position würde zur Durchsetzung politischer Forderungen durch eine Abrüstung geschwächt.

Zu diesen Ländern gehört Frankreich, das eine eigene Kern-Raketen-Waffe zu entwickeln sucht und die Struktur der Nato von Grund auf ändern möchte. Es schlägt zu diesem Zweck vor, statt der bisherigen ‚Integration' zu einem Bündnis nationaler Armeen zurückzukehren und an die Spitze ein Dreierdirektorium zu setzen, in welchem es neben den USA und England in militärpolitischen Fragen zu Rate gezogen werden müßte, um dadurch eine Hegemoniestellung in West-

europa einnehmen zu können. Außerdem verlangt es, vor dem Einsatz amerikanischer Kernwaffen gehört zu werden.

Da diese Forderungen im Pentagon und natürlich bei dem Bonner Rivalen auf Ablehnung stießen, wendete es Druckmittel an. Die USA mußten vom Territorium Frankreichs ihre Atombomber abziehen, die französische Mittelmeerflotte und die Heimat-Luftverteidigung wurden dem Nato-Kommando entzogen. Trotzdem betrachtet Frankreich die Nato weiterhin als Grundlage der westlichen Politik, wenn auch seine nationalen Interessen, besonders in der Algerienfrage, und sein anfangs erwähnter vernünftiger Vorschlag in der Abrüstungskonferenz (von dem allerdings sein Vertreter Jules Moch auf Druck der USA dann wieder abgerückt ist) im Widerspruch stehen zu den „Allianzinteressen".

Bundesrepublik

Daß die Bundesregierung an Abrüstung ernsthaft nicht denkt, ist auf Grund der engen Verfilzung mit der amerikanischen Militärpolitik und Rüstungsindustrie nur zu erklärlich. Vor 10 Jahren schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung":

„Es kann leicht sein, daß der 2. August 1950 von künftigen Forschern als ein Tag von hoher Bedeutung in die Geschichte der Nachkriegszeit eingeht. An diesem 2. August hat zuerst eine Regierung der westlichen Staaten, und zwar die mächtigste von ihnen, ihren Entschluß zur Wiederbewaffnung Deutschlands bekanntgegeben. Die Amerikaner werden in Deutschland Tausende von Mitgliedern der Arbeitskompanien mit Karabinern bewaffnen. Mit Karabinern fängt es an, mit Maschinengewehren geht es weiter, und niemand weiß, wo es aufhört."

Nun, rückblickend auf die letzten 10 Jahre weiß man, wie es weitergegangen ist, und wer aus zwei verlorenen Weltkriegen etwas gelernt hat, weiß auch, „wo es aufhört"!

Heute schon ist die Bundeswehr auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht 276 000 Mann stark; 1961 soll die vorgesehene Stärke von 350 000 Mann erreicht werden. Die Bundeswehr wäre dann die stärkste Erdarmee Westeuropas. Auch ihre Luftstreitkräfte werden bald den ersten Platz einnehmen. Ihre Generale fordern im Stile einer Großmacht die atomare Ausrüstung mit der an Größenwahn grenzenden Begründung, man müsse im Vergleich zur militärischen Stärke der Sowjetunion „mindestens ebenbürtig sein".

Nach dem Plan „M C-70" werden Offensivwaffen in Form der „Polaris"-Raketen eingeführt; durch die WEU festgesetzte Tonnagebeschränkungen sollen fallen; ein Ostseekommando unter westdeutscher Führung wird gefordert; Notstand-, Notdienst- und Bundesleistungsgesetz sind in Vorbereitung; die Haushaltungen sollen eiserne Rationen einlagern; im rückwärtigen Gebiet anderer westlicher Länder werden Militärdepots angelegt, im östlichen Grenzgebiet panzerfeste Straßen gebaut; eine zusätzliche Heimatarmee wird aufgestellt; die Luftschutzausbildung für die gesamte Bevölkerung soll anlaufen; jedes Jahr übersteigt der Rüstungsetat den vorhergegangenen um Milliarden DM! Die Bundesrepublik ist zum verläßlichsten Partner der antisowjetischen USA-Politik geworden, der stärkste US-Stützpunkt in Westeuropa, der „vorderste Schützengraben" in dem Einkreisungsring um die Oststaaten. Befriedigt stellt Minister Strauß fest, daß die Bundesrepublik ein gelehriger Schüler ist, „der das Klassenziel erreicht hat."

Während die Gutgläubigen, besorgt über diese Entwicklung, sich damit beruhigen, daß die „Integrierung" einen „Alleingang" der Bundeswehr und ein „Davonlaufen" der Rüstung verhindern werde, liegen die Dinge doch bereits so, daß nicht das militärische Potential der Bun-

deswehr integriert ist, sondern umgekehrt, die verschiedenen kleineren Natostreitkräfte durch schrittweises Vorgehen in den militärpolitischen Machtbereich Bonns integriert werden. Nach der Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato gab es in ihren Stäben keine 20 Bundeswehroffiziere. Heute haben weit über 1000 militärische Vertreter der Bundeswehr — 19 Generale, 255 Stabs- und Subalternoffiziere sowie 950 Unteroffiziere und Mannschaften — einen großen Teil der Schlüsselpositionen mit ihrem Personal inne. Und wenn die Verantwortlichen behaupten, daß die Atommunition der Nato in den Händen der Amerikaner sei und nur von ihnen freigegeben würde, so ist darauf hinzuweisen, daß der amerikanische Heeresminister Brucker gerade vor kurzem erklärte, die Verfügungsgewalt über die Atommunition solle an die europäischen Verbündeten delegiert werden. An deren Spitze aber steht als Oberbefehlshaber der Nato-Landstreitkräfte in Mitteleuropa der Bundeswehrgeneral Speidel.

So war es auch kein Wunder, daß in dem größten bisher abgehaltenen Nato-Bundeswehr-Manöver „Holt Fast" (Haltet fest!) in Verbindung mit dem Marinemanöver „Bone Dry" (Trockner Knochen) in Schleswig-Holstein, dicht an der Ostgrenze der Bundesrepublik, der Atomkrieg mit 50 000 Soldaten aller Waffengattungen geübt wurde. Kaltschnäuzig wurde der Abwurf von mehreren Atombomben angenommen und ein Gebiet mit 500 000 Einwohnern wie selbstverständlich als atomzerstört und -verseucht abgeschrieben, — „neutralisiert" heißt so etwas in der Fachsprache ...

Abzug der Amerikaner?

Wer gegen eine so gefährliche Entwicklung seine Stimme erhebt, dem wird entgegengehalten, die Bundesrepublik müsse doch ihren Beitrag zur Nato leisten, andernfalls würden die Amerikaner ihr Interesse an Europa verlieren und abziehen. Auf die übrigen westlichen Bundesgenossen könne man sich ja doch nicht verlassen.

Dieser „Schreckschuß" wird immer dann abgefeuert, wenn es in den Fugen der Nato kracht oder die Bundesregierung gegen die Bedenken der Bevölkerung den nächsten Schritt zur forcierten Aufrüstung beginnt. Diese These aber ist völlig unglaubwürdig.

In der zweiten Junihälfte hielt das Pentagon eine Sonderkonferenz über die strategische Wirksamkeit der Stützpunkte ab, auf der man sich, wie nicht anders zu erwarten, für eine grundsätzliche Aufrechterhaltung der Basen aussprach, und zwar mit folgenden Begründungen:

1. Ein Abzug der Amerikaner würde die Verbündeten „entmutigen". (Besser gesagt, ein Abzug würde sie „ermutigen", außerhalb der Blockzementierung eine selbständige, auf Abrüstung hinzielende, nationale Politik zu ihrer eigenen Sicherheit zu betreiben.)

2. Die Stützpunkte haben vor allem einen „politischen Wert", sie seien „faktisch zum wichtigsten Element der amerikanischen Außenpolitik geworden". (Womit eingestanden wird, daß sie nur Objekte in den amerikanischen Plänen für „kleine und begrenzte Atomkriege" darstellen.)

3. Es könnte nach einem amerikanischen Abzug ein unkontrolliertes Vakuum entstehen. (Woraus zu ersehen ist, daß sich andere als amerikanische Einflüsse nicht geltend machen dürfen.)

4. Die Völker könnten einen Rückzug der Amerikaner als einen Abstieg der amerikanischen Militärmacht ansehen. (Was durch die Entwicklung der sowjetischen Raketen ohnehin schon eingetreten ist, da diese schlagkräftiger sind als die überholten Stützpunkte.)

Ein Rückzug der Amerikaner auf die „Festung Amerika" wird also nur auf Verlangen der jeweiligen Regierungen oder durch bindende Abrüstungsvereinbarungen zu erwarten sein.

Rapacki-Plan

Ein Prüfstein war der am 2. Oktober 1957 von Polen der UNO-Vollversammlung vorgelegte Vorschlag einer „atomwaffenfreien Zone" in Mitteleuropa, der sogenannte „Rapacki-Plan". Nach ihm sollten in den Räumen der Bundesrepublik, der DDR, der CSSR und Polens die Produktion, Lagerung und Stationierung von Kern- und Raketenwaffen verboten sein und solche Waffen an keinen dieser Staaten von außen geliefert werden. Raketen- und Atommächte am Rande dieser atomwaffenfreien Zone dürften diese Waffen nicht gegen Ziele in dieser Zone anwenden. Nach einem gegenseitigen Abkommen sollten die auswärtigen Stationierungstruppen aus dieser Zone abziehen, d. h. die Amerikaner, Briten, Franzosen usw. auf Gebiete westlich der Bundesrepublik, die sowjetischen Truppen auf eine Linie ostwärts der polnischen und tschechoslowakischen Grenzen.

Im Interesse eines Beginns der Abrüstung würde auf diese Weise militärpolitisch ein „atomgefahrenfreier und entspannter" Raum entstehen. So wäre in Mitteleuropa durch das Auseinanderrücken der beiden Großmächte die Gefahr eines durch örtliche Zwischenfälle hervorgerufenen „kleinen oder taktischen Atomkrieges", der zweifelsohne zum atomaren Weltkrieg werden würde, beseitigt. Wenn die bekannte Denkschrift der Bundeswehrführung davon spricht, daß im Kriegsfall Deutschland automatisch zum Kriegsgebiet werde, so gibt dieser Plan — und deswegen bleibt er immer aktuell — wenigstens die Möglichkeit, den Ausbruch eines solchen Krieges mit seinen verheerenden Folgen zu erschweren, ja vielleicht zu verhindern.

Dieser Plan aber wurde von der Bundesregierung, sicher nicht aus ehrlicher Überzeugung, sondern wegen ihrer militärpolitischen und wirtschaftlichen Bindung an die USA heftig bekämpft und in Bausch und Bogen dann von NATO und WEU abgelehnt. Die USA sind eben nicht gewillt, durch Abzug ihrer Truppen die Bundesrepublik als „strategisches Vorfeld der NATO" aufzugeben.

Statt Beweise guten Willens in der Abrüstungsfrage zu liefern, die man immer als Vorleistung zuerst von anderen Staaten fordert (obwohl Deutschland nach dem begonnenen und verlorenen zweiten Weltkrieg sie anzubieten moralisch verpflichtet wäre), beschränkt sich die Bundesregierung auf die unverbindliche Erklärung, man werde sich nur einer weltweiten kontrollierten Abrüstung anschließen. Bis dahin werde man „bis an die Zähne" rüsten.

DDR

Wir wollen uns nicht zum Anwalt der DDR aufwerfen, müssen aber sachlich feststellen, daß der andere deutsche Teilstaat auf eine allgemeine Wehrpflicht verzichtet und sich zur Teilnahme an einer kontrollierten Zone der Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen bereit erklärt hat. Die Regierung der DDR hat der Regierung der Bundesrepublik mehrfach vorgeschlagen, gegenseitig einen Gewaltverzicht auszusprechen und sich für den schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland einzusetzen. Diese Vorschläge wurden in Bonn keiner Antwort gewürdigt. Während in der Bundesrepublik das Rasseln der Panzerketten und das Donnern der Düsenjägermotoren während des Manövers die Begleitmusik zur Eröffnung der UNO-Vollversammlung über eine weltweite Totalabrüstung war, legte am 15. 9. 60 die DDR allen in der UNO vertretenen Staaten ein Memorandum vor, das Vorschläge dazu enthält, wie man in drei Etappen, von 1961 bis 1964, zu einer Abrüstung der beiden deutschen Teilstaaten kommen könnte. Die Denkschrift spricht von einem Gewaltverzicht beider deutscher Staaten, von einem

Rüstungsstop, einem Verzicht auf A-B-C-Waffen. Sie schlägt dann einen Friedensvertrag und die endgültige Auflösung aller Streitkräfte zugleich mit dem Ausscheiden aus den jeweiligen Bündnisverpflichtungen — NATO und Warschauer Vertrag — vor.

Aufgabe der Völker

Die Abrüstung ist das Kardinalproblem, von dessen Lösung das Geschick der ganzen Menschheit abhängt. Es ist nicht mehr beiseite zu schieben. Seine ungeheure Bedeutung erforderte seine Behandlung in der 15. UNO-Vollversammlung, an der die Regierungschefs von Ländern mit mehr als 900 Millionen Einwohnern teilnahmen. Die Abrüstung ist Sache aller Völker und Staaten geworden, die die Erhaltung des Friedens gesichert wissen wollen. Deshalb haben die Regierungschefs, im Gegensatz zu früher, in der heutigen Zeit mit der Meinung der Weltöffentlichkeit zu rechnen.

Das Ziel ist groß und lohnend. Wird das Programm der allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung, d. h. der Abschaffung aller Mittel zur Kriegführung, verwirklicht, so ist die ständige Gefahr eines Krieges mit seiner unvorstellbaren Vernichtung und Zerstörung restlos und für immer beseitigt. Darüber hinaus würde die Möglichkeit geschaffen, alle finanziellen, technischen und wissenschaftlichen Mittel der ganzen Welt zur Bekämpfung der Armut auf der Erde einzusetzen.

Der Weltfeind Nr. 1 ist der Krieg! Ist er ausgeschaltet, dann kann der Weltkrieg gegen das Elend beginnen!

Prof. Dr. Michael Seidlmayer

Der Stand der katholischen Diskussion über die Atomkriegsfrage

Der Verfasser hatte eine eingehende Darstellung der Diskussion über das Atomwaffen-Problem in beiden christlichen Kirchen geplant. Eine schwere und langwierige Erkrankung hat ihn gezwungen, sich zunächst auf eine Skizzierung der Situation auf der katholischen Seite zu beschränken.

Eine kurze geschichtliche Vorerinnerung ist notwendig. Im Frühjahr 1958 haben die Bundesregierung und der Bundestag der Bevölkerung der Bundesrepublik — nicht zuletzt den Massen der Wähler der Regierungspartei selber — den Beschluß zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr aufgenötigt; die Wähler des September 1957 hatten die neue Volksvertretung schon deshalb nicht zu einem solchen Schritt legitimieren können, weil der Bundeskanzler selbst sowie der Verteidigungsminister (trotz einiger schon vorher vorsichtig lancierter Andeutungen in dieser Richtung) noch während des Wahlkampfes ausdrücklich versichert hatten, daß eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht in Frage käme. Durch alle Schichten des Volkes ging daraufhin — man muß in unserer sich so schnell mit „vollendeten Tatsachen" abfindenden Zeit bereits heute ausdrücklich daran erinnern — eine breite und tiefe Welle des Widerspruchs und der Erregung. Anderseits aber machte sich sehr schnell die tatsächliche völlige Desorientierung, um nicht zu sagen: innere Hilflosigkeit gerade der „führenden" Kreise gegen-

über den neu geschaffenen Fakten und ihren politischen, militärischen und nicht zuletzt religiös-ethischen Aspekten bemerkbar — sicherlich kein geringer Grund (unter anderen) dafür, daß der zunächst so breit und stürmisch brausende Strom der Anti-Atomwaffen-Bewegung sich in verhältnismäßig kurzer Zeit in sehr viel schmälere, ruhigere, ja trägere Rinnsale verlief. Die Kirchen und die Theologen beider Konfessionen in Deutschland — mit denen allein wir uns hier zu beschäftigen haben — hatten (von wenigen Einzelausnahmen abgesehen) jede eigene innere Vorbereitung auf die neue (immerhin nicht so völlig unvorhersehbar eingetretene) Situation versäumt und konnten daher eine solche auch ihren Gläubigen nicht vermitteln. Wohl traten bereits am 5. Mai 1958 sieben katholische Moraltheologen mit ihrem bekannten (unter der Federführung des Frankfurter Professors P. *Hirschmann* S. J. entstandenen) Gutachten an die Öffentlichkeit. Aber einmal war der wahre Charakter dieses Gutachtens als eines „religiös-politisch-parteipolitischen Manifests" *(P. Nellen)*[1]) gewiß nicht schwer zu durchschauen; die Regierung selbst hatte jedenfalls sofort begriffen, welch wertvolle Schützenhilfe ihr damit zuteil wurde und diese auch nach besten Kräften für ihre Zwecke ausgebeutet. Zum andern aber rührte zwar das Gutachten selbst mit der Frage der „Kontrollierbarkeit" der physischen Vernichtungskraft der Atomwaffen an eine der entscheidenden Voraussetzungen und Grundlagen für eine christlich-ethische Antwort auf die atomare Frage; aber es tat dies wiederum in so offenkundig angreifbarer (ja unschwer zu widerlegender) Form und trug dazu auch sonst mancherlei Anzeichen einer wenig überlegten Eilfertigkeit an sich, daß es als wirkliche Gewissensinstruktion für die katholischen Gläubigen ernstlich nicht in Frage kommen konnte. Noch ungenügender, weil den sachlichen Anforderungen noch weniger entsprechend war jener Passus des Wahlhirtenbriefes der Bischöfe in Nordrhein-Westfalen vom Juli 1958, der die „Verteidigungsmaßnahmen" der Bundesregierung in Bausch und Bogen als für den Katholiken unbedenklich erklärte. Der Papst anderseits hatte sich zwar schon in den vorausgegangenen Jahren mehrfach zum Problem des atomaren Krieges geäußert; aber abgesehen von der (hier nicht zu erörternden) Frage, inwieweit päpstliche Erklärungen solcher Art (Weihnachtsansprachen, Ansprachen vor wissenschaftlichen Kongressen u. ä.) für die kirchlich-gläubigen Katholiken im strengen Sinn „lehramtliche", also gewissensbindende Autorität besitzen oder beanspruchen — wer schon wußte damals über den wirklichen Sachgehalt und die realpolitisch-ethische Tragweite dieser verschiedenen Äußerungen auch nur annähernd zuverlässig Bescheid? Tatsächlich gibt es m. W. auch heute noch keine übersichtlich durchgearbeitete, sachlich zuverlässige Darstellung und Interpretation der Lehre *Pius' XII.* zum atomaren Krieg (bzw. zum sog. „ABC-Krieg"). Wohl ist auf der bekannten katholischen Aussprache über die Atomkriegsfrage in Würzburg im Februar 1959 eine scheinbar erstrangige Autorität, der Professor an der römischen Gregoriana, Prof. *P. Gustav Gundlach* S. J., mit dem Anspruch aufgetreten, eine solche authentische Darstellung gegeben zu haben; allein diese Gundlach'sche „Lehre Pius' XII. zum atomaren Krieg" (veröffentlicht in „Stimmen der Zeit", April 1959) ist — diese Feststellung soll einstweilen genügen — alles mögliche andere, nur nicht das, was sie zu sein vorgibt!

Heute ist die Situation geklärt. Alles was für und wider oder auch für ein halbes Ja und ein halbes Nein gesagt werden kann, *ist* gesagt, das meiste davon schon in vielfachen Wiederholungen und bald besser, bald weniger gut. *Die Möglichkeiten, in der Klärung der theoretischen Frage weiter zu kommen, sind ausgeschöpft.* Jedermann kann sich verhältnismäßig leicht über die Argumente der verschiedenen Positionen informieren, aber niemand kann mehr auf neue, für seine eigene Gewissensentscheidung vielleicht bedeutungsvolle Aufschlüsse und

Gesichtspunkte hoffen. Die „Fronten" (nebst ihren Querverbindungen) sind aufgerichtet, ja weitgehend schon zu „Weltanschauungen" erstarrt. Es sind keine „Bekehrungen" (größeren Stils) mehr zu erwarten. Die Weiterführung der theoretischen Diskussion bzw. des theoretischen Streites könnte nur mehr zum unfruchtbaren Leerlauf werden.

Daher sind auch die folgenden Ausführungen nur als abschließender Überblick über den „Stand der Dinge" gedacht; sie wollen die verschiedenen Positionen, die sich herausgebildet haben, möglichst genau fixieren und damit — selbstverständlich, ohne daß der Verfasser dabei seinen eigenen Standort zu verleugnen gedächte — zur Klärung der Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben, das ihre beitragen. Als beste Grundlage dafür bieten sich zwei vor kurzem erschienene Sammelwerke an, die die verschiedensten Autoren und Gesichtspunkte zur Sprache kommen lassen und so über die Gesamtsituation am vollständigsten informieren können:

I. „Kann der atomare Krieg ein gerechter Krieg sein?" Hrg. v. K. Forster, München (K. Zink-Verlag) 1960. — Das Buch enthält die Vorträge und Diskussionen auf der von der Kath. Akademie in Bayern in Verbindung mit der Domschule Würzburg im Februar 1958 veranstalteten Tagung.

II. „Atomare Kampfmittel und christliche Ethik. Diskussionsbeiträge deutscher Katholiken", München (Kösel-Verlag) 1960. — Das Buch bringt in der Hauptsache einige bereits anderweitig veröffentlichte (z. Teil überarbeitete) Beiträge von K. Peters, P. Nellen, Cl. Münster u. a. zum Abdruck; als besonders wichtig seien genannt: das vorzügliche (auf der Würzburger Tagung gehaltene) „Sachreferat" des Erlanger Physikers R. Fleischmann über „Kernphysik und Atombombe" sowie das Interview, das der Münchener Moraltheologe N. Monzel (einer der Unterzeichner des oben genannten Gutachtens) am 25. April 1958 der Kath. Nachrichtenagentur gegeben hat. Von den wenigen erstmals veröffentlichten Aufsätzen ist die Untersuchung von E. W. Böckenförde und R. Spaemann: „Die Zerstörung der naturrechtlichen Kriegslehre. Erwiderung an P. Gustav Gundlach S. J.", der gewichtigste[1a]).

I.

Wir wenden uns zunächst den (geistlichen oder weltlichen) Atomkriegstheologen und -ethikern *unter Ausschluß Gundlachs,* der aus sachlichen Gründen durchwegs einer getrennten Besprechung bedarf, zu. Die nahezu allen gemeinsame Grundlage stellt hier die „klassische" Lehre vom „gerechten Krieg" dar, wie sie, von *Augustinus* ausgehend, von der mittelalterlichen Theologie und vor allem von der Jesuitenscholastik des 16./17. Jahrhunderts entwickelt wurde. Und da diese Lehre so gut wie völlig auf dem Boden eines allgemeinen Naturrechts bleibt — also von spezifisch christlich-neutestamentlichen Gesichtspunkten absieht — konnten wesentliche ihrer Elemente, gleichsam als ihr profaner Zweig, in die völkerrechtlichen Abmachungen des 19. und 20. Jahrhunderts (Haager Land- und Luftkriegsordnungen, Genfer Konventionen) Eingang finden, die dann ihrerseits wieder ein integrierender Bestandteil der neueren theologischen Kriegslehre wurden.

Es ist notwendig, sich die Hauptbestimmungen dieses Gesamtkomplexes der kirchlichen und weltlichen Kriegslehre zu vergegenwärtigen[2]). Danach sind die *Voraussetzungen* für einen „gerechten Krieg": a) Daß ein „gerechter und schwerwiegender Grund" zur Verteidigung vorliegt (äußerste Notwehr nach Erschöpfung aller Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung des Konflikts). b) Daß eine begründete Wahrscheinlichkeit des guten Erfolges besteht (erfolgreiche Zurückweisung des ungerechten Angriffs und also Wiederherstellung der gestörten

zwischenstaatlichen Rechtsordnung). c) Daß der Krieg voraussichtlich nicht größere Übel verursacht, als die Übel bei Verzicht auf ihn wären.

Jedoch, auch wenn diese Voraussetzungen für einen gerechten Verteidigungskrieg als gegeben angenommen werden können, kommen noch bestimmte, nicht minder gewichtige Einschränkungen bezüglich der *Art der Kriegsführung* selbst hinzu (und hier haben sich die völkerrechtlichen Abmachungen besonders stark an die moraltheologische Kriegslehre angelehnt). Es sind folgende: a) Nicht alle Kriegsmittel sind erlaubt; sie dürfen vielmehr weder die Notwendigkeiten der Verteidigung überschreiten, noch dürfen sie „unnötige Leiden" (Haager Landkriegsordnung) verursachen (wie z. B. die „Dum-Dum"-Geschosse des 1. Weltkrieges; insbesondere aber gehören die chemischen und bakteriologischen Kampfmittel jeder Art dazu, so daß vom heutigen „ABC-Krieg" in der Verbotsliste nur das — damals noch unbekannte — „A" fehlt!). b) Die an den Kriegshandlungen nicht beteiligte Zivilbevölkerung (die „Nichtkombattanten") muß nach Möglichkeit geschont bleiben, sie darf keinesfalls beabsichtigtes Ziel des Angriffs (wie in den Terrorbombenangriffen auf die Städte im 2. Weltkrieg) werden. c) Ebenso (und erst recht) dürfen die nichtkriegführenden („neutralen") Staaten und Völker durch die Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogen werden (wie z. B. durch den deutschen Einmarsch in Belgien im 1. und die Überfälle auf die neutralen Staaten durch Hitler im 2. Weltkrieg).

Dies ist also in der Substanz die „konventionelle" oder „klassische" Lehre vom „gerechten Krieg". Freilich ist sogleich mit *Clemens Münster* (II, S. 60) lakonisch festzustellen, daß sie „im Laufe der Geschichte kaum bestritten, *aber ebensowenig befolgt*" worden ist. Auch die Kirchen der jeweils kriegführenden Länder haben kaum jemals den ernstlichen Versuch gewagt, sie *real* (sei es auch nur in der eigenen eindeutigen und konsequenten Distanzierung von einem „ungerechten Krieg") zur Geltung zu bringen — mochten die betreffenden Unternehmungen ethisch auch mehr als zweifelhaft oder selbst (in den Voraussetzungen wie in der Art der Kriegsführung) offenkundig so verbrecherisch sein wie der 2. Weltkrieg[3]). Mit *einem* Wort gesagt: die kirchliche (und völkerrechtliche) Kriegslehre hat der *Wirklichkeit* des zwischenstaatlichen und zwischenvölkischen Machtkampfes gegenüber seit mehr als einem halben Jahrtausend (d. h. seit dem Zusammenbruch des hochmittelalterlichen christlich-sakralen Imperiums im 13. Jahrhundert) *so gut wie völlig versagt.*

Nichtsdestoweniger gilt sie, wie gesagt — und man darf hinzufügen: in Ermangelung eines Besseren — für die in diesem Abschnitt zu besprechenden Autoren als die unantastbare gemeinsame Basis der ganzen Diskussion. D. h., nur in Übereinstimmung mit den genannten Bedingungen und Forderungen — und zwar *mit allen zusammen* — könnte es für sie auch im Atomzeitalter einen „gerechten", d. h. sittlich erlaubten (oder eventuell sogar gebotenen) Verteidigungskrieg geben. Vor allem die Verfasser von II fühlen sich — bei allen Sondermeinungen im einzelnen — in der Überzeugung einig, „die klassischen Normen des Naturrechts und der christlichen Ethik gegen eine neuartige politische Situationsethik verteidigen zu müssen" (S. 8).

Von hier an scheiden sich die Wege. Die einen, wie Clemens Münster, P. Nellen, ziehen aus dieser Lehre und aus den einwandfrei bezeugten physikalischen Gegebenheiten den konsequenten Schluß, daß ein Atomkrieg für den Christen sittlich unmöglich ist, während andere, als Beispiel dafür sei der besonders gewissenhaft vorgehende Scholastiker Nik. Monzel genannt, auch auf dem Boden der kirchlichen Kriegslehre für die Erlaubtheit des Atomkrieges noch zu retten versuchen, was vielleicht noch gerettet werden könnte; sie verweisen dabei vor allem auf die sog. kleinen oder taktischen und also angeblich kontrollierbaren

Atombomben, wozu freilich erst vor kurzem der amerikanische Armeeminister erklärte, man solle nicht so viel Aufhebens zwischen „taktischen" und „strategischen" Waffen machen, ihre Wirkung käme immer mehr aufs gleiche hinaus. Insbesondere aber argumentieren sie mit den sog. nicht gewollten Nebenwirkungen, die eben hinzunehmen seien — wie man das freilich für eine Bombe von der Qualität auch „nur" einer Hiroshima-Bombe ins Feld führen kann, bleibt uns rätselhaft.

II.

Auf einem völlig anderen Blatt steht die Kriegslehre von P. Gustav Gundlach S. J. Zwei Aspekte derselben sind dabei getrennt zu behandeln. A) Als einziger Autor behauptet Gundlach, „die Lehre Pius' XII. zum atomaren Krieg" authentisch dargestellt zu haben, und mit jenem schwerlich mehr zu überbietenden autoritären Selbstbewußtsein, das sein ganzes Auftreten bei jener Würzburger Tagung kennzeichnete, beansprucht er, mit diesen (angeblichen) Ausführungen des „höchsten Lehramtes der Kirche" das letzte, für den echten Katholiken gewissensbindende (und damit den Streit innerhalb der kath. Kirche beendende) Wort gesprochen zu haben — wer es anders meine, habe eben ein „irrendes Gewissen". Es irritiert ihn auch nicht, daß zu diesen „irrenden Gewissen" z. B. der Kardinal *Ottaviani,* der gesamte (!) französische Episkopat und noch einige andere Bischöfe — allerdings kein einziger aus der Bundesrepublik! — zählen [4]).

In einer eingehenden Untersuchung weisen *Böckenförde-Spaemann* die völlige Unrichtigkeit dieses Anspruches nach (II, S. 162 ff.). Es scheint jedoch gut, neben solchen verdienstlichen, aber notgedrungen immer etwas komplizierten Interpretationen auch noch einen wohl sehr viel primitiveren, dafür aber (wie mir scheint) auch jeden ernst zu nehmenden Widerspruch ausschließenden Weg zu gehen: den Weg der schlichten philologischen Textvergleichung zwischen den Äußerungen des Papstes und den Behauptungen Gundlachs. In mehreren Aufsätzen habe ich selbst diese Textvergleichung durchgeführt [5]); da sie aber an verschiedenen Stellen verstreut sind und da anderseits solche unbequemen Feststellungen sich erfahrungsgemäß in manchen Ohren nur schwer Gehör zu verschaffen vermögen, seien hier die betreffenden Punkte unter Bezugnahme auf die genannten Nachweise nochmals übersichtlich und präzis zusammengestellt. Die an sich naheliegende Frage, wieso ein sonst anerkannter Gelehrter, der noch dazu beteuert, seiner Aufgabe (Darstellung der Lehre Pius' XII.) „nach bestem Wissen und Gewissen" nachgekommen zu sein, zu einer solchen totalen Fehlleistung gelangen kann, hat hier selbstverständlich außer Betracht zu bleiben; *von Interesse sind allein die nüchternen Fakten selbst.* Es sind folgende:

1. a) Der (unterdessen in der Literatur vielfach zitierte) längere Passus aus der Ansprache des Papstes vor dem 8. Weltkongreß der Ärzte in Rom vom September 1954 (Acta Apostolicae Sedis (= AAS) 46, 1954, S. 589) enthält — wie das auch von anderen Seiten, z. B. von N. Monzel anerkannt wird — ein *Kernstück* der ganzen Lehre des Papstes über den ABC-Krieg, nämlich, daß er die Erlaubtheit der Anwendung von Atomwaffen *eindeutig, strikt und uneingeschränkt* an die ethische Norm der „Kontrollierbarkeit" ihrer physischen Vernichtungswirkungen bindet. (An anderer Stelle — Schreiben an den japanischen Sonderbeauftragten vom 14. April 1957 — hat der Papst betont, daß es *tatsächlich* Atomwaffen gibt, deren „zerstörende Gewalt unbegrenzt geworden ist" — die also diese Forderung der physischen Kontrollierbarkeit nicht mehr erfüllen.) Obwohl Gundlach sonst anerkennenswerterweise den Papst selbst zum Teil sogar recht ausgiebig zu Wort kommen läßt, hat er diese ganze Rede einfach mit Stillschweigen übergangen.

1. b) Genau gesagt: das einzige „Zitat", das er aus ihr bringt, ist das willkürlich von ihm herausgepflückte Satz*fragment:* „la mise en oeuvre de ce moyen entraîne une extension telle du male qu'il échappe entièrement au contrôle de l'homme"; er übersetzt: „die Invollzugsetzung dieses Mittels eine solche Ausweitung des Schlimmen nach sich zieht, daß *der Vollzug* der menschlichen Kontrolle völlig entzogen ist". Jeder mittelmäßige Schüler einer höheren Lehranstalt weiß, daß man ein masculines Personalpronomen (qu'il) nicht auf ein feminines Substantiv (la mise en œuvre) beziehen kann; der Gelehrte Gundlach aber scheint sich von einer solchen kleinlichen grammatikalischen Regel für dispensiert zu halten. Dies ist nicht ohne guten Grund: es gibt ihm die einzige Handhabe dafür, eben jene päpstliche Forderung der Kontrollierbarkeit der physischen Vernichtungswirkung auf die Seite zu räumen, d. h. sie in einer gequält langatmigen (und dabei dem Papst nur mehr moralische Gemeinplätze in den Mund legenden) „Erklärung" in die Verurteilung einer *subjektiv* schlechten *Intention* dessen, das sich des furchtbaren Automatismus solcher Vernichtungswaffen bedient, umzufälschen. Mit dieser notorisch unmöglichen „Übersetzung" Gundlachs[6]) fällt zugleich sein ganzer „Interpretations"versuch wie ein Kartenhaus in nichts zusammen.

Anmerkungsweise sei hinzugefügt, daß der gleiche Vorwurf, durch willkürlich verstümmelte Textwiedergabe dieser päpstlichen Verlautbarung einen ihr durchaus zuwiderlaufenden Sinn untergeschoben zu haben, auch Gundlachs Ordensgenossen P. Hirschmann S. J. trifft (vgl. dessen Aufsatz in den Stimmen der Zeit, Juli 1958, S. 294 f).

2. In der Weihnachtsansprache 1948 bindet der Papst (völlig im Einklang mit der oben dargelegten traditionellen scholastischen Kriegslehre) die Erlaubtheit eines Verteidigungskrieges an die *allgemeingültige* Voraussetzung, daß „eine *begründete Wahrscheinlichkeit* eines *guten Erfolges*" gegeben sei (sempre che vi sia probabilità fondata di buon successo; AAS 41, 1949, S. 13). Der Satz wird nebenbei von Gundlach selbst zitiert. Ebenso in der Weihnachtsansprache 1956: „Der Krieg, um sich *wirksam* und *mit der Hoffnung auf günstigen Erfolg* gegen ungerechte Angriffe zu *verteidigen,* könnte nicht als unerlaubt bezeichnet werden" (per diffendersi efficacemente e con speranza di favorevole successo; AAS 49, 1957, S. 19). Ungeachtet dessen erklärt Gundlach es als ethisch gültigen, ja ausgesprochen hochwertigen Entschluß eines Volkes mit „moralischer Kraft", „den Einsatz für die an sich objektiv höchsten Güter zu wagen" — nämlich einen „außerordentlichen, ja ungeheueren Einsatz", der „sogar den Untergang eines ganzen Volkes in der Manifestation der Treue zu Gott" nach sich ziehen könne — und behauptet: „der Papst hielte einen solchen Entschluß zweifellos nicht für unsittlich, wenn *nur irgendwie eine Aussicht* besteht, dem Gegner *wirksam zu begegnen*". „Zweifellos" ist hier nur, daß die Begriffspaare: „begründete Wahrscheinlichkeit" und: „nur irgendwie eine Aussicht", sowie: „sich wirksam mit der Hoffnung auf günstigen (oder: „guten") Erfolg verteidigen", und: „dem Gegner wirksam begegnen" — was ja auch schon der Fall ist, wenn man ihn im eigenen Untergang noch tödlich trifft — jeweils zweierlei Dinge sind! Für jeden, der imstande und gewillt ist, einen Quellentext in seinem eindeutigen Wortlaut ernst zu nehmen, ist auch diese Gundlachsche „Interpretation" eine glatte substantielle Verfälschung der päpstlichen Aussage. Oder Gundlach hätte den Nachweis erbringen müssen, daß der Papst von seiner allgemeinen Regel zugunsten jener „an sich objektiv höchsten Güter" und der sog. „Manifestation der Treue zu Gott" eine ausdrückliche Ausnahme gemacht habe. Diesen Nachweis ist er — aus gutem Grund — schuldig geblieben.

3. Auch bei einem ethisch an sich nicht verbotenen atomaren Verteidigungskrieg unterwirft der Papst in der oben unter 1.) genannten Rede (und an anderen Stellen) die Anwendung atomarer Waffen (abgesehen von ihrer „Kontrollierbarkeit") der schärfsten Beschränkung auf das in diesem Fall *unbedingt Notwendige* („limites assez nettes et étroites", „exigences strictes de la défense") woraus sich für die (nach der päpstlichen Lehre) zulässige Art der Rüstung und Kriegsplanung sehr *reale* Konsequenzen ergeben würden. Selbst die bloße *„Androhung* des Gebrauchs atomarer Waffen zur Durchsetzung konkreter (politischer) Forderungen, *seien diese berechtigt oder nicht"* (quando . . . si minaccia l'uso delle armi atomiche per il conseguimento di concrete esigenze, siano esse giustificate o no) hat der Papst nachdrücklich verurteilt (Weihnachtsansprache 1956; AAS 49, 1957, S. 19). An anderer Stelle wiederum hat er vor den Gefahren der atomaren Versuchsexplosionen, deren Wirkungen, wie er sagt, „von Ursachen, die sich der Gewalt des Menschen entziehen, abhängen", eindringlich gewarnt (Weihnachtsansprache 1955; AAS 48, 1956, S. 38). Dabei wäre es dringend erforderlich gewesen, vor allem den erstgenannten Punkt der päpstlichen Lehre — Atomwaffen striktest und ausschließlich *nur zur Verteidigung!* — nachdrücklich hervorzuheben, da ja im Gegensatz dazu für Gundlach selbst dort, „wo es sich um gestörte Rechtsordnung (also dann um Durchsetzung ‚berechtigter Forderungen') handelt, Verteidigungs- oder *Angriffskrieg* zuletzt keinen Unterschied machen". Der Papst wird gewußt haben, warum er alle diese Dinge nicht als „selbstverständlich" mit Stillschweigen übergangen, sondern expressis verbis in seine Lehrweisungen miteinbezogen hat. Tatsächlich stehen ja wesentliche Stücke der militärischen Planungen auch des Westens, einschließlich der Bundesrepublik, zu den verschiedenen vom Papst (und überhaupt der scholastischen Kriegslehre) geforderten Beschränkungen (einschließlich der „Kontrollierbarkeit") in notorischem Widerspruch. In der Diskussion auf der Würzburger Tagung hat Gundlach dies — gegenüber entsprechenden Vorhalten meinerseits — natürlich schlankweg abgestritten; doch immerhin kann selbst sein Ordensgenosse P. Hirschmann nicht umhin (a. a. O. S. 239 f.), diese nun einmal für jeden, der sehen *will,* offenkundigsten Tatbestand, wenn auch nur vorsichtig andeutend, zuzugeben. Gleichviel aber schließlich, was Gundlach selbst davon halten mag: wer ausdrücklich für sich beansprucht, die Lehre des Papstes „nach bestem Wissen und Gewissen" dargestellt zu haben, hat nicht das Recht, konkrete, ausdrücklich behandelte Sachbezüge derselben auf eigene Faust — und ohne dies auch nur mit einem Wort anzudeuten! — einfach unter den Tisch fallen zu lassen.

4. In seiner „Lehre Pius' XII." trägt Gundlach auch jene unterdessen berühmt oder vielmehr berüchtigt gewordenen Ungeheuerlichkeiten vor, in denen er kaltblütig den Untergang eines ganzen Volkes, ja selbst die Vernichtung der gesamten — gleichviel, ob krieg- oder nichtkriegführenden! — Menschheit in einer sich „christlich" nennenden (ja die rechten Katholiken im Gewissen bindende!) Kriegslehre einkalkuliert. Sie werden in keiner Weise als die Privatmeinung des Verfassers (zu der ihm das Recht gewiß nicht abgestritten werden soll!) gegenüber der Lehre des Papstes abgegrenzt, erwecken also den Anschein, als ob sie gleichfalls Bestandteil derselben oder zum mindesten ohne weiteres mit ihr vereinbar seien. Dafür gibt es selbstverständlich nicht den geringsten sachlichen Anhaltspunkt, vielmehr wird eine solche (an sich schon absurde) Annahme durch die vor allem unter 1) und 2) herangezogenen Ausführungen des Papstes strikt widerlegt. Durch diese Unterschiebungen wird das, was Gundlach als „Lehre Pius' XII." ausgibt, erst noch vollends zum Zerrbild dessen, was der Papst in Wirklichkeit über den Atomkrieg gelehrt hat — nicht zu reden von der

groben Verunglimpfung der menschlichen und geistlichen Gestalt des verstorbenen Papstes, die (wie uns wenigstens scheint) ein solches Vorgehen in sich schließt. —

Bei allen diesen Punkten handelt es sich nicht um „Interpretationsprobleme", bei denen sich eventuell kontroverse Auffassungen ergeben könnten, und ebenso wenig um irgend etwas, was etwa mit gegensätzlichen philosophischen oder theologischen Standpunkten und Glaubensüberzeugungen zu tun hätte. Es handelt sich vielmehr einzig und allein um die *nüchterne, historisch-quellenmäßig zu begründende Tatsachenfeststellung,* für die nichts weiter erforderlich ist als der — allerdings bedingungslose — Wille zu intellektueller Sauberkeit und Redlichkeit sowie einige Denkvorgänge, die die Leistungsfähigkeit etwa eines ordentlichen Durchschnittsstudenten der Geschichte oder der Sprachwissenschaft keinesfalls überschreiten. P. Gundlach ist — in der Atomkriegsfrage — entweder nicht imstande oder nicht willens, auch nur solchen minimalen Anforderungen gerecht zu werden. Wer die „Lehre Pius' XII." weiterhin mit dem Gundlach'schen Machwerk in einen positiven Zusammenhang bringt, hat daher selbst darauf verzichtet, ernst genommen zu werden.

Würde es sich allein um die Person und die Theorien Gundlachs handeln, so würde diese exakte, aber notgedrungen umständliche Auseinandersetzung mit ihm nicht den Aufwand an Mühe und Zeit lohnen. Allein er genießt innerhalb der katholischen Kirche auch mit dieser *seiner* „Lehre Pius' XII." eine zum mindesten öffentlich und von maßgeblichen Stellen nach wie vor unangefochtene Autorität. Auch die beiden Initiatoren und verantwortlichen Leiter der Würzburger Tagung haben es offenbar nicht für nötig gehalten — obgleich dies (wenigstens unseres Erachtens) zum Schutz der geistigen und moralischen Integrität der von ihnen vertretenen Institutionen und speziell der Tagung selbst unerläßlich gewesen wäre — *öffentlich* zwischen sich und Gundlach bzw. seinem Referat einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen und damit ihr Tagungspublikum in dieser, jedenfalls für ein katholisches Unternehmen entscheidenden Tatsachen- und Gewissensfrage gegen die groben (nochmals: gleichviel, auf welche Weise zustande gekommenen) Gundlach'schen Fälschungen wenigstens nachträglich in Schutz zu nehmen. Die beiden Herren übernehmen damit die volle Mitverantwortung für die ganze, durch Gundlach auf der Tagung angerichtete Geistes- und Gewissensverwirrung (von der sie in der Diskussion selbst Proben zu hören bekamen!). Das gleiche gilt von der Schriftleitung der „Stimmen der Zeit" ihrem Leserpublikum gegenüber. Auch von den sonstigen mit der Sache befaßten Theologen hat sich keiner ernstlich zum Wort gemeldet. Nicht zu reden davon, daß hier wohl noch höhere kirchliche Stellen die Pflicht zum Eingreifen gehabt hätten.

B) Ungleich wichtiger, weil für die Erkenntnis des grundsätzlichen ethischen Problems des atomaren Krieges aufschlußreicher ist trotz allem der andere Aspekt der Gundlach'schen Kriegslehre. Mit einer Konsequenz wie kein anderer (auch der Papst nicht ausgenommen) setzt Gundlach — und dieses echte Verdienst soll ihm von vornherein unbestritten bleiben — das kritische Seziermesser an den Nerv der bisher gültigen Kriegslehre (in ihrer Anwendung auf die heutige Situation), um ihn tödlich zu treffen. Denn offenbar hat er die ganze Aussichtslosigkeit, auf dem Boden dieser Lehre im atomaren Zeitalter noch einen ethisch legitimen Verteidigungskrieg begründen zu können, klar erkannt. Aber er zieht daraus nicht die Folgerung, nun deshalb den atomaren Verteidigungskrieg als christlich-ethisch unvertretbar abzulehnen, sondern er ergreift entschlossen die allein mögliche Alternative zu einer solchen Konsequenz: nämlich alle bisher gültigen (und den atomaren Krieg ausschließenden) Bedingungen für einen „ge-

rechten Krieg" — abgesehen allein von der (nun doch ziemlich selbstverständlichen!) Voraussetzungen des „gerechten Grundes" — über Bord zu werfen. Das ist sein gutes Recht und logisch völlig unanfechtbar: nur hätte es natürlich die intellektuelle Redlichkeit erfordert, dies nicht so „unter der Hand" zu tun, sondern sich selber und den anderen darüber offen und ehrlich Rechenschaft abzulegen. Doch so oder so: *Gundlach ist als der wahre Gerichtsvollzieher über die heute notwendigerweise bankrott gewordene kirchliche Lehre vom „iustum bellum" gekommen,* oder, um es mit Böckenförde-Spaemann zu sagen, er hat „die Zerstörung der naturrechtlichen Kriegslehre" vollendet. Er ereifert sich zwar für die zeitlos gültigen „allgemeinen Gesichtspunkte und Zusammenhänge" und polemisiert dementsprechend dagegen, so viel von der modernen (d. h. atomaren) „Situation" zu reden; in Wirklichkeit aber ist er selbst der rücksichtsloseste „Situationsethiker" — sofern man allerdings das, was er anzubieten hat, noch „Ethik" nennen mag.

Um dies nachzuweisen, braucht man nur die oben genannten Voraussetzungen und Bedingungen eines „gerechten Krieges" mit den entsprechenden Thesen Gundlachs zu konfrontieren. Daraus ergibt sich übrigens zugleich auch, daß die gesamten Verkehrungen der (scholastischen) „Lehre Pius' XII." durch ihn nicht etwa nur eine unzusammenhängende Sammlung von einzelnen Fehlurteilen sind, sondern daß sie alle — bewußt oder unbewußt — zielstrebig in einen einzigen Punkt einmünden. Dieser Punkt ist nichts anderes als die radikale Beseitigung *aller* in die bisherige Kriegslehre eingebauten *real, objektiv bestimmbaren Sperriegel* gegen die schrankenlose Ausdehnung des Kriegsrechtes (innerhalb, wie gesagt, der allein verbleibenden Voraussetzung des „gerechten Grundes"); an deren Stelle tritt als einzige ethische Norm die („gute" oder „böse") *Intention* des Kriegführenden und damit eine *„grenzenlose Subjektivierung"* (II, S. 169) der ganzen Fragestellung.

1. Der Beschränkung der erlaubten Kampfmittel auch im „gerechten" Verteidigungskrieg — wie sie selbst von den sieben Moraltheologen theoretisch festgehalten wird — würden, wenn nicht alle, so auf jeden Fall die große Masse der heute zum Einsatz bereitstehenden A- und H-Bomben (diese letzteren natürlich insgesamt) zum Opfer fallen, weil sie eben *ihrer Natur nach* Massenvernichtungsmittel sind und ihrem *Sinn* nach sein *sollen.* Mit einem abstrakt-dialektischen Raffinement, das aller Achtung wert wäre, wenn es einem besseren Gegenstand gelten würde, „beweist" daher Gundlach, daß *keine* Waffe prinzipiell („in sich") unsittlich sei — „keine", womit also das gesamte Arsenal der ABC-Kampfmittel gemeint ist! (Wogegen selbst Hirschmann anerkennt, daß sich aus der „Natur einer Waffe" die Unsittlichkeit ihrer Anwendung ergeben könne!) Bezüglich der Atombombe gipfelt diese Argumentation in einem Meisterstück Gundlach'scher Denkakrobatik: wenn ihre Verwendung „an sich" unsittlich wäre, dann könnte ja selbst der liebe Gott nicht von ihr Gebrauch machen, und „das will wohl keiner behaupten"! Was nichts anderes bedeutet, als daß damit ganz einfach *die menschliche Machtvollkommenheit mit der göttlichen identifiziert wird!*

2. Die zu erwartenden Kriegsübel dürfen nicht größer sein, als die Übel bei Verzicht auf ihn wären: auch diese Bedingung macht den Krieg mit Massenvernichtungsmitteln zuschanden. Diesen Sperriegel beseitigt Gundlach mit Hilfe seiner Mystifikation einer — *real verwirklichten und existenten* — sog. „Weltordnung Gottes" auf Erden (mit ihren „an sich objektiv höchsten Gütern" und „echten Menschtumswerten"), für die er eine absolute Vollkommenheit doppelter Art postuliert. Einmal: es ist ausgeschlossen, daß ihre Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung durch Gewalt „grundsätzlich in irgendeinem Fall" nicht er-

zwingbar wäre, denn dann „wäre sie als Ordnung in der Welt von sich aus unzureichend, was nicht denkbar ist". Zum anderen: es eignet ihr eine so *absolute* Gültigkeit und Werthaftigkeit, daß hinter ihr alle und jede möglichen Übel (die ihre „Verteidigung" nach sich ziehen könnte) zurücktreten müssen: um ihretwillen darf oder muß gegebenenfalls selbst die gesamte Menschheit geopfert werden, d. h. also (womit diese Dialektik irrsinnig sich selbst überschlägt) ihre *Gültigkeit und ihr Wert* sind nicht einmal mehr an ihre *Realisierung und Existenz* gebunden, weil sie ja mit der Vernichtung der Welt selbst ins Nichts zurücksinken würde. Und dazu muß man sich auch wenigstens flüchtig und andeutungsweise an wenigen Beispielen vergegenwärtigen, was zu dieser vorgeblichen „Weltordnung Gottes" nun immerhin *auch* gehört: in ihr (ja zum Teil in ihren Zentren!) sind nach wie vor Elendsgebiete stabilisiert — Unteritalien und Sizilien, weite Gebiete Spaniens und fast das ganze Lateinamerika — deren „soziale" Zustände nicht nur den minimalsten Forderungen einer christlichen Ethik, sondern auch den primitivsten „Menschtumswerten" ins Gesicht schlagen; in ihr haben — was ganz gewiß *nicht* auf das Schuldkonto des atheistischen Kommunismus kommt! — 20 % der Erdbevölkerung 80 % aller Güter der Erde in Händen und werden umgekehrt diese „restlichen" 80 % mit den noch übrig bleibenden 20 % des Gesamtbesitzes abgespeist[7]); in dieser „Ordnung" schließlich pflegen die Aktien der Rüstungsindustrie (wiederum: *nicht* in der kommunistischen Welthälfte) munter in die Höhe zu klettern, sobald sich der weltpolitische Horizont verdüstert und umwölkt, um ebenso prompt wieder herunterzugehen, wenn einmal schwache Hoffnungsstrahlen einer friedlichen „Koexistenz" der beiden feindlichen Machtblöcke auftauchen . . . Es wäre nicht schwer — z. B. mit dem Thema „Freiheit" — so fortzufahren. Was besagt also diese Gundlach'sche „Weltordnung Gottes" tatsächlich? Sie besagt: *der Mensch schreibt Gott vor, welche „Ordnung" — und wie fragwürdig sie auch sei* — er als *seine* „göttliche" und daher absolute „grundsätzlich in jedem Fall", wenn notwendig *zu erzwingende Ordnung zu halten hat.*

3. Mit dem Axiom einer absoluten „Weltordnung Gottes" und mit der zu ihrer *bedingungslosen* „Verteidigung" eingeführten prinzipiellen sittlichen Indifferenz aller Kampfmittel ist die entscheidende Bresche freigelegt. Alles übrige ergibt sich fast von selbst. „Begründete Aussicht auf Erfolg"? Es genügt nunmehr gegebenenfalls die „Manifestation der Treue zu Gott" — vielmehr: sie zeugt von ausgesprochen „moralischer Kraft" — auch wenn dabei der Untergang des ganzen Volkes zu erwarten wäre. Beschränkung der Waffen auf die Notwendigkeiten der Verteidigung? Vermeidung „unnötiger Leiden"? Schonung der Zivilbevölkerung? Respektierung der Neutralen? Die völkerrechtlichen Kriegsordnungen? *Das alles läßt Gundlach — von seinem Standpunkt aus nun mit vollem Recht — unter den Tisch fallen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren.* Ganz konsequent verzichtet er auch auf jene so fragwürdige Aushilfskonstruktion der „unbeabsichtigten Nebenfolgen". *Allein* die „Güterabwägung", d. h. die Einschätzung der Höhe der Schutzwürdigkeit der bedrohten Güter durch die verantwortliche Staatsgewalt — die einfache „Wert-Preis-Relation" (II, S. 173) — entscheidet, ob Leiden „nötig" oder „unnötig" sind, ob und inwieweit eventuell die anderen genannten Richtlinien eingehalten werden können oder nicht, und damit also, ob eine bestimmte Kriegshandlung sittlich erlaubt bzw. geboten oder nicht erlaubt ist. Ein Beispiel — es ist selbstverständlich von *uns* gewählt, aber in seiner logischen Folgerichtigkeit unanfechtbar —: der Staatsmann (oder General!), der es zur Verteidigung der „an sich objektiv höchsten Güter" für notwendig hielte, die Millionenstädte Moskau oder Peking atomar vernichten zu lassen, würde sittlich recht oder sogar pflichtgemäß handeln, auch wenn in ihnen kein einziges militärisches Objekt zu

treffen wäre; und die Soldaten, die diesen Befehl gehorsam ausführten, könnten es „getrösteten Gewissens" (so der evangelische Militärbischof) tun, nämlich in dem Bewußtsein, damit immerhin ihren Beitrag zur „Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung" geleistet zu haben . . . Denn nochmals: das letzte Kriterium für „erlaubt" oder „nicht erlaubt" ist bei alledem nicht einmal dies, ob jene Güter *real* (wenn auch nur relativ) gerettet werden oder nicht; ihre „Verteidigung" kann vielmehr mit ihrer Vernichtung enden — sofern man nur zugleich (im Gegenschlag) auch „dem Gegner wirksam begegnet" ist.

Man würde dieses ganze System am einfachsten mit der vielberufenen alten Maxime „der Zweck heiligt die Mittel" umschreiben können — und das haben wohl auch Böckenförde-Spaemann im Auge, wenn sie es in die „Nähe der kommunistischen Moral" rücken (II, S. 182 f.) — man würde dies tun können, *wenn* noch ein „Zweck" übrig bliebe! Gundlach selbst bestimmt den Kriegszweck als „Weg von einer gestörten zu einer neu zu errichtenden Rechts- und Friedensordnung" („sonst ist der Krieg sinnlos"!), jedoch der Zweck hebt sich selbst auf: im gähnenden Nichts des allgemeinen Atomtodes (oder auch „nur" eines einzelnen untergegangenen Volkes) gibt es weder eine „gestörte" noch eine „wiederhergestellte Ordnung" mehr. *Im übrigen aber: von Gundlachs beiden Grundvoraussetzungen aus ist die Logik seiner Kriegslehre exakt und unangreifbar — und die Logik des Wahnsinns. An ihrem Ende steht der in aller Form ethisch-metaphysisch (wenn man das noch so nennen will) begründete unbegrenzte Massenmord* — ausgelöst durch das „Wagnis einer Minderheit" (K. Jaspers), vielmehr wohl durch eine an den Fingern einer Hand nachzurechnende Zahl von „verantwortlichen" Politikern oder Militärs — *der Massenmord an unzähligen Millionen des eigenen wie des „feindlichen" Volkes wie nicht zuletzt der am Krieg unbeteiligten Völker.* Hitler hatte uns die „Sippenhaft" beschert — man muß sie noch eine Harmlosigkeit nennen im Vergleich zu jener „unbegrenzten Solidaritätshaftung... notfalls der ganzen Menschheit" (II, S. 180 f.), die diese Kriegslehre zwangsweise mit sich bringt. *Das* nennt Gundlach „Manifestation der Majestät Gottes (!) und seiner Ordnung" . . .

Die letzte Wurzel dieses flackernden Irrsinns bleibt diese: der Theologe Gundlach scheint nicht mehr zu wissen, was jedes Kind (in den ihm faßlichen Formen) in der Religionsstunde lernt: daß nämlich dem Menschen — dem Christenmenschen nicht anders als irgendeinem andern! — vom Herrn der Schöpfung der Griff nach einem (auch nur im irdischen Sinn verstanden) „Göttlich-Absoluten" verwehrt ist, daß er sich bei all seinem besten Bemühen um das Rechte mit dem Relativen zu bescheiden hat, weil in *alles* sein Sein und Tun (in alle seine „Ordnungen") auch die Fäden — und wahrhaftig nicht wenige! — eigener Schuld und eigenen Versagens der Einsicht oder des Wollens eingewoben sind. Ob es Gundlach wahrhaben will oder nicht: in seiner Kriegslehre usurpiert der Mensch die Souveränitätsrechte Gottes über seine Schöpfung: *er*, der Mensch, entscheidet, was unter seinen menschlichen Versuchen und Machwerken als „göttliche" Weltordnung zu gelten habe, und weist dann dem wahren Herrn der Schöpfung nur mehr die subalterne Verpflichtung zu, diese *seine* Entscheidung zu bestätigen und zu sanktionieren; und wenn *er*, der Mensch, es bei seiner „Güterabwägung" einmal für geboten halten sollte, selber die Menschenwelt (mitsamt dieser ihrer „göttlichen" Ordnung) wieder ins Nichts zurückzuschleudern, dann hat „Gott der Herr" auch *dafür* „die Verantwortung zu übernehmen".

Es kann kaum anders sein, als daß eine solche Hybris, die — unter dem Anschein eines besonderen „Gehorsams" — Gott die Gesetze der Welt und des Lebens vorschreibt, am Ende in den puren, *absoluten Nihilismus* abstürzen muß. Gundlach hat uns das mit unerbittlicher Folgerichtigkeit nun tatsächlich vor-

demonstriert. *Dafür* sind wir ihm — das Wort ist nun völlig ernst gemeint — aufrichtigen Dank schuldig.

III.

Die Moraltheologen, die den atomaren Verteidigungskrieg als „nicht unbedingt unsittlich" (oder: als „nicht in jedem Fall Sünde") anerkennen, bezeigen auffallende Ängstlichkeit, ihre in der Gelehrtenstube gewonnenen Theorien dem freilich harten und schneidenden Luftzug der — sich ihnen doch unübersehbar aufdrängenden — *Wirklichkeit* auszusetzen, d. h. ethische Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit der *heutigen tatsächlichen Rüstungspraxis und Kriegsplanung* im einzelnen an den von ihnen selbst erarbeiteten Normen des „Erlaubten" und „Nichterlaubten" offen und klar zu messen. Erst recht hüllen sich die offiziellen kirchlichen Organe (abgesehen vom Papst) in ein dichtes Schweigen — man möchte oft meinen, es existiere für sie so etwas wie ein ethisches Atomkriegsproblem gar nicht.

Die einzige theologische Lehre vom „gerechten Krieg", mit der das reale Verhalten der westlichen Staatenwelt — von der östlichen ist in diesem Zusammenhang von vornherein nicht zu reden — in Einklang steht, ist diejenige Gundlachs; dies aus dem einfachen Grund, weil sie eben alle und jede Freiheit gibt und keinerlei Beschränkung auferlegt. Im übrigen jedoch: die westlichen Regierungen — gleichviel, ob sie sich prononciert als „christlich" ausgeben oder nicht — denken nicht daran, den moraltheologischen Forderungen der „normalen" kirchlich-scholastischen bzw. der päpstlichen Kriegslehre irgendeinen ihre Handlungsfreiheit beengenden Einfluß zu gewähren. Das bedarf keines umständlichen Beweises. Die „atomare Stärke" als Mittel dazu, „politisch verhandlungsfähig" zu werden (also, ohne Umschweife gesagt, als Druckmittel zur Erreichung konkreter politischer Ziele); die gundlegenden NATO-Planungen wie die sofortige Beantwortung auch eines Angriffes mit „konventionellen" Waffen durch einen atomaren Gegenschlag, die Strategie der „massiven" bzw. „stufenweisen Abschreckung" oder „Vergeltung"; der von seiten der Bundesregierung seit Jahren ertönende *generelle* Ruf nach „modernsten Waffen", neuestens vom Bundesverteidigungsminister und seiner Generalität konkretisiert als „Forderung" der „atomaren Bewaffnung" (wiederum schlechthin, ohne Einschränkung) der Bundeswehr bzw. als Forderung von „Waffen, die denen des Gegners mindestens (!) ebenbürtig sind" (wozu also dann „mindestens" auch H-Bomben gehören würden!), oder auch der intensiv bezeugte Appetit auf die Polarisrakete (die man ja schließlich nicht mit Miniaturatombömbchen — sofern es solche geben sollte — verschießen würde!) — : solche Hinweise genügen, um den *Tatbestand evident* zu machen. Maßgeblich für alle Rüstungsmaßnahmen und Kriegsplanungen sind ausschließlich (und zur Zeit mehr denn je) „militärische Gesichtspunkte" (bzw. das, was die militärischen Führungsgremien als Verteidigungs„notwendigkeiten" deklarieren!). „Interessen staatlicher (!) und privater Art müssen grundsätzlich hinter die militärische Notwendigkeit zurückgestellt werden", hat der Bundesverteidigungsminister erst im Sommer dieses Jahres programmatisch gefordert (s. diese Zeitschrift, Heft 7/1960, S. 661). Dreimal also nicht zu reden von Bedenken oder Einwänden moralischer Art: daß der gleiche Verteidigungsminister für die „Moralromantiker" bestenfalls nur ein verächtliches Achselzucken übrig hat, ist aus seinem eigenen Munde längst bekannt. Das alles heißt: *insoweit die übliche kirchliche und die päpstliche Kriegslehre den eigenen Wünschen oder den sog. „Verteidigungsnotwendigkeiten" hindernd im Wege stehen* — aber natürlich: auch nicht weiter! — *wird von ihnen auf der ganzen Linie keine Kenntnis genommen.*

Die katholische Kirche andererseits hält theoretisch nach wie vor an eben dieser traditionellen Lehre vom „gerechten Krieg" fest, und auf jeden Fall ist sie an die sie verpflichtenden Lehrweisungen des Papstes gebunden. Zugleich aber stützt sie und deckt sie direkt und indirekt — man braucht dafür nur an die jeweiligen Wahlkundgebungen oder an die Haltung ihrer früheren Organisationen und (zum Teil sogar amtlichen) Publikationsorgane zu erinnern — jene gesamte Rüstungspolitik und Kriegsplanung *ohne jeden Vorbehalt.* Sie kann dies nur *im Widerspruch zu sich selber, in einer Art von doppelter Buchführung — einer der Theorie und einer der Praxis — tun.*

In ihrer amtlichen Militärseelsorge bejaht die Kirche — oder nimmt es zum mindesten stillschweigend und widerspruchslos hin —, daß die ihrer Betreuung anvertrauten Soldaten technich und psychologisch zu einer Art der totalen, im Gebrauch der Kampfmittel *grundsätzlich* uneingeschränkten Kriegsführung ausgebildet werden, die sie *von ihren eigenen kirchlichen Grundsätzen und Normen aus* in entscheidenden Punkten als unsittlich und als „Sünde" erklären müßte. Sie müßte — um es an einem einzigen Beispiel bewußt drastisch zu erläutern — dem (katholischen) Soldaten sagen: wenn du auf eine Großstadt (gleichviel, ob eine „feindliche" oder etwa eine vom Feind besetzte deutsche Großstadt) eine H-Bombe oder auch „nur" eine „Hiroshima-Bombe" abwerfen oder mit einer Rakete abschießen würdest, würdest du dich selbst zum hunderttausendfachen Mörder machen, denn das wäre die „reine und schlechthinnige Vernichtung alles menschlichen Lebens im Umkreis (deines) Aktionsradius (und) das ist *unter keinem Titel erlaubt*" (Pius XII. in der von Gundlach unterdrückten Rede). Und du könntest dich dabei vor deinem Gewissen und vor der Welt mit keinem „Befehl" hinausreden, denn — darüber haben wir ja nun gerade genug Erfahrungen gesammelt! — du könntest dir von keinem Politiker und keinem militärischen Vorgesetzten dein Gewissen mit einem „Befehl" abkaufen lassen[8]). Dann — *aber auch nur dann* — könnte jener (sonst allerdings seltsam genug klingende) Satz, den der Militärbischof Kardinal *Wendel* den Soldaten auf dem Eucharistischen Weltkongreß in München zugerufen hat: „Wer Uniform trägt, wird auch nicht vergessen, daß er ein Christ ist" (Bericht der SZ), noch einen tragbaren *christlichen* Sinn bekommen. Jedoch, die Kirchen beider Konfessionen nehmen es im Gegenteil sogar widerspruchslos hin, daß nicht einmal der einzelne christliche Soldat *für sich* die mit seinem *persönlichen Gewissen* unvereinbare Mitwirkung bei einer atomaren Kriegshandlung ablehnen kann: bereits vor 2 Jahren (Nov. 1958) hat der Bundeswehrgeneral *Röttiger* offiziell erklärt, daß „der soldatische Gehorsam unteilbar" sei und es also dem einzelnen nicht freigestellt werden könne . . . „den Dienst an bestimmten Waffen und in bestimmten Funktionen zu verweigern". Keine kirchliche Verlautbarung, weder von der einen noch von der andern Konfession, ist bekannt geworden, die wenigstens *dagegen* Einspruch erhoben und den christlichen Soldaten in seinem Gewissensstand auch nur insoweit in Schutz genommen hätte[8a]).

Dies ist — logisch unwidersprechbar — der innere Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, in den sich die Kirche durch ihr gegenwärtiges Verhalten selbst gesetzt hat; sie kann ihn zwar auch weiterhin — so wie bisher — künstlich verschleiert halten, aber das ändert nichts am Tatbestand selbst. Sie könnte sich aus ihm nur befreien, indem sie *entweder* mit ihrer theoretischen Kriegslehre *in ihrem ganzen Umfang* endlich ernst machen würde; sie hätte sich dann also von allem mit dieser Lehre tatsächlich Unvereinbaren klar und eindeutig zu distanzieren und damit zugleich den Staatsorganen die Möglichkeit abzuschneiden, eine Rüstungspolitik und Kriegsplanung als „christlich" auszugeben, die es — nochmals sei es gesagt: *von ihrem eigenen kirchlichen Verständnis aus* — keineswegs mehr

ist. *Oder* die Kirche müßte diese Kriegslehre — *und* die Kriegslehre des Papstes! — ohne alle Umschweife als nicht mehr „situationsgerecht" fallen lassen — womit sie allerdings (in Ermangelung eines sonstigen Ersatzes) wohl unvermeidlicherweise auf die schiefe Ebene der Gundlach'schen Kriegslehre abgleiten würde und auch deren letzten Konsequenzen kaum mehr ausweichen könnte! Das eine wäre — wenigstens nach dem jetzt noch gültigen kirchlichen Verständnis — die christlich-ethische Entscheidung, das andere eine weltlich-politisch-militärische Entscheidung, wie sie ebenso gut (nur mit etwas anderen Motivierungen) auch ein Nichtchrist fällen kann. Das eine freilich würde eine einschneidende — von den heutigen Gegebenheiten aus schon fast revolutionäre — innere und äußere Loslösung der Kirche vom Staat bzw. den derzeitigen staatsbeherrschenden Mächten bedeuten; das andere aber würde wohl der Masse der Gläubigen einen inneren Schock versetzen, dessen religiöse und politische Auswirkungen kaum abzusehen wären . . . Doch wie dem auch sei: dies wäre *die einzig mögliche Alternative;* sie *allein* könnte die Kirche wieder aus ihrer gegenwärtigen Zweigleisigkeit und inneren Verbogenheit und aus der in ihr notwendigerweise (und sei es auch ungewollt) miteingeschlossenen Täuschung und Hintergehung ihrer Gläubigen — nicht zuletzt auch ihrer gläubigen Wehrmachtsangehörigen — befreien und in den Status eines klaren und geraden „Bekennens" — so oder so — zurückführen.

IV.

Vom Standort der kirchlichen Kriegslehre aus wird man der vorliegenden Beweisführung und ihren Ergebnissen nichts Stichhaltiges entgegensetzen können; denn diese Beweisführung hielt sich betont in den jener Kriegslehre geläufigen Denkkategorien und verzichtete mit Bedacht auf alle ihr fremden Argumente, also auf alle Argumente, die über den Bereich des „Naturrechts" hinaus und in die Sphäre der neutestamentlichen Ethik — Liebesethik, Gewaltlosigkeit u. ä. — hineinführen würden (womit deren Berechtigung *ganz gewiß nicht* abgeleugnet werden soll!). Aber man wird ihr sogleich vorhalten: das bedeutet also de facto überhaupt den Verzicht auf eine „wirksame" atomare Verteidigung, denn mit dem wenigen an atomaren Kampfmitteln, das diese Kriegslehre *vielleicht und allenfalls* noch konzedieren könnte, läßt sich bei der heutigen Lage längst kein Atomkrieg mehr führen. *Dieser Vorhalt ist richtig.* Es sei unumwunden klargestellt: auch wer die alte Lehre vom „gerechten Krieg" noch gelten lassen will, aber bereit ist, mit ihr wirklich *ernst zu machen,* leistet damit bereits den „Verzicht darauf, die Welt mit den stärksten Machtmitteln, eben den Kernwaffen, in Ordnung zu halten" (Cl. Münster, II, S, 72); er muß dies tun, weil das angestrebte Verteidigungsziel nur in jenem Gundlach'schen Pseudo„erfolg" der Selbst- und Fremdvernichtung enden würde und eben deshalb unsittlich und schlechterdings widerchristlich ist. Er bekennt sich damit zu der urchristlichen Glaubenshaltung, daß für den Christen (auch die christliche Gemeinschaft) *grundsätzlich* der Status eintreten *kann,* wo er Unrecht *erleiden* muß, um nicht (in der Abwehr) noch größeres Unrecht zu *begehen.* Und für den, der den Einsatz atomarer Waffen *an sich* und in *jeder* Form ablehnt, gilt das natürlich erst recht.

So liefe also doch alles auf jene — vergebliche — Alternative: „Lieber rot als tot" hinaus, die man als billige und so publikumswirksame Propagandalüge gegen die Atomkriegsgegner jederzeit auf Lager hat? *Nein!* Kein vernünftiger Mensch denkt daran, auf den Kommunismus „wie das Kalb auf seinen Metzger" zu starren (wie das auf dem Eucharistischen Kongreß ein ausländischer Erzbischof drastisch der *ganzen* westlichen Welt vorgeworfen hat) und nur ergeben auf dessen Schlachtmesser zu warten. Im Gegenteil: die Atomkriegsgegner sind von der tiefen Überzeugung durchdrungen, daß eine *ethisch* einwandfreie Politik auf längere

Sicht hinaus auch allein eine *realpolitisch richtige* und — soweit dies menschlicher Voraussage zusteht — erfolgversprechende Politik sein kann — aber man müßte sie auch wirklich *wollen*[9]).

Anmerkungen

[1]) In seinem Beitrag zu dem unten unter Nr. II genannten Werk, S. 117.

[1a]) Die ursprüngliche Absicht des Verfassers, den Überblick auch auf die Situation in der evangelischen Kirche auszudehnen, konnte aus den oben angegebenen Gründen nicht durchgeführt werden. Das maßgebliche Material dafür liegt jetzt bereit in dem Buch „Atomzeitalter, Krieg und Frieden" mit Beiträgen von C.-F. Frhr. v. Weizsäcker, H. Gollwitzer u. anderen, herausgegeben von Günter Howe (Eckart-Verlag) Witten und Berlin 1960. Ergänzend von Nutzen ist auch „Evangelische Stimmen zur Atomfrage", zusammengestellt im Auftrage der Kirchenkanzlei der EKiD von Oberkirchenrat Dr. Dr. Niemeier. Verlag des Amtsblattes der EKiD 1958.

[2]) Sie werden in beiden Büchern mehrfach (und mehr oder weniger ausführlich) dargelegt, so bes. von N. Monzel in I und II, sowie in II von K. Peters, H. Schulte Herbrüggen und E. W. Böckenförde, R. Spaemann.

[3]) Rühmliche Ausnahmen: im 2. Weltkrieg hat der französische Episkopat die Massenbombenangriffe ausdrücklich verurteilt, ebenso auch der Bischof von Münster, Graf Galen, die „Vergeltungsangriffe"; s. II, S. 39; 83, Anm. 3; 149.

[4]) Die „ständige Kommission der französischen Kardinäle und Erzbischöfe" hat schon am 14. Juni 1950 — und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf den Papst — die Anwendung der Atombombe „mit allen unseren Kräften verurteilt"; dementsprechend hat der Erzbischof von Cambrai (zugleich Sekretär der französischen Bischofskonferenz) vor kurzem den Aufruf des „Französischen Bundes gegen Atomrüstung", in dem der Verzicht auf die französische Atombombe gefordert wird, mitunterzeichnet; seine Begründung: die Atomrüstung bekunde einen „materialistischen Realismus" und die französische Regierung solle mit ihrem Verzicht darauf Westdeutschland ein Beispiel geben! Vgl. II, S. 8 u. 39; ferner S. 162 Anm. 4 und 170 Anm. 29a.

[5]) Vgl. M. Seidlmayer, Eine Theologie und eine Philosophie der atomaren Selbstvernichtung: P. Gundlach S. J. und Karl Jaspers, in dieser Zeitschrift, Heft 8/1959, mit den dort S. 632 f., Anm. 1 und 3 genannten weiteren Aufsätzen, sowie: Karl Jaspers und die „Neue Politik", ebenda Heft 10 1959, bes. S. 826.

[6]) Das Verdienst, sie erstmals festgehalten zu haben, gebührt m. W. M. Kriele, s. Hochland 51, 1959, S. 471. Vgl. auch Böckenförde-Spaemann in II, S. 166 ff.

[7]) Feststellung eines auf dem Eucharistischen Weltkongreß in München gehaltenen Referates (Bericht der SZ).

[8]) Das gleiche gilt — wie hier nur vorausnehmend bemerkt sei — selbstverständlich auch für die evangelische Militärseelsorge; nur müßte es da — entsprechend der theologischen Struktur der evangelischen Kirche — etwa heißen: „Sieh zu, daß du nicht vor deinem Gewissen zum Verbrecher wirst . . .!".

[8a]) Der Bischof Otto Dibelius hat bekanntlich vor längerer Zeit (neben manchen anderen guten Worten zur Atomkriegsfrage) erklärt: wenn er selbst noch jünger und heeresdienstpflichtig wäre, würde er sich durch seinen Militärpfarrer die Freistellung von der Bedienung einer Atomwaffe zu erwirken versuchen. Würde das Gewissen des einfachen evangelischen Soldaten nicht wenigstens den gleichen Schutz verdienen, wie ihn der Bischof — freilich unter irrealen Voraussetzungen — für sich erwartete? Die „Konstantinischen Staatskirchen" beider Konfessionen unserer Tage sind (in diesen Bereichen) sehr willig, dem Cäsar zu geben, auch was nicht des Cäsars ist.

[9]) Vgl. u. a. etwa auch M. Seidlmayer, Karl Jaspers und die „Neue Politik", in dieser Zeitschrift, Heft 10/1959, bes. S. 828 ff.

Stephen Swingler, M.P.

Gesucht: eine konstruktive Initiative des Westens

Wenn ein urteilsfähiger Demokrat sich von irgendeinem Standpunkt der kommunistischen Welt aus einen Eindruck der westlichen Ordnung verschafft, so erhält er einen üblen Schrecken. Natürlich mögen die verfügbaren Informationen häßlich, roh und dürftig sein — aber sie sind im ganzen korrekt. Die Brille wird stark gefärbt sein, aber er kann durch sie sehen.

Er sieht bedeutende Persönlichkeiten, die von der Furcht vor dem Bolschewismus besessen sind. Er erkennt kolonialistische Cliquen, die verzweifelte Rückzugsgefechte à la Kongo um Stellungen und Privilegien führen. Er hört politische Generale abgedroschene Wendungen über die Freiheit gespreizt von sich geben und militärische Generale nach mehr selbstmörderischen Waffen verlangen. Er nimmt große Besorgnis über den Rassenzwist, die Jugendkriminalität und das käufliche Laster wahr.

Die meisten Reklamen in den Schaufenstern gelten den Nacktheiten und dem Nylon; und das Manövrieren der Parteien und der Politiker um die Macht scheint meistens genau so wenig mit der tatsächlichen Herausforderung durch die in der Welt wirkenden Ideen zu tun zu haben wie diese besonderen Schaustücke. (Man betrachte zum Beispiel das Bild der amerikanischen Parteitage.) Der Anblick ist negativ, die Stellung defensiv — Besitzende, die sich an ihre Güter klammern, ostentative Verschwendung (wie die luxuriösen Schwanzflossen der neuesten Autos), eine Literatur der Seelencouch.

Wenn viele Menschen in der kommunistischen Welt die Dinge auf diese Weise betrachten, so ist das nicht ihre Schuld. Es gibt zuviel Beweise dafür.

Trotz der wohlbekannten Übel des Lebens unter dem Kommunismus gibt es dort doch eine Zielstrebigkeit, die sich über die Besorgnis um bloße Bequemlichkeit hinwegsetzt, und einen Glauben an die Zukunft, der sich auf die Verherrlichung der Wissenschaft gründet und einen mächtigen Einfluß auf junge Menschen und junge Völker ausübt.

Im Westen machen wir nur geringe Fortschritte, und mit unserer amtlichen Negierung dieser Dinge machen wir noch geringeren Eindruck auf die Völker des Ostens. Die westliche Gesellschaftsordnung steht in der Defensive und verteidigt zu oft die falschen Werte auf falsche Weise. Die Macmillan, Adenauer und Eisenhower dieser Welt sind Männer ohne Vision, die ihre Politik ohne Phantasie verfolgen. Als Gefangene der Postulate des durch den Konkurrenzkampf bestimmten Kapitalismus und einer von Klassengegensätzen geplagten Gesellschaft sind sie völlig unfähig, der Herausforderung durch den Kommunismus zu begegnen oder einen vernünftigen Frieden mit ihm zu schließen. Auf lange Sicht gesehen, spielen ihre Manöver den Kommunisten die Trumpfkarten zu, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet wegen der Überlegenheit der sozialistischen Planungstechnik, sondern auch moralisch, weil die kommunistischen Ideen eine ungeheure Anziehungskraft auf die Völker der unterentwickelten Länder ausüben.

Die Frage ist: Kann die demokratische Linke im Westen der kommunistischen Herausforderung begegnen und einen Weg finden, um die Völker aus der Finsternis des nuklearen Wettrüstens herauszuführen?

Die Lage der demokratischen Linken ist ernst. Geeint und entschlossen könnte sie eine mächtige Kraft sein. Ihre Führer befinden sich jedoch ständig im Rückzug vor fortschrittlichen Grundsätzen und werden durch ihre Billigung der Doktrin und der Strategie des Antikommunismus gehemmt. Indem sie mit den alten Gewalten in Loyalität zur Nato, Seato usw. und in der Verpflichtung auf nukleare Waffen wetteifern, spielen sie in die Hände der Doktrinäre des Ostens.

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs hat der Gang der Ereignisse in tragischer Weise beständig diese Richtung verfolgt. Als Mr. Ernest Bevin, der zur Labour Party gehörende britische Außenminister, sich von seiner Forderung nach Nationalisierung der Ruhrindustrie zurückzog und dann unter amerikanischem Druck dem Grundsatz der Wiederbewaffnung des geteilten Deutschlands zustimmte, setzte er seinen Fuß auf die abschüssige Bahn. Als die britische Labour Party 1954 mit knapper Mehrheit die Politik der deutschen Wiederbewaffnung billigte, verwickelten wir uns in Widersprüche der Politik und der Propaganda, von denen wir uns seitdem beständig zu befreien suchen. Es ist verständlich, daß die britische Labour Party bei den Wahlen von 1959 viele Menschen nicht zu überzeugen vermochte, weil ihre Verpflichtung auf das Wettrüsten ihre Fähigkeit in Zweifel stellte, ein kostspieliges und ständig auszudehnendes Sozialprogramm durchzuführen.

Vor kurzem, im August dieses Jahres, hatte Herr Brandt bei seinem Interview mit der „Times" Gelegenheit, der Forderung der Generale nach atomaren Waffen entgegenzutreten und die Politik der Sozialdemokratie für das Disengagement und die Abrüstung herauszustellen. Anstatt aber diese Herausforderung zu unternehmen, schienen die Darlegungen von Herrn Brandt die Gleichheit zwischen seiner eigenen und Adenauers Ansicht zu unterstreichen und die Generale wegen der Taktlosigkeit bei der Wahl des Zeitpunkts und nicht wegen des verwerflichen Wesens ihrer Forderungen zu kritisieren.

Das Ausbleiben eines weithin hörbaren Aufrufs für eine neue und klar unterscheidbare Politik, die sich auf demokratische Prinzipien gründet, ist die Ursache für die Wirkungslosigkeit und Uneinheitlichkeit der Linken im Westen.

Um die Initiative zurückzugewinnen, die wir benötigen, muß man sich von vier Illusionen trennen. Die erste ist der unfruchtbare Antikommunismus, der noch in vielen Kreisen vorherrschend ist. Die demagogische Aufforderung, die Kommunisten um jeden Preis zu vernichten, untergräbt die Demokratie und verrät die Freiheit.

Wir beschweren uns darüber, daß die kommunistischen Machthaber von der Spionagemanie und der Jagd nach Ketzern besessen sind und alle Arten der willkürlichen Unterdrückung mit der Behauptung rechtfertigen, daß sie im Belagerungszustand lebten. Aber leider geben die Machthaber des Westens den Kommunisten nicht nur die Beweise in die Hand (wie durch die berüchtigte U-2), sondern bedienen sich auch der Verleumdungen, um mit unorthodoxen Meinungen fertig zu werden. Die konstruktive politische Diskussion wird durch die gerissenen Dialektiker verzerrt, die da argumentieren, daß wir allem widersprechen müssen, was die Kommunisten vorschlagen, um sie so in ihren Erwartungen zu enttäuschen. Zu viele unserer Führer sind Opfer ihrer eigenen Propaganda, der Doppelzügigkeit im Reden und Handeln geworden.

Vergessen wir nicht die Abrüstungsverhandlungen des Jahres 1955. Die englischen und französischen Delegierten legten einen umfassenden Plan für ein Abrüstungsabkommen vor, das ein vollständiges Verbot nuklearer Waffen enthalten sollte, und der amerikanische Delegierte forderte die Russen auf, Ja oder Nein dazu zu sagen. Am 10. Mai 1955 gab der sowjetische Delegierte, zur Überraschung aller, bekannt, daß er nicht nur die Vorschläge des Westens für die ersten Maßnahmen, sondern auch die allgemeinen Grundsätze für die Abrüstung billige, auf denen sie beruhten.

Moch, der französische Delegierte, bemerkte dazu, daß „es zu gut aussieht, um wahr zu sein", und der Delegierte der Vereinigten Staaten erklärte: „Wir sind erfreut, festzustellen, daß die Vorstellungen, die wir für eine beachtliche Zeitspanne vertreten haben, durch die Sowjetunion weitgehend akzeptiert wurden."

Es war zu schön, um wahr zu sein, wie Moch bemerkte. Die westlichen Delegierten schlugen dann eine Unterbrechung von drei Monaten vor, und als die Beratungen im folgenden August wieder aufgenommen wurden, teilten die Vereinigten Staaten mit, daß sie hinsichtlich dieser Vorschläge Vorbehalte hätten. Die Vorschläge wurden dann tatsächlich zurückgezogen. Seit jener Zeit ist es zur Gewohnheit geworden, jeden Abrüstungsvorschlag zu revidieren, wenn die Russen den Eindruck erwecken, als könnten sie ihn annehmen!

Dieselbe negative Haltung wurde von vielen Menschen hinsichtlich des Streits um die ehemaligen Nazis in hohen Stellungen in Deutschland an den Tag gelegt. Weil die ostdeutschen Kommunisten viel mit diesem Problem operieren, indem sie lange Listen mit Anschuldigungen gegen Richter und Staatsanwälte in Deutschland herausgeben, haben manche Menschen gesagt, wir dürften mit

dieser Kampagne nichts zu tun haben, weil sie „kommunistisch inspiriert" sei. Die Konsequenz ist, daß der negative Antikommunismus zu einem Verrat an den demokratischen Grundsätzen und zur Duldung neofaschistischer Tendenzen geführt hat. Wahre Demokraten sollten die ersten und die vordersten sein, die den Samen des Faschismus ausrotten.

Die Suche nach dem Bolschewisten unter dem Bett und die prinzipienlosen Manöver im antikommunistischen Spiel bringen den Propagandisten in Moskau und Peking täglich Geschenke ein.

Wenn wir den fruchtlosen Antikommunismus beiseite legen, so laßt uns auch dem Irrglauben entsagen, daß das kommunistische Regime auf irgendeine Weise auf Grund äußerer oder innerer Spannungen zusammenbrechen könnte. Vor 40 Jahren war die internationale Diplomatie von dieser Illusion über den neugeborenen Sowjetstaat besessen, und unglücklicherweise gibt es immer noch einige Leute, die uns mit diesem Unsinn irreführen. Jeder vernünftige Beobachter weiß, daß das kommunistische Regime weder auseinanderfallen wird noch durch Waffengewalt zerstört werden kann, ohne daß die Zivilisation vernichtet wird — so daß wir unsere Gedanken besser darauf richten, die Herrscher und die Beherrschten durch andere Mittel zu beeinflussen. Die deutsche SPD erkannte dies durch ihr Aktionsprogramm von 1952 an, als sie „die engsten menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Menschen der sowjetisch besetzten Zone und denen der Bundesrepublik" empfahl. Derartige Beziehungen können jedoch nicht glücklich entwickelt werden, bevor wir uns nicht von der dritten großen fixen Idee befreit haben: dem Mythos von der nuklearen Abschreckung.

Im Verlauf der Untersuchungen gegen Dr. Oppenheimer in den Vereinigten Staaten sagte der bekannte außenpolitische Fachmann George Kennan, das Übel der Wasserstoffbombe liege darin, daß die Politiker durch sie — das gräßliche Abbild absoluter Zerstörungskraft — hypnotisiert, das konstruktive Denken über positive Werte und die Ziele des Friedens gleichzeitig ausgeschlossen würden. Viele Minister und Möchtegern-Minister des Westens sind heute so um die Verteidigung besorgt, daß sie vergessen, was sie verteidigen sollen. Das Ergebnis ist, daß die Menschen im heiligen Namen der Verteidigung überredet werden, eine Politik zu unterstützen, die sowohl übel als auch wirkungslos ist. Der „Sicherheits"-Komplex lenkt nicht nur in zunehmendem Maße Wissenschaftler und Arbeitskräfte von dem Aufbau einer gerechteren Gesellschaft ab, sondern korrumpiert auch die Politik des Westens.

Der gefährliche Fatalismus, der durch die Doktrin der nuklearen Abschreckung erzeugt wird, wurde im November 1959 treffend durch den britischen General Sir John Cowley ausgedrückt, als er sagte: „Wenn wir die nukleare Abschreckung nicht ins Spiel bringen, werden wir gewiß geschlagen, und wenn wir sie ins Spiel bringen, so werden wir gewiß Selbstmord begehen."

Dies ist natürlich die reductio ad absurdum des westlichen militärischen Denkens. Der gesunde Menschenverstand erkennt in diesem Problem, daß der Gefahr des Krieges, der Diktatur und des Dogmatismus nicht durch die Anhäufung der absoluten Zerstörungsmittel begegnet werden kann.

Das alles läuft auf die Forderung nach einer neuen, demokratischen Initiative des Westens hinaus, die sich auf die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz und auf die Möglichkeit, sie zu erreichen, gründet.

Warum ist diese Initiative ausgeblieben?

Die Ursache ist in den vier Illusionen zu suchen, nämlich, daß wir alle wegen der in der westlichen Gesellschaft vorherrschenden Ängste, Vorurteile und Pro-

bleme mit den Reaktionären in Konservatismus und Antikommunismus wetteifern müssen, um breite Unterstützung zu erlangen.

Seit den Wahlen in Großbritannien vom Oktober 1959 ist eine breite Kontroverse innerhalb der Labour Party über das Unvermögen der Partei, die Macht zu erringen, geführt worden. Mr. Gaitskell und seine Anhänger haben argumentiert, daß die Partei sich weiter nach rechts bewegen, ihre Ideen der sozialen Umgestaltung in den Hintergrund rücken und sich durch die Loyalität gegenüber der Nato und der amerikanischen Allianz als völlig achtbar zeigen müsse, um mehr Stimmen auf Kosten von Mr. Macmillan zu gewinnen. In Deutschland habe ich auf gleiche Weise das Argument gehört, die SPD müsse sich als scharf antikommunistisch und superpatriotisch gebärden, um gegenüber Adenauer päpstlicher als der Papst zu wirken. Anstatt den nuklearen Wahnsinn und den Militarismus der Rechten auf der ganzen Front anzugreifen, wenden diese Führer Kunstgriffe an, die den Generalen in die Hände spielen und sowohl prinzipien- wie auch wirkungslos sind.

In einem vor kurzem veröffentlichten Buch über die britischen allgemeinen Wahlen von 1959 fällen zwei Akademiker, die Herren Butler und Rose, folgendes Urteil über die Strategie der Labour Party in Großbritannien:

„In allen Wahlen der letzten Zeit hat die Partei jeden Anspruch, als sozialistische Partei für eine radikal veränderte Gesellschaft einzutreten, in den Hintergrund gerückt; sie behandelte die umstrittenen Fragen eher mit den Begriffen der Mittel als mit denen des Ziels. Sie forderte die Wähler auf, zu erklären, daß sie den Wohlfahrtsstaat mit seiner gemischten Wirtschaftsordnung besser verwalten könne als die Konservativen. Das Komitee für den Wahlfeldzug hatte geschlußfolgert, daß die Öffentlichkeit mehr durch Angriffe auf das Mogeln mit Spesenrechnungen beeinflußt werden könne, als es die Kritik an der Produktion für den privaten Profit vermöge; daß sie mit größerer Bereitschaft auf Pläne für die Beseitigung der Slums als auf die Idee der Übertragung des Wohnungsbaus auf die Gemeinden reagieren würde; daß sie durch eine Aufzählung über das Durcheinander in der britischen Verteidigungspolitik mehr bewegt werden würde als durch eine Prüfung der machtpolitischen Voraussetzungen, die das Fundament des britischen Vertrauens auf die Nato und die nukleare Abschrekkung bilden."

Auf diese Weise focht die Labour Party in den britischen Wahlen mit Kompromissen Gaitskells, die sich für den Wähler nicht wesentlich von Macmillans Appell für einen Frieden durch Gipfelgespräche und Wohlstand durch Ratenzahlungen unterschieden. Obgleich es offensichtlich unmöglich ist, zu beweisen, daß die Labour Party bei den Wahlen besser abgeschnitten hätte, wenn sie eine klare Initiative für die nukleare Abrüstung und das Disengagement ergriffen hätte, so ist doch klar, daß ihre gemäßigte Kritik der amtlichen Politik und der alten gesellschaftlichen Einrichtungen bei den Wahlen wirkungslos blieb. Die Unruhe in den britischen Gewerkschaften und in der Labour Party während der letzten paar Monate widerspiegelt die sich ausbreitende Überzeugung, daß es besser sei, mit klaren und ausgeprägten Grundsätzen zu kämpfen und den Widerspruch gegen die konservative Politik zu verstärken. So wie es der verstorbene Aneurin Bevan im vergangenen Jahr in Blackpool sagte: „Sie wissen, Genossen, daß parlamentarische Einrichtungen nicht zerstört wurden, weil die Linke zu kräftig war; sie wurden zerstört, weil die Linke zu untätig war. Wir brauchen Ideen, die die Linke aus der Windstille der Tatenlosigkeit und des nuklearen Fatalismus herausführen."

Es ist der Anfang aller Weisheit, freimütig anzuerkennen, daß die meisten der unter dem Kommunismus lebenden Menschen durch groß angelegte Planung,

durch die vom Staat geförderte Entwicklung, durch die Anwendung der Wissenschaft und die Erschließung rückständiger Regionen bereits ansehnliche wirtschaftliche Vorteile geerntet haben oder in Kürze ernten werden. Wenn die Leistungen des sowjetischen Regimes auch nicht alle westlichen Experten beeindrucken, so besitzen sie doch gewiß eine zunehmende Anziehungskraft auf die Afrikaner, und sie konzentrieren die Aufmerksamkeit der Hungernden und der Analphabeten in vielen Teilen der Welt auf sich. Es ist zum Beispiel dumm, vorzugeben, daß in Ostdeutschland alles düster sei. Die Erbauung neuer Städte wie Stalinstadt, das große Wohnungsbauprogramm in Dresden, die Schaffung neuer kultureller Einrichtungen auf dem Lande, zusammen mit dem ständigen Trommelfeuer antinazistischer und antimilitaristischer Propaganda — hier sind nicht abzuleugnende positive Erscheinungen, die herabzusetzen für uns unklug ist. Ferner ist es offensichtlich, daß die Völker des Ostens die friedliche Koexistenz wollen, wie einige unserer Machthaber (so Mr. Macmillan) von Zeit zu Zeit anerkennen, und daß sie nicht nach dem Angriffskrieg dürsten. Das Problem besteht darin, die Barrieren der Furcht, des Vorurteils und der ideologischen Doppelzüngigkeit zu durchbrechen und eine gemeinsame Basis für eine fortgesetzte Entspannung zu finden.

Wenn wir heute auf die Völker der kommunistischen Welt Eindruck machen wollen, so müssen wir den fruchtlosen Antikommunismus aufgeben, der unterschiedslos jeglichen Vorteil kommunistischer Herrschaft angreift oder ableugnet und für die Gemeinheit, die Verschwendung, den Luxus und die Zügellosigkeit Reklame macht. Wir müssen unsere Begeisterung für demokratische Prinzipien demonstrieren, indem wir die Tugenden der Bürgerrechte, der freien Kritik an der Regierung durch das Volk verkünden und ausüben, und indem wir beweisen, daß sie mit großen gemeinschaftlichen Anstrengungen vereinbar sind, die Armut, das Elend und die Vorurteile, besonders in den kolonialen Gebieten, auszurotten. Ferner müssen wir den Menschen im Osten versichern, daß wir nicht danach streben, ihr System durch Bomben auszurotten oder durch Sabotage zu zersetzen, sondern die harte Schale des Kalten Krieges durch den Austausch von Ideen, technologischen Daten und Menschen durchbrechen wollen. Das kann nur auf der Grundlage der bestehenden Grenzen und durch die Austilgung der Gefahr eines Überraschungsangriffs geschehen. Das ist der Grund, warum alle Anstrengungen auf den Beginn eines gewissen Disengagements und die Beendigung des Wettrüstens konzentriert werden sollten.

Wenn jemand einwendet, daß dies Vorschläge sind, die sich gegenüber den Kommunisten „weich" verhalten und unsere Deckung abschwächen, so möge er sich freimütig der Zukunft zuwenden. Wenn die Führung des Westens nicht vermag, konstruktive Ideen für die friedliche Koexistenz und die Beendigung des Wettrüstens, für die Befreiung der Kolonien und für den Fortschritt des Arbeiters zu schaffen, so wird sie im Verhältnis zur kommunistischen Welt auf der Stelle treten. Früher oder später werden die kommunistischen Planer mit ihren kolossalen Anstrengungen das Niveau des Westens überbieten und die Nachricht von ihren Erfolgen weit und fern verbreiten. Im Vergleich zu den nuklearen Waffenlagern und dem ethischen Vakuum des Westens wird der Kommunismus seine magnetische Kraft vergrößern.

Vor 80 Jahren schrieb der britische Sozialist und Künstler William Morris: „Ich hatte geblaubt, die Zivilisation bedeute das Erreichen des Friedens, der Ordnung und der Freiheit, des guten Willens von Mensch zu Mensch, der Liebe, der Wahrhaftigkeit und des Hasses der Ungerechtigkeit . . . ein Leben frei von feiger Angst, aber voll des Erlebens. Das war, wie ich glaubte, das, was sie be-

deuten würde; nicht nur mehr gepolsterte Sessel und Kissen, mehr Teppiche und Gas, mehr schmackhaftes Fleisch und Getränke und damit weitere und schroffere Unterschiede zwischen Klasse und Klasse."

Die bloße Verteidigung der gepolsterten Sessel und Kissen, der Waschmaschinen und Kühlschränke, der Imperien und Absatzmärkte ist keine Antwort auf die Herausforderung durch den Kommunismus. Und der Versuch, die kommunistische Welt zu spalten, ist sowohl wirkungslos wie gefährlich. Indem wir den Tatsachen ins Auge schauen, sollten wir das Angebot der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage annehmen, daß wir mit den Kommunisten darin friedlich wetteifern können, die Menschheit von der Atomangst zu befreien, den Lebensstandard der Völker zu erhöhen und Mittel und Wege zu finden, dem demokratischen Streben der Menschheit Ausdruck zu geben.

Altreichskanzler Dr. Josef Wirth

Die deutsche Neutralitätspolitik der Jahre 1922 — 1932

Erstveröffentlichung einer in Luzern im Jahre 1936 gehaltenen Rede — Nach dem Stenogramm von Dr. A. Gelpke, Zürich.

Zusammen mit dem folgenden Brief hat uns Herr Rechtsanwalt Dr. A. Gelpke, Zürich, zum Erstabdruck sein Stenogramm von Ausführungen des früheren deutschen Reichskanzlers Dr. Josef Wirth zur Verfügung gestellt, die dieser im Jahre 1936 vor einem ausgewählten Kreis schweizerischer Politiker gemacht hat. Wir sind der Auffassung, daß die Darlegungen von Dr. J. Wirth nicht allein für den Historiker von Interesse, sondern gerade heute von politischer Aktualität sind. D. Red.

Dr. A. Gelpke
Rechtsanwalt und Revisor

Zürich 2/38 Ende Sept. 1960

An
Blätter für Deutsche und Internationale Politik,
Köln,
Barbarossaplatz 2

Sehr geehrter Graf von Westphalen!

Ich hatte kürzlich Gelegenheit Steno-Notizen über Referate deutscher Politiker aus den Jahren 1936 ff. in die Maschine zu diktieren. Darunter befand sich ein Referat von Altreichskanzler Dr. Wirth aus dem Jahre 1936, gehalten auf Wunsch schweiz. Parlamentarier. Wie noch heute einige deutsche Blätter, vertrat schon 1936 Herr Dr. Wirth die Auffassung, daß für Deutschland eine Politik der bewaffneten Neutralität die richtige Politik sei. Ein Doppel dieses Referates habe ich dem Presse- und Informationsamt Bonn zu Händen von Herrn Ministerialrat Dr. W. Gläsßer zugestellt. So wie ich 1933/34 Referate von Dr. Wirth und von anderen deutschen und schweiz. Politikern stenographisch festhielt, hat Dr. Glässer 1945/49 solche Referate von Dr. Wirth aufgeschrieben. Weitere Referate sind noch im Besitze eines Herrn Dr. Kindt-Kiefer, der heute ebenfalls in

Deutschland lebt. Doch kenne ich seine Adresse nicht. Sie sind ermächtigt, dieses Referat über die deutsche Neutralitätspolitik zu veröffentlichen. Das Honorar für mein Diktat auf die Maschine können Sie mit einem Jahres-Abonnement auf Ihre geschätzte Zeitschrift verrechnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez.: Gelpke

(Stenonotizen über ein Referat von Dr. J. Wirth, 1922 deutscher Reichskanzler und 1930 deutscher Minister, gehalten Ende 1936 in Luzern in geschlossener Gesellschaft.)

Seit ich im Exil in der Schweiz lebe, werde ich immer wieder von Schweizern gefragt: „Wohin führt Hitler?" Darauf gebe ich stets die gleiche Antwort: „Zu einem bitteren Ende!"

Zur Zeit (Ende 1936) sieht es allerdings anders aus. Hitler hat die Arbeitslosigkeit überwunden, und das wird von der ganzen Welt bewundert, weil dies dem reichen Amerika bis heute nicht gelungen ist. „Aber", — werde ich dann gefragt — „hätte die Arbeitslosigkeit nicht auch auf andere Weise als durch Aufrüstung überwunden werden können?" Hierauf pflege ich zu antworten: „Theoretisch: Ja! — Praktisch: Nein!"

Während der großen Krise der Jahre 1930/32 lagen der deutschen Regierung unzählige Arbeitsbeschaffungsprogramme vor. Keines dieser Programme konnte durchgeführt werden, weil niemand bereit war, die hierfür erforderlichen Opfer zu bringen. Alle diese Programme waren — privatwirtschaftlich gesehen — unrentabel. Für unrentable Programme war kein Geld erhältlich. Praktisch war Geld nur für die Aufrüstung aufzutreiben, weil damit ein großes und — wenigstens privatwirtschaftlich — sicheres Geschäft verbunden war.

Gewiß ist die Aufrüstung ein großes Geschäft. Doch für ein Land wie Deutschland war nicht das große Geschäft die richtige Politik, sondern die Opferbereitschaft von unten bis oben. Diese Hilfsbereitschaft war weder in den Jahren 1930/32 noch nach Hitlers Machtantritt vorhanden. Es gab daher keinen anderen Weg als Aufrüstung. Indessen, wenn ein Land wie Deutschland aufrüstet, so hat dies eine ganz andere außenpolitische Wirkung, als wenn ein kleines Land die Arbeitslosigkeit durch Aufrüstung zu überwinden sucht. Die deutsche Aufrüstung hat nicht nur wegen der raschen Überwindung der Arbeitslosigkeit Bewunderung, sondern noch ein größeres Mißtrauen erweckt.

Und wenn irgend ein Land einen besonderen Anlaß hat, das Mißtrauen zu beseitigen, so ist es Deutschland, das im Ausland — wenn auch m. E. zu Unrecht — immer noch als der Hauptschuldige am Weltkrieg gilt.

... (Die folgenden Zeilen des Stenos sind heute nicht mehr lesbar.)

Nicht nur wegen des Versailler Vertrages, sondern auch in der Erkenntnis, daß Deutschland nur durch eine neutrale Haltung unter Verzicht auf eine allgemeine Wehrpflicht mit Ost und West im Frieden leben könne, haben die deutschen Regierungen der Jahre 1922/32 die bewaffnete Neutralität als die richtige Außenpolitik beurteilt. Freilich fiel es Deutschland nicht so leicht wie der Schweiz, dauernd eine neutrale Haltung einzunehmen. Nach der Niederlage von 1918 hat die siegreiche Entente immer wieder versucht, Deutschland so fest wie nur möglich an die Entente zu binden. Wie sehr die Westmächte bestrebt waren, Deutschland an den Westen zu fesseln und eine neutrale Haltung zu erschweren, soll an einigen Beispielen nachgewiesen werden. Damit Sie aber diese Beispiele verstehen, muß ich jene deutsche Politik, die 1922 zum Rapallo-Vertrag und 1925 zum Berliner-Vertrag, also zu einer Verstärkung der deutschen Neutralitätspolitik, führte, kurz in Erinnerung rufen. Dabei ist es notwendig, bis auf das Jahr 1917 zurückzugehen.

Im Herbst 1917 gelang es einer kleinen von Lenin und Trotzki geführten Gruppe von höchstens 20 000 Bolschewisten, in Petersburg die Macht an sich zu reißen. Die Gründe, wie es einer so kleinen Gruppe gelang, die Macht zu erobern, sind höchst interessant und sollen in einem späteren Referat dargestellt werden. Heute muß ich darauf verzichten.

Sofort nach der Machtübernahme billigte der allrussische Kongreß ein Dekret über den Frieden. Mit diesem Beschluß wurde eine Aufforderung an die kriegführenden Parteien zur Einstellung des Krieges verbunden. Indessen, mit Ausnahme von Deutschland und Österreich, hatten 1917/18 keine andern Kriegsparteien ein Interesse daran, den Krieg zu beenden. Das deutsche Interesse ergab sich aus der Enttäuschung über den mißglückten U-Boot-Krieg, mit welchem die militärischen Spitzen England auf die Knie zwingen wollten. Nach diesem Mißerfolg begannen Ende 1917 in Brest-Litowsk die Verhandlungen mit den russischen Delegierten. Deutschland war vertreten durch Staatssekretär von Kühlmann und General Hoffmann. Die Weisungen erhielt Kühlmann von Reichskanzler Graf Hertling und General Hoffmann von den Generälen Hindenburg und Ludendorff, wobei leider die Weisungen von Hindenburg und Ludendorff schwerer ins Gewicht fielen als die gemäßigteren Weisungen des deutschen Kanzlers.

Auf russischer Seite waren die Weisungen von Lenin und Trotzki maßgebend. Leider kam es zunächst zu keiner Einigung, und Mitte Februar 1918 kündigten Hindenburg und Ludendorff den Waffenstillstand und setzten ihre Truppen Richtung Petersburg wieder in Marsch. Unter diesem Druck nahmen die russischen Delegierten die sehr schweren Bedingungen an. In diesem Friedensvertrag mußte Rußland ein Gebiet mit rund 60 Millionen Menschen, die reichsten Getreidegebiete und die meisten Ölquellen an Deutschland abtreten. Überdies wurde Rußland gezwungen, an Deutschland eine Kriegsentschädigung zu bezahlen.

Die deutschen Delegierten bezeichneten diesen Vertrag als einen freien Vertrag; die russischen Delegierten dagegen als ein Diktat. Auch die Westmächte lehnten diesen Vertrag ab, freilich aus andern Gründen.

Die Entente hatte schon zu Beginn des Jahres 1918 eine Gegen-Revolution in Rußland unterstützt und ging einige Monate später sogar zur bewaffneten Intervention auf russischem Boden über. Trotz dem Friedensvertrag von Brest befand sich nun Rußland erneut im Kriege, und zwar jetzt auch noch mit seinen früheren Verbündeten. Das Ziel der sog. Interventionskriege der Jahre 1918/20 war der Sturz der kommunistischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine bürgerliche Regierung. Deutschland hatte sich an diesem neuen Kriege gegen Rußland beteiligt, allerdings mehr unter dem Druck der Westmächte und als Folge einer eigenen Fehlrechnung beim Abschluß des Friedensvertrags mit Rußland.

In eigener Sache ist man blind. Als die deutschen Delegierten mit Rußland den ersten Friedensvertrag abschlossen, glaubte außerhalb Deutschlands niemand mehr an einen deutschen Sieg. Damals sagte ein nichtdeutscher Politiker: „Die Deutschen stehlen noch vor dem Untergang." Er meinte damit die im Friedensvertrag mit Rußland erpreßte Abtretung der Getreide- und Ölgebiete an Deutschland. Diese Äußerung kam mir (Dr. Wirth) zu Ohren und ich informierte den neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden. Als dann unsere Niederlage auch für die deutsche Regierung feststand und der erpreßte Friedensvertrag mit Rußland ein schlechtes Vorbild für den Friedensvertrag mit den Siegern im Westen darstellen mußte, legte der neue Kanzler den Friedensvertrag mit Rußland anders aus, als er ursprünglich gemeint war, nämlich als einen Vertrag ohne Annexionen, während unsere militärischen Spitzen zwar nicht zu Beginn des Krieges, wohl aber in den Jahren 1916/17 Annexionen im Osten und Westen erstrebt hatten. Sogar

Belgien sollte Deutschland angegliedert werden, weil die belgischen Bergwerke für unsere Ruhrindustriellen besonders attraktiv waren.

Allein die Einsicht, daß der Vertrag mit Rußland ein schlechtes Vorbild für den Vertrag mit den Siegern im Westen sei, kam zu spät. Bereits im Waffenstillstandsvertrag zwischen Deutschland und den Westmächten mußte die deutsche Regierung auf den Friedensvertrag von Brest verzichten und im November 1918 annullierte auch das neue Rußland diesen Vertrag. So wie unsere Generäle den Russen die Bedingungen diktiert hatten, diktierten jetzt die siegreichen Generäle der Entente uns Deutschen die Bedingungen. Ja, unsere deutschen Generäle wurden sogar gezwungen, deutsche Truppen auf Seite der Entente zum Sturz der bolschewistischen Regierung einzusetzen.

Als das neue kommunistische Rußland 1919/20 von allen Seiten eingekreist werden sollte, hatten die deutschen Truppen von den Entente-Generälen den Befehl erhalten, von den baltischen Staaten aus gegen Petersburg zu marschieren, und zwar unter dem Kommando des weißrussischen Generals Awalow.

Bekanntlich mißglückte der Versuch des kapitalistischen Blocks, die kommunistische Regierung der Sowjet-Union zu stürzen, bereits 1919. Vorwiegend deshalb, weil sich die französischen Truppen weigerten, gegen ihren ehemaligen russischen Verbündeten zu kämpfen, nur um eine linksstehende Regierung zu stürzen. Da also die militärische Aktion der kapitalistischen Mächte gegen die kommunistische Regierung mißlang, wurde sie Ende 1919 durch eine Blockade ersetzt. Wiederum verlangte die Entente von Deutschland eine Teilnahme an der Blockade. Ich verweise auf die in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 31. 10. 1919 veröffentlichte Note.

Damals stand die deutsche Außenpolitik unter einem zweiseitigen Druck: Von seiten der Entente in der Richtung einer Preisgabe der Neutralität, und von seiten der deutschen Exporteure. Dieser Druck auf die deutsche Regierung wechselte fast von Jahr zu Jahr. 1919 war der innerdeutsche Druck stärker als 1918, wo der außerdeutsche Druck überwog. 1919 kam zum Druck aus Linkskreisen noch ein Druck aus Rechtskreisen dazu. Die deutschen Exporteure wollten unbedingt mit Rußland ins Geschäft kommen, und der Druck dieser Geschäftsleute war so groß, daß die deutsche Regierung die vom Westen geforderte Beteiligung an der Blokkade ablehnte. Anfang 1920 fiel denn auch die Blockade gegen das bolschewistische Rußland ins Wasser. Nicht die Einsicht in die Notwendigkeit einer neutralen deutschen Außenpolitik, sondern das Geschäftsinteresse machte den Weg frei, mit dem kommunistischen Rußland Geschäfte zu machen. Die Initiative hierzu ging von Dr. Rathenau aus, der als Präsident der AEG großen Einfluß genoß, doch im Gegensatz zu den meisten andern Konzernherren auch einen klaren Blick für die Notwendigkeit einer neutralen Haltung hatte. So kam es dank Rathenau im Mai 1921 zum ersten wirklich freien Staatsvertrag mit dem neuen Rußland. Es war noch kein politischer Vertrag, sondern ein Handelsvertrag. Immerhin wurden damit auch diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Leider wurde dieser Schritt zur Versöhnung mit Rußland auf seiten der Entente als ein feindlicher Akt gegenüber der Entente ausgelegt. Die Entente hoffte nämlich immer noch durch eine Isolierung Rußlands die kommunistische Regierung stürzen zu können und war sehr verärgert, daß Rathenau und ich einen neutralen Kurs steuern wollten... (Fortsetzung einige Zeilen unlesbar.)

Ich komme nun auf die Konferenz von Genua und Rapallo zu sprechen, die im Frühjahr 1922 stattfand. Deutschland war an dieser Konferenz durch Rathenau und mich vertreten; Rußland durch Tschitscherin. Man hat uns sowohl in deutschen Rechtskreisen als in Entente-Kreisen vorgeworfen, daß wir in der Absicht nach Genua gereist seien, die deutsche Außenpolitik nicht nur scheinbar, sondern

aus Überzeugung und wirklich neutral zu führen. Für diese neutrale Haltung Deutschlands sprachen damals nicht nur allgemein weltanschauliche Erwägungen, sondern auch besondere Interessen. In Genua erkannten wir nämlich, daß die Entente mit den russischen Delegierten vor allem Verhandlungen über die Anerkennung der alten russischen Schulden durch die neue russische Regierung führte, und wir fürchteten, daß sich der Westen mit dem Osten auf Kosten Deutschlands einigen könnte. Das war das wichtigste Motiv, weshalb wir dann in Rapallo, einem Vorort von Genua, die Ende 1921 unterbrochenen Verhandlungen mit den russischen Delegierten wieder aufnahmen und zu einer Einigung mit den Russen gelangten . . . (Lücke im Steno.)

Art. 116 des Versailler Vertrages bestimmte wörtlich: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen."

In Genua versuchten nun die Delegierten der Westmächte mit Hilfe dieses Artikels Differenzen zwischen Deutschland und Rußland zu erzeugen und uns in eine isolierte Stellung zu drängen. Doch die Russen durchschauten diese Absicht der West-Delegierten und verzichteten auf Reparationen gegenüber uns. Dieser russische Verzicht auf Reparationen bedeutete für die Entente eine gefährliche Durchbrechung des Grundsatzes unserer Reparationspflicht. Der neue Vertrag zwischen Deutschland und Rußland löste daher auf seiten der Entente eine große Verbitterung aus. Die Entente-Delegierten sahen, daß nicht nur der Versuch gescheitert war, die deutsche Außenpolitik an die Politik der Westmächte zu binden, sondern daß auch die Wiedergutmachungspolitik gefährdet war. Diese Verbitterung der Entente ging soweit, daß die französische Presse sogar mit einem Präventivkrieg drohte (Temps 20. 4. 1922).

Das war der Grund, weshalb der Rapallo-Vertrag von der SPD-Führung heftig kritisiert wurde. Aus andern Gründen wurde er auch von den deutschen Rechts-Extremisten stark angegriffen. Die Ermordung Rathenaus ist — wie der Prozeß gegen die aus der extremen Rechten stammenden Attentäter bewiesen hat — zum Teil auf den Abschluß des Rapallo-Vertrages zurückzuführen.

Am Tage nach der Mordnacht habe ich im Reichstag die extreme Rechte als die geistigen Urheber des Mordes beschuldigt. Noch heute bin ich fest überzeugt, daß die extreme Rechte für die Demokratie gefährlicher ist als die extreme Linke, denn ohne die Millionen-Beiträge aus Kreisen der Öl- und Stahl-Finanz wäre Hitler nicht an die Macht gekommen.

Doch zurück in die Zeit vor Hitlers Machtantritt.

Die Politik der Westmächte war in den Jahren 1922/32 völlig beherrscht von der Angst, daß sich Deutschland der SU annähern werde. Es war den Diplomaten der USA nicht entgangen, daß Graf Brockdorff-Rantzau, der nach Abschluß des Rapallo-Vertrages als deutscher Botschafter nach Moskau entstandt wurde, eine solche Politik der Annäherung zur Sowjetunion zu fördern suchte. Zwar war er kein Anhänger der kommunistischen Wirtschaft, aber er versprach sich von einer Annäherung an die Sowjetunion eine Lockerung der harten Bedingungen des Versailler Vertrages.

Im Januar 1923 wurde die Drohung der französischen Presse vom Frühjahr 1922 wenigstens teilweise in die Tat umgesetzt und das Ruhrgebiet durch französische und belgische Soldaten besetzt. Darauf stieg bei uns die revolutionäre Welle noch weiter an, und die Westmächte fürchteten eine noch weitere Annäherung an die Sowjetunion. Wegen dieser Gefahr wurde die Besetzung bald wieder aufgegeben.

Ende 1924 wurde der Dawesplan angenommen, der eine Reparationszahlung von jährlich 2,5 Milliarden Goldmark vorsah, wobei die endgültige Höhe der Schuld noch nicht festgelegt war. Zufolge des Dawesplanes flossen aus den USA Milliarden nach Deutschland. Das hing in erster Linie mit dem Diskontsatz zusammen. Nach der Stabilisierung der deutschen Währung betrug in Deutschland der Diskont 15—20 %; in den USA betrug er jedoch nur 2—2,5 %. Der große Zins-Unterschied war das Hauptmotiv, daß wir damals Kredite erhielten. Aber zu den rein privatwirtschaftlichen Motiven kamen noch politische Motive. Durch die USA-Kredite wurde Deutschland von den USA abhängig. Das gilt besonders für die deutsche Stahlindustrie und für andere stark monopolisierte Unternehmen, denn das Ausland-Kapital bevorzugte Monopol-Betriebe.

Im September 1925 trat Deutschland dem Völkerbund bei. Die Locarno-Politik des Jahres 1925 hatte den Beitritt Deutschlands vorbereitet.

Ungefähr gleichzeitig schlossen wir mit der Sowjetunion einen neuen Handelsvertrag. Darin wurde eine Art Kodex von Grundsätzen für den Handelsverkehr zwischen einem kommunistischen und einem kapitalistischen Land aufgestellt, ein Novum, das sich bis zu Hitlers Machtantritt vortrefflich bewährt hat.

Bald nach Abschluß dieses neuen Handesvertrages, nämlich im Frühjahr 1926, folgte ein neuer politischer Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Er ist in der Diplomatie bekannt unter dem Namen „Berlin-Vertrag".

Der wichtigste Artikel lautet:

„Sollte einer der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht angegriffen werden, so wird der andere Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten."

An diesem Vertrag war ich nicht mehr wie beim Rapallo-Vertrag beteiligt, sondern er war das Werk von Reichskanzler Marx und Außenminister Stresemann. Allein, genau so wie der Rapallo-Vertrag wurde auch der Vertrag von Berlin von den Westmächten ungern gesehen.

Nach meinem Rücktritt als Reichskanzler hatten sie es durch große Kredite verstanden, Deutschland in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu drängen. Der Berlin-Vertrag bedeutete nun aber eine Verstärkung der Neutralitätspolitik von Rapallo, während die Westmächte gehofft hatten, Deutschland durch ihre Kredite nicht nur in eine wirtschaftliche, sondern zugleich in eine politische Abhängigkeit zu drängen.

Wie zweckmäßig eine neutrale Haltung Deutschlands war, zeigte sich denn auch insbesondere im Jahre 1927. Damals machten die konservativen Kreise der Entente erneut den Versuch, die kommunistische Regierung der Sowjetunion zu stürzen, indem Agenten aus dem Westen ein Attentat auf führende Kommunisten in Leningrad durchführten. Und Ende 1927 befürchtete die Regierung der Sowjetunion sogar ein Wiederaufleben der Interventionskriege gegen Rußland.

Stalin vertrat damals die Auffassung, daß Deutschlands neutrale Haltung die Sowjetunion vor einem neuen Krieg bewahrt habe. Dieses Mißtrauen der kommunistischen Regierung gegenüber dem Westen wird immer wieder unterschätzt oder so ausgelegt, als ob Rußland Angriffsabsichten habe. Hätte Rußland aggressive Absichten gegenüber Deutschland, so hätte es die schwächste Zeit Deutschlands, nämlich die Jahre 1932/34, zu einer Aggression ausgenützt. Das hat Rußland nicht getan; Rußland war während der furchtbaren Krise vielmehr das einzige Land, das seine Importe aus Deutschland nicht reduzierte.

1931 lief der Berlin-Vertrag mit Rußland ab. Als ich 1930 nochmals deutscher Minister war, befürwortete ich eine Erneuerung des Berlin-Vertrages in der Erkenntnis, daß eine neutrale Haltung Deutschlands dem Frieden zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten diene. Es kam denn

auch zu einer Prolongation des Vertrages, doch wurde sie leider von deutscher Seite nicht mehr ratifiziert, weil die deutsche Regierung 1930/32 wegen der Wirtschaftskrise und der drohenden Kreditkündigungen aus dem Westen in eine noch größere Abhängigkeit vom Westen geraten war als in den Jahren 1920/29.

Sie sehen also: Es ist für einen deutschen Politiker ungleich schwerer, eine Neutralitäts-Politik durchzusetzen, als für einen Schweizer. Gerade deshalb, weil ich mich sowohl bei den Westmächten als bei den deutschen Rechts- und Nazi-Kreisen unbeliebt gemacht habe, lebe ich heute in der Schweiz und hoffe, hier bleiben zu können, bis Hitler gestürzt ist, was allerdings nur durch die deutsche Wehrmacht-Spitze möglich ist. Wir Emigranten in der Schweiz können nichts anderes unternehmen, als immer wieder vor Hitler und seiner forcierten Aufrüstung zu warnen.

Damit habe ich den gewünschten Bericht über die deutsche Neutralitäts-Politik der Jahre 1922/32 abgeschlossen, und ich erwarte nun noch Ihre Fragen. Doch bitte ich bei allfälligen Veröffentlichungen meinen Namen nicht zu nennen.

Fragen-Beantwortung

Nationalrat Dr. Meyer, Luzern

Ich weiß nicht, ob der Herr Referent davon Kenntnis hat, daß wir demnächst in Bern über ein Staatsschutzgesetz abzustimmen haben. Im Hinblick auf diese Abstimmung möchte ich noch einige Informationen haben. Anlaß zu diesem Staatsschutzgesetz gab die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß durch Agenten der deutschen Gestapo, sowie das im Sommer dieses Jahres zwischen Deutschland und Österreich getroffene Abkommen. Dieser Staatsvertrag soll Österreich durch Hitler aufgezwungen worden sein. Anlaß gab ferner das Attentat auf Gustloff, den Stellvertreter Hitlers in der Schweiz. Vorläufer des kommenden Staatsschutzgesetzes war das Gesetz zur Bekämpfung der Gestapo in der Schweiz.

Wenn nun Herr Altreichskanzler Dr. Wirth irgendwelche Beobachtungen gemacht hat, daß seit Annahme des Gesetzes zur Bekämpfung der deutschen Gestapo in der Schweiz die Spitzeltätigkeit nachgelassen hat, so wäre ich für eine Information dankbar.

Dr. Wirth: Nach meinen Beobachtungen blieb dieses Gesetz bis heute wirkungslos. Ich habe meine Beobachtungen an den anwesenden Herrn Dr. Abegg weitergeleitet. Herr Dr. Abegg stand bis Mitte 1932 an der Spitze der preußischen Polizei. Er ist deutsch-schweizerischer Doppelbürger und sammelt alle Informationen über die deutsche Gestapo in der Schweiz, um seiner zweiten Heimat dienlich zu sein. Auch Dr. Abegg leidet weiterhin unter der deutschen Spitzeltätigkeit in der Schweiz.

Nationalrat Dr. Hoppeler, Zürich

Herr Altreichskanzler Dr. Wirth hat die deutsche und schweizerische Wieder-Aufrüstung berührt und sprach davon, daß sie der Überwindung der Arbeitslosigkeit diene. Gewiß haben wir auch in der Schweiz eine Krise und wir haben sie bis heute nicht überwunden. Aber die Wehrkredite, welche wir im März dieses Jahres erhöht haben, dienten in erster Linie der Abwehr eines eventuellen Angriffs auf die Schweiz, und die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch vermehrte Beschäftigung in der Rüstungsindustrie war nur ein Motiv von sekundärer Bedeutung. Seit dem Attentat auf Dollfuß und seit der vertragswidrigen Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes durch deutsche Truppen fühlen sich nicht nur Österreich und Frankreich bedroht, sondern auch die Schweiz. Ich weiß aus dem Bundeshaus, daß im Frühjahr 1937 ein Mitglied unserer Regierung nach Ber-

lin reisen will, um Hitlers Absichten zu erforschen. Was ist nun Ihre Meinung über Hitlers wirkliche Absichten gegenüber der Schweiz?

Dr. Wirth: Hitler hat bis heute etwa 30 Reden über die Wahrung des Friedens gehalten. Aber sein Buch „Mein Kampf" steht im Widerspruch zu seinen Reden. Ich glaube, daß Hitlers Friedensreden eine Irreführung sind. Er will nicht nur das deutsche Volk, sondern auch das Ausland täuschen. Über die Absichten Hitlers gegenüber der Schweiz bin ich nicht informiert. Ich begreife jedoch die Unruhe des Schweizer Volkes. Ich bin überzeugt, daß mehr als 95 % der Schweizer eine Gleichschaltung mit Deutschland ablehnt, und ich begrüße es, daß dies die Schweizer Presse klar zum Ausdruck bringt. Leider ist das deutsche Volk hierüber nicht orientiert, denn die Schweizer Presse ist seit einiger Zeit in Deutschland verboten.

Altnationalrat Dr. R. Gelpke, W'burg/Basel

Die Neue Helvetische Gesellschaft wird sich im Frühjahr 1937 mit Fragen für den Kriegsfall befassen. Zur Diskussion wird voraussichtlich auch die Frage stehen, ob unsere Neutralität einen genügenden Schutz darstellt. Unsere Militärs verlangen eine weitere Verstärkung unserer Landesverteidigung, was ja die militärischen Spitzen stets und überall zu tun pflegen. Es würde mich nun interessieren zu erfahren, ob auch Herr Altreichskanzler Dr. Wirth eine Stärkung unserer Landes-Verteidigung als notwendig erachtet.

Dr. Wirth: Ich habe in Deutschland stets den Standpunkt vertreten, daß eine isolierte Neutralität keinen Schutz darstellt, auch nicht eine bewaffnete. Das zeigt besonders deutlich das Beispiel Belgiens. 1914 hatte die deutsche Regierung die schwersten Bedenken, die Neutralität Belgiens zu verletzen. Sie stand aber unter dem Druck der hohen Militärs, denn der Schlieffen-Plan wäre ohne Verletzung der Neutralität Belgiens nicht durchführbar gewesen. Deutschland steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß Rußland angegriffen habe und Deutschland in Notwehr gehandelt habe.

Anhänger einer neutralen Haltung Deutschlands wurde ich erst durch die Erfahrungen seit 1918. Bei den Interventionskriegen gegen die Sowjetunion war die Triebfeder auf seiten der Westmächte der Sturz der kommunistischen Regierung. Nur Japan hatte damals zugleich die Absicht, auf Kosten der Russen Annexionen zu machen.

Auch nach dem unfreiwilligen Abbruch der Interventionskriege bestand die Tendenz, die kommunistische Regierung zu stürzen, weiter; jedenfalls bis Ende 1927. Heute hat man in der ganzen Welt andere Sorgen. Aber die politische Situation der Jahre 1918/27 kann in einer Variante erneut eintreten. Darum halte ich dafür, daß zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten eine neutrale Zone eingeschaltet werden sollte. Belgien, Holland, Schweden, die Tschechoslowakei, Österreich und die Schweiz gelten bereits als neutral. Wenn nun noch Deutschland dazu käme, so könnte man von einem neutralen Block sprechen, mächtig genug, um sowohl den Westen als den Osten vor einem Angriff abzuschrecken.

Nur im Rahmen eines mächtigen neutralen Blocks bietet m. E. Neutralität einen Schutz. Leider sind heute meine Erwägungen von 1927/30 eine Illusion.

Für richtiges Protokoll
gez. A. Gelpke

Dr. Seiei Shinohara, Tokio

Der neue japanische Ministerpräsident und seine „Curryreis-Politik"

Als nach dem Sturz der Kishi-Regierung die neue Regierung gebildet wurde, wurde der neugewählte Präsident der Liberal-Demokratischen Partei Japans und neuernannte japanische Ministerpräsident Ikeda in einem Presseinterview gefragt, wie er die gegen die antidemokratische Politik seines Vorgängers bei der Ratifizierung des neuen japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes entbrannte starke Opposition des Volkes versöhnen wolle. Er antwortete, daß er die Methode seines Vorgängers für nicht angebracht hielte und daß er vielmehr bestrebt sein würde, selbst die schwierigsten politischen Fragen auf dem Wege der Verhandlung zu lösen, indem er auch mit den verantwortlichen Leuten der Oppositionsparteien „am gemeinsamen Tisch mit Curryreis" in freundschaftlicher Atmosphäre die strittigen Fragen bespräche. Curryreis gehört bei uns in Japan zu den sehr preiswerten und beliebten, deshalb sozusagen „volkstümlichen" Speisen, und Ikeda will mit seinem Geständnis zugleich gesagt wissen, daß er, ganz anders als sein im ganzen Volk verhaßter Vorgänger Kishi, der Prachtspeisen in erstklassigen Luxusrestaurants mit schönen Geishas liebte, in seinem Denken und Handeln als Ministerpräsident immer mit dem Volk und unter dem Volk sein wolle.

So hat Ikeda in einem anderen Presseinterview auch erklärt, daß er, wieder ganz anders als sein sozusagen aristokratischer Vorgänger, auf das Golfspielen verzichten und statt dessen lieber zum Angeln gehen möchte. Eine Reihe solcher politischer Gesten des neuen Ministerpräsidenten in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehfunk hat allerdings ein sehr unterschiedliches Echo in den verschiedensten Bevölkerungsschichten Japans hervorgerufen. Einige glauben darin mindestens etwas „Ehrliches" und daher einigermaßen Positives sehen zu können und erwarten dementsprechend eine erfreuliche Wendung in der Politik der Liberal-Demokratischen Partei zugunsten der von dieser bisher vernachlässigten Volksschichten. Andere stehen aber all diesen schönklingenden Reden des schlauen Nachfolgers des Gestürzten sehr mißtrauisch gegenüber und glauben, daß solches Gerede nur eine auf die kommenden Parlamentswahlen bedachte Heuchelei sei. Jedenfalls sprechen alle beiden Parteien übereinstimmend von einer „demütigen Haltung" des neuen Ministerpräsidenten und seiner Regierung. Ikeda selbst sagte in diesen Tagen, diese seine Haltung sei echt und er werde sie Zeit seines Lebens bewahren.

Jedenfalls, wer jetzt über diese „Demut" Ikedas mehr oder weniger verwundert ist, weiß, daß sie ihm keineswegs etwa von Natur aus eigen ist, sondern daß dieser jetzt so höfliche Mann noch bis vor ein paar Jahren wegen seines übermäßigen Hochmutes zu den unbeliebtesten politischen Figuren Japans gezählt wurde. Am 1. März 1950 sagte Ikeda als Finanzminister im Kabinett Yoshida in einem Presseinterview, es sollte im Interesse einer großen Wendung in der Wirtschaftspolitik Japans ruhig hingenommen werden, wenn infolge dieser „Stabilisierungspolitik" ein paar Dutzend kleine und kleinste Unternehmer ruiniert und die Inhaber Selbstmord begehen würden. Der bekannte amerikanische Bankier und Finanzpolitiker Joseph Morrell Dodge war in der Zeit 1949 bis 1951 als höchster Finanzberater in das Hauptquartier General MacArthurs in Japan kommandiert; Ikeda hat als einer seiner treuesten Gefolgsleute an der rücksichtslosen Durchpeitschung der Finanzpolitik der Amerikaner in Japan mit-

gearbeitet, die unter verstärkter Ausbeutung der arbeitenden Klasse die rasche Erholung und den rapiden Wiederaufbau des japanischen Monopolkapitals bezweckte. Nach der planmäßigen Durchführung des „Stabilisierungshaushaltes" Japans nach dem von Dodge verschriebenen Rezept machte Ikeda das offene Geständnis, daß er sich „über die anerkennenden Worte Mr. Dodges sehr gefreut" habe.

Im Dezember des Jahres 1950 antwortete Ikeda im Oberhaus auf eine Anfrage von Herrn Kihachiro Kimura, Abgeordneten der damaligen Arbeiter- und Bauern-Partei, er wolle bestrebt sein, seine Wirtschaftspolitik weiter so zu gestalten, daß die armen Leute mit Weizen-Mahlzeiten zufrieden sein sollten, während der Reis nur für die Mahlzeiten der reichen Leute bestimmt wäre. Zwei Jahre später, also am 27. November 1952, bestätigte Ikeda als Handels- und Industrieminister im Unterhaus auf eine Anfrage des Abgeordneten der Sozialistischen Partei, Herrn Kanju Kato, seine grausame Feststellung vom 1. März 1950 erneut und begründete noch mit hochmütigen Worten die „Richtigkeit" seiner damaligen Feststellung. Empört stellten die Oppositionsparteien einen gemeinsam ausgearbeiteten Mißtrauensantrag gegen Ikeda, dem sich auch die Anhänger der Hatoyama-Schule in der Partei Yoshidas anschlossen. Das Ergebnis war für den übermütigen Mann selbst und auch für den größeren Teil des Volkes — denn seine politische Position im Kabinett Yoshidas schien unantastbar — überraschend: Der Antrag wurde mit 208 gegen 201 Stimmen angenommen, und Ikeda mußte von seinem Amt als Handels- und Industrieminister zurücktreten. Trotz dieses für das Leben eines jeden ehrlich denkenden Politikers sehr folgenschweren Erlebnisses schien der hochmütige Mann in seiner politischen „Überzeugung" doch unerschütterlich geblieben zu sein. Denn kurz nach diesem Ereignis sagte er, daß er „nur Selbstverständliches ausgesprochen" habe und daß er deshalb nicht verstünde, warum die Öffentlichkeit darüber so aufgeregt gewesen sei. Herr Tokutaro Kitamura, ein in vielen innen- und außenpolitischen Fragen ziemlich fortschrittlich denkender, sehr ehrlicher Politiker in der Liberal-Demokratischen Partei, sagte damals von seinem hochmütigen Parteikollegen: „Ikeda fehlen das menschenwürdige Gefühl und die Liebe, alles Leid mit dem Volk zu teilen." Und fast alle anderen, die ihn mehr oder weniger gut kennen, sagen ebenfalls einstimmig aus, daß Ikeda sozusagen ein von Natur aus hochmütiger Mann sei. Ist es aber möglich, daß sich der angeborene Charakter eines solchen Menschen plötzlich geändert hat?

Um von der „Curryreis-Politik" des neuen Premierministers Ikeda ein noch klareres Bild zu geben, muß ich noch von einigen anderen Geschichten berichten, damit der Leser begreift, welch eine politisch verdächtige Rolle Ikeda in der Vergangenheit gespielt hat und auch in der Zukunft spielen wird.

Nachdem 1951 die USA das befürchtete MSA (Mutual Security Act)-System eingeführt hatte, um auf Grund einer militärisch-wirtschaftlichen Unterstützung die mit Amerika befreundeten Länder an die Politik der Stärke zu binden und zu aggressiven Militärbasen gegen den Ostblock zu machen, entschlossen sich die Herren des japanischen Monopolkapitals und die damalige Regierung Yoshidas, auch Japan in dieses gefährliche System einzufügen. So ging Ikeda im Oktober 1952 als Präsident des Arbeitsausschusses für Parteipolitik und zugleich in der Eigenschaft eines Sonderbeauftragten des japanischen Finanzkapitals und der Yoshida-Regierung nach den USA, um in Washington mit dem stellvertretenden Staatssekretär Robertson über die Bedingungen der MSA-Hilfe zu verhandeln. Dabei soll Ikeda, nach Meldungen der Asahi und anderer Zeitungen, gegen eine USA-Hilfe von 50 Millionen Dollars (die allerdings durch die Lieferung von überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Amerikas bezahlt werden soll-

ten) u. a. versprochen haben, innerhalb von drei Jahren den Bestand des japanischen Heeres bis auf 180 000 Mann zu erhöhen, eine Umerziehung der japanischen Jugend nach dem „Geist des Patriotismus und der Landesverteidigung" durchzuführen, alle Masseninformationsmittel unter staatliche Lenkung zu stellen, eine Abänderung der neuen japanischen Verfassung zugunsten uneingeschränkter Wiederaufrüstung Japans zu unternehmen. Von allen hier genannten einzelnen Programmpunkten verdient vielleicht die Umerziehung der japanischen Jugend zu einem neuen Militarismus ganz besonders und dringend hervorgehoben und unterstrichen zu werden, weil einer der nächsten großangelegten innerpolitischen Schritte, die der neue Ministerpräsident Ikeda zu wagen beabsichtigt, ohne Zweifel eine „epochale", d. h. höchst reaktionäre Umerziehung der Jugend sein wird, wie er selber zugegeben hat.

Daher ist es zwar sehr auffallend, aber durchaus nicht unverständlich und auch kein reiner Zufall, wenn trotz der „demütigen Haltung" des Ministerpräsidenten selbst und auch aller anderen Minister der Erziehungsminister A r a k i als der alleinige „Ausnahmefall" seine von Anfang an „sehr hochmütige Haltung" mit aller Konsequenz durchsetzt und diese seine Haltung sogar von seiner Partei und dem Premierminister selber bewilligt wird: eine schon von der Zeit altrömischer Feldherren her bewährte Strategie, daß man alle seine Kraft auf die eine Stellung konzentrieren soll, die man zuerst stürmen will! Oder: „Willst du den Bock schrecken, dann schlachte das Zicklein!" Wiederholt hat sich der hochmütige Erziehungsminister Araki sehr provokatorisch gegen die Grundgedanken der neuen Erziehung der japanischen Jugend, die sich auf Humanismus und Demokratie stützen, und gegen die japanische Lehrerorganisation N i k k y o s o , die neben Tanro (Gewerkschaft der Kohlenbergbauarbeiter) größte und stärkste Mitgliederorganisation im S o h y o (Generalrat der Japanischen Gewerkschaften) ist, ausgesprochen. Und was der Erziehungsminister dabei behauptet, stimmt sinngemäß etwa mit dem überein, was Ikeda vor sieben Jahren in Washington dem Assistentstaatssekretär Robertson versprochen hatte. Man sollte also damit rechnen, daß sich der erste große Angriff der Regierung Ikeda nach den kommenden Parlamentswahlen gegen Humanismus und Demokratie in der neuen Erziehung von Japans Jugend richten wird.

Viele Japaner wissen, wie sich der „sich erniedrigende Mann" innerhalb der Kishi-Regierung — Ikeda war hier wieder Handels- und Industrieminister —, ja, wie er sich ganz besonders in der Zeit jenes großen Sturmes um die Ratifizierung des neuen japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes verhalten hat. Nachdem infolge jenes Zwischenfalls um Eisenhowers Pressechef H a g e r t y in Haneda-Airport Bedenken gegen den bevorstehenden Besuch des USA-Präsidenten in Japan selbst in Regierungskreisen und unter den Vertretern des Finanzkapitals laut wurden, gab es um Kishi immer noch einige Männer, die hartnäckig und entschlossen darauf bestanden, unter verstärktem Polizeiaufgebot das Programm für Eisenhowers Besuch wie vorgesehen abrollen zu lassen. Und diesen wenigen Hartnäckigen hat auch Ikeda sich angeschlossen. Ikeda soll dabei bei stillschweigender Unterstützung seines großen „Bosses" Yoshida sogar auf bewaffnetem Einsatz der sogenannten japanischen Verteidigungstruppen bestanden haben. Es wäre gut, wenn wir uns bei der genauen Betrachtung der „demütigen Haltung" des neuen „Curryreis-Ministerpräsidenten" Japans noch dieser seiner Grundhaltung vor wenigen Monaten erinnern würden; wir werden es für höchst verdächtig halten müssen, wenn ein Mann, der noch bis Juni so übermütig aufgetreten war, seit Juli plötzlich ein „unheimlich höflicher" Mensch geworden ist.

Die hier geschilderten Beispiele werden vorläufig genügen, um dem Leser zu zeigen, daß man wenigstens Grund hat, ernstlich zu fürchten, daß der wirkliche

Charakter der neuen Regierung Ikedas nicht weniger gefährlich ist als der der Kishi-Regierung. Vielleicht ist sich niemand anders als eben der „sich erniedrigende" Ministerpräsident selber des wahren Sinnes seiner geheimnisvollen Gestik bewußt: daß nämlich die Politik der neuen Regierung kein anderes Ziel verfolgt als das für die Zukunft des japanischen Volkes und der Völker Asiens so gefährliche Ziel, das sein „voreiliger und etwas ungeschickter" Vorgänger nicht ganz hat erreichen können. Denn überall, wo der neue Premierminister durch Presse, Rundfunk und Fernsehfunk zum Volk spricht, ist er aufs peinlichste bemüht, diesem zu erkennen zu geben, wie vollkommen anders seine Politik sein werde als die seines Vorgängers. „Mit dem Volk leben", „stets mit dem Volk gehen", „meine demütige Haltung ist meine eigentliche Haltung", „aus der Politik der Stärke meines Vorgängers ernstlich lernen", „ich nenne die Oppositionsparteien befreundete Parteien", „Haß und Kampf können nur zerstörend sein", usw., usw. sind Worte, deren sich Ikeda überall gerne bedient, um „jede Spur von der unseligen Kishi-Farbe von sich abzuwaschen". Aber es ist freilich viel leichter, schönklingendes Gerede zu machen, während es unvergleichbar schwerer sein muß, nicht bloß schöne Worte zu reden, sondern das Ausgesprochene in die Tat umzusetzen. Auch sein Vorgänger Kishi hat bei seinem ersten Amtsantritt von vielen schönen Dingen geredet. Vor allem sagte und versprach er, daß er erfolgreich bemüht sein würde, die „drei großen Übel Japans, Armut, Korruption und Gewalttätigkeit" aus dem Leben der Japaner zu vertreiben. Aber heute weiß selbst ein Kind in Japan, daß durch die Politik Kishis diese Übel nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegenteil sogar viel größer und schlimmer geworden sind.

Selbst die Zeitung „Asahi", die über Ikeda und seine Politik nicht unfreundlich denkt, schreibt, daß mindestens im Bereich der außenpolitischen Fragen der neue Ministerpräsident die Grundlinien, die von seinem Vorgänger Kishi schon im klaren Umriß aufgezeichnet worden sind, treu verfolgen wird, und daß also die „neue" Außenpolitik Japans sich im wesentlichen nach wie vor streng innerhalb des Aktionsradius der durch den neu ratifizierten japanisch-amerikanischen Sicherheitspakt vorgeschriebenen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA bewegen wird. Wenn man aber bedenkt, daß jene fürchterliche Sackgasse, in die die ganze Innen- und Außenpolitik der Kishi-Regierung hineingeraten war, letzten Endes doch durch dieses verhängnisvolle Militärbündnis herbeigeführt wurde, so wird man daraus mit Recht folgern müssen, daß man auch von der neuen Politik Ikedas ebensowenig etwas Positives für die Zukunft des Volkes erwarten kann. Wenn die neue Außenpolitik der Regierung Ikedas überhaupt in der Lage sein sollte, etwas wirklich Neues und Positives, was die Politik Kishis nicht leisten konnte, zu versprechen, so kann es in nichts anderem bestehen als in einer gründlichen Revision der bisherigen unheilvollen Außenpolitik gegenüber der Volksrepublik China. Aber darüber hören wir von Ikeda leider nichts Neues und Konstruktives, und was wir in seinen so schönklingenden Reden finden, ist eine abgeschmackte Wiederholung dessen, was von den führenden Leuten im Weißen Haus und von Kishis Außenminister tausendmal gesagt worden ist. Man hat der Kishi-Regierung mit Recht vorgeworfen, daß sie Japan zur unseligen „Waise in Asien" gemacht habe, indem sie für die gegen die wahren Interessen der Völker Asiens gerichtete Politik der USA arbeitete, statt für Glück und Frieden Asiens einzutreten; so wird man der neuen Regierung Ikedas auch mit Recht vorwerfen müssen, daß sie mit dieser „Verwaisungs-Politik" nicht nur nicht abrechnen, sondern sogar diese Politik noch konsequenter fortführen wolle.

Was nun für die Außenpolitik Ikedas entscheidend ist, das kann auch über seine innerpolitischen Grundgedanken entscheidend sein. Gleich nach seinem

Amtsantritt hat der neue Premierminister vor aller Öffentlichkeit feierlich proklamiert, daß in der Politik seiner neuen Regierung das größte Gewicht auf die „Vervollkommnung der Sozialfürsorge" gelegt sein würde. Aber schon in dem neuen Programm für die Politik seiner Partei, das wenige Tage später offiziell veröffentlicht wurde, war nicht mehr die Rede von dieser Vervollkommnung der Sozialfürsorge; statt dessen sollte das größte Gewicht auf die aufs höchste voranzutreibende Intensivierung der Wirtschaft gelegt sein, wobei vor allen Dingen große und größte Unternehmer bevorzugt unterstützt werden sollten. Nach der Schilderung des bekannten japanischen Nationalökonomen Prof. Hyoe O h u c h i, die er in der Wochenschrift „Asahi Journal" (vom 18. September 1960) veröffentlichte, sind von insgesamt 500 Milliarden Yen (1 Yen = etwa 0,86 DM), die als Postspargelder, Altersversicherungsgelder usw., also vorwiegend aus der Tasche der nicht vermögenden Bevölkerungsschichten angesammelt sind, im Haushaltjahr 1959 nur noch 8,5 Milliarden Yen zum Zweck der Sozialfürsorge ausgegeben worden, während die restlichen 491,5 Milliarden Yen ausschließlich großen und größten Unternehmern der Wirtschaft und Finanz zur Verfügung gestellt wurden. Das charakterisiert die Politik einer Regierung, an deren Spitze Kishi stand und die mit schweren Opfern des Volkes die Wiederaufrüstung Japans fieberhaft vorantrieb und das aggressive Militärbündnis mit den USA verstärkte, so in erster Linie und vor allen Dingen den Herren des Monopolkapitals dienend. Und diese Grundlinie wird, so stellt Prof. Ohuchi fest, auch die neue Regierung Ikedas noch verstärkt fortsetzen. Welch große Erwartungen die Herren des Monopolkapitals auf die neue Regierung Ikedas setzen, zeigt schon die eine Tatsache, daß einer Meldung der Asahi nach die Vertreter der „Gemeinschaft der Großunternehmer und Finanzleute zum Wiederaufbau der Wirtschaft" inoffiziell beschlossen haben, der Liberal-Demokratischen Partei unter der Führung des neuen Parteipräsidenten Ikeda einen Geldbetrag von 800 Millionen Yen für die kommenden Parlamentswahlen zur Verfügung zu stellen. Die „Gemeinschaft" hat vor den letzten Parlamentswahlen dem Parteipräsidenten und Premierminister Kishi einen Betrag von 560 Millionen Yen für seine Partei zukommen lassen. Als wichtigste Gründe für die Erhöhung der gespendeten Geldsumme von 560 auf 800 Millionen Yen seien, so meint Asahi, die Tatsachen zu nennen, 1.) daß es für diese Herren keinen anderen Weg gibt, als in den kommenden Wahlen der Liberal-Demokratischen Partei zu überwältigendem Sieg zu verhelfen, wenn sie das „durch die Demonstrationen gegen den neuen Sicherheitspakt zwischen Japan und den USA schwer verletzte internationale Vertrauen Japans wiederherstellen" wollen; und 2.) daß die „japanische Wirtschaftskraft sich in bestem Zustand befindet, so daß sie (die Herren) die sehr intensive Wirtschaftspolitik Ikedas herzlich begrüßen". Aber nicht bloß die Herren des japanischen Großkapitals sind es, die den Amtsantritt des neuen Ministerpräsidenten Ikeda herzlich begrüßten. Bevor die japanischen Monopolkapitalisten sich für den neuen Premierminister begeisterten, erreichte uns von der anderen Küste des Pazifik die Nachricht, daß die Herren in Wallstreet und in Washington „mit dem neuen Ministerpräsidenten Ikeda sehr zufrieden" seien.

Die erste Grundlage zur engen militärischen und wirtschaftlichen Mitarbeit Japans mit den USA im Geiste des Antikommunismus und der Politik der Stärke hat bekanntlich der damalige Ministerpräsident Yoshida gelegt, der als der Bevollmächtigte seiner Regierung vor 8 Jahren in San Franzisko den Friedensvertrag und den mit diesem automatisch gekoppelten Sicherheitspakt zwischen Japan und den USA unterzeichnet hatte. In diesem Zusammenhang meinen einige Journalisten etwa folgendes: Wie viele andere Kollegen seiner Partei, wußte auch Yoshida, daß in absehbarer Zukunft eine Revision des Sicherheitspaktes zum Zweck

eines verstärkten Militärbündnisses zwischen Japan und den USA notwendig sei, aber er wußte auch, daß dieses Geschäft nicht leicht sein würde, weil das auf einen großen Widerstand seitens des ganzen Volkes stoßen würde. Daher wollte Yoshida nicht, daß einer seiner „besten Schüler", etwa Ikeda, dieses „undankbare Geschäft" wagte. Nur ein solcher Mann, dessen Hände sowieso „unsauber" geworden sind, sei geeignet, es zu wagen. So habe Yoshida an Kishi gedacht, weil Kishi im Kriegskabinett Tojos gesessen hatte und nach dem Urteil des Tokioer Gerichts der Alliierten Mächte als Kriegsverbrecher Klasse A ins Gefängnis von Sugamo geworfen worden war. Auch die Herren des Monopolkapitals, deren untertänigster Treuhänder Yoshida ist, hätten diesen Standpunkt Yoshidas unterstützt und diesem mit Rat und Tat zur Seite gestanden, um das ganze Theaterspiel nach diesem Programm zu inszenieren, wobei Ikeda und andere beste Schüler Yoshidas aktiv mitgeholfen hätten.

Ich weiß nicht, ob das alles stimmt. Aber wenn man die Ereignisse betrachtet, scheint es, als ob die ganze Geschichte sich ungefähr nach diesem Rezept Yoshidas abgespielt habe. Jedenfalls ist das „undankbare Geschäft auf Kosten eines schmutzigen Mannes namens Kishi vollbracht" worden, und sein Name wird als Ausdruck für Dreck und Schande in der Geschichte von Japans Politik nach 1945 für immer vermerkt bleiben, während der beste Schüler Yoshidas, der Ikeda heißt und der das große Trickspiel aktiv mitinszeniert haben soll, das beste Erbe Kishis mühelos übernommen hat und jetzt als „sauberer Ministerpräsident" triumphierend auftritt.

Als bester Schüler Yoshidas war und ist Ikeda ausgesprochener Antikommunist und Anhänger der Politik der Stärke, obwohl er, anders als sein Boß Yoshida, aus schlauer Berechnung bewußt und bemüht die Geste macht, als ob er guter Freund auch der Sowjetunion und der Volksrepublik China wäre, gegen die sich Yoshida — und auch Kishi — so aggressiv aussprachen. Als vor 4 Jahren auf die leidenschaftliche Initiative des damaligen Ministerpräsidenten H a t o y a m a die diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion wiederhergestellt werden sollten, arbeitete Ikeda hartnäckig gegen diese vom nationalen Interesse Japans bestimmten Bemühungen Hatoyamas, um sie noch im letzten Augenblick zum Scheitern zu bringen. Ferner hat Ikeda, als Kishi als Ministerpräsident seine aggressiv feindselige Haltung gegen Volkschina immer offener zeigte, diese Haltung seines Regierungschefs mittelbar und unmittelbar unterstützt. Die große nationale Opposition des japanischen Volkes gegen den neuen Militärbündnispakt zwischen Japan und den USA war in den Augen dieses schlau getarnten Antikommunisten nichts als eine „vom internationalen Kommunismus vorbereitete Zersetzungsarbeit gegen die Sicherheit Japans". Daher behauptete er, wie schon erwähnt, daß zur Unterwerfung der Demonstranten bewaffnete Truppen der „Verteidigungsarmee" eingesetzt werden sollten.

Nach einer Meldung der Asahi sprach der neue Premierminister Ikeda am 15. September dieses Jahres in Nagoya auf einer von seiner Partei veranstalteten öffentlichen Versammlung u. a.: „... Ich habe augenblicklich nicht die Absicht einer Abänderung der gegenwärtigen Verfassung. Selbst wenn unsere Partei nach den kommenden Parlamentswahlen über die Zwei-Drittel-Mehrheit verfügen sollte, würde ich mich noch nicht für eine Abänderung der Verfassung entscheiden, solange es im Volk zwei kraß entgegengesetzte Lager in dieser Frage gibt. Wir sollten erst dann eine Abänderung der Verfassung in Angriff nehmen, wenn in der großen Mehrheit des Volkes der Wunsch nach einer Revision herangereift ist ..." Dann kam er auf die Frage der Umerziehung der Jugend zu sprechen und sagte u. a. folgendes: „... Als ich heute auf dem Bahnhofsplatz Nagoyas ankam, machten Studenten der Zengakuren mit hochgehobenen Plakaten Lärm. Sie sehen,

daß die Gesellschaftsordnung noch nicht wiederhergestellt ist, während sich der wirtschaftliche Zustand verbessert hat. Um diese Jugend zu einer solchen Generation heranbilden zu können, die bereit ist, auch mit Andersdenkenden zusammenzuarbeiten, ist die gegenwärtige Erziehungsweise nicht trefflich, weil sie durch das Freund-oder-Feind-Denken bestimmt ist. Es ist notwendig, daß in die Seele der Jugend moralische Ideen eingepflanzt werden. Nicht bloß in wissenschaftlichen und technischen Dingen, sondern auch im moralischen Geist muß die Jugend erzogen werden. Ich habe darum die Absicht, eine epochale Erziehungspolitik einzuführen ..." (gesperrt durch Shinohara).

Was seine Ausführungen über die Revision der Verfassung betrifft, können wir schon jetzt sagen, daß einer derartigen Versicherung überhaupt nicht zu vertrauen ist. Bekanntlich hatte auch sein Vorgänger Kishi beim Amtsantritt Ähnliches gesagt. Aber daß das alles leeres Gerede gewesen war, bewies der Sprecher selbst durch seine späteren Reden und Handlungen. Und in dieser Hinsicht werden wir auch von dem neuen Premierminister Ikeda nichts anderes erwarten können, zumal selbst im Kreis seiner Parteikollegen Ikeda als „charakterloser Mann" bekannt ist. Vielmehr sollen wir es nicht vergessen, daß gerade dieser Ikeda in seiner Partei zum Kreis jener Männer gehört, die für eine radikale Abänderung der gegenwärtigen Verfassung Japans gemäß dem Geist der alten, auf Kaiserkultus und Militarismus gestützten Verfassung aus der Meiji-Dynastie eintreten.

Was nun seine zweite Äußerung anbelangt, so werden wir seine Worte sehr ernst nehmen müssen, wenn er nämlich meinte, daß „es notwendig ist, daß in die Seele der Jugend moralische Ideen eingepflanzt werden", und daß „nicht bloß in wissenschaftlichen und technischen Dingen, sondern auch im moralischen Geist die Jugend erzogen werden muß", so daß er „die Absicht habe, eine epochale Erziehungspolitik einzuführen". Wir haben schon gesehen, daß Ikeda in jenem Gespräch mit dem USA-Assistentstaatssekretär Robertson gegen eine Reihe militärischer und wirtschaftlicher Hilfeleistungen der USA u. a. auch die Umerziehung der japanischen Jugend nach dem „Geist des Patriotismus und der Landesverteidigung" eingehandelt hat. Erinnern wir uns jetzt dieser Tatsache, so werden wir uns über den wahren Sinn, den jene letztere Äußerung Ikedas in Nagoya hat, vollkommen im klaren sein. So wird es auch jedem Leser nicht schwer fallen, zu raten, wie eine „epochale Erziehungspolitik" nach Ikedas Rezept aussehen wird.

Es wäre nicht überflüssig, sich hier mit der Grundauffassung von Ikedas Erziehungsminister Araki über die Umerziehung der japanischen Jugend etwas eingehender auseinanderzusetzen. Nach einem Bericht in „Asahi Journal" (vom 25. September 1960) glaubt Araki die „schönste Tugend des japanischen Volkes in dem ununterbrochenen Fortbestehen der kaiserlichen Familie erblicken" zu können, was nach seiner Ansicht nichts anderes bedeutet, als daß das „Volk stets Gemeinnutz vor Eigennutz stellte und im selbstaufopfernden Einsatz für das Gemeine starb, um die Kaiserfamilie fortleben zu lassen". So meint Araki weiter, daß die Niederlage Japans 1945 „ein Fehler gewesen sei, den das sonst auf sich selbst stolze japanische Volk begangen habe". Der Bericht stellt fest, daß der Gedanke des Erziehungsministers, nach dem Japans Niederlage 1945 „ein Fehler" gewesen sei, sehr bedeutungsschwer ist und daß dieser Gedanke zur absoluten Mißachtung des im Erziehungsgrundsatz Japans seit 1945 dargelegten Geistes führt, der die frühere Tendenz der japanischen Erziehung zum Militarismus und Supernationalismus als Grundübel verurteilt. Vorhin habe ich schon gesagt, daß diese Anschauung des neuen Erziehungsministers auch von Ikeda vollkommen geteilt und unterstützt wird. In der Tat wird Araki zu den besten Vertrauensmännern Ikedas gezählt.

Wenn wir die Geschichte Japans in den letzten drei Jahrzehnten durchblättern, so stellen wir fest, welche verhängnisvolle Rolle das Kaisertum Japans für die aggressive Kriegspolitik und den fanatischen Antikommunismus gespielt hat. Kein Wunder, wenn die Amerikaner, die an sich überhaupt keine Sympathie für solche weltgeschichtlich gesehen beinahe abgestorbenen Dinge wie Kaiser und Könige haben, ja sogar gegenüber solchen Dingen verächtlich eingestellt sind, mit der Verstärkung ihres Antikommunismus und ihrer Politik des kalten Krieges ausschließlich aus politischer Berechnung die Geste machen, als ob sie der größte Beschützer und Freund der Kaiserfamilie Japans seien. So kommt es auch sehr häufig vor, daß der USA-Botschafter in Japan, MacArthur, in seinen Reden sehr lobend von der Kaiserfamilie und von dem „bewundernswerten Patriotismus" der Japaner spricht. Wenn man alle diese Dinge in ihrem inneren Zusammenhang betrachtet, so wird es einem nicht allzu schwer sein, zu verstehen, weshalb trotz der Kishi-Regierung und des dadurch entstandenen schweren Prestigeverlustes der USA die Amerikaner doch mit größter Höflichkeit den Kronprinzen und seine Frau nach den USA eingeladen haben. Wie noch erinnerlich, war der USA-Besuch dieses jungen kaiserlichen Ehepaares eigentlich als Gegenbesuch für Eisenhowers Besuch in Japan geplant und vorbereitet. Wenn wir hierzu noch ergänzend bemerken, daß an der Inszenierung der USA-Reise des Kronprinzen und seiner Frau, dieses großartigen Schauspiels im Zuge der Verstärkung der militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Regierungen Japans und der USA, neben dem damaligen Ministerpräsidenten Kishi, dem amerikanischen Botschafter MacArthur, sowie einer ganzen Reihe führender Männer der Finanz und Wirtschaft auch der neue Premierminister Ikeda sehr aktiv beteiligt war, wissen wir schon, wo der neue Hase hinlaufen wird.

E. S. Sachs

Die Konferenz von Scarborough oder: Der Aufstand gegen den nuklearen Wahnsinn

Die 59. Jahreskonferenz der britischen Labour Party, die vom 3. bis 7. Oktober in Scarborough abgehalten wurde, kennzeichnet einen Wendepunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung, ja, sie könnte eine bedeutsame Rolle in der Weltgeschichte spielen. Die Konferenz trat in einer äußerst gespannten Atmosphäre zusammen, in der Probleme der Verteidigung und der Außenpolitik die Verhandlungen beherrschten. Nur ein Tag wurde diesen lebenswichtigen Fragen gewidmet, und all die Beratungen an den restlichen vier Tagen schienen beinahe unwirklich und unwesentlich. Nicht nur die gesamte Arbeiterbewegung war in diesen Fragen geteilter Ansicht, sie enthielten auch eine Herausforderung an die Führung durch Gaitskell. Die Spannung wurde durch die Gewißheit gesteigert, daß Mr. Gaitskell geschlagen werden würde, und es ging jetzt nur noch darum, mit wieviel Stimmen das geschehen würde. Durch das Vorgehen der Metallarbeiter (Amalgamated Engineering Union —AEU) während des zu Beginn des Monats Septemer abgehaltenen Gewerkschaftskongresses war viel Verwirrung gestiftet worden. Ihrem Präsidenten, Mr. W. J. Carron, war es gelungen,

ein „doppeltes Gesicht "zu präsentieren. Er überredete seine Delegation, sowohl für die offizielle Erklärung der Partei als auch für die Entschließung der Transportarbeiter zu stimmen, die eine völlig andere Politik empfahl.

Die Delegierten waren besorgt zu erfahren, wie die AEU jetzt stimmen würde, und am Diestagabend — die große Debatte sollte am kommenden Morgen beginnen — gab es überall Erleichterung, als mitgeteilt wurde, daß die AEU gegen die offizielle Erklärung zur Verteidigungspolitik und für ihre eigene Entschließung, die den einseitigen Verzicht auf die Wasserstoffbombe durch Großbritannien empfiehlt, sowie für die Entschließung der Transportarbeiter stimmen würde. Diese Mitteilung erfolgte während eines städtischen Empfangs für die Delegierten, und ich sah, wie viele mit den Gläsern anstießen, die „Linken", um zu feiern, die Rechten, um ihren Kummer zu ertränken.

Der Widerstand gegen die Politik von Mr. Gaitskell war spontan, aber nicht organisiert. Noch hat die „Linke" keinen Führer. Wenn doch Aneurin B e v a n noch am Leben wäre!

Die Konferenz hatte viel mit einer feierlichen Versammlung gemeinsam, die zur selben Zeit in New York zusammentrat, mit der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Beide wiesen lange Tagesordnungen und stürmische Sitzungen auf, auf beiden gab es Redner, die das Gift des Kalten Krieges verbeiteten, und auch jene, die, getrieben von echter Humanität, verzweifelt versuchten, den Kalten Krieg zu beenden. Der wesentlichste gemeinsame Nenner beider Konferenzen war das gewaltige Problem, dem sich die ganze Menschheit gegenübersieht, das Problem des Krieges und des Friedens. Soll die Menschheit auf der abschüssigen Bahn weiterschreiten und sich schließlich selbst vernichten, oder wird der monströsen, verbrecherischen Torheit Halt geboten werden?

In New York erlebten wir die größte Zusammenkunft führender Staatsmänner der Geschichte, die mächtige, mittelgroße und kleine Nationen mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als zweieinviertel Milliarden Menschen vertraten. In Scarborough debattierten 1200 einfache Menschen — Bergarbeiter, Eisenbahner, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Hausfrauen, Studenten — die etwa sechseinhalb Millionen Mitglieder der britischen Labour Party vertraten, leidenschaftlich die Frage: Wird die Menschheit überleben? Wer kann es voraussagen? Vielleicht werden die Entscheidungen bescheidener Menschen in Scarborough einen noch größeren Einfluß darauf haben, die Menschheit zur Vernunft zu bringen, als die Debatten in der UNO, die bisher kein positives Ergebnis — nur Hoffnungen erbracht haben. Ein angestrichenes Streichholz kann oft ein größeres Feuer entfachen als das brillanteste Feuerwerk! Eins jedoch ist gewiß: die in Scarborough gefällte Entscheidung wird wesentlich dazu beitragen, fruchtbare Ergebnisse in New York herbeizuführen.

Von den 436 Entschließungen auf der Tagesordnung der Konferenz der Labour Party befaßten sich nicht weniger als 162 mit der Abrüstung und dem Frieden. Nahezu alle Resolutionen dieser Art verlangten eine radikale Abkehr von der Politik, der Strategie und der Taktik des Kalten Krieges. Angesichts der begrenzten Zeit wurden diese Entschließungen zu vier Anträgen zusammengefaßt. Einer davon, der von der Gewerkschaft der Lokomotivführer und -heizer eingebracht worden war, wurde an das zu wählende Nationale Exekutivkomitee verwiesen. Die Entschließung lautet wie folgt: „Diese Konferenz glaubt, daß die Ideologie der Nazi-Partei noch in den Ansichten vieler Personen in der Bonner Regierung vorherrscht, und sie wendet sich deshalb gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands mit Raketen und nuklearen Waffen sowie gegen die Ausbildung deutscher Truppen und die Errichtung deutscher Stützpunkte in Großbritannien."

Mr. J o h n H y n d M. P., ehemals verantwortlicher Minister für die Militär-

regierung in Deutschland (1945—1947) und heute Vorsitzender der alle Parteien umfassenden deutsch-englischen Parlamentariergruppe, Träger des Verdienstkreuzes mit Stern der Deutschen Bundesrepublik, versicherte der Konferenz, als er sich gegen die Entschließung wandte, es gäbe keine Gefahr, daß die Nazis wieder an die Macht kämen. Auch betonte er, daß die Resolution, falls sie angenommen würde, der SPD bei den bevorstehenden Wahlen schaden würde. Die Konferenz schien jedoch außergewöhnlich unbeeindruckt, und wäre über die Entschließung abgestimmt worden, so wäre sie mit überwältigender Mehrheit gebilligt worden.

Die drei Resolutionen, über die verhandelt und abgestimmt wurde, waren folgende: Zunächst eine Entschließung der AEU, einer der größten Gewerkschaften Großbritanniens mit nahezu einer Million Mitglieder, von denen 650 000 der Labour Party korporativ angeschlossen sind. Sie lautet folgendermaßen: „Diese Konferenz ist der Ansicht, daß der Weltfrieden und die nukleare Abrüstung zwingend notwendig sind. Für Großbritannien liegt die einzige Verteidigung in der Regelung internationaler Streitigkeiten durch Verhandlungen und in einem Geist der Toleranz zwischen den Nationen und dem Verständnis dafür, daß Länder mit unterschiedlichen sozialen Systemen miteinander leben können und müssen. Die Konferenz fordert, daß die Regierung auf Abkommen über die totale Abrüstung drängt, und fordert inzwischen den einseitigen Verzicht auf die Versuche mit nuklearen Waffen, auf ihre Herstellung, Lagerung und Stationierung in Großbritannien."

Dieser Antrag ist als die „unilaterale" Entschließung bekannt geworden, obgleich er viel mehr bedeutet. Eine zweite Entschließung wurde von der Gewerkschaft der Transportarbeiter und der allgemeinen Berufe (Transport & General Workers Union), der größten Gewerkschaft Großbritanniens mit einer Mitgliederzahl von mehr als eineinviertel Millionen, auf die Tadesordnung gesetzt. Sie lautete wie folgt: „Diese Konferenz, überzeugt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes ernsthaft nach einem dauerhaften Frieden strebt, und die Tatsache anerkennend, daß der gegenwärtige Zustand der weltweiten Spannungen die große Gefahr eines versehentlichen Hineintreibens in den Krieg verstärkt, appelliert an die Labour Party, eine eindeutige Erklärung abzugeben, daß eine Labour-Regierung, wenn sie ins Amt gewählt wird, unsere Verteidigungs- und Außenpolitik aufbauen würde auf: a) eine völlige Ablehnung jeder Androhung strategischer oder taktischer nuklearer Waffen; b) die dauernde Einstellung der Produktion oder Erprobung nuklearer und thermonuklearer Waffen; c) Patrouillenflüge von Flugzeugen, die mit nuklearen Waffen ausgerüstet sind und von britischen Stützpunkten aus operieren, sind sofort einzustellen; d) die Fortsetzung des Widerstandes gegen die Errichtung von Raketenstützpunkten in Großbritannien; e) eine Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen, einschließlich der Zulassung von Vertretern der chinesischen Volkrepublik, mit dem Ziel der Schaffung einer neuen Weltordnung und der Vermeidung einer Rückkehr zu den Methoden der Periode des Kalten Krieges; f) das Drängen auf die Wiedereröffnung der Gespräche zwischen den Nationen zum baldmöglichsten Zeitpunkt als das Mittel, durch das die weltweite Abrüstung und die friedliche Koexistenz am leichtesten erreicht werden können."

Die dritte war die Erklärung „Außenpolitik und Verteidigung", die im Juli 1960 vom Nationalen Exekutivkomitee der Labour Party und dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses gebilligt worden war. Die wichtigsten Punkte dieses Dokuments sind: 1. Loyalität gegenüber der Nato; 2. Abkommen über die nuklearen Versuche; Großbritannien sollte keine weiteren Versuche unternehmen; 3. Begrenzung und Kontrolle der Rüstung in Mitteleuropa als ein Schritt zum politischen

und militärischen Disengagement; 4. China muß in die UNO aufgenommen und bei allen zukünftigen Gesprächen über die Abrüstung zugezogen werden; 5. Großbritannien sollte aufhören, eine unabhängige Nuklearmacht zu sein; das thermonukleare Abschreckungsmittel sollte den USA allein überlassen werden; 6. Widerstand gegen die Errichtung von Stützpunkten für Thor-Raketen in Großbritannien; 7. Keine Herstellung nuklearer Waffen durch Deutschland; unter den gegenwärtigen Umständen keine Ausrüstung deutscher Truppen mit nuklearen Waffen; 8. Prüfung der Strategie und der Kontrolle über die Nato, um sicherzustellen, daß a) der Westen niemals als erster die Wasserstoffbombe anwendet, noch seine Strategie auf die Drohung mit ihr stützt; b) die gegenwärtige gefährliche Abhängigkeit der Nato von nuklearen Waffen verringert wird; c) wirksame Kontrolle über die nuklearen Waffen gegeben ist; d) der Nato-Rat weitgehend verstärkt wird, um eine wirksamere Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten zu erreichen; e) die Ausbreitung des Besitzes nuklearer Waffen auf weitere Länder vermieden wird.

Es lag eine vierte, von der Gewerkschaft der Holzarbeiter eingebrachte Entschließung vor, die lautete: „Diese Konferenz bedauert zutiefst das Scheitern der Gipfelkonferenz und verurteilt sowohl die Mißgriffe der Regierung der USA vor den Pariser Gesprächen wie auch das sich daraus ergebende Verhalten der Sowjetunion. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die allgemeine Abrüstung und die Schaffung weltweiter kollektiver Sicherheit durch die Vereinten Nationen das Endziel der britischen Politik sein sollten. Bis jedoch dieses Ziel erreicht ist, so meint sie, machen die Realitäten der internationalen Politik unsere weitere Mitgliedschaft in der Nato dringend notwendig. Zugleich ist sie der Ansicht, daß die gegenwärtige Politik der Nato übermäßig von der nuklearen Strategie abhängig ist, und daß alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um die größtmögliche politische Kontrolle durch die Mitgliedstaaten zu erreichen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß diese Ziele durch die Verwirklichung der Erklärung der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses über die Verteidigung erreicht werden können und begrüßt und bestätigt daher dieses Dokument."

Die wesentlichsten Streitfragen, die jedoch durch Mr. Gaitskell und seine Anhänger oft verschleiert und verzerrt wurden, waren folgende: Gaitskell plädierte dafür, daß Großbritannien und alle anderen westlichen Nationen der Nato völliges Vertrauen gewähren. Die Sowjetunion sei der Feind, und solange sie nukleare Waffen besäße, müsse der Westen sie auch haben; die Bundeswehr müsse wiederbewaffnet werden; unter den gegenwärtigen Umständen sollten keine westdeutschen Truppen mit nuklearen Waffen ausgerüstet werden — das besagt eindeutig, daß, wenn die „Umstände" sich ändern, die Bundeswehr mit nuklearen Waffen ausgerüstet werden sollte; es ist so einfach, zu behaupten, die Umstände hätten sich geändert! Im wesentlichen bedeutet diese Politik völlige Unterwerfung unter das Pentagon und keinerlei Minderung der internationalen Spannungen — eine Politik der nuklearen Abschreckung. Sie spricht von der Notwendigkeit der Abrüstung, aber sie enthält keine positiven Vorschläge für diesen Zweck. Die Entschließungen der Metallarbeiter und der Gewerkschaft der Transportarbeiter und der allgemeinen Berufe schlagen offensichtlich, wenn sie auch nicht ausdrücklich das Ausscheiden Großbritanniens aus der Nato fordern, eine völlig neue Politik vor, die folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: a) die unzweideutige Ablehnung der Anwendung nuklearer Waffen; b) friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen; c) sofortiger einseitiger Verzicht Großbritanniens auf nukleare Waffen; d) keine Raketenstützpunkte in Großbritannien.

Wenn auch nicht direkt gefordert wird, daß Großbritannien die Nato verlassen solle, so doch offensichtlich eine unabhängige Politik hinsichtlich der Probleme des Krieges und des Friedens und Ablehnung jeder Unterwerfung unter das Pentagon.

Die gesamte britische Presse, ausgenommen die wenigen Blätter der Linken, deren Auflage sehr klein ist, begann lange vor der Konferenz einen wütenden Feldzug gegen alle diejenigen, die den Verzicht auf die nukleare Abschreckung als Mittel zur Erlangung des internationalen Friedens vorschlugen. Während und nach dem 92. Kongreß der britischen Gewerkschaften, der zu Beginn des Monats September auf der Insel Man abgehalten wurde, erreichte die Kampagne eine noch nicht dagewesene Heftigkeit. Die Gewerkschaft der Transportarbeiter und der allgemeinen Berufe legte diesem Kongreß dieselbe Entschließung wie auf der Tagesordnung der Labour Party vor. Trotz der Pressekampagne und der Machenschaften und Schikanen einiger rechtsgerichteter Gewerkschaftsführer wurde die Resolution der Transportarbeitergewerkschaft mit 4 356 000 gegen 3 213 000 Stimmen, einer Mehrheit von 1 143 000 Stimmen, angenommen. Die offizielle Erklärung der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses wäre mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen worden, wenn nicht Mr. W. J. Carron, der reaktionäre Präsident des Metallarbeiterverbandes, einen außergewöhnlichen Trick angewandt hätte. Auf der Jahreskonferenz dieser Gewerkschaft hatte der politische Redaktionsausschuß mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Resolution der Transportarbeiter zu unterstützen, die offensichtlich das Gegenteil der offiziellen Politik ist. Während des Gewerkschaftskongresses überredete Mr. Carron jedoch die Delegation mit einer Mehrheit von einer Stimme — seiner eigenen — die Entscheidung des politischen Redaktionsausschusses der Gewerkschaft zu ignorieren und sowohl für die Entschließung der Transportarbeiter wie für die offizielle Erklärung zu stimmen. Die gesamte Arbeiterbewegung brachte ihren Abscheu über diese doppelzüngige Politik zum Ausdruck, und selbst die Presse goß Spott und Verachtung über Mr. Carron aus. Der Trick hatte jedoch zur Folge, daß die offizielle Politik gerettet wurde und Verwirrung sich ausbreitete. Die Abstimmung über diese Politik ergab 4 415 000 dafür und 3 460 000 dagegen, eine Mehrheit von 690 000 Stimmen.

Während der Konferenz der Labour Party erreichte die britische Presse einen neuen Grad der leichtsinnigen, unwahrhaftigen Berichterstattung und der Verfälschung der Tatsachen. Die Angriffe auf diejenigen, die eine Lösung der internationalen Probleme nicht durch Wasserstoffbomben, sondern durch eine Politik der Entspannung erstreben, nahmen hysterische Formen an. Es gereicht den arbeitenden Männern und Frauen Großbritanniens zur Ehre, daß all die Lügen und Verdrehungen der Presse und all die Machenschaften der rechtsgerichteten Führer der Arbeiterbewegung ihre Entschlossenheit nicht erschüttern konnten, mit einer Politik des Wahnsinns und des Todes zu brechen.

Der Verfall der Sozialdemokratie und die Labour Party

Um die Gründe besser würdigen zu können, die die britische Arbeiterbewegung — sowohl die Gewerkschaften wie die Labour Party — veranlaßten, einer Politik entgegenzutreten, die die nackte Existenz Westeuropas und, in der Tat, der ganzen Welt bedroht, und um die tatsächliche Bedeutung der Entscheidung der Konferenz der Labour Party zu verstehen, ist es notwendig, die jüngste Geschichte der westlichen Sozialdemokratie wie auch die Entwicklung außerhalb Großbritanniens kurz zu untersuchen.

Die Konferenz von Scarborough wurde in einer Zeit abgehalten, in der die britische Arbeiterbewegung und die gesamte westeuropäische Sozialdemokratie sich in einer sehr ernsten Krise befindet.

1945 gab das Volk von Großbritannien, das die schlechte Regierung der Tories und Neville Chamberlains und seine „Politik des Regenschirms" satt hatte, der Labour Party mit überwältigender Mehrheit das Mandat, nicht nur eine alternative Regierung zu bilden, sondern eine neue Welt zu erbauen, eine Welt frei von Kriegen, nationaler und kolonialer Unterdrückung, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit. Überall in Westeuropa sehnten sich die Völker nach einer einschneidenden Wandlung. Die Männer und Frauen, die mit furchtlosem Mut auf den Schlachtfeldern und in den Konzentrationslagern gegen den Nazismus und Faschismus gekämpft hatten, waren bereit, dieselbe Seelenstärke beim Bau einer neuen Gesellschaft zu zeigen. Hier war eine glorreiche Gelegenheit für die Arbeiterführer des Westens, in Zusammenarbeit mit allen anderen fortschrittlichen Kräften ein neues Leben, würdig der besten Traditionen Westeuropas, zu erbauen.

Heute, nach 15 Jahren, sehen wir ein völlig anderes Bild. In den bedeutenden Ländern des Westens hat die klerikale Reaktion das Steuer in der Hand. In Großbritannien sind die Erben Chamberlains an der Macht, die Sozialdemokratie befindet sich in windstillen Gewässern. Die Führer der einstmals großen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts, liegen vor Adenauer auf den Knien und denken an eine „Große Koalition"! Die Führer der Partei von Jaurès, der Sozialistischen Partei Frankreichs, haben das stolze Banner des Sozialismus beschmutzt, indem sie den barbarischen und kostspieligen Kolonialkrieg in Algerien unterstützten. In Großbritannien haben die Labour Party, Clement Attlee und Hugh Gaitskell nacheinander drei Wahlniederlagen erlitten, und wenn keine radikale Wendung eintritt, werden weitere Niederlagen folgen. Es sollte jedoch beachtet werden, daß, wenn die sozialdemokratische Partei der Bundesrepublik, was sozialistische Prinzipien betrifft, bankrott ist, und wenn die Sozialistische Partei Frankreichs rapide auseinanderfällt, die britische Labour Party noch voller Vitalität ist. Welche Schwankungen auch immer unter den mittelständischen Anhängern auftreten mögen, die Reihen der Partei sind fest. Wenn das Geschick der westlichen Sozialdemokratie gewendet werden soll, so muß die Initiative von Großbritannien ausgehen. Es scheint, wenigstens in der unmittelbaren Zukunft, nicht die geringste Möglichkeit zu geben, daß die sozialdemokratischen Parteien des Kontinents uns Hoffnung und Begeisterung schenken werden.

Wenn wir die Welt im allgemeinen betrachten, so sehen wir, daß sich in den letzten zehn Jahren zwei bedeutende Lager herausgebildet haben. Im Osten finden wir den kommunistischen Block, der sich von der Oder bis Wladiwostock und vom Arktischen bis zum Gelben Meer erstreckt, eine Milliarde Menschen umfaßt und politisch, militärisch, technologisch und wirtschaftlich an Macht zunimmt. Dieser Block ist vielerlei Anspannungen und Belastungen unterworfen, aber seine fundamentale Einheit bleibt unbeeinträchtigt. Die ehemaligen Muschiks und Kulis machen Geschichte und unternehmen den „großen Sprung" vorwärts in einer allseitigen Entwicklung, während Westeuropa, mit seinen 300 Millionen hochgebildeten Menschen und seiner zweitausendjährigen Kultur, das jahrhundertelang die Welt führte, eine unbedeutende Wirkung auf die Weltereignisse ausübt. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat Westeuropa seit dem zweiten Weltkrieg beachtliche Fortschritte gemacht, aber seine gegenwärtigen Führer spielen die Rolle von Marionetten und nicht die lebendiger Akteure mit Initiative und unabhängigen Ansichten auf der Weltbühne. Es gibt einen zweiten Block, bestehend aus neutralen oder bündnisfreien Staaten, Indien, Indonesien, der Vereinigten Arabischen Republik und den afrikanischen Staaten, die vor kurzem ihre Unabhängigkeit erreichten. Die Völker dieses Blocks sind fieberhaft damit beschäftigt, sich von der abgrundtiefen Armut zu befreien, die seit Jahrhunderten ihr tragi-

sches Schicksal ist. Mit inbrünstiger Hoffnung ersehen sie den Tag, an dem die beiden anderen Lager in Frieden und gutem Einvernehmen leben und einen Teil der gewaltigen Summen, die sie für Rüstungen ausgeben, dafür verwenden werden, den von Armut geplagten Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu helfen, eine nationale Wirtschaft auf einer Grundlage aufzubauen, die ihrer Bevölkerung einen hohen Lebensstandard gewährt.

Schließlich gibt es den dritten Block, der gegenwärtig etwa 500 Millionen Menschen umschließt und vom Pentagon beherrscht wird, während Konrad Adenauer in ihm die zweite Geige spielt. Gerne möchte de Gaulle Kapellmeister werden, aber bisher hat er nur Mißtöne hervorgelockt. Die beiden erstgenannten Lager sind relativ homogen, das dritte ist hinsichtlich seiner Weltanschauung außerordentlich heterogen und umfaßt Adenauer, de Gaulle, Macmillan, amerikanische Millionäre, Generale und Politiker, solche erlauchten Verfechter der „freien Welt, der Gerechtigkeit und der Freiheit" wie Franco, Tschiang-Kai-tschek, das Krethi und Plethi der feudalen Tyrannen in Asien und der Diktatoren in Südamerika. In diesen Reihen finden wir jedoch auch die „Genossen" Willy Brandt, Guy Mollet und Hugh Gaitskell. Über die Taktik werden in dieser außergewöhnlichen Ansammlung oft unterschiedliche Meinungen ausgedrückt, aber in grundsätzlichen Fragen, ganz besonders in den lebenswichtigen Fragen, die die ganze Menschheit angehen, scheint völlige Einmütigkeit zu bestehen. Alle sind fanatische Antikommunisten, dem Pentagon ergeben, das sie nicht einmal wegen seiner empörendsten Abenteuer zu kritisieren wagen. Alle unterstützen sie eifrigst die Wiederbewaffnung der Bundeswehr und setzen ihr ganzes Vertrauen in die Nato und die Wasserstoffbombe. Sie reden bis zum Überdruß von ihrem Wunsch nach Frieden, aber sie haben nicht eine einzige konstruktive Idee hervorgebracht, wie der Krieg zu verhindern ist.

Die elende Rolle jener Sozialdemokraten ist derart, daß sie es vorziehen, sich mit Adenauer und den amerikanischen Generalen zu verbünden, anstatt die Freundschaft und die aktive Zusammenarbeit mit Männern wie Pandit Nehru, Kwama Nkrumah und Fidel Castro zu suchen. Diejenigen, die aufrichtig den Weltfrieden herbeiwünschen, finden die Haltung der westlichen Sozialdemokratie nicht nur verwirrend, sondern völlig abstoßend. Selbst wenn die Führer des demokratischen Sozialismus nicht den Mut oder die Weisheit besitzen, einem modus vivendi mit dem mächtigen kommunistischen Block zu finden, so könnten sie sich wenigstens vom Pentagon und von Adenauer distanzieren! Sie hätten gewiß eine ehrenhaftere und nützlichere Rolle gespielt, wenn sie ihre Kräfte mit dem beständig wachsenden neutralen Block vereinigt und versucht hätten, Frieden zwischen Ost und West zu stiften. Dies Versäumnis der westlichen Sozialdemokratie, der Verzicht auf eine unabhängige Rolle, hat dem festen Kern der Reaktion einen Kräftezuwachs gebracht und gefährdet den Weltfrieden. In dem Augenblick, in dem sich die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs von den militärischen Abenteurern im Pentagon und von Adenauer völlig distanzieren und beginnen, eine auf der Koexistenz beruhende, unabhängige Politik zu verfolgen, wird neue Hoffnung für die ganze Menschheit entstehen. Unterwürfigkeit und völlige Kapitulation vor der Reaktion stellen nicht nur eine tödliche Gefahr für die Existenz der Menschheit dar, sondern sind auch die Hauptursache für den Niedergang der westlichen Sozialdemokratie. Die Massen der Völker Westeuropas und Amerikas sind zu dem Glauben veranlaßt worden, der Kommunismus sei eine Gefahr für ihre nationale Existenz, und diese Gefahr müsse bis zum Tode, sogar mit Wasserstoffbomben, bekämpft werden. Sie werden es in ihrer Verwirrung natürlich vorziehen, ihr Schicksal in die Hände von durch und durch reaktionären Politikern, anstatt in die Obhut

von Sozialdemokraten zu legen. Die Geschichte beweist überzeugend, daß die Sozialdemokratie dort schließlich vernichtet wurde, wo sie sich mit der Reaktion verbündete oder sich weigerte, mutig gegen sie zu kämpfen. Die sozialdemokratischen Führer, die da glauben, daß sie die Macht wieder erlangen können, indem sie militaristischer sind als die reaktionären Militaristen, sind entweder politische Analphabeten oder Narren!

Aber immer deutlicher erkennen die britischen Arbeiter und die Masse des Volkes die tödlichen Gefahren, denen die Menschheit gegenübersteht.

Was dem britischen Volk und der britischen Arbeiterbewegung an Theorie fehlt, wird durch pragmatischen, praktischen gesunden Menschenverstand mehr als ersetzt. Dies wird durch die Haltung der Bevölkerung im allgemeinen und die der überwältigenden Mehrheit der Anhänger der Labour Party im besonderen deutlich bewiesen. Seit mehr als zehn Jahren erzählen die monopolistische britische Presse und die Führer der Konservativen und der Labour-Party dem britischen Volk, daß Rußland und der Kommunismus seine Feinde seien. Von dem verstorbenen Aneurin Bevan und den intelligenteren Führern der britischen Linken abgesehen, hat niemand in Großbritannien jemals gewagt, die wahnsinnige, abenteuerliche Taktik des Pentagons ernsthaft anzuzweifeln, geschweige denn zu kritisieren. Die Unterwerfung unter Amerika war vollständig, wie es kürzlich durch Macmillans Haltung zum Flug der U-2 und Großbritanniens Stimmabgabe für die Verweigerung der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen demonstriert wurde. Aber trotz all dieser wütenden Propaganda und aller theoretischen Rückständigkeit kann die Masse der Männer und Frauen nicht leicht düpiert werden. Bisher hat keine große politische Partei ihnen einen klaren Weg gezeigt, aber die Masse der einfachen britischen Menschen ist ihren Führern weit voraus. Sie sind sehr laue „Kalte Krieger" und würden sich freudig des Kalten Krieges ganz entledigen.

In den letzten Jahren hat das Land, das jahrhundertelang Imperien beherrschte, auf verschiedene Art eine Verwandlung durchgemacht. Der Chauvinismus ist fast völlig verschwunden; tatsächlich macht es der Masse der britischen Bevölkerung großen Spaß, ihr Land herabzusetzen und Fehler an allem „Britischen" zu entdecken. Die einfachen Menschen sind von einem Gefühl der Gerechtigkeit und Anständigkeit erfüllt, sie wollen mit jedermann in Frieden leben und sein Freund sein. Sie wissen, daß Großbritannien nicht mehr erfolgreiche Kriege führen kann, wie das Fiasko am Suezkanal deutlich bewiesen hat, und sie haben auf jeden Fall genug vom Krieg. Viele von ihnen betrachten die „aggressive" Haltung Nikita Chrustschows als eine schreiende Verletzung guter britischer Manieren, aber sie sind keineswegs überzeugt, daß die Rote Armee sich darauf vorbereitet, ihr Land zu verheeren und ihm den Kommunismus aufzuzwingen. Der Antikommunismus ist tatsächlich weit verbreitet, aber er ist nicht fanatisch. Schließlich gibt es keine lebenswichtigen Streitfragen zwischen Rußland und Großbritannien, und in den beiden letzten Weltkriegen waren sie Verbündete. Man findet viel Achtung für die sowjetischen Leistungen auf dem Gebiet der Erziehung, der Wissenschaft und der Technologie. Es gibt keine heftige antideutsche Stimmung, aber die Bevölkerung ist gegen den Aufbau einer starken Bundeswehr. Gegenüber den USA hegt die Masse der Engländer einen Abscheu von der Art, wie ihn der arme Neffe gegenüber dem reichen Onkel empfindet, der Geschenke austeilt. Sie ist außerordentlich besorgt wegen der amerikanischen Stützunkte auf ihrer Insel und wäre glücklich, wenn sie verschwänden. Am wichtigsten jedoch ist das Wissen unter dem denkenden Teil der Bevölkerung, daß ihre kleine, kompakte Insel in einem nuklearen Krieg nicht verteidigt werden könnte, und im Falle eines solchen Krieges in einer Zeitspanne von Stunden ausradiert werden würde.

Eine bedeutsame Rolle spielen die verschiedenen Körperschaften, die sich an der Kampagne für nukleare Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament — CND) beteiligen, um dem britischen Volk die Gefahren der nuklearen Waffen und des nuklearen Krieges ins Bewußtsein zu bringen. Als die Kampagne vor einigen Jahren begann, wurde sie als eine Ansammlung von Verschrobenen und „beatniks" angesehen. Jetzt ist sie zu einer mächtigen nationalen Bewegung geworden, die in verschiedenen Schichten der Gemeinschaft breite Unterstützung genießt, unter den Kirchen, den Frauenorganisationen, den Gewerkschaften und besonders unter der Jugend. Die CND hat führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus allen Berufen für sich gewonnen, Schriftsteller, Künstler und Geistliche. Der Marsch nach Aldermaston, ein jährlich zu Ostern stattfindendes Ereignis, der vor einigen Jahren mit einigen hundert jungen Menschen begann, zählte im vergangenen April eine Viertelmillion Teilnehmer. Vor kurzem nahmen tausende an einem Marsch von Edinburgh nach London unter der Losung „Verbietet die Bombe" teil und wurden überall auf dem Weg stürmisch gefeiert. Die opportunistischen Führer der Labour Party haben die CND immer mit Mißgunst betrachtet. Aber nichts kann diese begeisterten Kreuzfahrer für den Frieden aufhalten, und ihre Reihen und ihr Einfluß wachsen an. Im Verlauf der vor einigen Wochen abgehaltenen Konferenz der Liberalen Partei wurde eine Entschließung, die Bombe zu verbieten, mit 600 gegen 78 Stimmen abgelehnt, aber 400 Delegierte enthielten sich der Stimme. Die Konferenz von Scarborough bezeugte deutlich das Wirken der CND. Gaitskell und seine Kollegen, von der gesamten Presse der Tories voll unterstützt, wandten jedes Mittel an, um während der Konferenz eine Mehrheit für ihre Politik zu erreichen, aber ohne Erfolg! Mit einer vierzigjährigen Erfahrung in nationalen und internationalen Konferenzen der Arbeiterbewegung hörte ich Gaitskells Rede am Mittwoch, dem 5. Oktober, voll Trauer und bitterer Enttäuschung. Obwohl sie von Zeitungen der Tories als „glänzend", „brillant", „großartig" und „mutig" bezeichnet wurde, war sie tatsächlich von Anfang bis zum Ende, der erbärmliche Redeschwall eines Besiegten und eine Wiederholung der Affekthascherei der Kalten Krieger, jene Art von Reden, die man von Macmillan, Adenauer oder H e r t e r erwarten würde. Leere Überschwenglichkeiten, ein Redeschwall von Schlagworten, Versuche, Vorteile gegenüber den Gegner durch unprovozierte Angriffe auf die „Mitläufer" zu gewinnen, was einen Proteststurm im Saal hervorrief, das charakterisierte diese „große" Rede. Es war ein einziges endloses Bitten um völliges Vertrauen zur Nato und zur nuklearen Abschreckung, ohne eine einzige konstruktive Idee und mit einer völligen Mißachtung der Wirklichkeit. Es gelang Gaitskell, einige unentschlossene Delegierte für sich zu gewinnen oder zur Stimmenthaltung zu veranlassen, nicht durch Vernunftgründe oder Logik, sondern durch einen pathetischen Appell, seine mißliche persönliche Lage betreffend. So stark ist das angeborene Gefühl des Anstands im britischen Volk, daß einige für ihn stimmten, nicht weil sie überzeugt waren, daß er im Recht sei, sondern nur aus bloßem Mitleid mit dem moralisch schon gestürzten Führer. Es war das Gefühl für britisches fair play, nicht seine Politik, das ihn vor einer weit ernsteren Niederlage rettete. Frank C o u s i n s, der Sekretär der Transportarbeiter, dem man nur zehn Minuten eingeräumt hatte, um seine Resolution einzubringen, und dem man gleichzeitig das Recht auf eine Antwort verweigert hatte, sprach mit Einfachheit und ruhiger Würde. Cousins, der zu einer mächtigen nationalen Gestalt geworden ist, hat nichts vom Bonzen oder Berufspolitiker an sich. Politische Ambitionen sind ihm fremd, er bleibt der ehrliche, einfache Arbeiter, frei von persönlicher Erbitterung, aber dem Frieden hartnäckig verpflichtet.

Die Sozialdemokratie am Scheideweg

Während Gaitskell und seine Kollegen, durch die gesamte Presse der Tories bis zum äußersten unterstützt, sich den Entscheidungen der Jahreskonferenz widersetzen, die das oberste Gremium für die Ausarbeitung der Politik der Labour Party darstellt, und sich darauf vorbereitet, die Entscheidung auf der nächsten Konferenz rückgängig zu machen, wird es notwendig, den Zustand der westlichen Sozialdemokratie und ihre Zukunftsaussichten zu prüfen. In den 70 Jahren ihres Bestehens hat die Sozialdemokratie eine bewegte Laufbahn gehabt. Ihre Pioniere zogen aus, um, durch Reform oder Revolution, eine neue Welt zu erbauen, aber nur der kleinen Splittergruppe der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Bolschewiki unter Lenin, gelang es, auf den Gang der Weltgeschichte entscheidenden Einfluß auszuüben. Westeuropa scheint im Jahre 1848 mit Revolutionen Schluß gemacht zu haben; und während viele sozialdemokratische Parteien den „Klassenkampf" akzeptierten und sich sogar als „marxistisch" bezeichneten, entwickelten sie doch evolutionäre, reformistische Tendenzen und hatten beachtliche Erfolge bei der Beseitigung einiger der schreienden Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft.

Die reformistische Tradition — nützlich, wenn die Geschichte sich ruhig voranbewegt —, hat die sozialdemokratischen Parteien in Zeiten ernster Krise zur Hilflosigkeit erniedrigt. Sie verhinderten nicht den Krieg im Jahre 1914, sie verhinderten nicht den Aufstieg Hitlers, und sie hielten den zweiten Weltkrieg nicht auf. In der Menschheitsgeschichte dauern nicht einmal die Erfolge auf unbestimmte Zeit fort. Politische Parteien können gewiß nicht durch einander folgende bedeutende Fehlschläge gedeihen.

Es ist die Tragödie der heutigen Sozialdemokratie, daß ihre Führer sich dermaßen an den Apparat der Partei und der Gewerkschaften, an die routinemäßige und rabulistische Taktik gewöhnt haben, daß sie nicht mehr zwischen ihren Machenschaften in der Sitzung eines Komitees oder Ortsvereins und den gewalttätigen Stürmen unterscheiden können, die auf der Weltbühne toben. Sie sind unfähig, große historische Veränderungen in der richtigen Perspektive zu betrachten, sie fürchten sich davor, selber in großen Vorstellungen zu denken, und sie nehmen es wütend übel, wenn irgend jemand wirkliche Initiative zeigt. All die menschlichen Eigenschaften, durch die Europa groß geworden ist — Tapferkeit, Vernunft, Wagemut, Nonkonformismus, Fähigkeit zur Entwicklung — sind für sie Anathema. Sie sind ultrakonservativ geworden, haben den Humanismus der Pioniere völlig verloren, tüchtige, kleinliche Verwalter eines großen Erbes, bar jeder Zukunftsvision! Sie verwenden viel Zeit darauf, feierliche Prinzipien zu verkünden, aber in ihren Herzen sagen sie: „Leute, wenn euch diese nicht passen, wir haben noch andere."

Die wirkliche Gefahr und der Ausweg

Wir leben in einer Epoche großer historischer Konvulsionen, und die nächsten paar Jahre können darüber entscheiden, ob unsere Welt ein Garten Eden oder ein Friedhof für die gesamte Menschheit werden wird. Die Sozialdemokratie kann eine bedeutende Rolle in der Geschichte und bei der Abwendung der Katastrophe spielen, die droht. Auf unsere Sympathien und Antipathien nimmt die Geschichte wenig Rücksicht, und es ist höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Führer sich der Theaterkniffe, der abgedroschenen Phrasen, der unwürdigen Sophismen und leren Schlagworte entledigen und sich der Wirklichkeit stellen. Die erste Realität ist, daß jeder zukünftige Krieg, in den die USA und die Sowjetunion verwickelt werden, mit nuklearen Waffen geführt werden wird, und daß Westeuropa dabei der völligen Vernichtung nicht entgehen würde. Was immer von der Sowjetunion, China und den USA mit ihrer ungeheuren Ausdehnung übrig bleiben

würde, Westeuropa würde in einen einzigen riesigen Friedhof verwandelt werden. Die Kalten Krieger jedoch fragen empört: Würden Sie den Russen erlauben, ganz Europa zu überrennen?" Dieses Schlagwort bildet die Grundlage der ganzen westlichen Politik, die von Herter, Macmillan, Adenauer, Willy Brandt und Hugh Gaitskell unterstützt wird.

Ich habe nahezu mein ganzes Leben in Südafrika verbracht, dem Lande, in dem rassische Unterdrückung eine nationale Philosophie darstellt, und für mich bewegt sich diese Frage auf demselben intellektuellen Niveau wie die Frage, die beständig von verrannten weißen Rassenfanatikern gestellt wird, wenn man ihnen gegenüber andeutet, daß die Unterdrückung der Farbigen falsch sei: „Würden Sie Ihrer Schwester erlauben, einen Kaffer zu heiraten?" Niemand wünscht, daß die Rote Armee Westeuropa überrennt, aber gibt es eine derartige Gefahr? Die sowjetischen Pläne und Chrustschows Strategie sind keine Geheimnisse, sie werden in tausend verschiedenen Formen bekannt gegeben.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution hatten die Bolschewiki gehofft, daß ein revolutionärer Aufschwung durch Westeuropa fegen würde. Sie erkannten bis 1923, daß ihre Hoffnungen nicht erfüllt werden würden und S t a l i n ging daran, den „Sozialismus in einem Land" aufzubauen. Er führte mehr als ein Jahrzehnt lang einen unbarmherzigen Kampf gegen T r o t z k i und seine Theorie der „permanenten Revolution", und Trotzki wurde besiegt. Dann kam der zweite Weltkrieg. Zwanzig Millionen Russen starben oder wurden getötet, und ihr Land wurde verwüstet. Wenn die Sowjetunion Europa überrennen wollte, so hätte sie dies 1945 mit Leichtigkeit tun können, als die Rote Armee siegreich im Herzen des Kontinents stand und in allen Teilen Europas Zehntausende von Kommunisten, die gegen den Faschismus gekämpft hatten, Waffen besaßen. Einige überkluge Gelehrte sagen, daß Stalin die Atombombe gefürchtet habe, die sich im Besitz der USA, nicht aber in seinem befand. Einige Jahre später fürchtete er sich jedoch nicht davor, die USA in Korea und durch die Berliner Blockade herauszufordern.

Welche Rechtfertigung auch immer für die Anwendung nuklearer Waffen gegeben sein mag, um die Rote Armee daran zu hindern, durch Europa zu marschieren, die Tatsachen beweisen, daß die Welt bei mehreren Gelegenheiten nicht durch die Rote Armee, sondern durch die verbrecherische Unbesonnenheit amerikanischer Staatsmänner und Militaristen an den Rand des Abgrunds gebracht worden ist. Sie drohten damit, nukleare Waffen in Korea, in Indochina und gegen das chinesische Festland anzuwenden, weil China Formosa und die der Küste vorgelagerten Inseln, die ihm rechtmäßig gehören, zurückgewinnen wollte. In letzter Zeit hat der Flug der U-2 beinahe einen Weltbrand verursacht. Morgen kann eine Bedrohung der Existenz der Menschheit aus den Ereignissen in Kuba oder im Kongo oder an irgendeinem anderen Brennpunkt entstehen, an dem in keiner Weise die Sicherheit Westeuropas bedroht wird. Die Russen sind jetzt fieberhaft mit ihrem gigantischen Siebenjahresplan beschäftigt. Sie wollen Amerika in der Produktion überholen und ihrer Bevölkerung den höchsten Standard in der Welt geben. Warum sollten sie wünschen, Westeuropa zu überrennen? Haben sie nicht genug Schwierigkeiten mit den Polen, den Deutschen und den Ungarn gehabt? Chrustschow hat einen umfassenden Plan für die völlige Abrüstung vorgelegt. Auch die sozialdemokratischen Führer reden von der Abrüstung, aber sie haben bisher besonders darin versagt, irgendeinen eigenen konstruktiven Plan vorzulegen; sie ziehen es vor, ihr ganzes Vertrauen in die Nato zu setzen, was in der Praxis bedeutet, das Schicksal der Menschheit in die Hände amerikanischer Generale zu legen, die bei mehreren Anlässen die Welt nahezu in die Katastrophe führten.

Man spricht von einer neuen Gipfelkonferenz im kommenden Frühjahr, zur Behandlung des Abrüstungsproblems. Für die Menschheit kann es die letzte Chance des Überlebens sein. Für den aufwallenden Chrustschwoch kann es der letzte Versuch sein, einen Ausgleich mit dem Westen zu erstreben. Sein Weg ist nicht leicht. In China und der Sowjetunion gibt es offensichtlich mächtige Kräfte, die auf die Geschichte der Vergangenheit verweisen und geltend machen, daß der Westen, und insbesondere Amerika, seinen antikommunistischen Kreuzzug unter keinen Umständen aufgeben wird und zum Kriege entschlossen ist. Die kollektive Sicherheit, die in den dreißiger Jahren von Rußland begeistert befürwortet wurde, wurde durch die Männer von München unterminiert, die wünschten, daß Hitler seinem Drang nach Osten folgen solle. Sie hatten gehofft, daß Deutschland und Rußland sich in einem gigantischen Kampf erschöpfen würden. Es beweist nur ihre Dummheit, nicht ihre Aufrichtigkeit, daß sie sich verrechneten. Dann kam der Vertrag mit Hitler, der von diesem bald gebrochen wurde. Die Ereignisse, die unmittelbar auf den zweiten Weltkrieg folgten, sprachen noch überzeugender dafür, daß der Westen der Sowjetunion keinen Frieden gönnen würde. Die Millionen Toten waren kaum begraben, als der Kalte Krieg entbrannte.

Ohne sich in müßigen Prophezeiungen zu ergehen, kann gesagt werden: wenn es Chrustschow nicht gelingt, die friedliche Koexistenz bis zum nächsten Frühjahr zu erreichen, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß er und das ganze sozialistische Lager alle Versuche einer Aussöhnung aufgeben und andere Mittel suchen werden, um Formosa, Berlin und andere hervorragende Probleme zu lösen.

In dieser kritischen Zeit ist die Aufgabe der Sozialdemokratie klar. Sie muß sich der Wirklichkeit stellen und die Ergebnisse der Geschichte anerkennen, sonst wird die Geschichte ihr eigenes unerbittliches Urteil fällen. Die sozialdemokratischen Führer müssen sich von ihrer bedingungslosen Kapitulation vor der Nato und dem Pentagon lossagen und den internationalen Friedenskräften die größtmögliche Unterstützung gewähren. Wenn sie Bündnisse schließen müssen, so mögen sie sich den bündnisfreien Nationen anschließen, die verzweifelt bemüht sind, den Kalten Krieg zu beenden. Die amerikanische Unnachgiebigkeit ist durch die Abstimmung in der UNO über China deutlich demonstriert worden. Wie immer die amerikanische Präsidentenwahl ausgehen mag — wenn die westliche Sozialdemokratie ihre unfruchtbare Politik aufgeben und sich den mächtigen internationalen Friedenskräften anschließen würde, so bestünde jede Möglichkeit nicht nur für das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz im kommenden Frühjahr, sondern auch für einen fruchtbaren Ausgang einer derartigen Begegnung.

In diesem Zusammenhang müssen die Entscheidungen von Scarborough gesehen werden. Zum erstenmal seit Beginn des Kalten Krieges ist die mächtige britische Labour Party, bei weitem die stärkste unter den sozialdemokratischen Parteien, im Widerspruch zu ihren Führern, offen mit der Forderung aufgetreten, den Kalten Krieg zu beenden. Im nächsten Monat wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Kongreß veranstalten. Werden ihre Führer sich mit den angeblichen taktischen Wahlvorteilen befassen oder werden sie dem Beispiel folgen, das die britische Arbeiterbewegung gegeben hat?

Es ist leicht, Unterstützung dadurch zu gewinnen, daß man laut die Militärtrommel rührt — lauter noch als Adenauer! Es wird nicht ganz so leicht sein, die Probleme zu lösen, die durch diesen Lärm geschaffen werden!

Der westlichen Sozialdemokratie ist sehr wenig Zeit verblieben, um sich aus dem Morast zu befreien, in dem sie sich gegenwärtig befindet. Die Konferenz von Scarborough eröffnet gewaltige Möglichkeiten für die Zukunft. Die nächsten Monate können darüber entscheiden, ob der Frieden gerettet, der demokratische Sozialismus neu belebt wird, ob dieser demokratische Sozialismus einen neuen Weg beschreitet, der die Menschheit von Not und Krieg befreien wird, oder ob er auf seinem verhängnisvollen, unfruchtbaren Pfad fortschreiten, die ganze Menschheit der jetzt schon drohenden Katastrophe ausliefern wird!

Heinz Kraschutzki

Das Volk der Helden und Feiglinge

Zu einer Aussprache-Woche, die die „Evangelische Akademie" in Berlin-Wannsee über das Thema „Unbewältigte Vergangenheit" veranstaltet hatte, kam auch Herr Generalbundesanwalt Dr. Güde nach Berlin. Mit seinem Vortrag „Unbewältigte Vergangenheit in der Justiz" bildete er den Schluß. Er trug wesentlich dazu bei, daß unsere Kenntnis über die jetzige moralische Höhenlage unseres Volkes vertieft wurde.

Kurz bevor Verjährungsfristen allem ein Ende machen, geht eine Welle von schweren Vorwürfen gegen die Justiz der Hitlerzeit durch die Presse, angeregt in erster Linie durch eine von dem Studenten Reinhold Strecker veranlaßte Sammlung grausamer Urteile. Der Herr Generalbundesanwalt hat sich mit diesem tapferen Studenten eingehend über die Sammlung unterhalten. Er sah sich in den letzten Monaten gezwungen, viele Hunderte von Urteilen aus jener trüben Epoche zu lesen.

Er sprach hierüber mit einer gewissen inneren Erregung, die ihn als Menschen ehrt. Er bekannte, er sei aufs tiefste erschüttert, daß Juristen, die auf den gleichen Universitäten studiert und die gleiche Vorbildung erhalten hatten wie er, solche Urteile hatten fällen können. Er stand nicht an, zu erklären, daß er es bereue, damals, als er selbst Richter war, nicht den Mut gehabt zu haben, alles hinzuwerfen und nicht mehr mitzumachen. Er ging noch weiter, er erklärte, daß er nach den Erkenntnissen, die ihm jetzt aufgegangen seien, niemals wieder Richter sein wolle, um nicht in die Lage zu kommen, nach derartigen Gesetzen richten zu müssen.

Mehrmals betonte er, daß ihn die Urteile gegen Polen fast noch mehr erschüttert hätten als diejenigen gegen Juden und andere Opfer des Hitlerreiches, weil er von der Sondergesetzgebung gegen die Polen wenig gewußt hatte. Er sprach von den Gesetzen, nach denen die Todesstrafe verhängt werden konnte und in unzähligen Fällen auch vollstreckt wurde, wenn ein Pole auch nur ein einziges Deutschland angeblich herabsetzendes Wort gesagt hatte, ja, er erwähnte einen Fall, in dem ein Pole zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, weil er angeblich einen Deutschen „herausfordernd angesehen" hatte. Aus der Versammlung heraus wurde gesagt, es sei bedauerlich, daß noch nicht von seiten des ganzen deutschen Volkes der Ruf erklungen wäre: „Verzeih, polnisches Volk!" Es wurde daran erinnert, daß die einzige Äußerung in dieser Richtung, die sich der Bundeskanzler Adenauer bisher einmal abgerungen hatte, leider in einer Form erfolgt ist, die bei den Polen große Empörung hervorrief.

Praktisch aber, betonte Herr Dr. Güde, käme bei dieser Nachprüfung nicht viel heraus. Man könne einen Richter nur dann wegen Rechtsbeugung belangen, wenn man ihm nachweisen könne, daß er das Recht b e w u ß t gebeugt hat. Dieser Nachweis ist aber kaum jemals möglich. Die Urteile lagen fast alle, leider, im Rahmen der damals gültigen Gesetze. Bei d i e s e n liege die Schuld! Nur eines könne und solle man tun: man solle Richter, die solche Urteile gefällt haben, von irgendwie verantwortlichen Stellen entfernen. Dies sei aber auch, wie Dr. Güde meinte, in ganz hohem Maße geschehen. Die allermeisten der belasteten Richter würden heute beim Grundbuch, bei Scheidungskammern und dergleichen beschäftigt, wo sie kein Unheil mehr stiften könnten.

Professor F r a e n k e l, Jude von Geburt, erklärte sich grundsätzlich nicht damit einverstanden, daß solche Richter sozusagen hinter dem Grundbuch versteckt würden. Solange sie überhaupt noch Richter sind, könnten sie, durch Beförderung z. B., doch eines Tages wieder auftauchen.

Ein aus dem Strafvollzug kommender Diskussionsredner machte darauf aufmerksam, daß es immer noch aus der Nazizeit schwer belastete Richter und Staatsanwälte gibt, die sogar wieder in der Strafjustiz tätig sind. Er erwähnte einen Fall, in dem ein Mann, der während des Krieges wegen einer Lappalie von zwei Kriegsgerichtsräten erst zum Tode, dann nach erfolgreicher Revision zu 15 Jahren verurteilt worden war, jetzt, als er wegen einer geringeren Straftat wieder vor Gericht stand, auf einen dieser beiden Herren stieß. Wo bleibt die moralische Wucht des Urteils auf den Rechtsbrecher, wenn dieser dem Richter oder Staatsanwalt zurufen kann: „Ich habe Unrecht getan, gewiß, aber nicht soviel wie Du, der Du mir damals nach dem Leben getrachtet hast!?"

*

Aber die Argumente des Generalbundesanwalts rührten an einen Punkt, der viel wichtiger ist, als es die nachträgliche Verfolgung schwer belasteter Richter und Staatsanwälte wäre. Wenn diese Herren Urteile gefällt haben damals, durch die unser Volk in schlechten Ruf geraten ist, wenn diese Urteile aber im Rahmen der damaligen Gesetze gelegen haben, dann sind also diese Gesetze schuld. Und mit ihnen diejenigen, die sie geschaffen haben. Wer war das? Wo sind sie heute?

Wir können den Rahmen weit oder eng fassen. Fassen wir ihn weit, dann gehören all diejenigen, die damals dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, zu den Hauptschuldigen. Denn erst dadurch wurde die weitere Spezial-Gesetzgebung möglich, die Rassengesetze, das Heimtückegesetz, die Polengesetze, auf die sich die Richter berufen konnten, als sie „von Rechts wegen" Menschen ins KZ oder an den Galgen schickten.

Wenn wir fordern, wenn auch der Generalbundesanwalt es für erforderlich hält, daß Richter, die grausame Urteile gefällt haben, von verantwortlichen Posten ferngehalten werden, wie steht es dann mit den weit mehr verantwortlichen Gesetzgebern? Sollte man nicht eine solche Forderung auch auf sie ausdehnen?

Man hat es nicht getan! Manche von denen, die damals dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, durch das der Unrechtsstaat H i t l e r s erst seine „legale" Basis bekam, sind im neuen Staat, in der „Demokratie", wieder in hohe, sehr einflußreiche Stellungen aufgestiegen. Bis zum Bundespräsidenten!

Wenn es bei den Gesetzgebern so wäre, wie es der Herr Generalbundesanwalt von den Juristen behauptet, daß die Schuldigen alle in wenig einflußreichen und untergeordneten Stellungen säßen, dann könnten wir vielleicht immer noch, in sehr großzügiger Milde, uns auf den Standpunkt stellen: laßt sie laufen, laßt Vergangenes ruhen, Schwamm drüber! Aber es ist ja nicht so,

und unwillkürlich kommt uns hier sofort der Name Globke vor die Augen. Daß er den Kommentar zur Gesetzgebung gegen die Juden geschrieben hat, ist unbestritten. Es ist ein sicheres Geschäft, einen Kommentar zu schreiben. Alle Rechtsanwälte, alle Behörden müssen ihn kaufen. Herr Globke hat also an der Verfolgung der Juden Geld verdient. Neuerdings ist bekanntlich in Ost-Berlin die Personalakte des Herrn Globke aufgetaucht, aus der hervorgeht, daß er diese Gesetze nicht nur kommentiert hat, sondern daß er an ihrer Ausarbeitung maßgeblich beteiligt war. Er ist dafür gelobt und befördert worden. Er hat auch die Verordnungen formuliert, durch die die Anwendung all dieser Gesetze auch auf Österreich, die Tschechoslowakei und das Memel-Gebiet vorgeschrieben wurde.

Da die Akte im Osten aufgetaucht ist, wird im Westen, wie immer in solchen Fällen, behauptet, das stimme alles nicht. Widerlegt worden ist aber die Behauptung, daß Herr Globke einer der verantwortlichen Gesetzgeber gewesen ist, bislang noch nicht. Das könnte, bei der Schwere der Beschuldigung, nur in einem Gerichtsverfahren geschehen. Könnte vielleicht Herr Dr. Güde, der in seinem Vortrag bewiesen hat, daß die Gesetzgeber mehr Schuld hatten als die ausführenden Organe, hier die Initiative ergreifen? Oder reicht sein Arm nicht so hoch hinauf?

Herr Globke sitzt immerhin nicht versteckt hinter einem Grundbuch, er sitzt unmittelbar vor einem Bundeskanzler.

*

Haben wir eigentlich eine Garantie dagegen, daß nie wieder eine solche „legale" Grundlage für Unrecht und Willkür geschaffen werden kann? Aber die heutigen Gesetzgeber sind ja schon wieder an der Arbeit! Jetzt wollen sie ein „Notstandsgesetz" schaffen, weil sie glauben, ohne ein solches hätten sie noch nicht genug Macht, um gegen Andersdenkende mit polizeilichen oder gerichtlichen Mitteln vorzugehen. Was ist das anderes als ein neues Ermächtigungsgesetz? Man sucht uns zu beruhigen, man sagt, wir sollten doch Vertrauen haben, daß diejenigen, die diesmal diese Gesetze handhaben werden — die Herren Gerhard Schröder und Franz Josef Strauss z. B. —, bestimmt niemals ihre Vollmachten überschreiten würden, daß ihnen nicht zuzutrauen sei, mit willkürlichen Verhaftungen oder grausamen Urteilen gegen diejenigen vorzugehen, die ihre politischen Ziele nicht billigen.

Aber wir, die wir die Vergangenheit vielleicht nicht bewältigt, die wir aber doch glauben, sie verstanden zu haben, wir haben dieses Vertrauen nicht. Wir fürchten, daß hier erneut ein Schleusentor sich öffnen könne, durch das sich eine Welle von Willkür und Unrecht auf uns wälzen wird, um uns zu ersticken.

*

Aber selbst ohne Ermächtigungsgesetz oder Notstandsgesetz: die Frage der Gesetzgebung ist auch bei den „normalen" Gesetzen noch nicht erledigt. Viele der Menschen, die in den zwölf Jahren der Hitlerzeit schwer gelitten haben, sind nicht durch Sondergesetze verurteilt worden, sondern durch Paragraphen des Stafgesetzbuchs, das 1871 in Kraft trat und heute noch in Kraft ist. Auch dieses Gesetzbuch bildet einen sehr weiten Rahmen, innerhalb dessen viel Unrecht geschehen kann. Niemand hat sich bisher, nach der rechtlosesten Zeit, die wir erlebt haben, in den seither vergangenen fünfzehn Jahren die Mühe gemacht, das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung einmal daraufhin nachzuprüfen, ob nicht einige der darin enthaltenen Bestimmungen den international anerkannten Menschenrechten widersprechen. Ich könnte solche Gesetze nennen!

Menschen, die damals verurteilt wurden, hatten kein Mittel, zu ihrem Recht zu kommen. Die Justiz hielt sich für absolut unfehlbar. Wie steht es damit heute?

Es gibt in der Strafprozeßordnung einen § 359, der die Wiederaufnahme rechtskräftig abgeschlossener Verfahren regeln soll. Jeder Anwalt, jeder andere Mensch, der jemals versucht hat, an einer Wiederaufnahme mitzuwirken, weiß, daß dieser freundlich aussehende Paragraph nur auf dem Papier steht. Die Hindernisse, die er dem einsam in seiner Zelle sitzenden Menschen im Kampf um sein Recht in den Weg legt, sind einfach unüberwindlich. Die Praxis der Anwendung dieses Paragraphen ist noch schlimmer als er selbst.

Unrecht geschieht also weiter. Wir wissen, Irrtümer kommen vor, und nicht daraus soll der Justiz ein Vorwurf gemacht werden, daß sie sich mitunter irrt. Wohl aber muß man ihr den massiven Vorwurf machen, daß sie sich hartnäckig dagegen wehrt, jemals einen Irrtum zuzugeben, ein Unrecht wieder gut zu machen.

Spricht man mit Juristen darüber, so geben sie — manche wenigstens — zu, daß der Paragraph schlecht und unzulänglich ist. Ist das eine Entschuldigung? Was tut ein Ingenieur, der eine Brücke bauen soll, wenn er erkennt, daß man ihm mangelhafte Werkzeuge und minderwertiges Material zur Verfügung gestellt hat? Er weigert sich, damit zu arbeiten, weil er die Verantwortung nicht übernehmen kann. Was haben die Juristen getan in den letzten 89 Jahren, um die Mängel der Gesetzgebung, durch die Menschenrechte verletzt wurden, zu beheben? Sie haben sehr wenig getan. Die Mangelhaftigkeit der Gesetze kann nur dann eine Entschuldigung für die sie anwendenden Richter sein, wenn sie sich ernstlich bemüht hätten, sie zu ändern. Das haben sie während des Dritten Reiches nicht getan, das tun sie noch heute nicht.

Aber während der Aussprache mit dem Generalbundesanwalt Dr. Güde in der Evangelischen Akademie in Berlin fiel noch ein Wort, das geeignet gewesen wäre, eine noch viel ernstere Frage aufzurollen. Leider fiel es unter den Tisch, wurde nicht beachtet, niemand ist darauf eingegangen. Als er von der Unmöglichkeit sprach, Richter dafür zur Verantwortung zu ziehen, daß sie die nun eben einmal in Kraft befindlichen Gesetze anwandten, da sagte Dr. Güde:

„Schließlich müssen wir doch bedenken, daß ein Richter, wenn er die einmal bestehenden Gesetze nicht angewendet hätte, mindestens ein Disziplinarverfahren riskiert hätte."

Allerdings! Und ein Disziplinarverfahren, das ist etwas sehr Schlimmes! Da ist es schon bequemer, man verurteilt ein paar Dutzend Juden oder Polen zum Tode, nicht wahr?

War es so? Ja, so war es! Und hier stehen wir, die wir zu diesem deutschen Volke gehören, mal wieder vor dem Unbegreiflichen, das in seiner Seele liegt, und das auch die anderen Glieder der europäischen Völkerfamilie niemals ganz verstehen können.

Nicht Tausende, nein, Millionen aus diesem Volke der Deutschen haben im letzten Kriege ganz andere Dinge riskiert als nur ein Disziplinarverfahren. Sie haben es riskiert, ihr Leben zu verlieren, oder gar, schlimmer als das, blind, verstümmelt, geisteskrank weiter zu vegetieren. Mit einem „Heroismus", der gesund denkenden Menschen unbegreiflich scheint, haben sie noch „für den Endsieg" gekämpft, als keiner von ihnen mehr daran glaubte, haben sie noch „Verräter" aufgehängt, in Brettheim und anderwärts, als nichts mehr zu verraten war. Sie waren nicht feige, die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs, ganz gewiß nicht.

Aber wie viele waren es denn, die, um nicht ihr Gewissen mit schreiendem Unrecht zu belasten, ein Disziplinarverfahren, eine Strafversetzung, eine Entlassung aus der Stellung, oder gar Gefängnis und Tod riskierten? Die mutig

waren, wo es um innere Sauberkeit ging, um ein Ziel, das einen hohen Einsatz wert war? Waren es ein paar hundert? Oder übertreibe ich da schon?

Gewiß, es gab viele Opfer, Hunderttausende, vielleicht Millionen. Aber Opfer sein, nichts als Opfer allein, ist ein Schicksal, ist noch kein Verdienst. Wie viele gab es, die sich ganz bewußt, auf jedes Risiko hin, opferten, wie der Zahlmeister Stöhr, der gleich zu Anfang den Kriegsdienst verweigerte und deswegen in Berlin erschossen wurde? Wie Professor Huber und die Geschwister Scholl in München? Es waren wenige nur. Zu wenige!

Wie ist es zu erklären, daß in demselben Volke der Deutschen so viele mutig waren in Uniform und so viele feige waren in Zivil? Was verbindet eigentlich die einen mit den anderen? Beide, die Mutigen hier und die Feigen dort, verband eines: sie gehorchten beide einem Befehl! Der Befehl lautete für die einen, daß sie sterben sollten. So starben sie. Er lautete für die anderen, daß sie ihr Gewissen verraten und unschuldige Menschen verurteilen sollten. Sie verrieten ihr Gewissen.

„Befehl ist Befehl!" schnarrten die einen, die die Macht hatten. „Ich tue ja doch nur meine Pflicht!" stammelten die anderen und gehorchten. So war das. Und wie wäre es heute, wenn neue Befehle kämen? Man wagt es kaum, die Frage zu stellen.

Doch wir können hoffen. Es wären sicherlich weniger, die willig in den Krieg ziehen würden, um zu morden. Es wären gewiß mehr, die entschlossen wären, lieber alles zu verlieren als ihre Selbstachtung.

Aber — es würde nicht genügen! Wir sind noch nicht so weit, daß wir unserem eigenen Volke vertrauen können. Und hier liegt unser tiefstes Problem, unsere unbewältigte Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Buchbesprechungen

Medizin ohne Menschlichkeit

Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Herausgegeben und kommentiert von A. Mitscherlich und F. Mielke. Fischer-Bücherei Nr. 332.

Der Titel dieses zuerst 1949 erschienenen, jetzt dankenswerterweise in die Fischer-Bücherei übernommenen und einem breiteren Publikum zugänglich gemachten außerordentlich wichtigen Buches ist keine geringe Anklage. Diese Dokumente zum Nürnberger Ärzteprozeß zeigen, wohin gewisse menschliche Triebkräfte führen, wenn sie sich von jeder äußeren oder inneren Kontrolle befreien. Mitscherlich kommt diesem abgründigen Geheimnis in seinem Vorwort „Von der Absicht dieser Chronik" mit psychologischer Meisterschaft auf die Spur. Bei der Lektüre stellt sich die erschütternde Überzeugung ein, daß die Indikationen zu den Experimenten medizinisch so einfältig wie menschlich ungeheuerlich sind. Hier waren Menschen am Werk, die „nicht als Monstren zur Welt kamen, die vielmehr oft in ziemlich unauffälliger Weise mit geläufiger Begabung es zu Fachkenntnissen und begehrten Stellen

in unserer Gesellschaft brachten, ehe sie die erworbenen Fähigkeiten der Menschlichkeit narkotisch lähmten und in eine weltzerstörerische Trieblust zurücksanken."

Auf Seite 13 findet Mitscherlich die großartige Formel: „Die Tatsache ist unbezweifelbar, daß die Herrschaft des Hitler, bei *ihm beginnend, in der Spitze und in der* Endstrecke bei den (auch akademisch gebildeten) Folterknechten, verbrecherisch war. Beängstigend unklar ist die Funktion der breiten Zwischenschicht. Es ist klar, daß ohne ihre Bereitwilligkeit, Duldung, Gefühllosigkeit verbrecherische Planung und verbrecherische Exekutive nie hätte zusammenspielen können."

Was haben wir da für eine Zensur erhalten, wir M i t l ä u f e r ! Sind wir sicher, daß dieses schwerwiegende geschichtliche Urteil in uns einen Charakterwechsel, *einen Gesinnungswandel fördert?*

Die Erscheinungen unserer vorgeblichen „moralischen Aufrüstung" und die Etappen unserer Entwicklung seit 1949 lassen nicht einmal Optimisten zu der zuversichtlichen Feststellung gelangen, es habe sich bei uns und in der übrigen Welt so etwas wie eine Bekehrung und Läuterung auch nur angemeldet!

Was für Figuren auf dem Schachbrett der Politik kann man dem instinktlosen deutschen Volk in der Bundesrepublik bereits wieder zumuten, sei es mangels eigener Menschenkenntnis, sei es aus Zynismus! Mit einem blauen Auge davongekommene Auftraggeber von, für viele Opfer lebensgefährlichen, Unterdruckkammerversuchen genießen heute wieder Verwendung in amtlichen Stellen, Euthanasie-Propagandisten und Mörder werden unter der unehrlichen Anklage der — vermeintlichen — bloßen „Beihilfe zum Totschlag" (Kultur und Gesellschaft 5/6, 1960) geradezu animiert, mit erhobenem Haupt im Gerichtssaal zu erscheinen. Lethargie der Ausgehöhlten, Phlegma der Satten, eine bequeme, alle Menschlichkeit beleidigende Nachsicht haben sich ausgebreitet. Sie züchten eine dumpfe, jeder selbständigen Idee und aller Verantwortlichkeit ermangelnde reaktionäre Gesinnung, die sich am Gängelband westlicher Propaganda hinter einem Stacheldraht von unfruchtbaren Ressentiments gegen den Osten isolieren läßt, im übrigen in der ganzen Welt sich bereits wieder reichlich verdächtig und unbeliebt macht, weil sie immer tiefer in den Sumpf nazistischer Ideologien zurückpatscht.

All das macht diese Chronik der Unmenschlichkeit deutlich. Sie erspart uns nichts — und das ist gut so! Deutsche Ärzte verfielen im zweiten Weltkrieg auf die Idee, unter dem Vorwand notwendiger Studien zur Rettung in Seenot geratener Menschen ausgemergelte, unterernährte *Häftlinge gegen ihren Willen zu Tode zu* martern. „Die Versuchspersonen brüllen, wenn sie frieren", berichtete der Experimentator. Darum werden sie von den übrigen Gefangenen abgetrennt. Wo ist noch Selbstachtung, wenn man bei lendenlahmer stotternder Rechtfertigung von „Freiwilligkeit" der Versuche spricht? War das Brüllen der bedauernswerten armen Teufel noch als Einwilligung zu deuten, wenn auch vor dem Versuch eine Zustimmung abgezwungen, abgegaunert worden war? Ging mancher den Schinderknechten auf den Leim, weil ihm nach lebend überstandenem Kälteversuch die animalische Wärmespende eines anderen armen Wesens winkte, das ihn mit seinem Erbarmen und jungen Leib in's Leben — in was für ein Leben! — zurückrufen und ‚beglücken' sollte?

Was soll man sagen, wenn die Naivität des Vollstreckers höherer Henkerswünsche ihn von einer akademischen Laufbahn als Lohn für seine perverse Neigung träumen ließ? Was glaubte er „entdeckt" zu haben, wenn ein nahezu Erfrorener am warmen Körper einer Frau angeschmiegt wieder auftaute? Die meisten der Mißbrauchten blieben indes, gewissermaßen aus Konsequenz, „kühl". Ist es so schwer für einen Mediziner, mit einer rein logischen Gedankenarbeit allein zu ermitteln, was beim Warmblüter in Erscheinung treten wird, wenn Rigor und Tremor, herabstürzende Eigenwärme den Kreislauf blockieren? Man kennt doch die Wirkung von Viskositätszunahme auf Flüssigkeiten. Herzkraft erlahmt infolge erhöhten Widerstandes, und die Zellen des gesamten Körpers erliegen der Autointoxikation, Erstickung.

Was für die Eiswasserexperimente gilt, das gilt auch für die Unterdruckkammerversuche. Sie sind sachlich borniert und allein bösartig. Diskriminierten, durch hochmütige Behandlung beleidigten Menschen kann man nicht Bereitschaft für Experimente ablisten, die rein militärischen und anderen sinnlosen Unternehmungen dienen sollen. Die Versuchsanordnungen rechneten von vornherein mit „terminalen Ausgängen", zielten offenkundig darauf ab, denn man war neugierig auf die Resultate der Sektio-

nen. Auch sie liefen auf sadistische Orgasmen hinaus und können nur als Zerrbilder wissenschaftlicher Bemühungen angesprochen werden. Einen militärischen Vorsprung gar damit zu gewinnen, kann sich nur eine teils recht naive, teils unbescheidene Phantasie erträumen. Auch mußten außerdem diese Opfer neben der permanenten Kränkung bitterste körperliche Vernachlässigung erdulden, waren somit in einem schlechten Gesamtzustand, der die erste Fehlerquelle für unexakte Resultate bedeutet. (Siehe dazu Seite 213, wo im Text näher auf das Schattenhafte der Elendsgestalten eingegangen ist.) Es ist davon die Rede, daß selbst dem unheimlichen Mann mit dem etwas schwammigen Körper und dem Antlitz ohne Gnade langsam Bedenken aufstiegen, wie all dies sich auswirken könnte, wenn ... Es gruselt einen, wenn man Tausenden das seelische Rückgrat gebrochen hat!

Als das Euthanasieprogramm und Massensterilisationen, der Hungertod unerwünschten kranken Nachwuchses mit systematischen Portionenverkleinerungen in ein allgemeines Rechts- und Sittendelirium auszuarten drohten, griff bei den sensibleren, mit nicht ganz ausgerenktem Gewissen davongekommenen Nazigrößen so eine Art Götzendämmerung um sich.

Das Problem der Euthanasie war infolge Blutrauschs und Disziplinknacks untergeordneter Vollzugsinstanzen nicht nur dem ärztlichen Befugnisbereich entglitten, sondern auch auf nicht kranke Ausländer und Juden ausgedehnt worden, ein Verlauf, der die Urheber schreckhaften Träumen und lähmendem Erwachen auslieferte. Es nahmen jetzt — gehorsam den allen Schreckensherrschaften innewohnenden Auflösungstendenzen — vorlaute Diadochen, Laienprofosse mehr und mehr eigenmächtig die Gelegenheit zur Tötung schuldloser Menschen wahr. Wie immer, wenn etwas Ungeheuerliches in's Werk gesetzt wird, bringen destruierende Kräfte dasselbe um so schneller zu Fall, als ihm wahre Sittlichkeit nicht innewohnt und niemanden zuverlässig verpflichtet.

Gegenseitiges Sichvorwerfen eigenmächtigen Handelns, gegenseitiges Voneinanderabrücken, Ausreden vor Gericht verdüsterten die beschämende Szenerie. „Zuweilen war der Ekel vor so viel akademisch aufgezäumter Eloquenz zur Verharmlosung ihrer Rolle kaum erträglich."

Der mit Fleckfieberexperimenten operierende Professor aus Straßburg beschwerte sich über das brüchige Material an Menschen, das ihm zur Verfügung stand, und begehrte junge gesunde Menschen. Das technische Personal äußerte sich dem Assistenten gegenüber unwillig über die anlaufenden Versuche mit künstlichen Infektionen und anschließenden Serumeinspritzungen, zu denen es wenig Vertrauen hatte. Der Arzt entdeckte das aufsteigende Mitleid, beschwichtigte es mit dem Bemerken, zu den Versuchen würden nicht mehr Häftlinge benützt, sondern Polen, und die seien ja eigentlich keine Menschen. Wie viel Ballast an Kenntnissen, wie viel Menschengüte ist abgeworfen, um nach einem Studium auf Hochschulen so abgerissen dazustehen? Mußte sich nicht der ärztliche Stand noch am nachdrücklichsten gegen eine stupide, lediglich triebgesteuerte Rassenpolitik und Völkerverhetzung zur Wehr setzen, um sich nicht gleichsam genotzüchtigt, um das erste und letzte Wort der Zuständigkeit geprellt vorzukommen? Fehlte es an Mut zur offenen Opposition, so hätte doch passiver Widerstand einer Berufsgruppe, die im Volk nicht geringes Ansehen genießt, das Regime unsicher machen können. Dazu bedurfte es noch nicht einmal des Heroismus,

Was trat während des Nürnberger Ärzteprozesses ans Tageslicht, daß sich die Augen der Welt so gespannt dorthin wandten? Ungeheuerlichkeiten, von Menschen begangen, erregten das Entsetzen der Menschheit, die in einen Abgrund von Gefahr blickte. Was war geschehen? Forscher hatten sich vergriffen. Sie hatten die Gelegenheit für gekommen erachtet, ihre Artgenossen anzufallen. Das nennen die anderen, die Angefallenen, ein Verbrechen. Denn als Objekt solcher Praxis hielt man anderes Leben für „vorgesehen"!

Das ganze Programm höchst problematischer Medizin wie Neulandchirurgie, Seuchenbekämpfung, Sterilisation, Euthanasie, Eugenik mußte entrollt werden, weil die Angeklagten freies Feld — selbst für gewalttätiges Vorgehen — glaubten ungestraft betreten zu können. (Es soll dabei nicht unterschlagen werden, wie abstoßend unzart man mit den weiblichen Häftlingen verfuhr, selbst den bescheidensten Abglanz ritterlicher Denkweise preisgab!) Der Mensch erscheint durchaus imstande, Gottes Schöpfung zu deformieren, sich selbst aufs höchste zu gefährden, gerade durch

die ungeheuren Errungenschaften seiner Ratio. Doch es scheint widersinnig, daß der Weltenschöpfer sein Werk sich gefährden läßt. So dürfen wir wohl im Gewissen eine Einrichtung sehen, die in ihrer Erhabenheit sogar als Gottesbeweis gelten kann. Eine Welt des Zufalls ohne Geist, eine allein am „Recht des Stärkeren" orientierte Menschheit haben jene „Medizin ohne Menschlichkeit" hervorgebracht. Die Dokumentation Mitscherlichs ist ein Alarmruf von durchaus unverminderter, grundsätzlicher Aktualität. Die Spuren jenes Ungeistes, von dem sie zeugt, warnen. Die Vergangenheit, der sie angehören, lebt weiter in der deutschen Gegenwart, und sie wird nur dann unsere Zukunft nicht mitbestimmen, wenn Bücher wie dieses nicht nur beredet, sondern ernst genommen, wenn aus ihnen praktische Konsequenzen gezogen werden.

Dr. med. Erich Maerker

Das neue Zeitalter und das Jahr Null

Günther Anders: „Der Mann auf der Brücke", Tagebuch aus Hiroshima und Nagasaki. München 1959, C. H. Beck-Verlag, 244 S., kart. DM 8,80.

Auf einer der Hiroshimabrücken steht einer, der singt und in die Saiten greift. Blickt ihn an. Wo Ihr sein Gesicht erwartet, da werdet Ihr kein Gesicht finden, sondern einen Vorhang: Weil er kein Gesicht mehr hat. Und wo Ihr seine Hand erwartet, da werdet Ihr keine Hand finden, sondern eine stählerne Klaue: Weil er keine Hand mehr hat.

Solange es uns nicht gelingt, das zu erreichen, was zu erreichen wir hier zusammengekommen sind: Die Gefahr zu bannen, die, als sie zum ersten Mal losbrach, zweihunderttausend mit sich nahm, so lange wird dieser Roboter auf der Brücke stehen und singen. Und solange er auf dieser Brücke stehen wird, so lange wird er auf allen Brücken stehen, die in unsere gemeinsame Zukunft führen sollen. Als Schandfleck. Und als Bote.

Erlösen wir den Mann von seinem Amt. Tun wir das Nötige, um ihm sagen zu können:

„Du bist überflüssig geworden. Du darfst abtreten."

Diese seine Schlußworte auf dem „IV. Internationalen Kongreß gegen Atom- und Wasserstoffbomben und für Abrüstung", Tokio, 20. August 1958, stellt Günther Anders seinem „Tagebuch aus Hiroshima und Nagasaki: „Der Mann auf der Brücke" als Prolog voran. Das ist wohl eines der Bücher, die uns heutige Menschen am konsequentesten vor die Frage, die Kardinalfrage überhaupt, stellen, nämlich: wie wir „nach dem Jahre Null" zu leben gedenken.

Bei der Betrachtung der bisherigen Geschichte der Menschheit stoßen wir auf einige entscheidende Wendepunkte. Uns Abendländern ist am geläufigsten das Jahr Null zwischen ante und post Christum natum. Was uns dabei aber selten ganz zum Bewußtsein kommt, ist, daß es sich bei solchen Markierungen nie um ein Jahr oder gar um Silvesterabend und Neujahrsmorgen gehandelt hat, sondern um oft jahrhundertelange Wende-Zeiten. Weiter übersehen wir leicht, daß die Wendung nicht durch Glockenschlag oder, modern gesagt, durch Radiomeldung bekanntgegeben wurde, sondern daß sie stets zuerst nur von wenigen gespürt, geahnt und erst sehr allmählich von den vielen erkannt wurde. Endlich: Stets zogen nur wenige früh genug die Konsequenzen aus ihrer Einsicht, ja, viel häufiger hatten in solchen Zeiten die „Altmodischen" das „Heft in der Hand". In dem Gedicht von Bert Brecht „Die neuen Zeitalter" heißt es: „Die neuen Zeitalter beginnen nicht auf einmal. / Mein Großvater lebte schon in der neuen Zeit / Mein Enkel wird wohl noch in der letzten leben. / Das neue Fleisch wird mit den alten Gabeln gegessen. / Die selbstfahrenden Fahrzeuge waren es nicht / Noch die Tanks / Die Flugzeuge über unsern Dächern waren es nicht / Noch die Bomber. / Von den neuen Antennen kamen die alten Dummheiten. / Die Weisheit wurde von Mund zu Mund weitergetragen."

Welches „Jahr Null" könnte man wählen für unsere Weltwende? Günther Anders setzt entschlossen das Jahr 1945, das Jahr des Abwurfs der ersten Atombombe, ein. Wir meinen: mit Recht. Denn der Blick auf diese zeichenhafte Tat und ihre Folgen kann uns immer wieder herausreißen aus unserer Lethargie, aus unserem gemütlichen Dahindämmern im blinden Gefühl, wir lebten im Jahr 1960 post Christum natum.

Noch einmal: das ist ein erregendes, ein aufrüttelndes, aufschreckendes, wachrufen-

des Buch. Es fällt dem Rezensenten schwer, an sich zu halten und nicht seitenweise zu zitieren. Er kann nur einiges aufzählen, um sein „Nimm und lies und bewege diese Worte in deinem Herzen" zu bekräftigen. Schon beim Flug nach Japan über dem Eismeer und über Alaska macht sich Anders Gedanken über die „Probeflüge" mit den neuen Bomben und das Verhältnis zum „Ernstfall". Dann nimmt der Philosoph als Namenloser „mit allen Wachstumsschmerzen der Globalität" zusammen mit Menschen verschiedener Bildungsgrade, Schichten und Rassen — „ein Mikromodell der neuen Menschheit" — teil an der Friedensprozession zum Grabe Kuboyamas, jenes Kriegsopfers mitten im sogenannten Frieden: er starb als Opfer des Bikini-Bombentestes. Der Anruf Hiroshimas erfolgt ganz anders, als er erwartet hatte: nicht durch die ruinöse Zerstörtheit sondern durch die überraschende „Zerstörung der Zerstörung" in der global-uniform wiederaufgebauten Stadt. Er besucht die Bombenopfer in den Krankenhäusern. Er denkt nach über die Technisiertheit der neuen Welt, über den Aufbruch der „Exoten", über „Blutbäder als Drohgesten gegen einen Dritten, Tote als Drohmaterial", denn „vergiß nicht: Nicht mehr im letzten heißen Krieg ist dieser Schlag gefallen, sondern, unter Benutzung der Chance des noch nicht ganz erkalteten, bereits auf der Schwelle zum ‚kalten' Krieg". Er nimmt in sein Tagebuch beispielhafte Gespräche auf, so das eines japanischen Historikers mit einem amerikanischen Geschäftsmann oder eines dänischen Reisenden mit ihm selbst beim Rückflug, über „die Rechtfertigung der atomaren Drohung, die Bedrohung der freien Welt durch den Totalitarismus, über das ‚Opfer', das die ‚freie Welt' angeblich bringen müsse, ohne zu wissen, wenn das Opfer gebracht werden soll" (womit er auf den dunkelsten Punkt des Buches seines Kollegen Jaspers eingeht). Das Buch schließt mit seinem Brief an einen der Hiroshima-Piloten und dessen Antwort.

Es gibt kaum eine zugehörige Frage, die nicht angeschnitten wird, bis zu der nach dem Hintergrund der „vernebelnden Vokabeln Atom-Waffen und Krieg": „Ohne das Hohngelächter der Mitwelt zu fürchten, sollten wir daher, wo immer das Wort Krieg erwartet wird, das Wort Untergang einsetzen: also von ‚Untergangsministerien' sprechen, von ‚Untergangsstrategie', von ‚Verteidigungsuntergängen', und uns selbst als ‚Untergangsdienstverweigerer' bezeichnen."

Zum Schluß einige Sätze aus der Einleitung: „Die nicht mehr erreichbare Küste des vor-atomaren Zeitalters, die ist wirklich exotisch geworden. Politik findet nun innerhalb der atomaren Situation statt. Ob wir Heutigen und Morgigen imstande sein werden, uns überhaupt durchzubringen, das ist ungewiß. Wir sind ja bereits soweit, daß nicht unser Verschwinden ein Wunder sein würde, sondern unser Fortbestand, und zwar ein miraculum perpetuum, das sich von Tag zu Tag immer neu zu vollziehen hätte. Diese Seiten sind durchaus nicht nur für diejenigen bestimmt, die ohnehin ahnen, worum es heute geht, und die ohnehin den Mut zur heute gebotenen Angst aufbringen. Sondern vor allem für diejenigen, die aus Angst vor diesem Mut diese ihre Angst als Mut ausgeben."

Gerhard Gollwitzer

Der Lehrer aus Ghana

Kwame Nkrumah: Schwarze Fanfare. Meine Lebensgeschichte.
Übersetzt von Ludwig Holzner, München, Paul List Verlag, DM 1,90 (List-Bücher Nr. 121).
Titel des englischen Originals: Autobiography of Kwame Nkrumah. Edinburgh, Thomas Nelsons & Sons Ltd., £ 1/10/ —

Es ist an sich schon reizvoll, die Memoiren eines noch im Amt befindlichen Regierungschefs zu lesen. Dieser Reiz wird noch erhöht, wenn es sich dabei um einen Mann handelt, der wie wenige andere das neue Zeitalter verkörpert, das am Horizont heraufzieht, das Zeitalter der farbigen Nationen: Kwame Nkrumah. In seiner Autobiographie fängt sich wie in einem Brennglas der Befreiungskampf seines Volkes. Nkrumah vermeidet dabei, die Geschichte dieses Kampfes in ein falsches Schwarz-Weiß-Schema abgleiten zu lassen: nicht alle Schwarzen sind gut und nicht alle Weißen Verbrecher, sondern er differenziert sehr genau, sowohl zwischen den Vertretern der Kolonialinteressen und den gutwilligen Europäern als auch zwischen den im Befreiungskampf stehenden Afrikanern und denen, die von der Aufrechterhaltung des Kolonialstatuts per-

sönliche Vorteile erwarten, wie etwa einige der Häuptlinge der nördlichen Gebiete Ghanas und der Provinz Ashanti.

Nkrumahs Autobiographie hat zwei Brennpunkte: den Kampf der Afrikaner um ihre Unabhängigkeit und Nkrumahs eigenen politischen Weg vom Volksschullehrer zum Premierminister des jungen Staates an der Goldküste. Jede Seite seines Buches macht deutlich, daß man diese beiden Dinge nicht von einander trennen kann. Nkrumahs ganzer Kampf galt (und gilt) der Abschüttelung der Kolonialherrschaft, und der Freiheitskampf seines Volkes hätte ohne diesen zielbewußten Politiker nicht den Weg nehmen können, der inzwischen zur Republik Ghana geführt hat. Gewiß mangelt es Nkrumah nicht an Selbstbewußtsein, und die Art und Weise, wie er gelegentlich mit Widersachern umgeht und sich in der Auseinandersetzung mit ihnen der emotionalen Begeisterung des Volkes bedient, entspricht nicht immer dem vornehmen britischen Ideal des „fair play". Aber hinter jedem Satz steht sein Verantwortungsbewußtsein: nichts bleibt übrig von der Vorstellung von dem egozentrischen Möchtegern-Diktator, die gewisse Leute immer wieder aufwärmen. Besessen geradezu von dem Kampf, den er zu führen hatte, steuerte er unbeirrt auf den 6. März 1957, den Unabhängigkeitstag der ehemaligen Kolonie Goldküste zu — aber nicht in blindem Fanatismus, sondern unter geschickter Ausnutzung aller ihm zur Verfügung stehenden legalen Möglichkeiten. Den „ersten schwarzen Politiker, der es vom Rebellen zu einem international anerkannten Regierungschef gebracht hat", nannte ihn nicht ohne Bewunderung Peter Grubbe in der „Welt". Er selbst sagt von sich: „Ich vertraute ganz und gar darauf, daß ich — was auch immer geschehen mochte — die volle Unterstützung des Volkes genoß. Und ich werde es niemals enttäuschen!"

Es ist ein nicht zu unterschätzendes Verdienst des List-Verlages, diese Autobiographie als Taschenbuch preiswert herausgebracht zu haben. Die deutsche Übersetzung ist jedoch leider absolut unzureichend ausgefallen. Ludwig Holzner scheint Afrika nur vom Hörensagen zu kennen und sich bei seiner Arbeit nur selten der Mühe unterzogen zu haben, nach dem Sinn des vor ihm liegenden Textes zu fragen. Ein Wappentier von der Art des Habsburger Doppeladlers heißt bei ihm ein „Adler mit zwei Köpfen und einem Bauch", die Tracht der nördlichen Territorien Ghanas wird zu einem „Frauengewand"; wenn er unvermittelt von der „Arbeiter-Partei" spricht, meint er die britische Labour Party, und so geht es 269 Seiten lang fort: Übersetzung ohne Verständnis, immer mit dem Lexikon in der Hand. Schade — dieses Buch wäre eine sorgfältigere Arbeit wert gewesen! pm

---

Erklärung

In der Glosse „Die Heiden vom Reims" (Heft 4/60) hat der Verfasser Simon Messer eine Reihe von Formulierungen gebraucht, die das Empfinden einiger katholischer Leser verletzt haben oder als unsachlich gerügt wurden. Hierzu stelle ich fest, daß sowohl dem evangelischen Autor, mit dem ich dieserhalb Rücksprache nahm, als auch mir, als dem für den Inhalt der „Blätter" verantwortlich Zeichnenden, jede Absicht der Verunglimpfung völlig fern lag.

Karl Graf von Westphalen

Erklärung

Aus Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes in sachlicher Auseinandersetzung in Opposition zur Politik der Bundesregierung stehend, liegt es uns selbstverständlich fern, den politischen Gegner zu diffamieren.

Wir nehmen deshalb die in dem Artikel von Dr. Josef Peters „Uber Korruption und ähnliches" (Heft 11/59) auf Grund einer nicht zutreffenden Information aufgestellte unrichtige Behauptung, „daß der CDU-Abgeordnete Siebel/Freudenberg für die Vermittlung von Rüstungsaufträgen an die Offenbacher Lederwaren-Industrie Geschenke im Wert von 56 000,— DM kassierte" mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Karl Graf von Westphalen

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zur Sammlung

Unabhängige Persönlichkeiten fordern Einigung aller Gegner der Außenpolitik der Bundesregierung auf ein außenpolitisches Alternativprogramm

Auf einer kürzlich in Frankfurt stattgefundenen Konferenz unabhängiger Persönlichkeiten wurde die Bildung einer neuen politischen Kraft gefordert, die im nächsten Bundestag der Stimme der nationalen Vernunft und Notwendigkeit Gehör verschaffen soll. In einem Aufruf werden alle Gegner der atomaren Bewaffnung und alle Befürworter einer deutschen Neutralitätspolitik aufgerufen, sich über ideologische und parteipolitische Schranken hinweg zu gemeinsamer Aktion zusammenzuschließen. In dem Appell, der von ca. 50 Persönlichkeiten unterzeichnet ist, heißt es u. a.: „Die deutsche Öffentlichkeit muß sich darüber klar sein, daß es eine parlamentarische Opposition in den Fragen, die das deutsche Schicksal entscheiden, nicht mehr gibt." Die Unterzeichner fordern die Einigung aller Gegner der Außenpolitik der Bundesregierung auf ein außenpolitisches Minimalprogramm. Die Hauptpunkte dieses Programms sind: Stop der atomaren Bewaffnung; atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; Verhandlungen zwischen beiden deutschen Teilstaaten über Rüstungsverminderung und militärische Neutralität; Wahrung der Normen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. D. Red. Der Appell hat folgenden Wortlaut:

Nach dem Ende des furchtbaren zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes erhoffte die Mehrheit des deutschen Volkes ein Deutschland des Friedens und der Freiheit. Seit 1949 vertraute der größere Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik den Versprechungen und Beteuerungen der Regierung Adenauer; sie erwartete von ihr, daß sie jene Hoffnungen auf ein neues Deutschland erfüllen würde.

Die Regierung Adenauer versprach eine Politik des Friedens und der Sicherheit. Was ist daraus geworden?

Fünfzehn Jahre nach Kriegsende droht unserem Volk erneut tödliche Gefahr. Durch die atomare Rüstung wird die Existenz unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Die Bundesrepublik beteiligt sich am Wettrüsten; sie forciert es. Die internationalen Spannungen können dadurch nur verschärft werden. Eine Fortsetzung dieser Politik kann nur in einem atomaren Weltkrieg enden, der mit Sicherheit den Untergang Deutschlands bedeuten würde. Die Bundesregierung weigert sich, sich an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu beteiligen. Sie lehnt es ab, mit der anderen deutschen Regierung über Rüstungsverminderung und Entspannung der Lage in Deutschland zu verhandeln. Damit wird die Gefahr eines deutschen Bruderkrieges heraufbeschworen.

Die Bundesregierung versprach, die Einheit herbeizuführen. Was ist daraus geworden?

Entgegen den Warnungen aller Einsichtigen gab sie der Aufrüstung den Vorrang vor den Bemühungen um die Wiedervereinigung. Alle Chancen, dem staatlichen Auseinanderfall Einhalt zu gebieten, sind bewußt zugunsten des Eintritts in das westliche Militärbündnis ausgeschlagen worden. Heute existieren auf

deutschem Boden zwei Staaten, die in militärischer Frontstellung einander gegenüberstehen. Der Graben, der durch unser Volk geht, vertieft sich. Die Wiedervereinigung ist ferner gerückt und schwieriger geworden denn je.

Die Bundesregierung ging und geht den Weg der Rüstung mit der Behauptung, es gelte, einen militärischen Überfall des Ostens zu verhindern. Wäre ein solcher Überfall jemals beabsichtigt gewesen, dann wäre er vor oder zu Beginn der westdeutschen Aufrüstung erfolgt. Hieß es 1948/49 noch: wir verzichten auf Armee und Rüstung, so hieß es wenige Jahre später: wir brauchen eine Armee, aber wir verzichten auf atomare Bewaffnung. Heute fordern Bundeswehrgenerale atomare Vernichtungsmittel! Was werden sie morgen fordern? Die Generale sprechen „vom Krieg in unserer Zeit"; sie verlangen, die Bundesrepublik dürfe nicht neutral werden. Theorien über Möglichkeiten eines „begrenzten Krieges" werden erörtert. Die „psychologische Kriegsführung" wird immer mehr intensiviert. Atommanöver und Luftschutzmaßnahmen sollen die Bevölkerung an den „Ernstfall" gewöhnen und ihr vortäuschen, im „Kriegsfall" wäre ein Überleben möglich. Minister Strauß erklärte auf dem Eucharistischen Kongreß: dafür sind wir Soldaten, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche übergeht.

In Übereinstimmung mit den Generalen fordert die Bundesregierung ein „Notdienstgesetz", das die totale Erfassung von Männern und Frauen zum Kriegsdienst ermöglichen soll. Sie plant eine Verfassungsänderung, die es ihr erlauben würde, mit einfacher Mehrheit die demokratischen Grundrechte unter einem beliebigen Vorwand außer Kraft zu setzen, mit einem Ausnahmerecht zu regieren und auf legalem Wege ein diktatorisches System zu errichten. Von „Verrätern" wird bereits wieder gesprochen; alle Gegner der Aufrüstungspolitik werden als „Kommunisten" denunziert und diffamiert. Demokratie und Freiheit drohen im Zuge der allgemeinen Militarisierung zu ersticken; sie werden heute gerade von denen gefährdet, die vorgeben, sie verteidigen zu wollen.

So kennt die Bundesregierung offenbar nur noch das Ziel der Ausrichtung auf den „Ernstfall". Ja, sie scheint sich auf diesen einzurichten; gerade dadurch beschwört sie ihn herauf.

Was ist zu tun?

Wie lange wollen wir noch zusehen, daß eine Politik hart am Abgrund des Krieges gemacht wird! Sollen wir Deutsche nach der verlorenen Einheit nun auch noch die physische Existenz unseres Volkes aufs Spiel setzen? Das ist die Frage, vor die alle Deutschen gestellt sind. Die einzige Möglichkeit, unser Volk vor dem Untergang zu bewahren, besteht darin, mit der Politik der Aufrüstung und des Nichtverhandelnwollens Schluß zu machen. Einen anderen Weg zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht. Deutschland hat nur dann eine Zukunft, wenn die Politik, von der es geführt wird, den Krieg ausschaltet.

Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West, die Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten kann sich nur noch in friedlichen Formen, im gewaltlosen, das heißt im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wettstreit vollziehen. Jeder Versuch, Entscheidungen auf andere Weise erzwingen zu wollen, bedeutet Selbstmord. Zur Debatte steht nicht ‚lieber tot als rot' oder ‚lieber rot als tot', die Alternative lautet allein: entweder wird durch Rüstung und Verzicht auf politische Verständigung die Existenz unseres ganzen Volkes aufs Spiel gesetzt oder aber die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen wird auf der Basis des friedlichen Wettbewerbs ausgetragen. Etwas drittes gibt es nicht. Die Abmachungen und Beziehungen zwischen

der Sowjetunion und nichtkommunistischen Staaten wie Finnland und Österreich beweisen, daß Verhandlungen möglich und nützlich sind.

Wenn ein deutscher Bruderkrieg verhindert werden soll, dann muß die Politik des Wettrüstens beendet werden. Der Verzicht der beiden deutschen Staaten auf atomare Bewaffnung sowie eine vertragliche Vereinbarung zwischen beiden Regierungen, bei der Lösung der deutschen Frage keine Gewalt anzuwenden, würde die Gefahr eines selbstmörderischen Bürgerkrieges ausschließen, die Verewigung der deutschen Spaltung verhindern und das Berlin-Problem unmittelbar entschärfen. Notwendig erscheint es, eine solche Vereinbarung einzubauen in den Rahmen eines europäischen Systems verminderter, paritätischer, kontrollierter Rüstung und sie zu verbinden mit einem Abkommen über eine atomwaffenfreie Zone in Europa.

Alle Völker würden eine derartige deutsche Initiative als positiven Beitrag Deutschlands zur Abrüstung, zur Sicherung des Friedens und zur Verständigung in Europa und in der Welt werten. Oder sollen wir Deutsche, die wahrhaftig Grund genug haben, aus der Geschichte zweier Kriegskatastrophen zu lernen, noch länger die Mitwirkung an den allgemeinen Bemühungen um „Frieden durch Abrüstung" versagen und dadurch unser Ansehen bei unseren Nachbarn und vor allem den Völkern Asiens und Afrikas immer mehr gefährden?

Die Notwendigkeit einer neuen politischen Kraft

Von welcher politischen Kraft soll man in der Bundesrepublik eine solche Politik der nationalen Vernunft erwarten?

Es ist nicht zu verstehen, daß die SPD eine Politik sanktioniert, die mit der Möglichkeit eines atomaren Unterganges spielt und die in der Frage der deutschen Einheit völlig gescheitert ist. Anstatt die Öffentlichkeit vor einer Politik zu warnen, die das Risiko eines deutschen Atomfriedhofs einkalkuliert, anstatt sie über den Bankerott dieser Politik aufzuklären, hat die SPD der Aufrüstung und der Bindung der Bundesrepublik an die Nato gerade jetzt zugestimmt. Sie hat ihren eigenen „Deutschlandplan" über Bord geworfen, der die Bildung gesamtdeutscher Ausschüsse zur Vorbereitung einer friedlichen Wiedervereinigung vorsah und stattdessen der Bundesregierung eine gemeinsame Außenpolitik angeboten. Die „gemeinsame Politik" von 1914 und die Einheitspolitik von 1933 haben das deutsche Volk zweimal in nationale Katastrophen gestürzt. Wer nachdenkt, kann die jetzige Schwenkung der SPD nicht als „taktisches Manöver" abtun, sondern nur als grundsätzliche Zustimmung zur Regierungspolitik mit allen Konsequenzen. Taktische Manöver dagegen sind jene Ja-Nein- und Nein-Ja-Erklärungen, mit denen man die erschrockenen Parteimitglieder zu besänftigen sucht, um diese ohne Einbuße Schritt für Schritt auf die Linie der „gemeinsamen Außenpolitik", die in Wahrheit Atomwaffen- und Nato-Politik ist, zu bringen. Die Öffentlichkeit darf sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß die SPD ihre Hand zur Schaffung weiterer gefährlicher Fakten gereicht hat; sie muß erkennen, daß es eine parlamentarische Opposition in den Fragen, die unser Schicksal entscheiden, heute nicht mehr gibt.

Umsomehr ist es Pflicht aller verantwortungsbewußten Deutschen, aller Gegner der atomaren Aufrüstung, aller, die nicht wollen, daß Deutsche auf Deutsche schießen, aller freiheitlich und demokratisch gesinnten, die die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse verlangen, aller, die nicht wollen, daß die deutsche Spaltung verewigt wird — sich hinwegzusetzen über Meinungs-

verschiedenheiten in allen nicht lebenswichtigen Fragen und sich über parteipolitische und ideologische Schranken hinweg zusammenzuschließen. Alle von Gruppen oder einzelnen vertretenen Interessen, seien sie politischer, wirtschaftlicher, kultureller oder ethischer Art, können erst dann sinnvoll und mit Aussicht auf Verwirklichung vertreten werden, wenn die drohende Kriegsgefahr ein für allemal gebannt wird. Nur gemeinsam kann der verhängnisvollen Politik der Bundesregierung Einhalt geboten und einer friedlichen Zukunft unserer Nation in Freiheit und Würde der Weg bereitet werden.

Es geht um die nackte Existenz unseres Volkes. Von selbst wendet sich nichts zum Besseren. Wer resigniert, leistet dem Verhängnis Vorschub. Im Zeitalter des Atomkrieges kann es keinen Rückzug in eine Art innere Emigration mehr geben.

Die Wahlen zum Bundestag 1961 rücken näher. Angesichts des Ernstes der Lage und des unverantwortlichen Verhaltens der SPD ist die Bildung einer neuen politischen Kraft notwendig geworden, die im nächsten Bundestag der Stimme der nationalen Vernunft Gehör verschaffen kann.

Daher schlagen wir allen Einsichtigen vor, sich auf das folgende Minimalprogramm zu einigen:

- Stop der atomaren Bewaffnung; Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die beide deutsche Teilstaaten einschließt;
- Verhandlungen zwischen beiden deutschen Teilstaaten über Rüstungsverminderung und über militärische Neutralität sowie über eine gegenseitige vertragliche Verpflichtung, bei der Wiedervereinigung auf Gewaltanwendung zu verzichten;
- Wahrung der Normen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Verhinderung einer dem Geist des Grundgesetzes widersprechenden Notstandsgesetzgebung und aller den Frieden, die Demokratie und die Freiheit gefährdenden Maßnahmen.

Frankfurt, den 15. Oktober 1960

Die Unterzeichner:

Dr. Theodor Asholt
Dr. Johannes Baar
Vikar Albrecht Bausch
Hildegard Bentele
Wilhelm Bentele
General a. D. Dr. jur. Franz Beyer
Dr. Achim v. Borries
Dr. Walter Brandseph
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Pfarrer Rudolf Daur
Dr. Paul Frhr. v. Dobeneck
Prof. Dr.-Ing. Richard Döcker
Dr. med. Peter Doll
Dr. Helmut Dörr
Dr. Erika Erdmann
Dr. jur. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt/M.)
Dr. Werner Gerth
Prof. Gerhard Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger

Dr. Paul Haag
Dr. Ernst Hass
Dr. med. German Hübner
Prof. Wilhelm Krauss
Robert Lambert
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Hans Loew
Dr. Wolf Heinrich v. d. Mülbe
Paul Neuhöffer
Dr. jur. Bruno Preisler
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Pfarrer Dieter Schellong
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Burkhart Schomburg
Liselotte Spanholtz
Dr. med. W. Staudacher
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg
Prof. D. Dr. med. Karl Stoevesandt
Dr. Ing. J. F. Tönnies
Pfarrer Hellmut Traub
Hans Melchior Frhr. v. Uslar-Gleichen
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
Hans Wirtz

Aufruf der Heidelberger Konferenz
an die politisch tätigen Persönlichkeiten in der Bundesrepublik

Wir befinden uns heute in der Frage Berlin, der Grenzen Deutschlands und der Wiedervereinigung bei Fortsetzung der bisherigen Politik in einer offensichtlich ausweglosen Situation.

Die Fortsetzung der Aufrüstung und atomaren Bewaffnung der Bundeswehr muß zum Kriege führen. Die Bundestagsdebatte am 30. Juni 1960 hat gezeigt, daß wir in diesem Punkte in der Bundesrepublik keine wirkliche parlamentarische Opposition mehr haben.

Um der Zukunft unseres Volkes willen bitten wir diejenigen Persönlichkeiten innnerhalb und außerhalb der bisherigen Parteien, die nach wie vor die Atomrüstung ablehnen und den zur Explosion führenden Rüstungswettlauf verhindern wollen, miteinander Fühlung aufzunehmen, um im nächsten Bundestag etwa folgende Grundsätze zu vertreten:

- Schaffung einer beispielhaften Zone der Abrüstung in Mitteleuropa
- Verhandlungen mit allen Ländern, auch mit den Nachbarvölkern im Osten
- Abbau der Haßpropaganda
- Verhinderung der Atomrüstung der Bundeswehr
- Abschluß eines innerdeutschen Nichtangriffspaktes.

Die Heidelberger Konferenz

Pfarrer Dr. Werner, Pfarrer Schlenker, Pfarrer Rücker aus der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg;

Pfarrer Treblin, Pfarrer Mochalski, Pfarrer Stroh, Pfarrer Semmelrock, Dipl.-Biol. Bethke, Pfarrer Bähr aus der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau;

Pfarrer Oeffler, Diakon Sefrin, Pfarrer Farr, Pfarrer Jockers aus der Kirchlichen Theologischen Arbeitsgemeinschaft Pfalz;

Dr. Hannelis Schulte aus der Theologischen Sozietät in Baden;

Professor Dr. Renate Riemeck, Holde Bischoff aus der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland;

Vikar Heipp, Willi Carster, Pfarrer Hunsicker, Herbert Lehmann aus dem Saarland.

Heidelberg, den 10. Oktober 1960

Erklärung
der Deutschen Friedensgesellschaft (gegr. 1892) zum Generalsmemorandum

Der Führungsstab der Bundeswehr hat am 13. Juli 1960 eine Denkschrift veröffentlicht. Diese Denkschrift wurde von Bundesverteidigungsminister Strauß angeregt, sowie vom Führungsstab der Bundeswehr formuliert und unterzeichnet. Sie ist „nicht nur ein Zeichen hoffnungslos antiquierten Denkens, sondern gleichzeitig der gefährliche Versuch, neue Machtpositionen zu gewinnen" (Professor D. Gollwitzer). In der Denkschrift wird die totale Militarisierung der Bundesrepublik verlangt und folgendes gefordert:

1. Die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht;
2. die Beibehaltung der Mitgliedschaft in der NATO;
3. die atomare Bewaffnung der deutschen Bundeswehr.

Es wurde dargelegt, daß nur unter diesen Voraussetzungen eine wirksame Verteidigung des Westens im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen möglich sei. Nach der Erkenntnis namhafter Militärschriftsteller, wie des Engländers Stephen King Hall, ist jedoch eine militärische Verteidigung im Atomzeitalter ausgeschlossen, was insbesondere auch für unser Frontland gilt. Möglich ist allenfalls noch eine atomare Vergeltung im Augenblick des Unterganges. Jeglicher Luftschutz ist bei einer Warnzeit von 30 Sekunden bis zu 4 Minuten — je nach Entfernung der westdeutschen Städte von den östlichen Raketenbasen — völlig illusorisch.

Angesichts der geopolitischen und militärtechnischen Lage unseres Landes fordern wir eine sofortige Aufgabe des verhängnisvollen Schwertweges, der schon zweimal über unser Volk namenloses Unglück gebracht hat. Als älteste deutsche Friedensorganisation verlangen wir:

1. Verzicht auf jede atomare Aufrüstung;
2. Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht;
3. Neutralisierung Gesamtdeutschlands bei völliger Entmilitarisierung und Aktivierung der geistigen, moralischen und materiellen Kräfte für die Friedensaufgabe des Ausgleichs zwischen Ost und West, die dem deutschen Volk als Volk der Mitte gestellt ist.

Sollten die Regierungen der beiden Teile Deutschlands unseren Vorschlag annehmen, so würden sie ein günstiges Klima für die Wiedervereinigung unseres Landes schaffen und einen wertvollen Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens leisten.

Manifest der deutschen Friedensgesellschaft

Mit der Herstellung von nuklearen Massenvernichtungsmitteln ist die Menschheit in eine neue Phase ihrer Geschichte eingetreten. Der Krieg der Zukunft hat mit dem Kriege der Vergangenheit nur noch den Namen gemein. Galt der Krieg bisher noch für viele als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so muß er nun unvermeidbar zu einer völligen Zerstörung der Grundlagen alles menschlichen Lebens führen und widerlegt damit selbst seine Berechtigung. Der Friedensgedanke hat damit eine tiefe Wandlung erfahren: Die hohe humanitäre Zielsetzung einer Elite ist zur nackten Existenzfrage der Völker selbst geworden.

Frieden, Koexistenz und Zusammenarbeit sind darum an die Abrüstung gebunden. Die allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung ist das alleinige Instrument, um diese Werte zu sichern und für die ganze Menschheit fruchtbar zu machen. Die Abrüstung ist die Hauptaufgabe unserer Epoche.

Die unbedingte Verwerfung einer gewaltsamen Entscheidung zwischen den beiden konkurrierenden gesellschaftlichen Systemen schließt die Bejahung ihres friedlichen Nebeneinanderbestehens ein. Die friedliche Koexistenz ist aber solange ungesichert, die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Staaten aber solange verhindert, wie das Wettrüsten der Mächte anhält, sich die Staaten in militärischen Blöcken gegenüberstehen und die gegenseitige militärische Bedrohung gegeben ist.

Von dieser grundsätzlichen Einsicht her fordern wir das Bekenntnis beider deutscher Staaten zum Gewaltverzicht und zur allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung. Zum Bekenntnis muß die erklärte Bereitschaft hinzutreten, mit Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland zu beginnen, an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen und ein umfassendes Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen.

Solche ersten Abrüstungsmaßnahmen, die unter Kontrolle bis Ende 1961 durchzuführen sind, müssen beinhalten:

1. keine Ausrüstung deutscher Streitkräfte mit Kern- und Raketenwaffen;
2. keine weitere Aufrüstung und Truppenverstärkung in beiden Teilen Deutschlands;
3. Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht;
4. Beseitigung aller ausländischen Kern- und Raketenwaffen einschließlich ihrer Stützpunkte von deutschem Boden.

Diese Abrüstungsschritte sollen im Rahmen der allgemeinen Abrüstung mit der Bildung einer kernwaffenfreien Zone beschränkter Rüstung in Europa getan werden, und sie sind der unerläßliche Beitrag Deutschlands zum Beginn der weltweiten Abrüstung.

Wir halten diese Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland für vordringlich. Sie würden nicht nur das mitteleuropäische Spannungszentrum, das eine akute Bedrohung des Friedens in sich schließt, entschärfen, sondern auch die militärische Neutralität der bestehenden deutschen Staaten einleiten und den Weg zur Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands öffnen.

Dem Memorandum der Generäle, dessen Inhalt für die Politik der Regierung Adenauers kennzeichnend ist, setzt die Deutsche Friedensgesellschaft das Abrüstungsmanifest entgegen.

Die Generäle denken an den Krieg. Wir halten den Krieg für undenkbar.

Die Generäle wollen die totale Militarisierung. Wir wollen die totale Abrüstung.

Die Generäle wollen unser Volk bereits heute den Gesetzen und Notwendigkeiten des Krieges unterwerfen. Wir wollen, daß das Recht auf Frieden triumphiert und das Notwendige für den Frieden jetzt getan wird.

Wir rufen die deutschen Menschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes auf, den grundsätzlichen Gedanken unseres Manifestes zu folgen und sie in aller Öffentlichkeit mutig zu vertreten, die Abrüstung zu fordern und sich für sofortige Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland mit Wort und Tat einzusetzen.

Erklärung der Bundestagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Bielefeld vom 30. September bis 2. Oktober 1960 zum „Fall Riemeck"

Die Bundestagung der Deutschen Friedensgesellschaft verurteilt die Maßnahmen des Kultusministers Dr. Schütz gegen Frau Dr. Renate Riemeck, Professorin an der pädagogischen Akademie in Wuppertal.

Sie erblickt darin einen unzulässigen Eingriff in die Freiheit von Lehre und Forschung.

Sie sieht darin den Versuch der politischen Gleichschaltung mit der augenblicklichen Regierungsmehrheit im Dienste der von den Generälen in ihrem Memorandum geforderten totalen „Verteidigungspflicht aller Staatsbürger".

Sie fordert daher:

1. Die sofortige Aufhebung der gegen Frau Professor Dr. Renate Riemeck getroffenen Maßnahmen und ihre volle Rehabilitierung.
2. Vom Landtag, daß er seine parlamentarische Kontrolle über die Landesregierung zur Geltung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzt und dafür Sorge trägt, daß in Zukunft gleiche oder ähnliche undemokratische Maßnahmen von seiten der Regierung und Verwaltung unmöglich sind.
3. Nach der Feststellung eines unzulässigen Eingriffs in die Freiheit von Lehre und Forschung die Abberufung der Verantwortlichen, Kultusminister Dr. Schütz und Staatssekretär Adenauer.

Weitere Professoren und Dozenten schlossen sich der Protesterklärung namhafter Persönlichkeiten an die deutsche Öffentlichkeit an

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen hat Frau Professor Dr. Renate Riemeck kurzfristig, wenige Stunden vor den Prüfungen, aus ihrem Prüfungsamt entfernt. Dieses Vorgehen des Ministers ist ganz klar aus politischen Motiven, nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Der Vorgang ist charakteristisch für die fatale politische Entwicklung, die seit längerem in der Bundesrepublik eingetreten ist. Die Unterzeichner geben im Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung hierzu folgende Erklärung ab:

Als das totalitäre System des Nationalsozialismus im zweiten Weltkrieg zerbrach, schien der Weg für eine freiheitliche, demokratische Neugestaltung in Deutschland offen. Grundgesetz und Länderverfassungen der Bundesrepublik haben eine solche staatliche Ordnung der Freiheit statuiert. Im Gegensatz hierzu suchen staatliche Machtfaktoren in zunehmendem Maße politisch nichtkonformistische Haltungen und Äußerungen von Staatsbürgern mit nichtverfassungsmäßigen, scheinlegalen Mitteln auszuschalten und beteiligte Persönlichkeiten einzuschüchtern und mattzusetzen. Diese Methode verstößt in flagranter Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die die ehernen Grundrechte der freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung und der Freiheit von Forschung und Lehre garantiert. Gänzlich unhaltbar sind die Versuche, durch Verwaltungsanordnungen oder durch Disziplinarverfahren im Widerspruch zu den Vorschriften des Grundgesetzes und der Länderverfassungen für Staatsbürger im öffentlichen Dienst einen Verfassungsstatus minderen Rechts einzuführen oder das akademische Leben politisch gleichzuschalten.

Aus ihrem Gewissen heraus erheben die Unterzeichner ihre Stimme. Sie warnen, auf dem eingeschlagenen verhängnisvollen Wege fortzuschreiten. Die Lehren der kaum hinter uns liegenden furchtbaren Vergangenheit können und dürfen nicht vergessen werden. Die gewissenhafte Beachtung der Normen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die unverbrüchliche Treue zu ihr bilden die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Sinneswandel, die Metanoia der Deutschen, glaubwürdig in Erscheinung tritt, daß die nationalsozialistische Vergangenheit überwunden und bewältitg wird und nicht in neuen Formen wiederersteht, und daß nicht durch die innenpolitische Entwicklung im Ausland erneut Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit erweckt werden. Der Kampf ums Recht erfordert, daß jeder das Unrecht, das einem anderen, gleichviel von wem, zugefügt wird, als ein ihm selbst widerfahrenes Unrecht empfindet und sich mit dem Angegriffenen, Verfolgten oder Geschädigten in der Verteidigung solidarisch fühlt.

In diesem Sinne appellieren die Unterzeichner an die in ihrer zweifelsohne großen Mehrheit freiheitlich gesinnte deutsche Öffentlichkeit. Es muß den Anfängen gewehrt werden. Noch ist es Zeit.

Die Unterzeichner: Staatsminister i. R. Wilhelm Bökenkrüger
Kultusminister a. D. Dr. h. c. Adolf Grimme
Prof. Dr. Wolfgang Hartke
Prof. Dr. Frank Löbell
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Levin L. Schücking
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg
Prof. Dr. Aloys Wenzl

Den Erstunterzeichnern haben sich bisher angeschlossen die Professoren und Dozenten:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Prof. Dr. Otto Antrick
Prof. Dr. Kurt Apel
Prof. Dr. M. R. F. Ashworth
Dr. Christos Axelos

Gerhard Banner, Lehrbeauftragter
Dr. Jörg Barner, Privatdozent
Prof. Dr. Georg Bauer
Prof. Dr. Leopold Bauer
Prof. Dr. Hermann Baumann
Dr. Walter Beringer, Wiss. Ass.
Charlotte Birnbaum
Prof. Walter Birnbaum
Friedrich Blume, Päd. Ass.
Dr. Hans Jochen Boecker
Dr. Bernhard Böschenstein
Prof. Dr. Georg Brauer
Prof. Dr. Walther Braune
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Dr. Margherita von Brentano
Prof. Dr. Jacob Breuer
Peter Brückner, Dozent
Dr. Ursula Brumm, Lektorin
Prof. Dr. Hellmut Brunner
Prof. Dr. Gerd Burkhardt
Dr. Josefine Burghardt

Prof. Dr. Wolfgang Cramer
Prof. Dr. med. H. O. Cremer
Prof. Dr. Elena Dabcovich
Dr. Franz Damhorst
Prof. Dr. D. Friedrich Delekat

Dr. Hans Elsässer, Dozent
Prof. Dr. med. Alfred Enders

Prof. Dr. Ludwig Fabricius
Prof. Dr. Franz Fendt, Staatsminister a. D.
Heinz Fiebiger, Dipl.-Volksw.
Prof. D. Martin Fischer

Prof. Dr. Ing. Kurt Gaede
Dr. Walter Gaumer, Dozent
Prof. Hermann Geibel
Prof. Rudolf Genschel
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. K. Görlich
Paul Goosmann, Dozent

Dr. Werner Habicht, Dozent
Dr. Ulrich Hegel, Wiss. Ass.
Prof. Dr. Roland Hampe
Prof. Dr. Hapke
Dr. Walter Hartmann, Dozent
Prof. Gustav Hassenpflug
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Dr. Herbert Heckmann
Prof. Helmut Heinemann
Dr. Klaus Heinrich, Wiss. Ass.
Prof. Dr. H. M. Heinrichs
Prof. Dr. Edwin Henning
Prof. Dr. Grete Henry
Prof. Dr. Alfred Herrmann

Dr. D. Janz

Prof. D. Ernst Käsemann
Dietrich Keller, Vikar u. Hochschulass.
Wilhelm Keller, Dozent
Dr. Wolfgang Klafki, Dozent
Prof. Dr. Hans Klumb
Prof. Dr. Walter Koch
Ernst Kohlhepp, Dipl.-Phys., Wiss. Ass.

Prof. Dr. Erich Lange
Dr. Wolfgang Laskowski, Privatdozent
Dr. Detlef Laugwitz, Dozent
Gertrud v. Le Fort

Prof. Dr. W. Madelung
Dr. W. Martienssen, Dozent
Prof. Dr. Alfred von Martin
Dr. Margareta Martiny
Dr. Dr. Walter Matthias
Prof. Dr. H. Maus

Prof. Dr. D. von Deuffer
Dr. med. habil. E. Döhne
Hermann Duderstadt, Päd. Ass.
Prof. Dr. Heinrich Düker
Dr. Carl Durand, Oberstudiendirektor

Dr. Lieselotte Engl
Bernhard Epple, Studienrat u. Lehrbeauftr.

Prof. Dr. Dr. Osip K. Flechtheim
Prof. Dr. Ing. Hermann Flesche
Dr. Egon Franz, Stud.-Pfarrer
Prof. Dr. E. Frommherz

Prof. Dr. Adolf Grabowsky
Prof. Dr. Rudolf Grahmann
Dipl. Ing. Heinz Gretz, Wiss. Ass.
Dr. Emil Grosse-Brauckmann, Dozent
Dr. Otto Grube, Dozent
Dr. Richard Grün
Prof. Dr. Hans Grupe
Dr. F. Gudden

Prof. D. Dr. Johannes Hessen
D. Hans-Friedrich Heß, Oberkirchenrat
Prof. Dr. Ing. Rudolf Hillebrecht, Stadtbaum.
Prof. Dr. Otto Hintner
Dr. Peter Hirschfeld
Prof. Dr. Uvo Hölscher
Prof. Dr. Georg Hoeltze
Dr. Herbert Hohenemser, Berufsm. Stadtrat, Kulturreferent
Wilhelm Horn, Oberlehrer
Prof. Dr. Jürgen Hövermann
Prof. Wilhelm Hübotter
Prof. Dr. med. K. Hummel
Prof. D. Renatus Hupfeld

Prof. Dr. Hans-Robert Jauss

Prof. Dr. Erich Köhler
Prof. Dr. Siegfried Knoke
Prof. Dr. Hans Krahe
Prof. Dr. Peter Kramp
Prof. Dr. Gustav Krauss
Dr. Erich Künzel, Dozent

Prof. Kurt Lehmann
Dr. theol. Heinz Liebing, Dozent
Prof. Dr. Fritz Lockemann
Dr. Gerd Lotzmann, Dipl. Sprecherz.

Prof. Dr. Dr. Meier
Prof. Paul Merkel
Prof. Dr. Herbert Meschkowski
Prof. Dr. Ing. W. Mialki
Prof. Dr. Georg Misch
Prof. Dr. Alexander Mitscherlich

Prof. Dr. Klaus Mörike
Prof. Dr. J. Moreau
Franz Moser, Hauptlehrer

Elena Natcorich, Dozentin

Prof. Dr. Felix Oberborbeck
Prof. K. W. Ochs

Dr. Helmut Pachale, Privatdozent
Dr. Fritz Paepcke
Prof. Dr. Werner Philipp

Dr. Gottfried Rahn, Dozent
Prof. Dr. Johann Albrecht v. Rantzau
Prof. Dr. Franz Rauhut
Prof. Dr. Marcel Reding

Dr. Heinrich Ringleb
Dr. theol. Günther Roth

Dr. Reinhold Sachs
Dr. J. W. Samel, Dozent
Prof. Karl Seidelmann
Dr. Rudolf Seitz, Dozent

Prof. Dr. Werner Schaaffs
Prof. Dr. med. Hans Schaefer
Prof. Dr. H. Schäfer
Prof. Dr. Helmuth Scheibler
Dr. Erwin Schenk
Dieter Schiller, Päd. Ass.
Siegfried Schlange, Päd. Ass.

Prof. Dr. jur. Kurt Staff, O.-Landesgerichtspräsident
Prof. D. Dr. h. c. Ethelbert Stauffer
Prof. Dr. Max Stefl

Prof. D. H. Strathmann

Dr. O. W. Thiele, Privatdozent
Prof. Dr. med. E. Thiermann

Prof. Dr. Carl Hermann Ule

Hermann Veesenmayer, Lehrbeauftragter
Roswitha Venus, Musiklehrerin
Prof. Dr. Eckhart Vogt

Dr. Heinz Walz
Dr. H. H. Wängler, Dozent
Prof. D. Otto Weber
Prof. Dr. Olaf Weidemann
Prof. Dr. Wilhelm Weischedel
Prof. Dr. Hermann Weinert
Heiner Weitbrecht, Pfarrer
Erich Wendland, Realschullehrer

Dr. Siegfried Müller
Hermann Munk, Musiklehrer

Prof. Dr. Hans Neumann

Martin Ohly, Pfarrer
Dr. Karl August Ott, Dozent

Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Fritz Pringsheim
Prof. Dr. Erich Przywara
Prof. Dr. Paul Pulewka

Prof. Dr. Reigrotzki
Dr. Edgar Reimers
Dr. Adolf Rieth, Landeskonserv.

Gerhard Ruhbach, Wiss. Ass.
Dr. phil. Herbert Ruppert, Dozent

Dr. Friedrich Seyfarth, Oberschulrat a. D.
Prof. D. Dr. R. Siebeck
Dr. Frank Siegmann
Dr. Erika Simon, Dozentin

Wolfgang Schlenker, Studienrat
Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Schmid
Dr. W. Schulte
Prof. Dr. Joh. Schultze
Dr. Ruth-Eva Schulz
Prof. Dr. Walter Schulz
Prof. Dr. Ing. Winfried Otto Schumann

Georg Stern, Musiklehrer
Prof. Dr. Hans Stock
Prof. Alois Stockmann
Prof. D. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. Dr. Otto Graf zu Stolberg

Liese-Lotte Streckert, Dozentin

Dr. Christof Thoenes
Dr. Friedrich Trost, Dozent

Prof. Dr. Hans Vogts
Dr. Franz Vonessen, Dozent

Dr. Herbert Werner, Pfarrer
Prof. Dr. Walter Wessel
Prof. Dr. Wilhelm Westphal
Prof. Dr. H. Weyland
Prof. Dr. Erich Wiese
Dr. Georg Gustav Wieszner, V.-Hochschuldir.
Dr. Manfred Windfuhr
Prof. Dr. Hans Wittig

Prof. D. Ernst Wolf
Prof. Dr. Karl A. Wolf
Prof. Dr. Hans Wolter

Prof. Hinrich Wulff
Prof. D. Georg Wünsch

Ruth Zechlin, Dozentin
Prof. Dr. Hans Zeidler
Dr. Hermann Zeltner, Dozent

Dr. Franz Ziegler
Prof. Dr. Konrat Ziegler

(Die Liste ist noch nicht abgeschlossen.)

Telegramm der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Ortsverband Altena/ Westfalen, an Frau Prof. Dr. R. R i e m e c k vom 12. 10. 60

„Sehr geehrte Frau Professor, in der heutigen Versammlung des Ortsverbandes Altena wurde deutlich, daß wir uns mit Ihnen verbunden wissen in der großen Sorge um die Erhaltung demokratischer Freiheit und Grundrechte. Wir teilen Ihren Standpunkt, daß es unsere Freiheit ist, das Recht der freien Meinungsäußerung zu schützen und daß wir nichts scheuen sollten, uns dafür einzusetzen. Für diesen Kampf, dessen guter Ausgang auch für unseren Stand von so großer Bedeutung ist, wünschen wir Ihnen vollen Erfolg."

Aus einem Brief des Theologen Prof. D. Dr. Alfred Dedo M ü l l e r, Leipzig, an Frau Prof. Dr. R. R i e m e c k vom 23. 9. 60

„... nun finde ich bei der Rückkehr aus dem Urlaub die von Herrn Pfarrer W a n d e r s l e b zusammengestellten „Mitteilungen" zum ‚Fall R i e m e c k' vor. Wir sind ja Kummer gewohnt, aber Sie dürfen doch glauben, daß diese Nachrichten mich ganz besonders beunruhigt haben. Ich habe auch mit unserem Dekan sofort darüber gesprochen. Was uns besonders bewegt, ist natürlich die völlige Verzeichnung Ihres Besuches in unserer Fakultät. Es ist wirklich erschütternd, wie hier die offenkundigsten Tatsachen einfach in ihr Gegenteil verkehrt sind. Es bewegt uns die Frage, wie man glaubhaft zur Geltung bringen kann, daß der ausgezeichnete Vortrag über den westfälischen Frieden, den Sie in unserer Fakultät gehalten haben, der reinste Dienst an einer echten Wiedervereinigung Deutschlands gewesen ist, der gemacht werden kann ..."

Erklärung von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck vom 19. 10. 60

Die heutige Landtagssitzung vom 19. 10. hat gezeigt, daß für den Herrn Kultusminister S c h ü t z nur noch die Möglichkeit besteht, die gegen mich veranlaßte Maßregelung aufzuheben und damit die Unrechtmäßigkeit seines Vorgehens einzugestehen oder die Lage zuzuspitzen. Nach seiner Erklärung in der Haushaltsdebatte muß man schließen, daß er es vorgezogen hat, die entstandene öffentliche Auseinandersetzung um die Frage der Freiheit der Lehre und der politischen Meinung abzubiegen und Zeit zu gewinnen. Seine Mitteilung, daß nun gar der Herr Oberbundesanwalt mit meiner Sache befaßt worden sein soll, sehe ich nur als ein Zeichen für die beklagenswerte Lage, in der sich die Kreise befinden, die die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik einschränken möchten. Die Erklärung des Herrn Ministers erregt um so mehr Erstaunen, als mir von einem Verfahren der Bundesanwaltschaft nichts bekannt ist. Ich kann mir auch nicht denken, daß es irgend ein bundesdeutsches Gericht gäbe, das Veranlassung hätte, ein Verfahren wegen Staatsgefährdung gegen mich in die Wege zu leiten.

Krebs als Folge der Atomwaffen

Unter den Überlebenden der ersten Atombombenexplosion über der japanischen Stadt Hiroshima vor fünfzehn Jahren befinden sich ungewöhnlich viele Krebskranke, wie es in einem Bericht des „New England Journal of Medicine" heißt. Dem Bericht zufolge ergab eine umfassende Untersuchung, daß die Atomexplosion offensichtlich eine Verdoppelung

der Krebsfälle zur Folge hatte. Diese Feststellung gehe weit über das hinaus, was man zuvor als Folge einer Atomexplosion erwartet habe, heißt es in dem Bericht.

Frankfurter Rundschau vom 29. September 1960

„Washington sabotiert"

Die niederländische Regierung hat den Vereinigten Staaten vorgeworfen, sie arbeiteten gegen die Errichtung einer „großen" Freihandelszone. In einer Mitteilung an das Parlament erklärte der niederländische Wirtschaftsminister Dr. J. W. de Pus, die Regierung der Vereinigten Staaten habe den Kräften in Europa umfangreiche Unterstützung gegeben, die gegen die Bildung einer ganz Westeuropa umfassenden Freihandelszone opponierten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 1960

„Wand des Schweigens"

Botschafter Knappstein, Bonns Beobachter bei der UNO, spricht von einer „Wand des Schweigens".

Er meint damit unsere westlichen Verbündeten, er meint damit die Tatsache, daß sich in der Generaldebatte der UNO-Vollversammlung keine Hand zur Abwehr der östlichen Angriffe gegen die Bundesrepublik gerührt hat.

Knappstein spricht das Wort von der „Wand des Schweigens" ohne Verbitterung aus. Aber ich spüre doch, daß ihn diese Dinge tief bewegen.

Ich frage ihn, wie er sich das alles erkläre. Seine Antwort: „Bitte, ersparen Sie mir die Erklärung."

Neue Ruhr-Zeitung vom 30. September 1960

Nehru glaubt an Annäherung

Er sei mit dem bisherigen Verlauf der UN-Vollversammlung „im großen und ganzen" recht zufrieden, erklärte Indiens Ministerpräsident Nehru am Sonntagabend vor seinem Abflug von New York.

Die bisherigen Debatten in der Vollversammlung, meinte der indische Ministerpräsident, hätten trotz aller Schärfen doch eine gewisse Annäherung der Nationen gezeigt. „Jetzt, da die Regierungschefs einer nach dem anderen wieder abreisten, könnte die Vollversammlung wieder in ein normales Fahrwasser kommen."

Auf Eisenhowers Inspektionsplan eines „Offenen Himmels" zu sprechen kommend, meinte Nehru, man könne ihn zwar nicht gerade als Abrüstungsplan bezeichnen, jedoch könnte er dazu dienen, die Fortsetzung der Rüstung zu überwachen. Eisenhowers Plan gehe von der Annahme aus, daß die Aufrüstung fortgesetzt werden wird. Besser jedoch würde es sein, jede Rüstung zu beenden.

Ebenso wie bei einer späteren Zwischenlandung in London erklärte der indische Regierungschef, nur der kalte Krieg sei es, der Nordamerikaner und Sowjetrussen als die Repräsentanten der beiden gegnerischen Machtblöcke dazu bringe, „einander anzuschreien". In Wirklichkeit seien sich gerade Sowjetunion und Vereinigte Staaten heute einander näher als andere Länder der Welt. Beide Staaten würden von der „Maschinen-Zivilisation" beherrscht, und die Technik kenne keine Unterscheidung in Kommunismus oder Kapitalismus.

Seiner Ansicht nach, sagte der indische Premier, habe sich die Lage in der Sowjetunion bereits „sehr stark normalisiert": Die Bevölkerung jedes Landes werde einer Revolution nach einer gewissen Zeit überdrüssig, und auf dieser Stufe sei die Bevölkerung der Sowjetunion gegenwärtig angelangt. Zwar sei in der kommunistischen Ideologie die Beherrschung der Welt durch den Kommunismus vorgesehen, doch hätten letztlich alle Religionen so angefangen. „Sie alle wollten die Welt erobern. Trotzdem haben sie sich nach dem ersten enthusiastischen Ausbruch beruhigt." Nehru meinte, er glaube an eine solche Milderung auch in der Volksrepublik China, wenn er auch nicht sagen könne, wann es dazu kommen werde. Eine Fortdauer des Friedens sei auf jeden Fall wahrscheinlicher als seine Beendigung.

Frankfurter Rundschau vom 11. Oktober 1960

„Ich glaube, jetzt müssen wir gehen"

Als Nehru darauf gefragt wurde, ob er glaube, daß die letzten kommunistischen Maßnahmen in Berlin eine Verschärfung der Spannungen bedeuteten, wich er mit der Bemerkung aus, über die letzten Maßnahmen sei er nicht informiert. — Nehru hatte den Journalisten mißverstanden und aus seiner Fragestellung herausgehört, daß sich in den letzten Stunden, während der er sich auf dem Flug über dem Atlantik befand, irgend etwas Neues ereignet haben müsse.

Daraufhin wurde die Frage neu in folgender Form gestellt: „Glauben Sie, daß eine Änderung des Status quo von Berlin eine Verschärfung der Spannungen bedeuten würde?"

Nehrus Antwort: „Das hängt davon ab, wie diese Maßnahmen getroffen werden, ob durch Vereinbarung oder wie sonst. Allgemein gesprochen ..."

In diesem Augenblick fiel Adenauer Nehru ins Wort, unterbrach ihn und sagte den Presevertretern: „Meine Herren! Der Herr Premier hat doch schon gesagt, daß wir nichts tun wollen, was die Lage verschärft." Während sich Nehru diese Bemerkung noch übersetzen ließ und offenbar nicht begriff, warum er am Weitersprechen gehindert wurde, sagte Adenauer: „Und jetzt, glaube ich, müssen wir gehen." Der 71jährige indische Premierminister schwieg und folgte seinem Gastgeber lächelnd ...

Der Kanzler fürchtete unverkennbar, daß Nehru zuviel sagen und ausplaudern könnte, was die beiden kurz zuvor miteinander besprochen hatten.

Nehru, der selbst gegen einseitige Maßnahmen in Berlin ist, aber — wie er mehrfach geäußert hat — eine Beendigung des Viermächtestatus auf dem Verhandlungsweg für notwendig hält, dürfte dem Bundeskanzler die Überzeugung vermittelt haben, daß Chrustschow es ernst meint und auch überzeugt ist, die Berlinfrage — im sowjetischen Sinn — lösen zu können, ohne daß es darum zu einem Krieg kommt.

Nürnberger Nachrichten vom 11. Oktober 1960

Adenauer brüskiert Nehru

Bundeskanzler Dr. Adenauer ist offenbar darüber besorgt, daß die westdeutsche Öffentlichkeit noch vor den Bundestagswahlen auf eine unsanfte Weise verschiedener der von ihr bisher gepflegten politischen Illusionen beraubt werden könnte. Nur so lassen sich einige Vorgänge der letzten Tage erklären.

Wenn er einem Mann wie Nehru, einem Manne von einer weltweiten moralischen Autorität, ins Wort fällt, weil von Nehru zum Berlin-Problem vielleicht einiges gesagt worden wäre, was mit den in der Bundesrepublik üblichen Vorstellungen in dieser Frage nicht übereinstimmt, dann wird der Ministerpräsident Indiens dadurch kaum ermutigt, sich für den Berliner Komplex zu erwärmen. Der Umgangston, der möglicherweise zwischen dem Kanzler und seinen Ministern gepflegt wird, dürfte im Verkehr mit ausländischen Staatsmännern nicht der richtige sein. Dabei ist, was das Thema Berlin anbelangt, doch heute schon klar, daß Bonn von manchen der bisher gegenüber der Sowjetzone behaupteten Positionen wird herabsteigen müssen. Wir haben schon einmal auf die Bedeutung des Umstandes verwiesen, daß die Bundesregierung nach der Verhängung der Berlin-Sperren durch die Sowjetzonen-Regierung mit Gegenmaßnahmen geantwortet hat, obwohl für sie, theoretisch, das Ulbricht-Regime nicht existent ist. Hierzu kommt nun ein neues Moment. Nach der Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens hat die Bundesregierung erklärt, sie wolle über ein neues derartiges Abkommen nur unter der Bedingung verhandeln, daß der freie Verkehr nach Berlin garantiert wird. Darin ist das bisher von ihr hartnäckig zurückgewiesene Zugeständnis enthalten, daß die Sowjetzonen-Regierung für die Regelung des Berlin-Verkehrs zuständig oder doch mitzuständig ist.

Nürnberger Nachrichten vom 12. Oktober 1960

Eckardt: Bonn „fröstelt" es bei dem Gedanken an neues Gipfeltreffen

Der Vorschlag des britischen Premierministers Macmillan, in absehbarer Zeit eine neue Gipfelkonferenz einzuberufen, bereite der Bundesregierung ein leichtes Frösteln. Die Bundesregierung habe auf dem Gebiete der Gipfelkonferenzen nicht die besten Erfahrungen gesammelt. Diese Ansicht äußerte Bundespressechef von Eckardt am

Dienstag in Hamburg auf einer Vortragsveranstaltung des Instituts für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Bundespressechef sagte, es bestehe die Gefahr einer ernsten Situation, vielleicht sogar einer Katastrophe, wenn es der Westen versäume, vor der von Macmillan angeregten Gipfelkonferenz mit den Sowjets Vorverhandlungen zu führen. Vor Aufnahme der Gespräche zwischen den Regierungschefs müsse eindeutig geklärt werden, daß die Sowjetunion ehrlich zum Verhandeln bereit sei.

Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1960

Sturmwarnung

Er rechne mit stürmischen Zeiten im kommenden Frühjahr, erklärte Bundespressechef Felix von Eckardt in einem Vortrag vor führenden Wirtschaftlern des Rhein-Main-Gebietes. Der Staatssekretär, der auf einer Veranstaltung der Vereinigung der hessischen Arbeitgeberverbände in Zusammenarbeit mit der Pressestelle Hessischer Kammern und Verbände sprach, sagte: „Ich befürchte, daß spätestens 1961 Berlin uns so sehr beschäftigen wird, daß alle moralischen Kräfte des deutschen Volkes nötig sein werden, um der Krise begegnen zu können."

Der Wirtschaft stünden in diesem Zusammenhang in nicht allzu ferner Zeit Opfer bevor, die allerdings im Vergleich zu den Zielen, für die sie gebracht werden sollen, gering seien.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Oktober 1960

Vizekanzler?

Willy Brandt sprach von einer „Volksregierung", einer Regierung, getragen von einer breiten Mehrheit, die ihm vorschwebe, wenn seine Partei die Wahl gewönne. Er äußerte es zuletzt vor dem sozialdemokratischen Kongreß „Junge Generation und Macht". Andere führende Männer der Partei bedienten sich ähnlicher Begriffe, wie des von einer Regierung der „nationalen Konzentration".

Diese etwas vage gewählten Worte auf ihren realpolitischen Gehalt reduziert, ergeben den Wunsch nach einer Bundesregierung, die Christliche Demokraten und Sozialdemokraten gemeinsam bilden. Bundeskanzler Adenauer und Vizekanzler Brandt — für viele kein schlechter Gedanke, falls die Partei des Kanzlers ihren absoluten Wahlsieg nicht wiederholen könnte.

Die Welt Nr. 241/60

Bundeswehr in Frankreich

„Wenn wir treu und entschlossen auf der Seite unserer Alliierten stehen, dann können wir hoffen, daß Frieden und Freiheit eines Tages der Welt wiedergeschenkt werden — und eben dadurch euch euer schönes Land zurückgegeben wird: Ostpreußen."

So drückte sich kürzlich der Kanzler Adenauer aus.

Ostpreußen ist seit 15 Jahren sowjetisches und polnisches Territorium. Die Sudeten wurden erst im Jahre 1938 von Deutschland annektiert, aber der Verkehrsminister Seebohm lud vor kurzem die Tschechen ein, „das an den Sudetendeutschen nach 1945 begangene Unrecht wiedergutzumachen". Der Vizekanzler Erhard stellte wenig später das Unrecht, das Deutschland Polen zugefügt hatte, den Fehlern Polens gegenüber Deutschland gleich, um „die widerrechtliche Abtrennung Oberschlesiens" als „inakzeptabel" zu qualifizieren.

Auf Grund dieser Stellungnahme schrieb die größte politische Wochenschrift Deutschlands („Der Spiegel"), daß diese Forderungen „die Bundesrepublik in die sichere Isolierung drängen", während „die Forderungen der Bundeswehr uns geradewegs zu einer Kraftprobe mit den Sowjets führen".

Doch drei Wochen nach dieser Warnung erfuhr man, daß die Bundesrepublik, weit davon entfernt, in die Isolierung zu geraten, für die Bundeswehr die Schaffung von Depots und Ausbildungsgelände in Frankreich durchgesetzt hatte.

Vom deutschen Blickwinkel aus gesehen, bietet die Anwesenheit von Einheiten und Depots der Bundeswehr auf französischem Boden Frankreich nur Vorteile. Einerseits ge-

wänne Frankreich so eine wirksame Kontrollmöglichkeit über die deutsche Aufrüstung; andererseits würde die Sicherheit Frankreichs doppelt verstärkt: ein deutscher Angriff auf Frankreich würde völlig unmöglich, und die Bundeswehr würde im Falle eines sowjetischen Angriffs die französische Armee unterstützen, indem sie den Kampf westlich des Rheins fortsetzt.

Diese Überlegung, jedoch, kann auch umgekehrt werden.

Gesetzt die Hypothese, die Bundesrepublik würde zur Wiedergewinnung der ehemaligen östlichen Territorien des Reiches eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Osten provozieren, dann könnten die Gegenschläge die deutschen Depots in Frankreich ebenso gut wie in Deutschland selbst treffen.

Ein polnischer Diplomat, Herr Ogrodzinski, schrieb kürzlich: „Die Westmächte möchten uns überreden, die revisionistischen Erklärungen westdeutscher Politiker nicht zu ernst zu nehmen. Diese Erklärungen entsprächen nur den Notwendigkeiten der Innenpolitik und vor allem der Wahlkampagnen."

Nun gut, wenn der Einfluß der revanchistischen Tendenzen in Westdeutschland so gering ist, wie man es vorgibt, dann würde keinerlei wahltaktische Überlegung die wichtigsten Politiker dieses Landes zu unaufhörlichen revisionistischen Erklärungen nötigen. Man muß also zugeben, daß diese Reden kein anderes Ziel haben, als den Revanche- und Eroberungsgeist bewußt aufrechtzuerhalten und aufzustacheln. Doch wenn die revisionistischen Erklärungen in diesem Lande im Wahlfeldzug rentabel sind, dann ist es noch schwerer, uns von den tiefen positiven Veränderungen zu überzeugen, die nach Ansicht der Westmächte seit fünfzehn Jahren die politische Orientierung der westdeutschen Bevölkerung beeinflußt haben sollten. „Tatsache ist", schließt Ogrodzinski, „daß die Bonner Regierung Ostpreußen, Schlesien, Pommern und die Sudeten mit Hilfe des Westblocks zurückerobern will. Wir vernehmen diesen Zungenschlag immer häufiger — und zwar in dem Maß, wie die Rolle der Bundesrepublik im Westblock an Bedeutung zunimmt und die Integration des deutschen Revisionismus in die europäische Integration fortschreitet."

L'Express vom 29. September 1960

Mendès-France für Oder-Neiße-Grenze

Für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze hat sich der frühere französische Ministerpräsident M e n d è s - F r a n c e in einem Interview mit der Pariser Wochenzeitung „L'Express" ausgesprochen.

Wörtlich sagte er: „Alles, was die deutschen Grenzen im Osten in Frage stellt, gefährdet den Frieden."

Die Welt vom 11. Oktober 1960

„Heimatrecht kein göttliches Recht"

Das Problem der deutschen Ostgrenzen und die Frage des „Rechts auf die Heimat" sind auf der Ansbacher Ostkirchentagung erörtert worden. Der Vorsitzende des Ostkirchenausschusses, Oberkonsistorialrat G ü l z o w , erklärte, im Augenblick sehe es so aus, als ob alles auf die Konsolidierung der 1945 gezogenen Grenzen hinauslaufe. „Das mag uns ärgern, wehtun und unser Rechtsempfinden verletzen, aber die Situation ist so." In der Zeit, da die Sowjetunion über Kuba sich in der westlichen Hemisphäre festsetze und Frankreich infolge seiner Algerienpolitik „Hemmungen habe, für das Selbstbestimmungsrecht einzutreten", gerate die Frage der Revision der deutschen Ostgrenzen in den Hintergrund. In den Debatten um die Heimatpolitik werde immer wieder die Meinung vertreten, daß die Forderung auf Rückkehr in die Heimat und auf Wiedervereinigung den Krieg bedeute. „Menschlich gesehen geraten wir in eine immer schwierigere Situation, wenn wir als Heimatvertriebene von dem Unrecht reden, das uns angetan wurde."

Zum „Recht auf Heimat" sagte Gülzow, der Christ handle nicht richtig, wenn er dort, wo es um das Recht in zwischenmenschlichen Beziehungen gehe, sich immer gleich drauf berufe, daß sein Recht göttlich bestätigt und gesichert sei. Auch im Völkerrecht sei das Recht

auf Heimat noch nicht eindeutig paraphiert und präzisiert. „Unser Recht auf Heimat würde in der Welt glaubwürdiger sein, wenn nicht von vornherein die Hypothek der Rückgewinnung der Ostgebiete damit verbunden wäre."

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. September 1960

Die Mitte September an die UN-Vollversammlung gerichteten Vorschläge der DDR-Regierung zur Abrüstung beider deutscher Staaten

A. Die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten in drei Etappen

I. Etappe (1960/61)

1. Beide deutsche Staaten verzichten durch völkerrechtlich verbindliche Erklärungen, die beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt werden, darauf, Gewalt gegeneinander und gegenüber dritten Staaten anzuwenden.
2. Beide deutsche Staaten vereinbaren einen Rüstungsstopp. Sie verpflichten sich, nach Bekanntgabe des Standes ihrer Streitkräfte und Rüstungen sie auf diesem Stand zu belassen und keine weitere Verstärkung vorzunehmen.
3. Beide deutsche Staaten verzichten auf die Atomrüstung. Sie verpflichten sich, keine Kern- und Raketenwaffen herzustellen oder sich an ihrer Herstellung in anderen Staaten zu beteiligen oder solche Waffen zu erwerben oder anzunehmen sowie sich nicht an Kernwaffenversuchen anderer Staaten zu beteiligen.
   Die Stationierung weiterer ausländischer Atomwaffen wird sofort eingestellt.
4. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, keine chemischen und biologischen Waffen herzustellen oder sich an ihrer Herstellung in anderen Staaten zu beteiligen oder solche Waffen zu erwerben oder anzunehmen sowie sich nicht an Versuchen mit solchen Waffen in anderen Staaten zu beteiligen.
5. Beide deutsche Staaten unterbinden auf ihrem Territorium jedwede Kriegspropaganda und Propaganda für territoriale Forderungen gegenüber anderen Staaten.
6. Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Zu diesem Zweck berufen die Mächte der Anti-Hitler-Koalition eine Friedenskonferenz ein, an der Vertreter beider deutscher Staaten teilnehmen.

II. Etappe (1962)

1. Beide deutsche Staaten verringern ihre Streitkräfte und Rüstungen. Das frei werdende Rüstungsmaterial wird vernichtet oder der friedlichen Verwendung zugeführt. Die Militärausgaben werden herabgesetzt. Die Standorte der verbleibenden Streitkräfte werden vereinbart.
2. Beide deutsche Staaten verzichten auf die Wehrpflicht. Das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland wird aufgehoben.
3. Auf der Grundlage des inzwischen abgeschlossenen Friedensvertrages vereinbaren die vier Staaten, die das Potsdamer Abkommen unterzeichneten, mit den beiden deutschen Staaten den Abzug aller ausländischen Truppen und die Beseitigung aller ihrer Stützpunkte und Depots. So werden alle Reste des zweiten Weltkrieges beseitigt und die wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes geschaffen.
4. Die im Besitz deutscher Streitkräfte befindlichen Raketenwaffen werden vernichtet.

III. Etappe (1963/64)

1. Die Streitkräfte beider deutscher Staaten werden endgültig aufgelöst und Waffen, Munition und militärische Geräte aller Art vollständig vernichtet oder der friedlichen Verwendung zugeführt.
2. Zur Gewährleistung der inneren Ordnung behalten beide deutsche Staaten Polizeikräfte, deren Stärke, Ausrüstung und Standorte vereinbart werden.
3. Die Produktion für militärische Zwecke in beiden deutschen Staaten wird beendet. Die entsprechenden Werke werden auf Friedensproduktion umgestellt.

4. In beiden deutschen Staaten werden alle militärischen Institutionen (die zuständigen Ministerien, Führungsstäbe, Militärakademien, Erfassungsämter usw.) aufgelöst.
5. Beide deutsche Staaten lösen ihre Zugehörigkeit zur Nato bzw. zum Warschauer Vertrag, wodurch Deutschland von militärischen Blockbindungen frei wird. Beide deutsche Staaten erklären ihre Neutralität, die von den Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition oder von den Vereinten Nationen garantiert wird.

B. Die Verwendung der durch die allgemeine und vollständige Abrüstung frei werdenden Mittel

Die beiden deutschen Staaten werden die durch die Abrüstung frei werdenden Mittel für den Wohnungsbau, für die Erweiterung der sozialen Einrichtungen, für die Erhöhung der Renten und für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke sowie für die Hilfeleistung an ökonomisch schwach entwickelte Länder verwenden.

C. Kontrollmaßnahmen

Zur Kontrolle der Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird ein Kontrollorgan geschaffen, das sich paritätisch aus Vertretern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und des westdeutschen Bundestages sowie aus Vertretern der Gewerkschaften und anderer demokratischer Massenorganisationen, wie Frauen- und Jugendverbänden, zusammensetzt.

Das Kontrollorgan nimmt seine Tätigkeit auf, sobald eine Vereinbarung beider deutscher Staaten besteht oder ein entsprechender Beschluß seitens der Vereinten Nationen vorliegt. Es erhält alle Vollmachten, um die Durchführung der Abrüstung in beiden deutschen Staaten entsprechend den in den einzelnen Etappen vorgesehenen Schritten zu überwachen.

D. Die allgemeine und vollständige Abrüstung

Beide deutsche Staaten verpflichten sich, nach Erzielung eines internationalen Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung diesem Abkommen beizutreten und alle sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes würde einen Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die allgemeine und vollständige Abrüstung mit speziellen Abrüstungsbestimmungen für Deutschland als eine bedeutungsvolle Entscheidung für die Sicherung des Friedens durch die friedliche Koexistenz begrüßen, die ihm zugleich helfen würde, das Tor zur demokratischen und friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu öffnen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Sache des deutschen Volkes selbst und seiner beiden Staaten. Aber die Wiedervereinigung setzt die Abrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten voraus.

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages und dem in der zweiten Etappe vorgesehenen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland wären die wichtigsten Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes des g e s a m t e n deutschen Volkes geschaffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewiß, mit ihrer Initiative zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in beiden deutschen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen zu handeln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewiß, daß sich die 15. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen erneut nachdrücklich für die allgemeine und vollständige Abrüstung aussprechen wird. Sie drückt ihre Erwartung aus, daß die Vollversammlung die Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten eingehend prüfen und in einer entsprechenden Entschließung ihrer bevorstehenden Tagung berücksichtigen wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist überzeugt, daß die Unterstützung dieser Initiative durch die Vereinten Nationen nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern zugleich in ureigenstem Interesse aller anderen Staaten liegt und dazu beitragen würde, den Ausbruch des Krieges im Herzen Europas für immer unmöglich zu machen.

Bundesmarine will größere Schiffe

Die Bundesregierung will in Kürze bei der Westeuropäischen Union (WEU) beantragen, die Tonnagegrenze für Schiffe der Bundesmarine von dreitausend auf sechstausend Tonnen heraufzusetzen. Nato-Oberbefehlshaber General Norstad hat bereits den entsprechenden Vorschlag des Bundesverteidigungsministeriums gebilligt, der Bundeswehr den Bau von Versorgungsschiffen in einer Größe von 6000 Tonnen und von Kriegsschiffen in einer Größe von 5000 Tonnen sowie die Herstellung von Influenzminen zu gestatten.

Zwischen dem deutschen Admiralstab und der Nato bestanden gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Bundesmarine sich mehr auf den Geleitzugschutz in der Nordsee oder auf den Kampf in der Ostsee konzentrieren solle. Die Deutschen ziehen das letztere vor und wollten deshalb das Schwergewicht auf den Bau kleinerer Boote, insbesondere von U-Booten legen. Allerdings ist man aus Prestigegründen auch zumindest an einem großen Zerstörer interessiert, damit sich nicht wie bei dem kürzlichen Besuch des Bundespräsidenten die gesamte Prominenz auf der schmalen Kommandobrücke eines alten US-Zerstörers versammeln muß.

Frankfurter Rundschau vom 28. September 1960

Bundeswehr braucht 3,4 Milliarden Mark für Kasernenbau

Für die Bundeswehr sind — nach Angaben des Bonner Verteidigungsministeriums — neue Kasernen für insgesamt rund 3,4 Milliarden Mark erforderlich. In diese Kosten sind Nebenanlagen nicht eingerechnet. Für diese beantragten Neubauten hat der Bundestag von 1955 bis 1959 etwa 1,5 Milliarden Mark bewilligt. Rund die Hälfte davon ist verbaut worden. Der Restbetrag von über 700 Millionen Mark steht dem Verteidigungsministerium noch zur Verfügung. Zwei Milliarden Mark müßten vom Parlament noch genehmigt werden, um die Pläne für Kasernenneubauten zu verwirklichen.

Frankfurter Rundschau vom 18. Oktober 1960

Gepanzerte Fahrzeuge für den Bundesgrenzschutz

Der Bundesgrenzschutz wird in wenigen Monaten mit leichten Panzerfahrzeugen ausgerüstet. Damit sei das wünschenswerte Maß an Ausrüstung erreicht, sagte Bundesinnenminister Schröder am Freitag zum Schluß einer mehrtägigen Inspektionsreise. Dr. Schröder nannte den Grenzschutz einen wertvollen Bestandteil der inneren Sicherheit der Bundesrepublik.

Frankfurter Rundschau vom 15. Oktober 1960

Nato-Lob für SPD

Die Verdienste der SPD und der europäischen Sozialdemokratie überhaupt würdigte gestern der „Nato-Brief", der monatlich von der Informationsabteilung der Nato in Paris in englischer, französischer und deutscher Sprache und in einer italienischen Fassung herausgegeben wird. Die Entscheidung der SPD, den angesehenen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, als Kanzlerkandidaten aufzustellen, werde die Sache der Sozialdemokratie in Europa beachtlich stärken.

Westfälische Rundschau vom 19. Oktober 1960

Präses Wilm gegen politische Verdächtigungen

Gegen die „ungute Art, mit der bei uns vielfach politisch anders Denkende behandelt und verdächtigt werden", wandte sich der Präses der evangelischen Landeskirche Westfalen, Wilm. Vor der Landessynode, die am Wochenende nach sechstägiger Dauer in Bethel bei Bielefeld zu Ende ging, sagte Wilm, entschieden abzulehnen sei zum Beispiel, daß alles „verteufelt" werde, was bei den östlichen Völkern geschehe.

Die Welt vom 17. Oktober 1960

Schamvoller Minister

Mit einer Enttäuschung endete eine Reise durch Deutschland für 15 junge Frauen und Männer aus Israel, die dieser Tage wieder nach Hause fahren. Drei Wochen Gespräche,

Besichtigungen, offizielle Empfänge, eigene Beobachtungen in der Bundesrepublik und Berlin haben ihnen — wie sie vor Journalisten sagten — den Eindruck vermittelt, daß die meisten Deutschen ihre Vergangenheit unter dem Hitlerregime und das Schicksal der Juden in Europa ‚verdrängt' hätten. Damit werde auch verhindert, daß die deutsche Jugend die volle Wahrheit über diese Zeit erfahre ...

„Ich habe in Berlin zwei Abiturientinnen getroffen, die Lehrerinnen werden wollen und die es noch heute für unmöglich halten, daß Hitler mehr als eine Million Juden hat umbringen lassen", berichtete ein Journalist aus Israel ...

Minister Würmeling, der zur Abschlußdiskussion nach Marienberg gekommen war, versuchte seinen Gesprächspartnern zu erklären, daß sich „die Erwachsenen in Deutschland gegenüber der jungen Generation schämen, zuzugeben, was mit ihrem Wissen und teilweise mit ihrer Unterstützung damals geschehen ist." Später mißtrauten die Israelis allerdings auch dem Minister, als er das Verhalten des Staatssekretärs Globke und des Professors Oberländer gegenüber dem Nationalsozialismus verteidigte.

Düsseldorfer Nachrichten vom 27. September 1960

„Zersetzer" zum Schweigen bringen ...

Ein Jahr nach seiner Amtsübernahme hielt Bundespräsident Heinrich Lübke vor jungen Fähnrichen der Bundesmarine in der Marineschule Flensburg-Mürwik eine Ansprache, die wieder einmal deutlich bewies, daß mit ihm ein würdiger Repräsentant an die Spitze der Bundesrepublik kam, der die Notwendigkeiten unserer heutigen Zeit klar erkannt hat. Es sprach in diesem Falle ein früherer Soldat zu Soldaten. Wenn es Persönlichkeiten wie Heinrich Lübke gelingt, durch ihre persönliche Würde uns einen Rückhalt für die Wiederbesinnung auf unsere nationale, europäische und freiheitliche Aufgabe zu geben, dann werden auch jene zersetzenden Kräfte zum Schweigen gebracht, die heute noch unsere öffentliche Meinung beherrschen.

Deutscher Anzeiger vom 15. Oktober 1960

Tapfere kleine Soldatenfrau von gestern ...

Millionen lesen und diskutieren: — Tapfere kleine Soldatenfrau. Nach dokumentarischem Material veröffentlicht DAS NEUE BLATT einen großen Tatsachenbericht über das Schicksal der deutschen Frau im Kriege, über ihren Heldenmut und ihre Opferbereitschaft. Außerdem in der neuen Ausgabe

Ist es die Leber? Wissenschaftler warnen vor Giftstoffen in unserer täglichen Nahrung.
Träume sind keine Schäume.
Zeigt der Traum die Wirklichkeit von morgen?
Gut essen — mit Verstand.
Wertvolle Tips für den Winter.
DAS NEUE BLATT ... und weitere interessante Beiträge auf vielen bunten Seiten.

Anzeige in „Die Welt" vom 20. Oktober 1960

... und von morgen?

Die deutschen Frauen sollten eine gesetzliche Verpflichtung zum Notdienst nicht ablehnen. Dieser Überzeugung gibt die CDU-Bundestagsabgeordnete Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt in der CDU-Parteizeitschrift „Frau und Politik" Ausdruck. Die Abgeordnete bezieht sich dabei auf den Entwurf eines Notdienstgesetzes, der zur Zeit im Bundestag beraten wird.

Wie berichtet, sieht die Vorlage nach ihrem augenblicklichen Stand die Notdienstpflicht für Frauen vom 18. bis zum 50. Lebensjahr vor, wobei nur Mütter mit Kindern bis zu drei Jahren von der Dienstleistung frei sein sollen. Die Frauen können nach dem Entwurf jederzeit zu Ausbildungskursen von 14 Tagen beziehungsweise 100 Stunden im Jahr einberufen werden. Gegen diese Bestimmungen hatten die weiblichen Bundestagsabgeordneten der SPD und der FDP sowie zahlreiche Frauenverbände in scharfer Form Stellung genommen. Sie traten für die freiwillige Dienstleistung der Frau ein.

Ihre Überzeugung, daß eine gesetzliche Verpflichtung zur Notdienstleistung für Frauen geboten erscheint, stützt die CDU-Abgeordnete mit dem Argument, die Bundesrepublik sei eines der gefährdetsten Länder Europas. Ob ein Land die weiche Stelle der Welt darstelle, an der der Kommunismus einzudringen versuche, hänge nicht nur von seiner militärischen Bewaffnung ab, sondern „von der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Zivilbevölkerung in Zeiten innerer und äußerer Krisen".

Frau Dr. Schwarzhaupt fordert außerdem eine erneute Überprüfung der Altersgrenze für Frauen, die zum Notdienst eingezogen werden. Während bei Männern die Grenze bei 65 Jahren liegen soll, hat der Regierungsentwurf für Frauen 55 Jahre vorgesehen. Der Bundesrat ist auf 50 Jahre heruntergegangen. Die CDU-Abgeordnete sagt hierzu, es gäbe „viele Frauen von 52 oder 58 Jahren, die noch durchaus arbeitsfähig sind. Viele von ihnen stehen noch im Beruf und leisten Vollwertiges. Man sollte eine Dienstverpflichtung dieser Frauen für den Fall der äußersten Not nicht ausschließen."

Frankfurter Rundschau vom 19. Oktober 1960

Wiedervereinigung nicht ohne Frieden

Wer heute noch Wiedervereinigungspolitik betreiben will, der weiß, daß sie nur im Rahmen einer großen europäischen, vielleicht einer Weltlösung möglich ist. Man kann nichts für die Wiedervereinigung tun, ohne nicht auch etwas für den Frieden der Welt zu tun. Wer unser nationales Ziel erreichen will, muß zugleich alles daran setzen, die Lebensinteressen der anderen Völker zu befriedigen. Eins schließt das andere ein.

Paul Sethe in „Die Zeit" vom 7. Oktober 1960

Meinungsverschiedenheiten über den Interzonenhandel

Schließlich geriet Erhard auch in offenen Gegensatz zum Bundeskanzler, als es um die Kündigung des Interzonenhandels ging. Der Wirtschaftsminister riet von dieser Maßnahme dringlich ab und berief sich dabei auf eine frühere Entscheidung des Kabinetts, die unter seiner Führung zustande gekommen war und mit der anscheinend auch Adenauer einverstanden gewesen war, die der Bundeskanzler nun aber aus politischen Gründen umkehren wollte. Es wird von einem erregten telefonischen Gespräch zwischen Kanzler und Vizekanzler berichtet, das von Adenauer schließlich mit einer unglaublich brüsken Wendung abgebrochen worden sei.

Neue Zürcher Zeitung vom 10. Oktober 1960

DDR importiert aus England

Das Außenhandels-Unternehmen der Sowjetzone „Deutsche Stahl- und Metall-Handelsgesellschaft mbH." soll nach einem Bericht der Ost-Berliner Nachrichtenagentur ADN mit englischen Firmen Importverträge zur Lieferung von Walzwerkerzeugnissen und Buntmetall für „mehrere Millionen Mark" abgeschlossen haben. Diese Mitteilung, die von zuständigen britischen Stellen in West-Berlin bisher noch nicht bestätigt wurde, hat in politischen Kreisen Erstaunen ausgelöst, da — sollte die Ost-Berliner Meldung zutreffen — der Versuch der Westmächte erschwert werden könnte, gemeinsam mit Bonn eine einheitliche Front gegen Pankow zu bilden. In West-Berlin verweist man darauf, daß gerade ein Londoner Sprecher als erster über den Protest der drei Botschafter der Westmächte in Moskau berichtet habe und von britischen Stellen in Berlin zuerst bekannt gemacht worden sei, daß das alliierte „Travel-Board" keine Sonderpässe mehr für Zonenbewohner ausstellen werde, die im Auftrage Pankows ins westliche Ausland reisen wollen. Jetzt scheint hier der Eindruck zu entstehen, die britische Regierung zögere, die bereits bestehenden Verbindungen auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Kultur und des Sportes mit der Zone zu schmälern.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Oktober 1960

Kontakte DDR—Frankreich

In den letzten Jahren haben bereits 33 französische Senatoren, unter ihnen vier ehemalige Minister, auf Einladung von Filialorganisationen der SED die DDR besucht. Ob-

wohl der französische Senatspräsident Anfang Februar alle Senatsmitglieder vor Reisen nach Ostberlin warnte, konnten Ulbrichts Funktionäre schon drei Wochen später wieder eine Gruppe von sieben Senatoren begrüßen, die fünf verschiedenen Fraktionen angehören. Zur Leipziger Frühjahrsmesse erschienen zwei Senatoren des MRP. Wie von kommunistischer Seite offiziell mitgeteilt wurde, hat eine Gruppe von französischen Parlamentariern beschlossen, Mitglieder der ostdeutschen Volkskammer nach Frankreich einzuladen.

In einem kaum abbrechenden Strom bewegen sich französische Kommunalpolitiker durch die Amtsräume Eberts im Roten Rathaus des Sowjetsektors von Berlin. Als besonders eifriger Kontaktpolitiker betätigt sich der Oberbürgermeister von Erfurt, Boock, der die kommunistische Sache ohne das Parteichinesisch der SED zu vertreten weiß. Boock knüpfte bei einem Besuch in Frankreich Kontakte mit Kommunalpolitikern und Lehrern. Im vergangenen Mai erschienen Stadträte und Lehrer aus Lille in Erfurt. Die kulturpolitischen Organisationen der DDR, an der Spitze die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, entfalten in Frankreich eine sehr lebhafte Tätigkeit. Zu Anfang des Jahres unternahm der Leipziger Literaturprofessor Hans Mayer, den die SED zum „Nationalpreisträger" proklamierte, eine Gastvortragsreise durch Frankreich. Er sprach in Paris über Georg Büchner und Thomas Mann und hielt auf Einladung des Rektors der Sorbonne eine Schiller-Rede.

Auch die wirtschaftspolitischen Verbindungen zwischen der DDR und Frankreich sind in der letzten Zeit ausgebaut worden. Im vergangenen Mai schlossen französische Stahlwerke mit einer staatlichen Monopolgesellschaft der DDR Verträge über Walzwerkerzeugnisse, Rohre und Edelstähle. Frankreich belegte auf der Leipziger Frühjahrsmesse mit über 5000 Quadratmetern Ausstellungsfläche den 2. Platz nach Westdeutschland. Die DDR beteiligte sich im Frühjahr mit einer Kollektivausstellung an der Pariser Messe, und die Vertretung der ostdeutschen Kammer für Außenhandel gab in der französischen Hauptstadt einen Empfang.

Neue Zürcher Zeitung vom 8. September 1960

Norwegische Gewerkschaften für Anerkennung Ostberlins

Eine norwegische Gewerkschaftsdelegation ist bei Ministerpräsident Gerhardsen vorstellig geworden, er solle so bald wie möglich „normale" Beziehungen zwischen Norwegen und der Zone aufnehmen. Dieser Schritt wurde auf einer Gewerkschaftstagung beschlossen, an der 74 Vertreter von 62 Einzelgewerkschaften teilnahmen. Auch Fabrikklubs aus ganz Norwegen waren dabei vertreten.

In ihrer Forderung betonten die Gewerkschaftler, Norwegen könne nicht länger die Existenz der Sowjetzone ignorieren, eines modernen Industriestaates im Herzen Europas mit 17 Millionen Einwohnern. Die norwegischen Interessen litten angeblich fühlbar darunter, daß keine diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Oslo und Ostberlin bestehen.

Deutsche Zeitung vom 8. Oktober 1960

„Erklärung über das Recht auf Nichtunterwerfung im Algerien-Krieg"

Wir veröffentlichen nachfolgend die Erklärung französischer Intellektueller zum Algerien-Krieg, die, im Juli 1960 verfaßt, Anfang September anläßlich des Prozesses Jeanson veröffentlicht, in der französischen Öffentlichkeit große Beachtung gefunden hat. Sie wurde zunächst von 121 Intellektuellen und Künstlern unterschrieben, denen sich inzwischen etwa rund achtzig weitere angeschlossen haben. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem:

Arthur Adamov, Simone de Beauvoir, Pierre Boulez, André Breton, Florence Malraux, Alain Robbe-Grillet, Claude Roy, Nathalie Sarraute, Jean-Paul Sartre, Simone Signoret, Vercors, Michel Butor, Danièle Delorme, René Leibowitz, Françoise Sagan, Catherine Sauvage, Francois Truffaut, Tristan Tzara, Clara Malraux. — Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: (D. Red.)

Eine Bewegung von großer Wichtigkeit hat sich in Frankreich entwickelt, und es ist notwendig, daß die öffentliche Meinung Frankreichs und des Auslandes darüber besser

informiert wird in einem Augenblick, in dem die neue Wendung des Algerienkrieges uns dazu führen muß, die Tiefe der Krise, die vor sechs Jahren begonnen hat, nicht zu vergessen, sondern wirklich zu sehen.

In immer größerer Zahl werden Franzosen verfolgt, eingesperrt und verurteilt, weil sie sich weigerten, an diesem Krieg teilzunehmen oder weil sie den algerischen Kämpfern zu Hilfe kamen. Ihre Beweggründe bleiben meist unverstanden, weil sie von den Gegnern entstellt oder von denen, die zu ihrer Verteidigung verpflichtet wären, verwässert werden. Es wäre ungenügend, diesen Widerstand (résistance) gegen die öffentlichen Gewalten einfach respektabel zu nennen. Er ist der Protest von Menschen, die in ihrer Ehre getroffen sind und in der Vorstellung (juste idée), die sie sich von der Wahrheit machen; darum hat er seine Bedeutung, die über die Umstände hinausgeht, in denen er entstanden ist. Es gilt, sich dieser Bedeutung bewußt zu werden — wie auch immer die Ereignisse ausgehen mögen.

Für die Algerier ist der Kampf, den sie teils mit militärischen, teils mit diplomatischen Mitteln führen, eindeutig: er ist ein Krieg für die nationale Unabhängigkeit. Was ist er aber für die Franzosen? Er ist kein Verteidigungskrieg (guerre etrangère): das Territorium Frankreichs ist nie bedroht worden. Und mehr als das: dieser Krieg wird gegen Menschen geführt, die der Staat als Franzosen zu betrachten vorgibt, während sie doch gerade kämpfen, um es nicht mehr zu sein. Es genügt auch nicht zu sagen, daß es sich um einen Eroberungskrieg handelt, um einen imperialistischen Krieg, dazu noch mit rassistischem Einschlag. Davon steckt in jedem Krieg etwas, und die Zweideutigkeit bleibt bestehen.

In Wirklichkeit hat der Staat zunächst — eine Entscheidung, die einen fundamentalen Mißbrauch darstellt — ganze Jahresklassen von Bürgern mobilisiert zu dem einzigen Zweck, daß sie das durchführen sollten, was der Staat selbst als eine bloße Polizeiaufgabe bezeichnet hat — und zwar gegen eine unterdrückte Bevölkerung, die nur aus einem Bedürfnis nach elementarer Würde revoltierte: weil sie nämlich fordert, endlich als eine unabhängige Gemeinschaft (communauté) anerkannt zu werden.

Weder Eroberungskrieg noch Krieg der „nationalen Verteidigung" noch Bürgerkrieg, ist der Algerienkrieg mehr und mehr eine Privatangelegenheit der Armee und einer Kaste geworden, die sich weigern, vor einer Erhebung das Feld zu räumen, die selbst die zivile Gewalt (sprich: de Gaulle, d. Übers.) angesichts des allgemeinen Zusammenbruches der Kolonialreiche als sinnvoll anzuerkennen scheint.

Heute ist es vor allem der Wille der Armee, der diesen verbrecherischen und absurden Kampf aufrecht erhält. Durch die politische Rolle, welche mehrere ihrer hohen Repräsentanten sie spielen lassen, zuweilen offen und heftig außerhalb aller Legalität handelnd und die ihr vom Land als ganzem aufgetragenen Aufgaben verratend, kompromittiert diese Armee die Nation — ja sie droht sie sogar zu pervertieren, indem sie die ihrem Befehl unterstellten Bürger zu Komplicen einer aufrührerischen oder erniedrigenden (factieuse ou avilissante) Aktion macht. Braucht noch daran erinnert zu werden, daß fünfzehn Jahre nach der Zerstörung der hitlerischen Ordnung der französische Militarismus, auf Grund der Forderungen eines solchen Krieges, dazu gelangt ist, die Folter wiedereinzuführen und sie von neuem in Europa zu einer Institution zu machen?

Diese Umstände haben viele Franzosen veranlaßt, die traditionellen Wertungen und Verpflichtungen in Frage zu stellen. Was soll der Gemeinschaftssinn (civisme), wenn er unter gewissen Umständen zur Unterwerfung unter die Schande (soumission honteuse) wird? Gibt es nicht Fälle, wo Dienstverweigerung heilige Pflicht ist, wo „Verrat" den mutigen Respekt vor der Wahrheit bedeutet? Und wenn die Armee durch den Willen derer, die sie zum Werkzeug rassistischer oder ideologischer Herrschaft machen, sich in offenem oder verstecktem Aufstand gegen die demokratischen Institutionen befindet — erhält dann der Aufstand gegen die Armee nicht einen neuen Sinn?

Dieser Gewissenskonflikt besteht seit Beginn des Krieges. Da dieser weiterdauert, ist es nur normal, daß jener Gewissenskonflikt mehr und mehr konkret gelöst wird durch immer zahlreichere Akte der Gehorsamsverweigerung (insoumission), der Desertion wie auch des Schutzes und der Hilfe für algerische Kämpfer. Es sind freie Bewegungen, die sich außerhalb der offiziellen Parteien entwickelt haben, ohne deren Hilfe und, letzten

Endes, gegen deren Mißbilligung. Noch einmal ist außerhalb der vorausbestimmten Rahmen und Schlagworte eine Résistance entstanden, durch spontanen Gewissensentscheid. Sie sucht und erfindet ihre Aktionsformen und Kampfmittel im Hinblick auf eine neue Lage — eine neue Lage, deren Sinn und wirkliche Forderungen die politischen Gruppen und die meinungsbildenden Zeitungen in stiller Übereinkunft, sei es aus Trägheit oder doktrinärer Schüchternheit, sei es aus nationalistischen oder moralischen Vorurteilen, nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Die Unterzeichneten sind der Meinung, daß jeder zu Handlungen Stellung nehmen muß, die nicht weiterhin als „faits divers" des individuellen Abenteuers hingestellt werden können; sie sind der Meinung, daß sie selbst an ihrem Platz und mit ihren Mitteln die Pflicht zum Eingreifen haben — nicht um Menschen, die sich vor so schweren Problemen persönlich zu entscheiden haben, Ratschläge zu erteilen, sondern um von denen, die sie verurteilen, zu fordern, sich nicht von der Zweideutigkeit (équivoque) der Worte und Werte überrumpeln zu lassen. Sie erklären daher:

Wir respektieren und halten für gerechtfertigt die Weigerung, gegen das algerische Volk die Waffen zu ergreifen.

Wir respektieren und halten für gerechtfertigt die Haltung der Franzosen, welche es für ihre Pflicht halten, im Namen des französischen Volkes den unterdrückten Algeriern Schutz und Hilfe zu bringen.

Die Sache des algerischen Volkes, das so entscheidend zum Zusammenbruch des kolonialistischen Systems beiträgt, ist die Sache aller freien Menschen.

Jean Paul Sartre's schriftliche Zeugenaussage

Da es mir unmöglich ist, persönlich zu der Gerichtsverhandlung zu kommen, was ich tief bedauere, bestehe ich darauf, mein vorausgegangenes Telegramm ausführlich zu erklären. Es genügt tatsächlich nicht nur, meine „totale Solidarität" mit den Angeklagten zu bekräftigen, sondern es muß noch gesagt werden: Weshalb.

Ich glaube nicht, daß ich jemals mit Hélène Cuenat zusammengetroffen bin, aber durch Francis Jeanson kenne ich die Verhältnisse gut genug, in denen die „Unterstützungsorganisation" arbeitete, der man heute einen Prozeß macht. Jeanson, ich wiederhole es, zählte lange Zeit zu meinen Mitarbeitern, und wenn wir nicht immer einer Meinung waren, was natürlich ist, so verband uns vor allem das Problem: Algerien. Tag für Tag habe ich seine Bemühungen verfolgt, die die der französischen Linken waren, um mit legitimen Mitteln eine Lösung für dieses Problem zu finden. Und es ist nur auf das Scheitern dieser Bemühungen, auf die offensichtliche Ohnmacht dieser Linken zurückzuführen, daß er sich entschlossen hat, dieser geheimen Bewegung beizutreten, um dem algerischen Volk im Kampf für die Unabhängigkeit eine konkrete Unterstützung zukommen zu lassen.

Doch es gebührt sich hier eine Zweideutigkeit zu zerstreuen. Die ausgeübte Solidarität mit den Algerien-Kämpfern entspang nicht nur edlen Prinzipien oder dem allgemeinen Willen, die Unterdrückung — überall da, wo sie sich zeigte — zu bekämpfen, sie wurde durch eine politische Analyse der Situation in Frankreich selbst ausgelöst. Die Unabhängigkeit Algeriens ist in Wirklichkeit erreicht. Sie wird in einem Jahr oder in 5 Jahren in Kraft treten, im Einverständnis mit Frankreich oder gegen Frankreich, nach einem Volksentscheid oder durch die Internationalisierung des Konfliktes, das ist mir nicht bekannt, aber sie ist schon Wirklichkeit, und General de Gaulle, von den Vorkämpfern Französisch-Algeriens an die Macht gehoben, sieht sich heute selbst gezwungen, zu bekennen: „Algerier, Algerien gehört Euch!"

Mithin, ich wiederhole es, ist diese Unabhängigkeit gesichert. Das, was nicht gesichert ist, ist die Demokratie in Frankreich. Denn der Krieg um Algerien hat Frankreich morsch werden lassen. Die progressive Verminderung der politischen Lebendigkeit, die Verbreitung der Folterungen, die immerwährenden Aufstände der Militär-Macht gegen die Zivilgewalt lassen eine Entwicklung erkennen, die man ohne Übertreibung eine faschistische bezeichnen kann. Die Linke ist gegen diese Entwicklung ohnmächtig, und sie wird es bleiben, wenn sie nicht darauf eingeht, ihre Kräfte mit der einzigen Macht zu verbinden, die heute wirklich gegen den gemeinsamen Feind für die Freiheit sowohl Frankreichs als auch Algeriens kämpft. Und diese Macht ist die Nationale Befreiungsfront: FLN.

Bei dieser Schlußfolgerung ist Francis Jeanson angelangt, es ist dieselbe, bei der auch ich angelangt bin. Und ich glaube sagen zu können, mehr denn je zahlreich sind die Franzosen, besonders unter der Jugend, die beschlossen haben, sie in die Tat umzusetzen. Man bekommt eine bessere Einsicht in die Dinge, wenn man mit der ausländischen Meinung Kontakt aufnimmt, so wie ich es im Augenblick in Latein-Amerika mache. Diejenigen, die die rechtsausgerichtete Presse als Verräter anklagt, und die zögert, eine gewisse Linke zu verteidigen, wie sie es müßte, werden größtenteils im Ausland als die Hoffnung des morgigen Frankreichs und als die Ehre des heutigen Frankreichs angesehen. Es vergeht kein Tag, an dem man mich nicht über sie befragt, über das was sie tun, über das, was sie fühlen. Die Zeitungen sind bereit, ihnen ganze Kolonnen zu widmen. Die Vertreter der Widerstandsbewegungen „Junge Abwehr" werden zu Kongressen geladen. Und das Manifest über das Recht den Gehorsam im Algerischen Krieg zu verweigern, was ich unterschrieben habe, und dem mit mir 120 andere Gelehrte, Schriftsteller, Künstler und Journalisten ihre Unterschrift gegeben haben, ist im Ausland als ein Erwachen der französischen Intelligenz begrüßt worden.

Kurz, meiner Ansicht nach, ist es wichtig, 2 Punkte aufzugreifen, die — sie mich entschuldigen wollen — fast gleichzeitig zu behandeln, aber es ist schwierig in einer solchen Aussage, den Dingen auf den Grund zu gehen.

Auf der einen Seite werden die Franzosen, die die FLN unterstützen, nicht nur von edelmütigen Gefühlen im Hinblick auf ein unterdrücktes Volk geleitet, und sie begeben sich auch nicht in den Dienst einer fremden Sache, sondern sie arbeiten für sich selbst, für ihre eigene Freiheit und für ihre Zukunft. Sie arbeiten für die Einführung einer wirklichen Demokratie in Frankreich. Auf der anderen Seite sind sie nicht vereinzelt, sondern haben den Vorteil eines immer größer werdenden Zulaufs, einer aktiven oder passiven Unterstützung, die nicht aufhört, zu wachsen. Sie waren an der Spitze einer Bewegung, die vielleicht die Linke, die in eine klägliche Vorsicht versunken war, geweckt haben wird. Diese Linke wird besser auf die unumgängliche Machtprobe mit der seit 1958 zurückgestellten Armee vorbereitet sein.

Es ist selbstverständlich schwer aus der Entfernung, in der ich bin, mir die Fragen, die das Militär-Tribunal an mich hätte richten können, vorzustellen. Ich nehme jedoch an, daß sich eine davon auf das Interview bezogen hätte, das ich Francis Jeanson — für sein Bulletin um der Wahrheit willen — gewährte, und ich würde darauf ohne Umschweife antworten. Ich entsinne mich nicht mehr an das genaue Datum, noch an die präzisen Worte dieser Unterredung. Aber Sie werden sie leicht finden, falls dieser Text den Akten beigefügt ist.

Was ich dagegen genau weiß, ist, daß Jeanson als Anreger der „Unterstützungsorganisation" und dieses Geheim-Bulletins — dessen Organ er war — zu mir kam und, daß ich ihn in voller Kenntnis der Sache empfing. Ich sah ihn seitdem noch zwei- oder dreimal. Er verbarg mir nicht, was er tat, und ich billigte es durchaus.

Verantwortung übernehmen

Ich glaube nicht, daß es auf diesem Gebiet ehrenvolle Aufgaben und gemeine Aufgaben gibt, Tätigkeiten, die nur den Intellektuellen vorbehalten sind und andere, die ihrer nicht würdig sind. Die Professoren der Sorbonne haben während der Resistance nicht gezögert, Briefe zu übermitteln und Verbindungen herzustellen. Wenn Jeanson mich gebeten hätte, Geheimschreiben auszutragen oder politisch-tätige Algerier unterzubringen, und wenn ich es ohne Risiko für sie hätte tun können, ich hätte es ohne Zögern getan.

Ich glaube, diese Sachen müssen gesagt werden; denn der Augenblick naht, wo jeder die Verantwortung übernehmen muß. Doch jene selbst, die am stärksten politisch tätig sind, zögern noch vor — man weiß nicht welchem — Respekt der formellen Legalität, gewisse Grenzen zu übertreten. Die Jugend ist es vielmehr, die unterstützt von den Intellektuellen beginnt, wie in Korea, in der Türkei, in Japan die Mystifikationen zum Bersten zu bringen, deren Opfer wir sind. Woher nur die außergewöhnliche Bedeutung dieses Vorgehens? Zum ersten Mal finden sich Algerier und Franzosen trotz aller Hindernisse, aller Vorurteile, aller Vorsichtsmaßnahmen brüderlich auf der Anklagebank vereint. Es ist vergebens, daß man sich bemüht, sie zu trennen. Ebenfalls vergebens ist es, diese Franzosen als Verirrte, Verzweifelte oder Romantiker hinzustellen. Wir haben ge-

nug von falscher Nachsicht und „psychologischen Erklärungen". Es kommt darauf an, sehr klar hervorzuheben, daß diese Männer und diese Frauen nicht alleine dastehen, daß hundert andere schon umgeschaltet haben, daß Tausende bereit sind, es zu tun. Nur ein Unglück hat sie vorläufig von uns getrennt, aber ich wage zu sagen, daß sie als unsere Delegierten auf dieser Anklagebank sind. Das, was sie verkörpern, ist die Zukunft Frankreichs; und die vergängliche Macht, die sich anschickt, über sie Gericht zu halten, bedeutet schon nichts mehr.

Polizei verhörte Françoise Sagan

Die französische Regierung hat gestern einschneidende Maßnahmen gegen Künstler, Schriftsteller und Beamte beschlossen, die französische Soldaten zur Befehlsverweigerung oder zum Desertieren auffordern. Der französische Ministerrat, der unter dem Vorsitz von Staatspräsident de Gaulle beriet, ermächtigte die Minister, gegen die ihnen unterstehenden Beamten mit scharfen Disziplinarmaßnahmen vorzugehen, wenn sie durch Aufrufe zur Befehlsverweigerung, durch Begünstigung von Deserteuren oder ähnliche Aktionen gegen die Autorität des Staates verstoßen.

Gleichzeitig wurde im Ministerrat beschlossen, daß alle Intellektuellen, die in dem „Aufruf der 121" — die Zahl der Unterzeichner hat sich inzwischen erheblich vergrößert — die in Algerien kämpfenden Soldaten zum Ungehorsam auffordern, keine Möglichkeit mehr haben sollen, in staatlichen Einrichtungen Geld zu verdienen. Die Regierung verbietet den Unterzeichnern das Auftreten im französischen Rundfunk und im Fernsehen oder, wenn es sich um Schauspieler handelt, auf staatlich subventionierten Bühnen.

Die junge Romanautorin Françoise Sagan wurde gestern in ihrem Landhaus von der Polizei aufgesucht. Die Unterredung war streng geheim. Françoise Sagan soll eine schriftliche Erklärung unterzeichnet und den Polizeibeamten ausgehändigt haben.

Der Mittag vom 21. September 1960

Algerisches Hilfegesuch an die Sowjetunion

Der Präsident der provisorischen Regierung der Algerischen Republik, Ferhat Abbas, hat zusammen mit einer algerischen Delegation auf der Rückreise von Peking in Moskau einen Zwischenhalt eingeschaltet. An einem Empfang auf der tunesischen Botschaft in Moskau hielt Ferhat Abbas eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Wenn der Krieg in Algerien nicht aufhört, dann besteht die Gefahr, daß er sich auf den Mittelmeerraum ausdehnt und den Frieden auf der ganzen Welt gefährdet. Dieser Krieg kann den Aufbau des Sozialismus kompromittieren. Aus diesem Grunde ersuche ich die Führer der Sowjetunion, sich des algerischen Problems, des Problems aller kolonisierten Völker, anzunehmen und aufmerksam zu prüfen, wie sie diesen Völkern wirklich helfen könnten, die Unabhängigkeit zu erlangen. Wir werden diesen Krieg so lange führen, bis man begreift, daß das Zeitalter des Kolonialismus vorbei ist. Wenn die französischen Imperialisten nicht alleine sind, so ist das algerische Volk auch nicht alleine: ganz Frankreich, ganz Asien, das ganze sozialistische Lager stehen auf unserer Seite; denn die Sache, für die wir kämpfen, ist gerecht. Das algerische Volk war nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen die Imperialisten. Algerien gehört nicht der Armee, die es besetzt hält, sondern den zehn Millionen Algeriern, die dort leben. Algerien gehört den Algeriern. Die gegenwärtige Welt ist in zwei Lager gespalten, das imperialistische Lager und das Lager des Friedens. Das algerische Volk rechnet Moskau zum Lager des Friedens, und aus diesem Grunde wendet sich das algerische Volk, das unter dem Kriege leidet, nach Moskau, um die Tragik seiner Lage darzulegen. Ihre Größe und ihre Macht auferlegen der Sowjetunion zusätzliche Aufgaben. Die Sowjetunion muß sich den afrikanischen Völkern zuwenden, den Völkern, die für die Freiheit kämpfen und sterben."

Hierauf ergriff der sowjetische Vizeministerpräsident Kosygin das Wort und erklärte, die Sympathien aller Sowjetbürger seien immer auf der Seite jener, die für die Erlangung des Rechtes auf Selbstbestimmung kämpfen. Die Russen seien der Ansicht, es sei ihre heilige Aufgabe, den Völkern zu helfen, sich zu befreien, und den unterdrückten Völkern alle Hilfe zu leihen. Das Verschwinden der Kolonialregime sei nur noch eine Frage der Zeit.

Abschließend sagte der tunesische Botschafter in Moskau, Ahmed Mestiri, Tunesien sei zu einem engen Zusammenschluß mit Algerien bereit, wenn dies zur Lösung des algerischen Problems beitragen könne.

Neue Zürcher Zeitung vom 8. Oktober 1960

Bertrand Russell für „Kampagne des zivilen Ungehorsams"

Der englische Philosoph Bertrand Russell will eine gewaltlose Kampagne des zivilen Ungehorsams organisieren, um Großbritannien und die Weltöffentlichkeit auf die Drohung eines Atomkrieges aufmerksam zu machen. Wie am späten Mittwochabend in London bekannt wurde, soll ein Ausschuß von etwa 100 Mitgliedern gebildet werden. Etwa 2000 Freiwillige sollen an den Demonstrationen und der Kampagne beteiligt werden. Dieser plötzliche Wechsel der Methoden hat in der Bewegung der britischen Atombombengegner, für die Bertrand Russell eine der führenden Persönlichkeiten ist, beträchtliche Meinungsverschiedenheiten ausgelöst. Kanonikus John Collins dementierte, daß die „Kampagne für atomare Abrüstung" eine derartige großangelegte Aktion plane. Die Organisation sei durch verschiedene Beschlüsse daran gebunden, legale und demokratische Methoden zur Erreichung ihrer Ziele zu benutzen. Sie habe jedoch Sympathien und Achtung für Mitmenschen, die sich aus Gewissensgründen veranlaßt fühlen, Methoden zu wählen, die gegen das Gesetz verstoßen, und dafür ins Gefängnis gehen.

Stuttgarter Zeitung vom 30. September 1960

Es schrieben bisher u. a.:

Frank Allaun, M. P. - Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred v. Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim v. Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hans Magnus Enzensberger - Dr. Hermann Etzel - Staatssekr. a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Joh. Harder - Prof. Dr. Wilh. Hasenack - Esther Sophia Hayiron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt — Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. L. L. Matthias - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.